

Stenografischer Bericht

27. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 20. Juni 2017

Beginn: 10.05 Uhr

Entschuldigt ist: LTAbg. Anton Gangl - ÖVP

A. Einl.Zahl 1777/1

Aktuelle Stunde (§ 71 GeoLT)

Betreff: *Sicherheitslage in der Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbg. Amesbauer BA (4586), Landeshauptmann Schützenhöfer (4590), LTAbg. Schnitzer (4593), LTAbg. Schwarz (4595), LTAbg. Amesbauer BA (4596), LTAbg. Kolar (4599), LR Mag. Drexler (4600), LTAbg. Triller BA (4601), LTAbg. Schönleitner (4603), LTAbg. Schnitzer (4606)

B1. Einl.Zahl 1740/1

Anfrage der Frau LTAbg. Klimt-Weithaler an Frau Landesrätin Mag. Kampus
betreffend „Einbehaltung des für den Wohnbedarf reservierten Teiles der Mindestsicherung“

Begründung der Anfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (4608)

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (4609)

B2. Einl.Zahl 1750/1

Anfrage der Frau LTAbg. Krautwaschl an Herrn Landesrat Mag. Drexler

Betreffend „Kontrolle des Landesrechnungshofes betreffend das neue Verrechnungsmodell mit den Pflegeheimen“

Begründung der Anfrage: LTAbg. Krautwaschl (4609)

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (4609)

B3. Einl.Zahl 1774/1

Anfrage der Frau LTAbg. Moitzi an Frau Landesrätin Mag. Lackner

Betreffend „Missachtung der Geschäftsordnung des Landtages durch Landesrätin Ursula Lackner“

Begründung der Anfrage: LTAbg. Moitzi (4611)

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Lackner (4611)

Zusatzfrage: LTAbg. Moitzi (4612)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrätin Mag. Lackner (4612)

D1. Einl.Zahl 1726/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der Grünen an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer, betreff: *Finanzierung des ÖV-Ausbaus in Graz*

Begründung der Dringlichen Anfrage. LTAbg. Schönleitner (4700)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (4705)

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Murgg (4709), LTAbg. Schönleitner (4712), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (4717), LTAbg. Schwarz (4719), LTAbg. Schönleitner (4722), LTAbg. Petinger (4724)

Beschlussfassung: (4726)

D2. Einl.Zahl 1734/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der SPÖ an Landesrat Anton Lang, betreff: *Die Steiermark als Vorreiter im Klimaschutz*

Begründung der Dringlichen Anfrage. LTAbg. Kolar (4726)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Anton Lang (4728)

Wortmeldungen: LTAbg. Kolar (4734), LTAbg. Schönleitner (4735), LTAbg. Klimt-Weithaler (4737), LTAbg. Hubert Lang (4740), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck (4744), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (4745)

Beschlussfassung (4747)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT) (4613)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

1. Einl.Zahl 1696/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Gesetz, mit dem das Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark geändert wird*

Wortmeldungen: LTAbg. Riener (4614), LTAbg. Mag. Dr. Wieser (4616), Landesrat Mag. Drexler (4616), LTAbg. Riener (4617)

Beschlussfassung: (4618)

2. Einl.Zahl 1677/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Bericht der Volksanwaltschaft 2016 - Band "Präventive Menschenrechtskontrolle*

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (4618), Landesrätin Mag. Kampus (4622), LTAbg. Klimt-Weithaler (4623), LTAbg. Tschernko MSc (4626)

Beschlussfassung: (4629)

3. Einl.Zahl 1736/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe*

Wortmeldungen: LTAbg. Amesbauer BA (4630), LTAbg. Zenz (4632), LTAbg. Triller BA (4633), LTAbg. Tschernko MSc (4634), LTAbg. Riener (4636), Landesrätin Mag. Kampus (4637)

Beschlussfassung: (4639)

N1. Einl.Zahl 1645/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Steiermärkisches Seveso Gesetz und Gesetzesänderungen durch die Seveso III Richtlinie*

Wortmeldungen: LTAbg. Hubert Lang (4639), LTAbg. Petinger (4641)

Beschlussfassung: (4642)

4. Einl.Zahl 1675/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Umwelt

Betreff: *Naturschutzstrategie Steiermark 2025*

Wortmeldungen: LTAbg. Kolar (4642), LTAbg. Schönleitner (4645), LTAbg. Hubert Lang (4649), LTAbg. Krautwaschl (4650), Landesrat Anton Lang (4654)

Beschlussfassung: (4656)

5. Einl.Zahl 1694/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Energiestrategie Steiermark 2025; Energiebericht Steiermark 2016*

Wortmeldungen: LTAbg. Ahrer (4657), LTAbg. Mag. (FH) Hofer (4659), LTAbg. Fartek (4659)

Beschlussfassung: (4661)

6. Einl.Zahl 1647/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Umwelt

Betreff: *Gesetz zum Schutz vor invasiven gebietsfremden Arten (Steiermärkisches invasive Arten Gesetz - StIAG)*

Wortmeldungen: LTAbg. Kolar (4661), LTAbg. Cramer (4664), LTAbg. Lang (4666)
Landesrat Seitinger (4668)

Beschlussfassung: (4670)

7. Einl.Zahl 1478/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Reduktion von Lebensmittelabfällen*

Wortmeldungen: LTAbg. Cramer (4670), LTAbg. Krautwaschl (4672), LTAbg. Dr. Murgg (4676), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (4677), LTAbg. Khom (4678), LTAbg. Ederer (4679), LTAbg. Krautwaschl (4682), LTAbg. Mag. Kerschler (4683), LTAbg. Schweiner (4685), Landesrat Seitinger (4686)

Beschlussfassung: (4690)

N2. Einl.Zahl 1695/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (4691), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (4694), Landesrat Seitinger (4697)

Beschlussfassung: (4699)

8. Einl.Zahl 1692/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: Gesetz über die Durchführung des Informationsverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (Steiermärkisches Notifikationsgesetz 2017 - StNotifG 2017)

Beschlussfassung: (4748)

9. Einl.Zahl 1697/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden

Betreff: *Novelle des Stmk. Parkgebührengesetzes*

Wortmeldung: LTAbg. Dirnberger (4748)

Beschlussfassung: (4748)

10. Einl.Zahl 1699/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Förderungsbericht des Landes Steiermark 2016*

Wortmeldungen: LTAbg. Kober (4749), LTAbg. Mag. Kerschler (4750), LTAbg. Schönleitner (4751), LTAbg. Mag. (FH) Hofer (4751), LTAbg. Hartleb (4752)

Beschlussfassung: (4753)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus! Es findet heute die 27. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Mir liegt heute eine Entschuldigung vor, LTabg. Anton Gangl ist heute nicht anwesend. Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Sitzungssaal. Danke.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das sehe ich nicht.

Wir beginnen mit der Aktuellen Stunde um 10.07 Uhr. Vom Landtagsklub der FPÖ wurde am Montag, dem 19. Juni 2017 um 09 Uhr 32 ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde betreffend „Sicherheitslage in der Steiermark“ eingebracht.

Gemäß § 71 der Geschäftsordnung wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Abgeordneten Hannes Amesbauer das Wort.

LTabg. Amesbauer, BA – FPÖ (10.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Zuseher!

Eine Aktuelle Stunde zu einem aktuellen und wichtigen Thema. Sie alle wissen, und es ist ein Grundkonsens oder sollte ein Grundkonsens auch von uns Politikern sein, dass die öffentliche Ordnung, die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung zu den Grundprinzipien eines Rechtsstaates gehört. Dass es die Grundlage für persönliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen darstellt und dass es natürlich die elementare Aufgabe des Staates ist, der öffentlichen Hand ist, den Schutz der Bevölkerung sicher zu stellen, meine Damen und Herren. Werfen wir einen Blick auf die Kriminalitätsstatistik des Jahres 2016. Bei der Gesamtkriminalität hatten wir in Österreich 537.792 Fälle zu verzeichnen, davon in der Steiermark 57.436. Das bedeutet eine Zunahme an Straftaten im Vergleich zum Jahr 2015 um 3,5 %. Die Quelle zu diesen Zahlen ist übrigens eine Anfragebeantwortung des Innenministeriums. Wie gliedert sich das auf? Straftaten gegen Leib und Leben 2016 gab es in der Steiermark 10.323 Fälle, ein Plus von 2,8 %. Straftaten gegen fremdes Vermögen

gesamt in der Steiermark 2016 35.395 kriminelle Handlungen, ein Plus von 2,3 % und eine besonders dramatische Zunahme ist zu verzeichnen bei den Straftaten gegen sexuelle Integrität und Selbstbestimmung gesamt, 574 Fälle 2016, ein Plus von 16,9 %, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und, Herr Landeshauptmann, jetzt wird es für Sie spannend und interessant, denn jetzt geht es um die Anzahl der Polizisten in der Steiermark, um die Planstellen in der Steiermark. In der Steiermark sind derzeit 3.433 Planstellen vorgesehen. Die offizielle Anzahl an Planstellen, die übrigens nur am Papier existiert, wird mit 3.522 angegeben, da sind aber 325 Polizeischüler und Grenzpolizisten miteingerechnet, die nicht verfügbar sind für den Polizeidienst in der Steiermark. Also es gibt derzeit einen Stand an verfügbaren Polizisten von ungefähr 3.197. Und die Anzahl der fehlenden Polizisten bzw. Planstellen wird mit ca. 240 definiert. Ca. deshalb, weil es ja auch Bezirke gibt, wo die Planstellen von Haus aus zu niedrig gegriffen sind, zu wenig Planstellen vorgesehen sind und das wird auch von Polizeipersonalvertretern immer wieder kritisiert. Unsere Forderung nach 300 zusätzlichen Polizisten, zumindest 300 zusätzlichen Polizisten für die Steiermark ist daher mehr als gerechtfertigt und es ist höchst an der Zahl, dass sich hier endlich etwas bewegt. *(Beifall bei der FPÖ)* Und, Herr Landeshauptmann, jetzt möchte ich Sie auch schon an eines Ihrer zentralen Wahlversprechen aus der letzten Landtagswahl 2010 erinnern, wo Sie nicht nur in Aussicht gestellt haben, es kommen 300 zusätzliche Polizisten. Sie haben das ja auch mit der damaligen Innenministerin und jetzigen Amtskollegin in Niederösterreich von Ihnen, mit der Frau Mikl-Leitner, auch vereinbart, öffentlichkeitswirksam, nur, da ist nicht wirklich etwas passiert. Denn es ist so, dass noch im Jahr 2017 ca. 80 bis 90 Beamte in den Ruhestand versetzt werden und Herr Landeshauptmann, da muss ich Sie schon auch in die Pflicht nehmen, das war ein Versprechen von Ihnen. Sie waren damals nicht zuständig dafür, Sie sind in Wahrheit jetzt auch nicht zuständig dafür, aber als Landeshauptmann sind Sie unser Ansprechpartner in zentralen Sicherheitsfragen des Landes und wie man den Medien entnehmen kann, ist ja der Herr Innenminister Sobotka aktuell zu Gast in der Steiermark und hat scheinbar auch an Ihrer Klubsitzung teilgenommen. Herr Landeshauptmann, ich fordere Sie auf sicherzustellen, dass diese zumindest 300 zusätzlichen Planstellen in der Steiermark endlich realisiert werden, machen Sie Ihren Einfluss auf Bundesebene geltend. *(Beifall bei der FPÖ)* Ein weiterer wesentlicher und zentraler Bereich, wenn wir über die öffentliche Sicherheit und über die Kriminalitätsentwicklung reden und über die Sicherheit insgesamt, ist natürlich der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2016. Und der strotzt nur vor Ausflüssen der aktuellen Entwicklungen, die wir seit Jahren erleben, die auch mit der Massenmigration

aus der islamischen Welt nach Europa und nach Österreich untrennbar zusammenhängt. Ich muss jetzt einige Zitate bringen und im allgemeinen Lagebild zum Thema Extremismus, Terrorismus in Österreich, islamistischer Extremismus und Terrorismus steht z.B. drinnen: „In Bezug auf Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten kann es kurz- bis mittelfristig zu einer Intensivierung sowie zu einem weiteren Ansteigen der Gewaltbereitschaft kommen. Terroristische Anschläge durch Einzeltäter sind ebenfalls als mögliches Szenario zu bewerten. Es besteht die Gefahr, dass sich radikalisierte Einzeltäter durch Aufrufe in sozialen Medien oder bestimmte Ereignisse motiviert fühlen könnten, ähnliche terroristische Straftaten zu verüben, wie wir sie in vielen europäischen Ländern leider erleben mussten und auch in Zukunft, das ist traurige Gewissheit, auch noch erleben werden.“ Ende des Jahres 2016 waren dem Verfassungsschutz 296 aus Österreich stammende Personen bekannt, die sich aktiv am Jihad in Syrien und im Irak beteiligten, beteiligt haben oder beteiligen wollen. Davon sind laut unbestätigten Informationen vermutlich 45 Personen in der Region ums Leben gekommen und 90 Personen wieder nach Österreich zurückgekehrt. Weitere 51 konnten an einer Ausreise gehindert werden und halten sich nach wie vor im Bundesgebiet auf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist in Wahrheit ein politischer Skandal der allerersten Ordnung. Was heißt, die konnten an einer Ausreise gehindert werden und halten sich nach wie vor in Österreich auf? Diejenigen, die dorthin wollen, die haben außer Landes gebracht zu werden, die haben zu verschwinden. *(Beifall bei der FPÖ)* Und diejenigen, die zurückgekehrt sind, die sich an solchen Kämpfen und Terrorakten beteiligt haben, die sind hier nicht irgendwie zu beobachten, mit denen ist „abzufahren“ aus Österreich. Die sind der österreichischen Bevölkerung nicht zuzumuten, *(LTabg. Schönleitner: „Mit ihnen abfahren?“)* Das ist so, Lambert, ich weiß, die Grünen, ihr wollt ja nicht einmal mehr nach Afghanistan abschieben, mit diesen Menschen ist abzufahren. *(LTabg. Schwarz: „Was ist das für eine Wortwahl?“)* Ja, die sind außer Landes zu bringen, die sind eine latente Gefahr für unsere Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ - LTabg. Schwarz: „Was ist das für eine Wortwahl?“)* Was ist das für eine Wortwahl? In welcher Welt leben Sie, sehr geehrte Damen und Herren? Wieviel muss noch passieren, die Terroranschläge, man kann es ja gar nicht mehr aufzählen, was alles in den letzten Jahren passiert ist. *(LTabg. Schwarz: „Was ist das für eine Wortwahl?“)* Ob es in Paris war, ob es in Nizza war, ob es in Brüssel war, ob es in Berlin war, ob es in Stockholm war, ob es mehrmals in London war *(LTabg. Schwarz: „Was ist das für eine Wortwahl? Jetzt reißen Sie sich zusammen!“?)* meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich habe gerade zitiert aus dem Verfassungsschutzbericht, dass diese Gefahr

hier ist, ja dann nennen Sie es halt „außer Landes bringen“, oder wie auch immer, aber auf jeden Fall, diese Menschen haben in Österreich nichts mehr zu suchen. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist die Quintessenz. Flüchtlinge, erinnern wir uns noch an das Jahr 2015, an die Willkommensklatsher und Teddybärenwerfer auf den Bahnhöfen, wo ja auch viele Linkssozialisten und Grüne dabei waren, ja, steht im Verfassungsschutzbericht: „Festzuhalten ist, dass sich seit Beginn des aktuellen Flüchtlingsstromes aus dem Nahen Osten die Meldungen über IS-Kämpfer oder Terroristen unter den Migranten häufen“. Dem Verfassungsschutz liegen Informationen vor, dass sich ehemalige Veteranen von Kampftruppen und Desserteure unter den Flüchtlingen befinden und auch Rekrutierungsversuche immer wieder gestartet werden in unseren Flüchtlingsquartieren auch, ja. Die kommen mit den Migrationsströmen und es ist übrigens ein Märchen, dass wir die Grenzen geschlossen haben. Die Grenzen sind immer noch offen wie ein Scheunentor, immer noch lückrig, und es kommen noch immer genug Menschen nach Österreich, die einfach ein Gefährdungspotential mitbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das geht ja im Verfassungsschutzbericht bis dahin, dass auf die Auswirkungen des Putschversuches in der Türkei hingewiesen wurde, wo vor Stellvertreterkriegen gewarnt wird und erinnern wir uns, tausende Türken sofort demonstriert haben für Erdogan mit türkischen Fahnen und das sind Zustände und Potentiale, die wir nicht wollen. Meine Zeit ist am Ablaufen, *(LTAvg. Schwarz: „Das ist richtig!“)*, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber keine Angst, Herr Klubobmann Schwarz, ich werde mich noch einmal zu diesem Thema melden *(LTAvg. Schwarz: „Das erste wahre Wort in dieser Rede. Gratulation!“)*. Herr Landeshauptmann, ich fordere Sie im Namen der Freiheitlichen Fraktion, aber vor allem im Namen der steirischen Bevölkerung auf, machen Sie Ihren Einfluss in der Bundespolitik geltend, Sie sind ja ein sehr einflussreicher Landeshauptmann in Österreich und die Landeshauptleute haben ja sehr viel zu sagen in diesem Land, und schauen Sie darauf, dass unsere Polizeidienststellen nachbesetzt werden, mindestens 300, und sorgen Sie dafür, dass islamistische Gefährder, deren es 300 in Österreich gibt, außer Landes gebracht werden, denn das sind wir unserer Bevölkerung schuldig. *(Beifall bei der FPÖ – 10.18 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Abgeordneter Amesbauer, das ist ein ernstes Thema und Sie sind sehr emotional dabei gewesen. Ich ersuche Sie trotzdem auf Ihre Wortwahl zu achten, wenn es um Menschen geht, das Wort „abzufahren“ zu verwenden, das ist keine gute Wortwahl.

Bevor ich nun unserem Landeshauptmann das Wort zur Stellungnahme erteile, habe ich zwei Begrüßungen vorzunehmen, und zwar begrüße ich ganz herzlich den Seniorenbund Greinbach und ich begrüße die Damen und Herren des Pensionistenverbandes der Ortsgruppe Rohr, unter der Leitung von Obmann Karl Wilfling. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*
Herr Landeshauptmann, auch deine Redezeit sind 10 Minuten.

Landeshauptmann Schützenhöfer *(10.19 Uhr)* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Arbeitsplätze und Sicherheit, das wissen wir, sind die bestimmenden Themen unserer Zeit. Die Sicherheit ist ein ganz besonders hohes Gut. Wir dürfen die Probleme, die wir haben, um Gottes Willen nicht verharmlosen. Wir haben die Sorgen ernst zu nehmen. Wir dürfen aber auch nicht Angst verbreiten, sondern sollten gerade in dieser so sensiblen Frage möglichst gemeinsam agieren. Es gilt, den Menschen Sicherheit zu geben und nicht Unsicherheit zu erzeugen, ohne, ich sage es noch einmal, die Problemlagen zu negieren. Wir alle sind doch im höchsten Maße daran interessiert, dass die Steiermark ein sicheres Land bleibt. Wie Sie wissen, und der Herr Klubobmannstellvertreter hat darauf hingewiesen, habe ich für die Grenzsicherung, die Asylverfahren, die Kriminalitätsbekämpfung oder die außenpolitische Lösung internationaler Konflikte keine rechtliche Zuständigkeit. Trotzdem setze ich in meiner politischen Verantwortung als Landeshauptmann der Steiermark meine ganze Kraft dafür ein, die Verantwortlichen auf nationaler und europäischer Ebene auf die Sorgen und Ängste der Menschen in unserem Land aufmerksam zu machen und auf Lösungen zu drängen, die jeder in seinem Verantwortungsbereich zu finden und umzusetzen hat. Es ist Aufgabe der Politik, somit aller demokratisch gewählter Parteien, tragfähige und akzeptierte Lösungen zu entwickeln! Ich habe mich im Herbst 2016 als damals Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz sehr dafür eingesetzt, dass es künftig anhand des Sicherheitsberichtes des Innenministeriums, ungeachtet der Zuständigkeiten, einen umfassenden Sicherheitsdialog zwischen Bund und Ländern gibt. Darauf aufbauend hat der Innenminister im Zuge der unlängst in Tirol stattgefundenen Landeshauptleute-Konferenz zur Sicherheitslage Stellung genommen vor Ort. Im übrigen habe ich mich im Zuge dieser Konferenz auch für die Beibehaltung der Grenzkontrollen ausgesprochen, was mir auch zugesichert wurde, auch zugesichert wurde vom Herrn Verteidigungsminister Doskozil. Natürlich bin ich in Sicherheitsfragen in ständigem Kontakt mit der Bundesregierung. Beispielsweise hatte ich

erst heute ein Gespräch mit Innenminister Sobotka, in dem selbstverständlich insbesondere auch Sicherheitsfragen thematisiert wurden. Und, Herr Abgeordneter, es wird Ihnen unser Abgeordneter Schnitzer dann im Detail noch das berichten, was Sie vermutlich wissen, nämlich die Anfragebeantwortung Ihrer Anfrage 2015, wo Sie auf meine Vereinbarung nicht mit Mikl, sondern mit Fekter, die war auch einmal Innenministerin, verweisen, und wo Mikl darauf verweist, dass über das hinaus, was wir vereinbart haben, Polizisten in die Steiermark gekommen sind. Aber ich darf Ihnen jetzt, was ich persönlich mitgeschrieben habe, heute, von Wolfgang Sobotka sagen: Wohnungseinbrüche, KFZ-Diebstähle, Gewaltkriminalität gehen zurück. Suchtmittelkriminalität steigt und stark steigen Wirtschaftskriminalität und die Internetkriminalität. Die am allermeisten. Das ist eine große Herausforderung, vor der wir stehen. Alle anderen Bereiche sind in der Veränderung nicht nach unten oder oben besonders relevant. Und er hat uns hinzugefügt, zum Allgemeinen, österreichweit, 81 % der Menschen fühlen sich in der Republik sicher oder sehr sicher. Erstmals seit Jahren steigt diese Zahl wieder: Zweitens: Österreichweit und auch in der Steiermark sinken die Straftaten, wenn Sie sich das erste Halbjahr anschauen. Die Sicherheitslage, so Sobotka, ist in der Steiermark besser, als in anderen Bundesländern, die Aufklärungsquote ist in der Steiermark höher, als in anderen Bundesländern. Das nur ein kleiner Auszug dessen, was er mir sagt. Mit den Ministern Kurz, Sobotka, Doskozil haben wir Verbündete, denen die Sicherheitslage Österreichs und der Steiermark bewusst und ein besonderes Anliegen ist. In sicherheitspolitischer Hinsicht sind wir – denke ich - gut gerüstet, auch wenn man niemals alle Eventualitäten ausschließen kann, wie wir aus schmerzlicher Erfahrung wissen. Exakt heute vor zwei Jahren, am 20.06.2015, wir beide waren wenige Tage im Amt, ereignete sich in Graz die furchtbare Amokfahrt. Unsere erste Amtshandlung war, in der Landeswarnzentrale den Gipfel einzuberufen. Alle Beteiligten waren da und wir haben versucht, in dieser Situation das Richtige für die Steiermark zu tun. Auch in den denkwürdigen Tagen und Wochen des Jahres 2015, Sie haben es oft zitiert hier, ich auch, wo dann im Oktober tausende Menschen über die Grenze gekommen sind, ohne dass sie jemand gefragt hat, woher kommt ihr, wohin wollt ihr, haben wir versucht zu handeln. Die Bundesregierung hat über ihre Linie damals gestritten, das ist heute in diesem Zusammenhang jedenfalls anders, wir haben das getan, was sich die Menschen unseres Landes erwarten: Wir haben gehandelt, die steirischen Kräfte gebündelt und mit den zuständigen Behörden zusammengearbeitet. Nicht erst seit damals wissen wir: Die Welt ist vermehrt zum Krisenherd geworden. Unser Land kann sich von internationalen Entwicklungen nicht

abkoppeln. Wir sind keine Insel und schon gar keine Insel der Seligen. Aber was wir damals gemeinsam gefordert haben, das war ja insbesondere die steirische Forderung, dass Polizei und Bundesheer gestärkt werden, ist doch eingetreten. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ich bitte Sie, die Bundesregierung hat sich geeinigt, dem Bundesministerium für Inneres in der Summe 1,1 Mrd. (Euro) mehr zu geben, wodurch 1.500 Polizisten und 500 Verwaltungsbeschäftigte neu und zusätzlich eingestellt werden können. Hunderte davon in der Steiermark. Wir haben von 2015 auf 2017 um mehr als 200 Polizisten hier mehr und wir kriegen gar nicht wenige dazu. Wir haben heute unter vier Augen dann darüber geredet, und für die Landesverteidigung 1,3 Milliarden (Euro), auch hier spüren wir, dass das Bundesheer entsprechend aufgestockt wird und das halten wir auch für ganz, ganz wichtig, denn, das sage ich auch klar, die Lage hat sich in manchen Bereichen verschärft. Ja, vor 30 Jahren haben sie in München oder in Stuttgart, wenn sie in den Landtag oder in die Landesregierung gekommen sind, da sind sie perlustriert worden. Da ist man bei uns aus- und eingegangen. Bei uns wird heute noch niemand perlustriert. Aber es gibt eben auch Sicherheitsbestimmungen, weil es mehr Drohungen gibt. Und ich erzähle Ihnen nicht, ich bin genau informiert über die Sicherheitslage, es gibt ja hier auch Dinge, die man unter vier Augen einem Klubobmann oder einem Regierungsmitglied sagen kann, aber nicht öffentlich. Die Sicherheitslage ist in diesem Zusammenhang eine, die wir mit größter Aufmerksamkeit natürlich beobachten müssen, denn es gibt Gruppierungen, die uns Sorgen bereiten und die unter Beobachtung stehen. Auch hierzulande gibt es Probleme mit Menschen, die sich in den gesellschaftlichen Konsens nicht einordnen wollen. Und das können wir selbstverständlich nicht akzeptieren! Wir dürfen keine Gegengesellschaften im Land dulden. Deshalb bin ich dankbar, dass das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Steiermark und die Staatsanwaltschaft Graz bundesweit Vorreiter in der Bekämpfung jihadistischer Sachverhalte waren und sind. Wir erinnern uns alle an die durchgeführten Razzien in Graz Anfang des heurigen Jahres. Außerdem verweise ich auf die sogenannten Jihadisten-Prozesse der letzten beiden Jahre. Es gab zahlreiche Verurteilungen mit hohen Freiheitsstrafen. Auch Teile der Wiener Islamistszene wurden in der Steiermark bearbeitet und am Landesgericht für Strafsachen in Graz verhandelt. Ich kann daher nur sagen, vieles ist verbessert worden, aber wir sind gefordert, ich weiß das als Landeshauptmann, ich rede nicht davon, wie oft ich selber Drohungen bekomme, weil das ja auch eine Frage dann ist, ob es Trittbrettfahrer gibt und wie sehr wir heute bei allen großen Veranstaltungen, zuletzt z.B. bei Special Olympics, eineinhalb Stunden vorher gab es die Bombendrohung, davon haben wenige erfahren, aber dann zu

entscheiden, machen wir die Veranstaltung oder nicht, ist schwierig und diese Szenen werden nicht aufhören. Daher, halten wir zusammen, tun wir gemeinsam alles, um die Sicherheitslage zu verbessern, aber versuchen wir auch, die Menschen nicht über Gebühr zu verunsichern. Aufmerksam machen ja, jede und jeder muss mitdenken, aber nicht verunsichern in einem Ausmaß, wie es auch nicht notwendig ist. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.30 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die Redezeit der weiteren Rednerinnen und Redner in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Mir liegt zurzeit keine bestätigte Wortmeldung vor. Damit erkläre ich die Aktuelle Stunde *(LTAbg. Karl Lackner: „Lukas Schnitzer!“)* Ah, Lukas Schnitzer. Gut. Sozusagen eine Spontanmeldung.

LTAbg. Schnitzer – ÖVP (10.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sie haben es schon angesprochen, eine Spontanrede. Ich glaube, diese neue Form des Einmeldens hat sich noch nicht überall durchgesprochen. Nichts desto trotz freut es mich ganz besonders, am Beginn meiner Wortmeldung eine Ortsgruppe aus meinem Bezirk Hartberg-Fürstenfeld mit dem Herrn und der Frau Wiedner an der Spitze zu begrüßen. Es ist immer wieder schön, wenn Damen und Herren aus der Region zu Gast bei uns hier im Hohen Haus hier in Graz sind. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren, man hat an zwei Punkten gemerkt, dass der Hannes Amesbauer neuer Spitzenkandidat der Freiheitlichen Partei für die bevorstehenden Nationalratswahlen ist. Wissen Sie warum? Erstens, er hat einen wunderschönen, neuen, blauen Anzug, sogar mit weißem Stecktuch, und er hat sich bereits in seiner Rhetorik daran erinnert, hier eine Wahlkampfede zu veranstalten. Und geschätzte Damen und Herren, ich glaube, der Landtag Steiermark ist eine wichtige Bühne, um wichtige Themen zu diskutieren, aber es hat hier kein verfrühter Wahlkampf stattzufinden, geschätzte Damen und Herren, lieber Kollege Hannes Amesbauer. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Du hast, ihr habt mit dieser Aktuellen Stunde ein Thema angesprochen, was die Menschen in der Steiermark, egal ob in Hartberg-Fürstenfeld, oder das in Bad Aussee ist, oder wo auch immer, bewegt, was viele Emotionen auch hervorruft, auch deine Wortmeldung hat diese Emotionen bei dir hervorgerufen, aber es ist bei diesem Thema vor allem eines wichtig: Dass man sachlich, pragmatisch und auch ehrlich agiert. Und da gibt es nichts, wie der Herr Landeshauptmann vollkommen richtig gesagt hat, da gibt es nichts schön zu reden. Aber es geht auch darum, keine bewusste Überdramatisierung der Situation in der Steiermark darzustellen. Und darum

ist das abzulehnen, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Und der Herr Landeshauptmann hat es angesprochen, der Herr Bundesminister war heute bei unserer Klubsitzung zu Gast, und wenn Sie sich die Zahlen anschauen, und Sie haben, Herr Kollege Amesbauer, sehr, sehr viele Zahlen genannt, dann müssen Sie feststellen, dass in Österreich die Zahl der Strafanzeigen im Vergleich zu 2007 gesunken ist. 2007 waren es rund 600.000 Anzeigen, 2016 537.000. Ja, ich gebe Ihnen Recht, es ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 3,8 %. In der Steiermark waren es 2007 rund 62.000 Anzeigen, heute sind es 57.000 Anzeigen. Das heißt, vor 10 Jahren waren es mehr als heute. Das heißt im Umkehrschluss, dass die Sicherheitsbehörden, dass die Sicherheitskräfte eine gute Arbeit leisten, wenn man sich die Aufklärungsquote ansieht. 48,4 % der angezeigten Delikte, ein Plus von 2 %, wird aufgeklärt. Und wir sollten als Landtag Steiermark unseren Sicherheitsbehörden in der Steiermark ein großes Danke für diese Tätigkeit aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und du hast noch eine Zahl genannt, nämlich jene der Planstellen für Exekutivbeamte. Ja, hier ist es so, dass es österreichweit jetzt, von 2016 bis 2019 2.000 zusätzliche Polizisten geben wird. Und ihr habt ja bereits im Jahr 2015, es war konkret der 30.01.2015, eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt, wo es auch eine Mitteilung von der damals zuständigen Ministerin Johanna Mikl-Leitner gegeben hat, aus der ich Folgendes zitieren darf: „Bereits im Oktober 2013 wurde die vereinbarte Zielsetzung, nämlich die im Sicherheitspakt vorgesehenen 300 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten für das Bundesland Steiermark mit 368 Exekutivbediensteten, d.h. um 68 mehr, als die geforderten 300, die der Landespolizeidirektion Steiermark zugeführt worden sind, nicht nur erreicht, sondern überschritten“, geschätzte Damen und Herren. Und das ist etwas Positives, und das liegt bereits im Jahr 2013 zurück. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und ein Punkt um den mahnenden Worten der Frau Präsidentin zuvorzukommen, möchte ich eines abschließend festhalten: Wir beschäftigen uns als Landtag Steiermark immer wieder mit dem Thema Sicherheit und ich bin insofern darüber froh, weil mir Sicherheit als Thema besonders am Herzen liegt. Aber man sollte die Sicherheitspolitik, die Sicherheitslage, nicht vor dem Altar der Tagespolitik opfern, sondern mit Verantwortung alles dafür tun, damit die Sicherheit in diesem Lande, dass die Sicherheit in Österreich aufrecht und groß bleibt. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Johannes Schwarz. Bitte, Herr Klubobmann.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (10.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es wurde ja bereits angesprochen, also, Kollege Amesbauer, eindeutig, neue Aufgaben warten auf Sie, ein neues Outfit, neues Gewand, nur das Problem ist, die Inhalte Ihrer Reden bleiben gleich. Also da gäbe es noch Verbesserungspotential. Aber es ist ja ganz eindeutig, was Sie wollen. Sie sagen von sich selber, Sie sind Sicherheitssprecher der FPÖ, nehme ich an, (LTAbg. Amesbauer, BA: „Nein!“) im Landtag, oder jedenfalls eine Partei, die sich für die Sicherheit in diesem Land verantwortlich fühlt. Aber was betreiben Sie hier im Landtag? Sie betreiben Verunsicherungspolitik, und das weise ich aufs Schärfste zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Gerade in einer Zeit, wo wir weltweit, in Europa, merken, dass es natürlich insgesamt eine herausfordernde Zeit ist, auch, was die Sicherheitsfragen betrifft, in so einer Zeit, wo es auch um verantwortungsvolle Politik dahingehend geht, dass wir das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verstärken, dass wir auch sicherheitspolizeiliche, rechtsstaatliche Maßnahmen treffen, um hier auch die Sicherheit in Zukunft gewährleisten zu können, in so einer Zeit sich hier in den Landtag hereinzustellen und die Bevölkerung, die Menschen in diesem Land bewusst zu verunsichern, um hier bestimmte Menschengruppen gegeneinander auszuspielen, das ist nicht Sicherheitspolitik, das ist Unsicherheitspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das lehnen wir hier ab. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Denn eines ist doch klar, wenn man den Sicherheitsbericht 2016 liest, dann hat Österreich die höchste Aufklärungsrate, was Delikte betrifft, in den letzten 10 Jahren. Und da gilt es einmal auch in diesem Haus den Polizistinnen und Polizisten in diesem Land Danke dafür zu sagen, dass sie tagtäglich für die Sicherheit Österreichs einstehen und dass sie hier eine exzellente Aufklärungsrate, auch im Jahr 2016, erreicht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Danke dafür. Und Österreich hat nicht nur die höchste Aufklärungsrate, wir sind im sogenannten Global-Peace-Index, das ist ein Sicherheitsindex bei 163 Ländern, das drittsicherste Land weltweit. Also insgesamt kann man sagen, Österreich ist ein sicheres Land, Österreich ist ein Land mit einer exzellenten Sicherheitsexekutive und darauf können wir stolz sein, meine sehr verehrten

Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber eines ist natürlich auch klar, die Politik, die verantwortliche Politik in diesem Land darf sich vor den Zukunftsaufgaben, vor den Herausforderungen nicht verschließen und genau deshalb, der Herr Landeshauptmann hat es ja auch angesprochen, hat die Bundesregierung in die Polizei investiert, in das Militär investiert, hat die Bundesregierung auch noch in Zeiten der gemeinsamen Koalition ein neues Sicherheitspaket, das hoffentlich noch vor den Wahlen beschlossen werden wird, konzipiert und in Auftrag gegeben, wo genau auf diese neuen Herausforderungen des Terrorismus, aber auch der Cyber-Kriminalität stark Wert gelegt und hier auf diese Fragen eingegangen wird. Deshalb hat diese Bundesregierung gemeinsam auch Maßnahmen im Bereich des Strafrechtes getroffen, wo es hier auch darum geht, auf die Herausforderungen entsprechend eingehen zu können. Also, die verantwortliche Politik geht dahingehend, dass wir die personellen Mittel der Polizei stärken, dass wir auch die rechtsstaatlichen Mittel stärken, aber dass wir hier nicht Verunsicherungspolitik betreiben, sondern dass wir die notwendigen und richtigen Maßnahmen setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und zum Schluss noch: Es ist ja auch so, dass es auch wichtig sein wird, in einer neuen Legislaturperiode diesen Weg fortzusetzen, auch auf Bundesebene. Sie haben es ja richtig gesagt, Herr Amesbauer, Ihre Zeit ist hier am Ablaufen, Sie können sich dann ja auf Bundesebene für diese Fragen weiter einsetzen. Aber ich denke, wir brauchen mehr PolizistInnen, das ist durchaus wichtig in diesem Land, das sieht auch die SPÖ als eine ihrer Koalitionsbedingungen, sie hat 2500 neue, zusätzliche Polizistinnen und Polizisten für Österreich gefordert, ich denke, mehr Polizei, mehr gute Gesetze, aber sachliches, fachliches, cooles Handeln in diesem Land ist gefragt. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.42 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Hannes Amesbauer.

LTabg. Amesbauer, BA – FPÖ (10.42 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Zuerst einmal danke für Ihre Beantwortung, ich kann dem Einiges abgewinnen, was Sie gesagt haben, aber einige Dinge möchte ich schon noch auch zurechtrücken und in Erinnerung rufen. Sie haben auch, so wie die beiden anderen Redner hier, gesagt, man soll die Menschen nicht verunsichern und Sie haben auch gesagt, oder erinnert an das Jahr 2015 und an Ihre Rolle in dieser Situation. Aber Herr Landeshauptmann, eines muss man schon ehrlich sagen, Sie waren nicht, wie das auch oft in diesem Haus behauptet wurde, der erste

Landeshauptmann, der sich für einen Grenzzaun ausgesprochen hat. In Wahrheit waren Sie der letzte. Ich erinnere daran, bevor dieser Grenzsturm stattgefunden hat in Spielfeld, hat die Freiheitliche Partei hier einen Sonderlandtag einberufen zum Flüchtlingsthema, da haben Sie hier im Haus gesagt, wir sollen die Menschen nicht verunsichern, wir sollen keine Panik verbreiten, wir sollen uns nicht fürchten, es ist ja alles nicht so schlimm. Sie haben auch den Viktor Orban als Despoten bezeichnet, der übrigens der Hauptverantwortliche dafür ist, dass sich die Situation etwas beruhigt hat, das ist nicht der Herr Kurz, nein, das war der Herr Viktor Orban, der in Wahrheit auch die EU-Außengrenze geschützt hat als erster. *(Beifall bei der FPÖ)* Und es war bei dieser Sondersitzung auch noch eine Menschenkette von, wie soll ich sagen, von Realitätsverweigerern hier in der Herrengasse, um das Land herum, wo sich auch Abgeordnete aus diesem Haus beteiligt haben, wo auch der Herr Landesrat Drexler mitgemacht hat mit dieser Gruppe, und ein paar Monate später wurde dann die Linie geändert. Gott sei Dank wurde die Linie auch der ÖVP etwas korrigiert. Gut. Ja, zum Kollegen Schnitzer ganz kurz noch, nur, weil so viel hat diese Wortmeldung nicht hergegeben. Lieber Lukas Schnitzer, die FPÖ bricht hier keinen verfrühten Wahlkampf vom Zaun, das ist ja ein Scherz geradezu, das ist ja ein Hohn, wenn das ausgerechnet ein Vertreter der ÖVP sagt. Ich meine, bitte, wer hat denn die Wahlen tatsächlich vom Zaun gebrochen? Aber das wissen die Leute hier. *(Beifall bei der FPÖ)* Und lieber Lukas, du hast auch gesagt, oder hast auch viele Zahlen gebracht, das Problem mit den Planstellen mit den Polizeiposten, die es tatsächlich gibt, sind oft verschiedene Berechnungsmöglichkeiten. Es hat auch eine Reform gegeben und es werden jetzt auch hier sämtliche Verwaltungsposten im Innenposten dazu gezählt. Die Forderung ist ja ganz klar, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, brauchen wir mehr Polizisten auf der Straße. Das ist ja wohl ganz klar, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Kollege Schwarz, bei Ihnen ist es immer mühsam, das Ganze. Sie haben auch von einer Verunsicherungspolitik gesprochen, aber das, was Sie machen, meine Damen und Herren, das ist eine Beschwichtigungspolitik. *(Beifall bei der FPÖ)* Nicht wir verunsichern die Bürger. Die Bürger sind verunsichert, und zwar zu Recht. Reden Sie einmal mit den Menschen, schauen Sie sich die Zeitungsberichte an, die furchtbaren Bilder im Fernsehen, die wir immer sehen müssen. Also das ist keine Verunsicherungspolitik, die wir betreiben, das ist eine Verantwortungspolitik, die wir als Abgeordnete, als gewählte Volksvertreter hier wahrnehmen und nicht so wie Sie blumige Worte zu verwenden und zu sagen, naja, es gibt schon Probleme, das wissen wir, aber man darf ja nicht die Leute verunsichern. Das ist Kopf-in-den-Sand-Politik, das lehnen wir entschieden ab, Herr Kollege Schwarz. *(Beifall bei der*

FPÖ) Und Herr Schwarz, mit einem haben Sie schon recht, Österreich ist ein sicheres Land im Vergleich zu den zu vielen anderen Ländern, eines der sichersten Länder. Aber unsere Aufgabe als Politiker ist, uns nicht in Beschwichtigungen zu üben, sondern dafür zu sorgen, dass das auch so bleibt und die Sicherheit weiter ausgebaut wird. *(Beifall bei der FPÖ - LTabg. Schwarz: „Ich habe es Ihnen ja erklärt! Haben Sie nicht zugehört?“)* Jaja. Ich lade Sie alle ein, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Grünen ist das eh sinnlos, aber von SPÖ und ÖVP, da ja hier jetzt diese Linien und diese Positionen zum Teil übernommen werden. Im nächsten Ausschuss haben Sie die Möglichkeit, einem Antrag von uns zuzustimmen, wo wir schauen, dass in der Steiermark agierende Vereine, die eben dem Islamismus oder dem politischen Islam nahe stehen, unter die Lupe genommen werden, dass diese Herrschaften eine Grundsatzerklärung abzugeben haben, dass sie sich für den säkularen Staat aussprechen und gegen jeglichen Extremismus und Terrorismus und natürlich auch, wenn Sie das nicht machen, diese Erklärungen abzugeben, sämtliche Landessubventionen zu entziehen, diese Möglichkeit haben Sie im nächsten Ausschuss. Und meine Redezeit ist schon wieder zu Ende. Abschließend noch, Frau Präsidentin, Sie haben gesagt, ich soll auf meine Wortwahl achten und mir vorgeworfen, dass ich bei diesem Thema emotional werde. Da muss ich schon sagen, wenn für Sie das ein Drama ist, wenn man sagt, man will diese Menschen außer Landes bringen, die haben in Österreich nichts zu suchen, auch wenn man sagt, *(LTabg. Schwarz – SPÖ: „Das haben Sie so nicht gesagt!“)* mit denen ist „abzufahren“, ja, dazu stehe ich, hier handelt es sich bei diesen Jihad-Rückkehrern um IS-Kämpfer, die furchtbare Verbrechen verübt haben, zumindest bei dieser Organisation, die eine verbrecherische Terrororganisation ist, schauen Sie sich die Berichte an, wie die mit den Menschen umgehen, die foltern die Menschen, die nehmen die als lebende Schutzschilder, die exekutieren die, die köpfen die, die schneiden ihnen die Hälser durch, die stürzen sie von Häusern hinaus. Die haben z.B. mit den Jesiden ein ganzes Volk, eine Glaubensgemeinschaft versklavt, halten die Frauen als Sexsklavinnen, *(LTabg. Schwarz: „Dann gehören sie eingesperrt!“)* das ist ja ein Wahnsinn. Mit den Leuten gehört „abgefahren“. Dabei bleibe ich. *(Beifall bei der FPÖ – 10.48 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Abgeordneter Amesbauer, ich habe Sie ermahnt früher, dieses Wort nicht zu verwenden. Ich erteile Ihnen jetzt einen Ordnungsruf. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - LTabg. Amesbauer: „Na und?“ - LTabg. Schwarz: „Das ist Ihr Rechtsverständnis, Herr Amesbauer!“)*

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Gabriele Kolar von der SPÖ.

LTAbg. Kolar – SPÖ (10.49 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Geschätzter Herr Kollege Amesbauer, ich spreche Sie ganz persönlich an und ich bin sehr erfreut darüber, dass Sie jetzt, man liest ja, in den Nationalrat kommen und dort für das einstehen, was Sie heute hier gesagt haben, nämlich die Anzahl erhöhen der Polizeiposten, der Polizeidienststellen und der Polizeiplanstellen. Das ist ein ganz großes Anliegen auch des Landes Steiermark und von uns allen. Und Sie werden uns da draußen in Wien ordentlich vertreten und schauen, dass wir diese Planstellen auch bekommen. Da haben Sie meine größte Unterstützung. Aber, ich muss ein bisschen Ihr Gedächtnis aufmöbeln, geschätzter Herr Amesbauer, ich meine, vielleicht sind Sie zu jung, im positiven Sinne, aber Ihre Partei, Herr Amesbauer, Ihre Partei, die FPÖ, war im Jahr 2000 bis 2006 in Regierungsverantwortung und jetzt möchte ich Ihnen ein paar Zahlen nennen vom Abbau damals, wie Sie in der Regierung gesessen sind, wie viele Dienststellen - (LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ: „Dafür bin ich zu jung!“), ich weiß, dass Sie zu jung sind, Sie haben sie eh nicht abgeschafft, Ihre Partei war in der Verantwortung. 1999 gab es, jetzt hören Sie sich einmal die Zahlen an, noch 493.246 angezeigte Straftaten. Das war 1999. Im Jahr 2005, wo Sie in der Verantwortung waren, waren es bereits 605.272 angezeigte Straftaten. Ein Rekordergebnis, wenn man das so sagen darf. Ein Anstieg um 22 %, geschätzter Herr Amesbauer. Und die Aufklärungsquote ist massiv gesunken, die Aufklärungsquote, na, eh klar, weil Sie viele Dienststellen abgebaut haben. 1999 war die Aufklärungsquote 51 % und im Jahr 2005, wo Sie mit der FPÖ, Herr Amesbauer, in Regierungsverantwortung waren, waren es nur mehr 39,6 % Aufklärungsquote. Seit 2000, wo Sie, geschätzter Herr Amesbauer, in Regierungsverantwortung waren, wurden 3.000 Dienststellen abgebaut und Polizeidienststellen wurden massiv ausgedünnt, nämlich vom Jahr 2000 waren es noch 1.041 Stellen, und 2006 nur noch 921 Polizeidienststellen. Hier wurden 120 Dienststellen zugesperrt. Ich bin sehr dankbar, geschätzter Herr Amesbauer, dass Sie in den Nationalrat gehen, und das wieder korrigieren werden. Gemeinsam-Sicher-Österreich, Sie kennen alle das Projekt, eine Initiative des Innenministers Sobotka, eine große, eine großartige Initiative, um hier das Sicherheitsgefühl für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, gemeinsam mit den Menschen, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit den Schulen, viele Projekte

hier auszubauen. Man ist im Dezember 2016 hinausgegangen, der Herr Innenminister und hat verkündigt, jeder Bezirk bekommt einen Planposten mit einem Sicherheitskoordinator für Gemeinsam-Sicher-Österreich. Gemeinsam-Sicher-Graz, Gemeinsam-Sicher-Graz-Umgebung, auch Gemeinsam-Sicher-Murtal. Wir im Murtal sind jetzt umgefallen, wir haben nämlich aufgrund dessen, dass die Gewerkschaft - und Herr Amesbauer, Ihr Gewerkschaftsvertreter Reinhold Maier, von der FPÖ, hat in der Kleinen Zeitung im April gesagt, das brauchen wir nicht. Es gibt nur mehr drei Sicherheitskoordinatoren in der Steiermark, nämlich in Graz, Graz-Umgebung und Leoben. Wir, das Murtal, hatten auch einen Dienstposten, leider ist dieser Planposten auch abgeschafft worden. Warum bitte, lieber Herr Amesbauer? Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht? Wir brauchen diese gemeinsamen Sicherheitskoordinatoren, wir brauchen diese Planstellen in unseren Bezirken. Die Bürgermeisterversammlung des Murtales hat einstimmig eine Petition an das Land Steiermark verabschiedet, auch für das Murtal wieder einen Posten für Gemeinsam-Sicher-Österreich im Murtal zu installieren. Und viele Gemeinden sind dem gefolgt und haben ebenso eine Petition an das Land Steiermark eingereicht. Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage nur eines, Gemeinsam-Sicher-Österreich, Gemeinsam-Sicher-Steiermark, Gemeinsam-Sicher-jeder Bezirk, statt Bürgerwehren. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.54 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Landesrat Mag. Christopher Drexler.

Landesrat Mag. Drexler *(10.55 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich nicht über Gebühr an dieser Debatte beteiligen, aber Ihnen nur ein, zwei Gedanken vorstellen bzw. auf eine Unschlüssigkeit in der Argumentation des Kollegen Amesbauer hinweisen. Ich darf Ihnen vorweg sagen, im klaren Bekenntnis, jede Form des Terrors, aber insbesondere den islamistischen Terror zu bekämpfen, habe ich meine Linie sicher nie geändert. Erinnern Sie sich, dass wir hier im Hause, oder ich weiß gar nicht, ob Sie damals schon dabei waren, ist aber jetzt egal, erinnern Sie sich, dass wir hier im Hause schon anlässlich der Erregung der sogenannten in der islamischen Welt ob der Mohammed-Karikaturen eines dänischen Blattes hier eine sehr ausführliche Diskussion im Hause abgeführt haben, mit einem, glaube ich, sehr klaren Bekenntnis zu diesem Thema. Alle

derartigen Umtriebe, die von archaischen, barbarischen, voraufklärerischen Kräften geschürt werden, sind nicht nur abzulehnen, sondern mit voller Härte in Zusammenarbeit aller dafür geeigneten Kräfte der westlichen Welt zu bekämpfen. Das ist einmal sowieso klar. Was ich Ihnen aber sagen möchte ist, dass mir Ihr Konzept, zu sagen, wenn ich da einen Gefährder ausfindig mache oder wenn ich dort einen IS-Kämpfer-Rückkehrer ausfindig mache, dass ich die einfach irgendwohin verschicke, das ist meines Erachtens zu kurz gegriffen. Wenn der österreichische Rechtsstaat einen islamistischen Gefährder ausmacht, oder einen Rückkehrer aus Syrien, oder wo auch immer hier ausmacht, dann ist mit voller Härte des Rechtsstaates gegen diese Subjekte vorzugehen. Und mir ist lieber, ich habe den hinter Schloss und Riegel, als ich habe sie wieder irgendwohin in die Welt geschickt, sehr geehrter Herr Amesbauer. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Hinter Schloss und Riegel, und wenn es österreichische Staatsbürger sind, dann wird sie uns auch keiner abnehmen. Wenn es andere Staatsbürger sind, möchte ich sichergestellt haben, dass sie dort, wo wir sie hinschicken, sie auch hinter Schloss und Riegel sind, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte diese Subjekte nicht irgendwo herumlaufen lassen und das ist die Unschlüssigkeit in Ihrer Argumentation. Volle Härte des Rechtsstaates, alle Mittel ausnutzen, solche Leute zu jagen und zu fangen, sage ich in bewusst dieser Wortwahl, und dann einsperren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und nicht wieder irgendwo herumrennen lassen. Das wäre zu kurz gegriffen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.57 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Marco Triller von der FPÖ.

LTAbsg. Triller, BA – FPÖ (10.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Frau Präsidentin, mit Verlaub, ich will mir ja keinen Ordnungsruf jetzt da ergattern, aber die Wortwahl vom Hannes Amesbauer war für uns Freiheitliche absolut in Ordnung, genau, weil Sie *(LTAbsg. Schnitzer – ÖVP: „Das ist eine subjektive Wahrnehmung!“)* sich immer für die Rechte der Frauen einsetzen, für die Rechte der Menschen einsetzen und es ist Fakt, dass Frauen dort unten versklavt werden, dass Frauen hingerichtet werden, Menschen getötet werden und da finde ich, dass das Wort „abfahren“ über nicht schlimm ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Immerhin hat der Herr Landesrat Drexler auch gemeint oder hat von Subjekten gesprochen, man könnte das jetzt kombinieren und sagen, diese Subjekte, mit diesen muss

„abgefahren“ werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich möchte aber nur ganz kurz auch auf die sicherheitspolitische Lage auch eingehen. Ich bin ja bekanntlicherweise beim Österreichischen Bundesheer und ich sehe, und mir fehlt ein wenig das sicherheitspolitische Ziel, die Strategie seitens des Landes Steiermark. Meines Erachtens sollte es so ausschauen, dass man wirklich vor Ort die Grenzen sichert, d.h., die EU-Außengrenze sichert. Das hat aber nicht funktioniert. Ob der Unfähigkeit der Europäischen Union, ob dem Nichtmiteinwirken der österreichischen Bundesregierung, aber auch dem Nichtmiteinwirken der steirischen Landesregierung damals. Aber was ist dann passiert? Die Grenzen sind nicht gesichert worden. Der einzige Viktor Orban hat das gemacht und was ist dann unsere strategische Aufgabe? Unsere sicherheitspolitische Aufgabe? Es ist wichtig, dass wir die Grenzen dann selbst schützen und sichern müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und das wurde leider viel zu spät vollzogen. Und ich war jetzt unlängst bei einem Truppenbesuch steirischer Soldaten in Kärnten. Die leisten gute Arbeit, es leisten auch die Polizisten gute Arbeit, aber es ist, glaube ich auch, falsch verstanden worden, Herr Landeshauptmann, es ging nicht um Kriminalitätsstatistiken vordergründig, es ging darum, dass der Terror vor unserer Haustüre ist und für uns es wichtig ist als Politiker, dass wir endlich dieses sicherheitsstrategische, sicherheitspolitische Ziel entdecken und sagen, der Terror ist vor der Haustüre und wir müssen schauen, dass wir etwas gegen diese Terrorbekämpfung auch machen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und Frau Kollegin Kolar, Sie haben, sie ist jetzt nicht hier, aber ich richte es ihr eben so aus, die Frau Kollegin Kolar hat davon gesprochen, nein, die Freiheitlichen waren da von 2000 bis 2006 in der Bundesregierung. Stimmt einmal nicht, weil ab 2005 hat es das BZÖ gegeben, *(LTAbg. Schwarz: „Maria nah, der war lieb!“)* das wissen Sie auch. Aber ich möchte eines auch sagen, in dieser Zeit war auch ein ÖVP-Innenminister zuständig für die Sicherheitspolitik im Lande Österreich, und da braucht man nicht auf die Freiheitlichen hinklopfen, ja. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wir Freiheitliche, für uns ist die Sicherheitspolitik wichtig. Der Lukas Schnitzer geht da heraus und spricht, dass der Hannes Amesbauer Wahlkampf betreibt. Naja, du hast auch einen neuen Anzug, bist aber kein Spitzenkandidat. Das ist eben der Neid, ja. *(Beifall bei der FPÖ)* Ganz genau. Nein, ich würde da wirklich die Landesregierung, aber auch uns alle auffordern, einmal nachzudenken, nachzudenken über das sicherheitspolitische Ziel. *(Landesrat Mag. Drexler: „Haben Sie auch einen neuen Anzug?“)* Ja, ich habe auch einen neuen Anzug, sommerlich, Herr Landesrat. Wir müssen natürlich darauf schauen, dass wir die Sicherheitspolitik ernst nehmen. Es war auch ehrlich gemeint, glaube ich, vom Landeshauptmann, dass es ein wenig übersehen worden ist vor ein

paar Jahren. Deshalb jetzt umso mehr Geld in Sicherheit zu investieren, und ich fordere Sie auch auf, auch mehr Initiativen und Taten Richtung des Bundes zu setzen. Weil, wenn der Hannes Amesbauer dann auch Nationalratsabgeordneter ist, wird er natürlich die steirischen Interessen und auch die steirischen sicherheitspolitischen Interessen bestens dort vertreten. Danke sehr. (*Beifall bei der FPÖ – 11.02 Uhr*)

Landesrätin Dr. Vollath: Wie Sie selber sicher nicht anders erwartet haben, Abgeordneter Triller, erteile ich auch Ihnen einen Ordnungsruf. Sollte die FPÖ planen, dass das jetzt in jeder einzelnen Wortmeldung wiederholt wird, würde ich sagen (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist ja ein Wahnsinn!“*), dann nimmt die FPÖ den Landtag nicht ernst und das wäre gegen die Würde des Hohen Hauses. (*LTAbg. Triller, BA: „Das ist ja lächerlich!“ - LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist ja Willkür!“ - LTAbg. Schwarz: „Was heißt da Willkür?“*)

Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitteschön.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (11.03 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, wertere Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also ich muss sagen, ich bin schon in einer gewissen Weise irritiert, der Klubobmann der FPÖ ist ja nicht mehr da, er ist offenbar abgetaucht in dieser Situation. Kollege Amesbauer, und liebe Kollegen und Kolleginnen der FPÖ, es kann einmal passieren, dass man einen Begriff verwendet, der zu weit geht. Und ich glaube, mit jemandem „abfahren“, das wisst ihr ganz genau, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Damit waren Terroristen gemeint!“*) dass man technisch jemanden in ein Fahrzeug setzt, sondern es schwingt sicher etwas mit, bei diesem Begriff. Und das wissen alle Abgeordneten hier herinnen, was mitschwingt, wenn man davon spricht, dass man mit jemandem „abfährt“. Das ist nämlich genau das, was nicht rechtsstaatlich ist. Der Herr Landesrat Drexler hat auf die Rechtsstaatlichkeit zu Recht verwiesen, er hat gesagt, man kann das nicht wegdiskutieren, es ist die richtige Entscheidung zu treffen und mit derartigen Personen auch richtig umzugehen. Aber was mich bestürzt, dass dann noch dreimal jemand herauskommt von euch, das war jetzt das dritte Mal, und ihr verteidigt diesen Begriff auch noch, in der Hoffnung, ihr steht wieder in allen Medien drinnen und ihr dominiert die Debatte. Ich sage euch, das ist im Sinne des Landtages blamabel, das ist dreist, das ist eigentlich für euch eine Sache, die euch langfristig auch schadet, davon bin ich überzeugt und ich würde euch echt ersuchen, dass nicht noch eine vierte, fünfte, sechste

Person herauskommt und sagt, diesen Begriff kann man im Landtag ohne weiteres hier nennen. Noch dazu, wenn es eh schon einen Ordnungsruf gegeben hat. Wieder einen Ordnungsruf. Wenn wir dazu übergehen, egal, welche Fraktion, dass wir das nicht mehr ernst nehmen, welche Wortwahl wir hier wählen, wie wir miteinander umgehen, wie Begriffe in Richtung Menschen gesetzt werden, weil es war ja jedenfalls von Menschen die Rede im Zusammenhang mit dem Begriff „abfahren“, (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „Mörder, Vergewaltiger, Terroristen!“) dann, liebe Kollegen von der FPÖ, dann haben wir hier im Landtag wirklich ein Problem. Ich ersuche euch, es nicht mehr zu tun, nicht mehr zu tun, diese Formulierung zu verwenden. Ich glaube, dass würde euch gut anstehen. (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „Das ist Täterschutz, was du da machst!“) Ich möchte noch vielleicht ganz generell etwas sagen, weil eines wurde noch nicht gesagt. Heute ist Weltflüchtlingstag. (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „Echt?“) Ja, echt, Kollege *Amesbauer*. Und wer damals, der Herr Landeshauptmann hat daran erinnert an die Szenen in Spielfeld, erinnert euch, viele von uns waren unten, Leute von den Grünen, auch Leute von vielen Hilfsorganisationen, auch ich selbst war unten, habe einen Tag auch mit einer Hilfsorganisation mitgearbeitet, um zu sehen, wie es wirklich ist, der wird nichts sagen können. Und das möchte ich noch einmal in Richtung der FPÖ sagen, das sind nicht lauter Menschen gewesen, die sich aus Jux und Tollerei auf die Flucht gemacht haben, sondern das war eine Situation, die so für alle sichtbar war, dass hier offenbar aufgrund ganz klarer Fluchtursachen, aufgrund der Aussichtslosigkeit von Familien, speziell was die Zukunft ihrer Kinder anlangt, die Situation so war, dass sie sich auf den Weg gemacht haben. Ich darf da nur einen Satz dazu sagen: Viele Kinder sind damals, wie die Situation vor Ort leider nicht ausreichend, das muss man auch sagen, von den Ministerien, der Herr Landeshauptmann hat es ja auch indirekt angesprochen, begleitet wurde, da waren auch viele Kinder dabei, auch andere Menschen, aber auch Kinder, das hat mich besonders betroffen gemacht, die in der Hitze, damals war es sehr warm, kollabiert sind, Kollege *Amesbauer*. Und immer, wenn man Debatten führt, wenn man über Flucht spricht, wenn man Pauschalurteile fällt, die alle in den gleichen Topf wirft, wenn man das so macht, wie ihr es macht, sollte man sich auch solche Bilder vor Augen führen. Wir haben natürlich am Weltflüchtlingstag auch Bilder vor Augen, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken. Jeden Tag, wahrscheinlich auch heute. Und dass es natürlich, und das ist richtig, ein europäisches Versagen ist, das ist in der Debatte heute noch nicht gefallen. Ein europäisches Versagen ist, dass wir mit dieser Situation nicht umgehen können, denn es ist schon richtig, wenige Länder allein werden es nicht bewältigen können. Aber es braucht vor allem auch einen europäischen

Zugang, ein gemeinsames Vorgehen, dass eine Wertegesellschaft von 500 Millionen Menschen, sind es, glaube ich, in Europa, es schafft, mit derartigen Dingen umzugehen. Es gibt ja Gründe für die Flucht. Die sind ganz unterschiedlicher Natur. Wir wissen, in Syrien waren es mehrere Jahre hintereinander schlechte Ernten, das hat dann natürlich auch zu Bürgerkriegen geführt. Wir wissen die Problematik mit dem IS, das ist ein ganz wesentlicher Teil, wir wissen aber, dass ganz viele Fluchtbewegungen auch z.B. klimabedingt vonstattengehen. Das heißt, wir müssen mit diesem Thema, mit dieser Problematik einen Umgang finden und hoffentlich einen Umgang finden, der den europäischen Werten, der auch unseren Werten hier natürlich entspricht. Und darum bin ich bei solchen Debatten, ich habe ja heute den Ansatz irgendwie gehabt, ich weiß ja schon, was die FPÖ will, sie will genau mit so einer Debatte Aufsehen erregen, sie geht über die Grenze, das ist jetzt offenbar nicht gleich gelungen, darum habt ihr es noch dreimal wiederholt mit diesem Begriff des „Abfahrens“ mit Menschen. Da versucht ihr natürlich die Aufmerksamkeit auf euch zu lenken. Aber das Problem ist schon, dass die Realitäten in vielen Bereichen leider komplett ausgeblendet werden und dass macht etwas mit der Gesellschaft, das macht etwas mit Menschen. Denn, wenn ein subjektives Sicherheitsgefühl vorhanden ist, dass jeder glaubt, das ist schon ganz extrem, das ist schon ganz schlimm, dann ist es schon wichtig, das haben heute viele Rednerinnen und Redner gemacht, hier die Fakten, Kollege Amesbauer, auch auf den Tisch zu legen und zu sagen, so schaut es aus. Dort, wo es Probleme gibt, wird man nicht wegschauen können, aber dort, wo Menschen, viele auch, die schon Jahre bei uns leben, wir wissen, dass manche Menschen bei uns dafür kämpfen, dass gut integrierte Familien bleiben können, Stichwort Bleiberecht. Dass man immer, wenn man die in einen Topf wirft, wie ihr das macht und immer von der Bedrohung von außen spricht, dann tut man der Gesellschaft nichts Gutes, nämlich jenen Menschen - aber man schafft auch bei uns ein subjektives Sicherheitsgefühl, was unserer Gesellschaft nicht zuträglich ist. Danke. *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ – 11.09 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Nachdem die Aktuelle Stunde bereits 60 Minuten dauert, mache ich gemäß § 71 Abs. 4 der Geschäftsordnung vom Recht Gebrauch, diese um 30 Minuten zu verlängern.

Die nächste Wortmeldung ist von Lukas Schnitzer von der ÖVP.

LTabg. Schnitzer – ÖVP (11.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Ich habe am Beginn meiner ersten Wortmeldung gesagt, dass das Thema Sicherheit ein Thema ist, was den Menschen, egal, wo sie leben, sehr starke emotionale Bewegung zuführt. Und ich habe gesagt, es braucht bei diesem Thema drei Punkte. Erstens: Sachlichkeit, zweitens: eine pragmatische Herangehensweise und drittens: Ehrlichkeit. Und insofern verwundert es mich schon, lieber Marco Triller, dass du dich da herstellst, wenn wir Zahlen nennen. Das sind nicht immer ganz erfreuliche Zahlen, dass man sich dann herstellt und sagt, wir wischen etwas vom Tisch. Das ist nie passiert und ich möchte insofern darauf eingehen, dass in der Steiermark und in Österreich im Sicherheitsbereich sehr, sehr viel gemacht wird. Ich habe den Themenbereich Extremismus angesprochen und der Herr Landesrat Drexler hat ganz klar und richtig gesagt, ein Rechtsstaat muss ein Rechtsstaat bleiben, egal, für jemanden, woher er kommt, und egal, wohin er will. Und es war in der Steiermark 2016 die sogenannte „Operation Josta“, wo in Summe 16 Islamisten verhaftet worden sind, vier sind davon bereits verurteilt worden und das ist ein Ausdruck dessen, dass Gott sei Dank unser Rechtsstaat in Österreich und der Rechtsstaat in unserer Republik funktioniert, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und es ist angesprochen worden vom Klubobmann Hannes Schwarz, ja, es geht darum, das Sicherheitspolizeigesetz auf diese neuen Herausforderungen noch stärker zu adaptieren. Ja, wir sind uns dieser Herausforderung bewusst. Wir wollen sie ehrlich, pragmatisch und sachlich angehen. Und im Bereich Prävention, das ist der ganz entscheidende Punkt, vor allem im Bereich, um radikale Tendenzen zu verhindern. Da geht es um Prävention, um Bewusstseinsbildung und auch da hat das zuständige Innenministerium gehandelt. Es gibt seit 2016 eine eigene Stabsstelle, die sich mit diesem Thema Prävention von radikalen Strömungen, vor allem islamistischer Natur, massiv beschäftigt. Und bereits innerhalb kürzester Zeit wurde dort der Personalstand von beginnend 20 Persönlichkeiten auf über 40 erweitert. Das ist ein gutes Zeichen und zeigt, dass man diesem Problem, dem Extremismus, versucht Herr zu werden und das ist nichts, was man vom Tisch wischen sollte, sondern anerkennen sollte, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und es geht darum, dass man vor allem jungen Menschen, man muss das ja ganz ehrlich sehen, das sind ja vor allem ganz junge Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen radikalisieren. Dass man gezielt auf diese jungen Menschen hinschaut, ihnen die Möglichkeit gibt, über Aussteigerprogramme heraus zu kommen aus dieser Falle und gleichzeitig hat man da auch eine Beratungsstelle, besonders für junge

Menschen, eingerichtet, nämlich mit dem ganz klaren Ziel, jungen Menschen eine Perspektive zu geben und sie vom Extremismus abzuhalten. Und das ist nichts Schlechtes, sondern etwas Gutes, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und du hast angesprochen den Bereich der Exekutivbeamten und des Exekutivdienstes der Sicherheitsbehörden, ja, auch da gibt es Investitionen. Ja; da ist man sich bewusst, etwas tun zu müssen, damit die allgemeine Sicherheitslage in Österreich weiterhin eine gute bleiben kann. Allein im Jahr 2016 wurden österreichweit 5.000 neue Fahrzeuge für die Exekutive angeschafft. Es wurden 6.500 neue Schutzwesten angeschafft. Ja, all das zeigt, dass man sich diesem Thema ernsthaft, sachlich, ehrlich und pragmatisch widmet und versucht, Lösungen herbeizuführen, im Interesse, die Sicherheit in der Republik, im Interesse, die Sicherheit in der Steiermark weiterhin zu erhöhen und abschließend, du hast das angesprochen, das allgemeine, subjektive Sicherheitsgefühl. Das ist in Österreich, das ist in der Steiermark im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern auf einem konstanten, hohen Niveau. Derzeit beträgt es 85 %, die sagen, sie fühlen sich in Österreich sehr, oder ganz sicher. Das ist nichts Schlechtes, das ist etwas Positives und daher hat der zuständige Innenminister zu Recht die Initiative Gemeinsam-Sicher gestartet, damit man Sicherheit noch weiter herunterbricht, damit man Sicherheit noch stärker in die Gemeinden trägt, in die Bezirke trägt, damit weiterhin die Republik Österreich, das Land Steiermark, ein Staat ist, in dem der Rechtsstaat gilt und in dem die Menschen weiterhin sagen können, jawohl, es lebt sich gut und sicher. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen – 11.15 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erkläre die Aktuelle Stunde daher für beendet.

Wir kommen nun zu Befragungen von Mitgliedern der Landesregierung. Es liegen heute insgesamt drei Befragungen gemäß § 69 der Geschäftsordnung vor.

Am Freitag, dem 09. Juni 2017 um 09 Uhr 04 wurde von Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler namens des Landtagsklubs der KPÖ eine Anfrage, Einl.Zahl 1740/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „Einbehaltung des für den Wohnbedarf reservierten Teiles der Mindestsicherung“ eingebracht.

Weiters wurde am Dienstag, dem 13. Juni 2017 um 14 Uhr 24 von Frau LTAbg. Sandra Krautwaschl namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage, Einl.Zahl 1750/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Kontrolle des Landesrechnungshofes betreffend das neue Verrechnungsmodell mit den Pflegeheimen“ eingebracht.

Außerdem wurde am Freitag, dem 16. Juni 2017 um 11 Uhr 47 von Frau LTAbg. Liane Moitzi namens des Landtagsklubs der FPÖ eine Anfrage, Einl.Zahl 1774/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend „Missachtung der Geschäftsordnung des Landtages durch Landesrätin Ursula Lackner“ eingebracht.

Gemäß § 69 Abs. 8 der Geschäftsordnung ist beim Aufruf des gegenständlichen Tagesordnungspunktes die Frage mündlich zu wiederholen. Eine mündliche Begründung der Fragestellung ist im Rahmen dieses Instrumentes nicht zulässig.

Gemäß § 69 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt.

Nach Beantwortung der Frage können die Fragestellerinnen eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortung der Anfrage findet keine Wechselrede statt.

Ich komme nun zur Behandlung der ersten Befragung und ersuche die Fragestellerin, Klubobfrau Claudia Klimt Weithaler, die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.18 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Nur damit Sie wissen, worum es geht: Es geht um die Einbehaltung der für den Wohnbedarf reservierten Teils der Mindestsicherung. Die wurde gestrichen. Das trifft in erster Linie Obdachlose und ich stelle daher, weil es inzwischen auch ein Landesverwaltungsgerichtsurteil dazu gibt, an Landesrätin Kampus folgende Frage:

„Bist du, Frau Landesrätin, nach dem Urteil des Landesverwaltungsgerichts bereit, allen Bezieherinnen und Beziehern der Mindestsicherung den Wohnbedarf wieder in voller Höhe auszuzahlen, um auch wohnungslosen Menschen die Chance auf ein künftiges reguläres Wohnverhältnis zu geben?“ (11.19 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich ersuche nun Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus die Anfrage zu beantworten.

Landesrätin Mag. Kampus (11.19 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren!

Nachdem, geschätzte Frau Klubobfrau, liebe Claudia, nachdem einige Entscheidungen seitens des Landesverwaltungsgerichtes über die tatsächlichen Wohnkosten in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung vorliegen, darf ich festhalten, dass das Land Steiermark bis zur Entscheidung der außerordentlichen Revision bei Nachweis von tatsächlichen Wohnkosten die vollen 25 % des Wohnbedarfs ausbezahlt. Auf jeden Fall werde ich mich dafür einsetzen, dass rasch eine rechtliche Klarstellung herbeigeführt wird. (Beifall bei der SPÖ – 11.19 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Gibt es eine Zusatzfrage, Frau Klubobfrau?

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.19 Uhr): Nein! (11.19 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Danke. Ich komme nun zur Behandlung der zweiten Befragung und ersuche die Fragestellerin, die Abgeordnete Sandra Krautwaschl, die Frage mündlich am Redepult zu wiederholen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.20 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Unsere Frage lautet, bezugnehmend auf Wortmeldungen des Herrn Landesrates, die wir in der Begründung angegeben haben: „Werden Sie wie 2015 mehrfach angekündigt sicherstellen, dass der Landesrechnungshof das neue Verrechnungsmodell bzw. die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Pflegeheimen kontrolliert?“ (11.20 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile Landesrat Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung.

Landesrat Mag. Drexler (11.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Abgeordnete Krautwaschl!

Tatsächlich habe ich im Zuge der Verhandlungen über ein neues Verrechnungsmodell für die stationäre Langzeitpflege die Idee geboren, oder wurde die Idee geboren, dieses vor Beschlussfassung durch die Landesregierung einer Kontrolle durch den Landesrechnungshof zu unterziehen. Sie wissen, ursprünglich die ganze Debatte ja auch unter anderem von einem Landesrechnungshofbericht mitinitiiert. Bedauerlicherweise muss ich Ihnen heute aber

mitteilen, dass mir sowohl die ehemalige Direktorin, als auch der derzeitige Direktor des Landesrechnungshofes mitgeteilt haben, dass dies aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht möglich ist. Abgesehen von den Projektkontrollen gem. Art. 52 L-VG als einzigem Instrument einer Vorwegkontrolle mit Bedarfsermittlung, Sollkostenberechnung und Folgekostenberechnung führt der Landesrechnungshof seine Gebarungsprüfungen ex post durch. Im übrigen ist auch dieser Art. 52 L-VG eine österreichweit beachtete Vorschrift, weil etwa der große Rechnungshof überhaupt nur ex-post-Überprüfungen kennt und auch die meisten Landesrechnungshöfe. Artikel 52 Abs. 2 L-VG definiert ein Projekt als ein Vorhaben, das einen in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht einheitlichen Anschaffungs- oder Herstellungsvorgang beschreibt, und im Kommentar zur Steiermärkischen Landesverfassung heißt es, ein Projekt ist ein in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht einheitlicher Anschaffungs- oder Herstellungsvorgang aufgrund einer gesamtheitlichen Planung. Seitens des Landesrechnungshofes führt man auf meine Anfrage dazu aus, dass ein Herstellungsvorgang sicher nicht zugrunde liegt bei diesen Verträgen, Überraschung, und weiter, in der Beauftragung von Leistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Pflegeheimen einen Anschaffungsvorgang zu sehen, wäre wohl eine sehr weit und überschießende Interpretation. Wenngleich es mir leid tut, dass eine Vorwegkontrolle des neuen Verrechnungsmodelles durch den Landesrechnungshof daher aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich ist, sage ich Ihnen, ich bekenne mich aber zur Verantwortung der Exekutive in diesem Fall. Wir gehen sozusagen das Risiko ein, das neue Verrechnungsmodell auch ohne Vorwegkontrolle dereinst zu beschließen und ich sehe dann natürlich einer ehebaldigen ex-post-Kontrolle durch den Rechnungshof gerne entgegen und sage Ihnen auch dazu: Sollte diese ex-post-Kontrolle dann tatsächlich Anregungen in sich bergen, ja dann kann man es auch wieder ändern. Aber leider ist es eben nicht möglich, ein solches Modell vorweg sozusagen prüfen zu lassen. Follow-Up-Überprüfung wird dann sowieso zum seinerzeitigen Bericht, wie ich annehme, sehr bald kommen, nachdem das neue Modell vorliegt. Leider kann ich Ihnen in diesem Zusammenhang sozusagen keine erfreulichere Nachricht überbringen. *(Beifall bei der Övp und SPÖ - 11.23 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke für die Stellungnahme. Gibt es eine Zusatzfrage? Nein.

Dann kommen wir zur Behandlung der dritten und letzten Befragung, und ich ersuche die Fragestellerin, Frau LTAbg. Liane Moitzi, die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

LTabg. Moitzi – FPÖ (11.24 Uhr): Danke, Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren Landesräte, geschätzte Zuhörer!

Frau Landesrat Lackner, ich richte folgende Frage an Sie: „Wie erklären Sie die offene Missachtung der Geschäftsordnung des Landtages, indem Sie zur beruflichen Zukunft von Jugendlichen die Ausfertigung einer Stellungnahme verweigern?“ *(Beifall bei der FPÖ - 11.24 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich ersuche nun Frau Landesrätin die Stellungnahme abzugeben.

Landesrätin Mag. Lackner (11.24 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Wo gehobelt wird, fallen Späne, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Die von Ihnen, Frau Abgeordnete Moitzi, angesprochene Stellungnahme wurde sogar vor der Frist, die auch im Antrag angegeben wurde, fertiggestellt, nämlich schon am 14. Februar. Jedoch wurde sie in der finalen Fertigung, d.h., in der Phase der Einbringung über die Regierung übersehen, was mir leid tut. Ich habe aber veranlasst, diese Stellungnahme mittels Regierungssitzungsakt umgehend am kommenden Donnerstag einzubringen. Das, was ich Ihnen aber jetzt vermitteln möchte, ist die Tatsache, welche der Stellungnahme zu entnehmen sein wird, und das ist einfach ein kurzer Blick auf dieses Thema, dass der Stellungnahme zu entnehmen sein wird, dass in der operativen Arbeit keine Frist versäumt worden ist, dass ich viel mehr stolz sagen kann, dass wir in der Bildungs- und Berufsorientierung in der Steiermark einiges geschafft haben. Unter anderem zwei Beispiele nur: Wir haben das strategische Gremium zur BBO neu aufgestellt mit allen relevanten Partnern und Partnerinnen und zum Zweiten haben wir in den Regionen die regionalen Bildungs- und Berufsorientierungskordinatorinnen und –kordinatoren installiert, aus dem wir unglaublich viele Erkenntnisse schon feststellen können und machen konnten und das alles hat das zum Ziel, was angesprochen wurde in der BBO, nämlich gemeinsam die besten Angebote für alle Steirerinnen und Steirer in allen Regionen gut koordinieren und entwickeln zu können. Mehr dann in der ausführlichen Stellungnahme. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.26 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön.

LTabg. Moitzi – FPÖ (11.27 Uhr): Danke, Frau Landesrat!

Ich freue mich auch schon, wenn die Stellungnahme übermittelt wird, aber ich möchte schon auch wissen, wie man es zukünftig sicherstellen kann, dass solche Fehler nicht passieren und dass wir fristgerecht unsere Antworten erhalten. *(Beifall bei der FPÖ – 11.27 Uhr)*

Landesrätin Mag. Lackner (11.27 Uhr): Frau Abgeordnete, wenn Sie frei von Fehlern sind, dann freut es mich. Dann sage ich das mit Respekt. Noch einmal, es wurde übersehen, diese schon bereits fertiggestellte Stellungnahme in die Regierung einzubringen und Ihnen auch zur Kenntnis zu bringen. Es ist ja sozusagen etwas, worin wir in der Arbeit uns bestätigt fühlen und wie gesagt, es wurde übersehen und es war bis jetzt auch nicht der Fall, dass eine so wichtige Thematik in irgendeiner Form auch liegen geblieben wäre. Aber, wie gesagt, die Arbeit ist weitergegangen und darauf kommt es an. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.28 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich teile dem Hohen Haus mit, dass vor der heutigen Sitzung Ausschüsse getagt haben, und zwar um 08.00 Uhr der Ausschuss für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 1645/1, der Abgeordneten Karl Petinger, Johannes Schwarz und Hubert Lang, betreffend Steiermärkisches Seveso Gesetz und Gesetzesänderungen durch die Seveso III Richtlinie. Zu diesem Antrag wurde der im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 1645/4, in Folge bezeichnet als Nachtragstagesordnungspunkt 1, N1, enthaltenen Ausschussantrag gefasst.

Außerdem hat heute um 08.10 Uhr der Ausschuss für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1695/1, betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird, beraten und zu dieser Regierungsvorlage den im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1695/3, im Folgenden N2 genannt, enthaltenen Ausschussantrag gefasst.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen zu behandeln:

N1 nach TOP 3 und N2 nach TOP 7.

Gemäß § 39 Abs. 5 der Geschäftsordnung ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse daher über die Ergänzung der Tagesordnung an den genannten Stellen abstimmen. Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand und sehe die einstimmige Annahme. Dankeschön.

Es wurden Dringliche Anfragen eingebracht und zwar am Mittwoch, dem 31. Mai 2017 von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 1726/1, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer betreffend „Finanzierung des ÖV-Ausbaus in Graz“.

Weiters am Dienstag, dem 06. Juni 2017 ist von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 1734/1 an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Die Steiermark als Vorreiter im Klimaschutz“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, spätestens aber um 16.00 Uhr damit beginnen. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Wechselrede statt.

Ich komme nun zur Bekanntgabe der Anfragen und Anfragebeantwortungen:

Es wurden 12 Anfragen mit den Einl.Zahl 1685/1 und 1686/1, Einl.Zahl 1689/1, Einl.Zahl 1705/1, Einl.Zahl 1708/1 und 1709/1, Einl.Zahl 1711/1, Einl.Zahl 1733/1, Einl.Zahl 1739/1, Einl.Zahl 1759/1, Einl.Zahl 1763/1 sowie Einl.Zahl 1766/1 gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung eingebracht.

Weiters wurden 13 Anfragebeantwortungen mit den Einl.Zahl 1463/2, Einl.Zahl 1520/2, Einl.Zahl 1532/2, Einl.Zahl 1536/2, Einl.Zahl 1541/2, Einl.Zahl 1565/2, Einl.Zahl 567/2, Einl.Zahl 1589/2 und 1590/2, Einl.Zahl 1599/2, Einl.Zahl 1602/2, Einl.Zahl 1604/2 sowie Einl.Zahl 1673/2 gemäß § 66 Abs. 3 der Geschäftsordnung von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht.

Wir kommen nun zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1696/1, betreffend Gesetz, mit dem das Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark geändert wird.

Zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Barbara Riener von der ÖVP.

LTabg. Riener – ÖVP (11.32 Uhr): Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer via Livestream und die hier anwesend sind!

Wie die Frau Präsidentin schon angeführt hat, geht es hier beim ersten Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung um das Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark. Das ist eine Dienstrechtsnovelle, die eigentlich im Dezember 2014 in der Sitzung hier im Hohen Haus bereits irgendwie angekündigt wurde. Warum? Im Dezember 2014 hatten wir eine Dienstrechtsnovelle mit den Gehaltsansätzen, wo für die Ärztinnen und Ärzte der KAGes neue Gehaltsansätze geschaffen wurden. Das war dringendst notwendig, da wir in der Steiermark mit unseren Gehaltsansätzen zu diesem Zeitpunkt im unteren Drittel waren und wir zunehmend mit Ärztemangel in unserer KAGes zu kämpfen hatten. Das sind zwei Effekte, die da zusammenkommen, das eine ist, dass wir bis 2021 550 neue Dienstposten schaffen müssen, auf dem Papier, sage ich jetzt einmal, weil wir haben ja auch noch andere Überlegungen in diese Richtung, das auch abzufangen, und zwar aus dem heraus, weil das Ärztearbeitszeitgesetz bis 2021 vollständig zur Umsetzung kommen muss. Eine Maßnahme diesbezüglich waren damals eben diese Verhandlungen, wo Ärzte sich melden konnten, trotzdem noch im alten Arbeitszeitbereich zu bleiben, dieses Opting-Out. Das wurde ja gut verhandelt, sodass wir eigentlich ganz gut über die Runden kommen. Gleichzeitig wurde eben auch dieses Gehaltsschema eingeführt und das hat sofort auch zu Effekten geführt, dass jene Ärztinnen und Ärzte, die seinerzeit in der Steiermark studiert haben, dann nach Kärnten, ins Burgenland oder sonst wohin ausgewandert sind, aber auch ins Ausland, ganz konkret in der Steiermark blieben und andere haben und sich überlegt, zu uns zu kommen und bei uns diese Dienstposten auszufüllen. Zu diesem Zeitpunkt hat unser Herr Landesrat so launig gesagt, unter anderem, „die Pflege wird vertröstet“. Aber die Pflege wurde nicht nur vertröstet, es wurde gut verhandelt, es wurde gut verhandelt mit dem Betriebsrat der KAGes, und so konnte für die Beschlussfassung in diesem Hohen Haus und ich hoffe, dass wir das einstimmig

beschließen - diese neuen Gehaltsansätze für die Pflege ausverhandelt werden. So wurden auf der einen Seite nicht nur die Gehaltsansätze erhöht, sondern es wurden natürlich auch die neuen Berufsfelder eingebaut, die über das GUKG, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - das voriges Jahr im Bund verabschiedet wurde - notwendig wurden, dass wir uns auch dem widmen. Aber es wurden auch die neuen Aufgabenbereiche diesbezüglich berücksichtigt. Ich glaube, das ist ganz wichtig der Wertschätzung der Pflege gegenüber. Es hat sich auch in der Pflege gezeigt, dass es zunehmend Mangel gibt. Bei den Diplomfeiern, wo ich immer wieder auch dabei sein darf, frage ich dann die Diplomantinnen und Diplomanten, wo sie denn hingehen bzw. arbeiten werden. Bei den letzten Diplomfeiern wurde zunehmend das Ausland genannt. Das hat es in den letzten fünf Jahren so nicht gegeben. Aber jetzt, seit einem Jahr, kommt das immer mehr. Sie machen im Ausland Praktika und gehen auch ins Ausland. Also insofern ist diese Maßnahme im Zuge der Fairness Gehälter auch dementsprechend so zu gestalten, dass nicht nur die Ärzte mehr bekommen, sondern auch die Pflege, aber auch die medizinisch-technischen Berufe. Das muss man auch dazu sagen, die sind ebenso berücksichtigt. Das ist das eine, aber auch, dass sie eine Motivation haben, bei uns zu bleiben, weil eben auch die Pflege ein wesentlicher Bestandteil ist, um eben unser Gesundheitssystem aufrecht zu erhalten. Aber nicht nur im KAGes-Bereich, es ist natürlich auch ein Hinweis, wie es dann weiter in der Pflege und in der Langzeitpflege wird. Insofern ist es meines Erachtens ein guter Abschluss, der mit 01. Juli 2017 umgesetzt wird. Ich darf aber auch, und das ist leider, wir haben schon gehört, Fehler passieren eben manchmal, es ist leider in der Gehaltstabelle, in der Entlohnungsgruppe SII/2, in der Entlohnungsstufe 21, 22 und 23 ein falscher Gehaltsansatz in der Regierungsvorlage dargestellt. Deswegen darf ich den Abänderungsantrag einbringen, eben in dieser Entlohnungsgruppe SII/2, in der Entlohnungsstufe 21, 22 und 23 die Gehaltsansätze insofern abzuändern und bitte um Beschlussfassung dieses Abänderungsantrages. Ich glaube, es ist heute ein guter Tag für die Pflege heute. Die Wertschätzung, die sie braucht, die drücken wir immer wieder auch wörtlich aus, aber hier auch tatsächlich, indem sie auf ihrem Gehaltszettel ab 01. Juli dann mehr erhalten. In diesem Sinne recht herzlichen Dank, auch Herr Landesrat, für dieses Verhandlungsergebnis. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.39 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Oliver Wieser von der SPÖ.

LTabg. Mag. (FH) Dr. Wieser – SPÖ (11.39 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meinen Damen und Herren hier in den Zuschauerräumen und natürlich auch via Livestream!

Dem Dank an den Herrn Landesrat möchte ich mich natürlich auch anschließen, aber auch natürlich Dank an den Finanzreferenten, unserem Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer aussprechen. Also nicht ganz nur quasi dem Gesundheitslandesrat hier den Dank auszusprechen, weil bei den ganzen Gesetzen, wie von meiner Kollegin Riener angesprochen, das Ärztarbeitszeitgesetz, aber auch die GUKG-Novelle, die bedienen ja einander, sind wesentlich und natürlich soll hier auch damit der nächste Schritt gesetzt werden. Und für uns ist das ein, gerade als Steirer, und mit unserem Gesundheitsplan 2035 und jetzt auch mit RSG 2025 ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung hier, diese Vorreiterrolle, die wir als Bundesland Steiermark in Österreich haben, auch weiterhin fortzuführen und dementsprechend auch diese Wertschätzung den Ärztinnen und Ärzten, genauso wie allen Pflegekräften damit auszudrücken, indem wir hier so ein Finanzpaket auch natürlich finanzieren können. Weil auch das ist natürlich eine wesentliche Voraussetzung und wir reden hier ja von knapp 40 Millionen, wenn ich das so richtig im Kopf habe, die hier ja auch finanziert werden müssen. In diesem Sinne danke ich noch einmal auch dem Herrn Landesrat und auch dem Herrn Finanzlandesrat, dass das finanzierbar und umsetzbar ist und das war es im Grunde genommen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.41 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Landesrat Mag. Christopher Drexler.

Landesrat Mag. Drexler (11.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kollegin auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorweg, Kollege Wieser, bei mir braucht sich da überhaupt niemand bedanken. Der einzige Dank, der auszusprechen ist, ist der Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag, in den Gesundheitsberufen Dienst am Menschen ausüben. Das ist der Dank, den wir aussprechen sollen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und daher war es mir ein Anliegen, dass wir die Verhandlungen über dieses sogenannte SII-Schema, welches durch diese Landesdienst- und Besoldungsrechtsnovelle verändert wird, dass wir diese Verhandlungen zu einem Ende bringen, weil es einerseits durch die vom Bundesgesetzgeber beschlossene Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes neue Bedingungen gibt,

neue Ausbildungen gibt, neue Kompetenzen gibt für die einzelnen Berufsbilder, und wir auf der anderen Seite einfach gesehen haben, dass wir Schlusslicht geworden sind im Bundesländervergleich in der Bezahlung, insbesondere der Pflege in unseren Spitälern. Gleichzeitig hat der für die allermeisten Einrichtungen der stationären Langzeitpflege, also Pflegeheime, einschlägige Kollektivvertrag, SWÖ-Kollektivvertrag, vormals BAGS-Kollektivvertrag so aufgeholt gegenüber unserem Schema im Landesdienst- und Besoldungsrecht, dass es schon mehr als bloß eine asymptotische Annäherung gegeben hat, nämlich es hat erste Schnittpunkte gegeben. Daher war es angezeigt, in Verhandlungen mit dem Zentralbetriebsrat der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft, respektive der Gewerkschaft öffentlicher Dienst und dem Vorstand der KAGes diese Verhandlungen zu führen, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Tatsächlich ist das gleich ein ordentliches Paket. Sie dürfen nicht vergessen, dass wir allein in der KAGes, in diesen, ich nenne es jetzt einmal nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, 10.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. 10.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur in diesem Bereich. Wenn ich dort natürlich bei einem Schema etwas mache, und der einzelne auch noch etwas spüren soll, das ist Sinn und Zweck der Übung, dann ist das gleich eine relativ teure Angelegenheit, präliminierte Kosten pro Jahr sind in diesem Fall ca. 35 Millionen Euro, die wir natürlich zum Teil auch wiederum durch Verbesserungen, Effizienzsteigerungen in anderen Bereichen gegenfinanzieren müssen. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist wirklich eine wichtige Novelle, ein guter Tag für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich und insofern danke ich dem Hohen Haus auch für die zu erwartende Beschlussfassung dieser Novelle des Landesdienst- und Besoldungsrechts. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.44 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ein weiteres Mal zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Barbara Riener.

LTAbg. Riener – ÖVP (11.45 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf hier noch einmal stehen, weil ich habe zwar gesagt, dass diese Novelle mit 01. Juli 2017 umgesetzt werden soll, aber damit das auch geschehen kann, stelle ich hiermit den Antrag auf Dringlichkeit und ich bitte um Zustimmung. *(11.45 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Abänderungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 1696/4, zum Gesetz, mit dem das Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten des Landes Steiermark geändert wird, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1696/3 enthaltenen Ausschussantrag, und zwar in der Fassung des Abänderungsantrages, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

Es wurde ein Antrag auf Dringlicherklärung gem. Art. 72 Abs. 3 L-VG gestellt. Für diesen Antrag ist eine Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag auf Dringlicherklärung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Sehe auch hier die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Verfassung über das Sonderstück, Einl.Zahl 1677/1, betreffend Bericht der Volksanwaltschaft 2016 – Band „Präventive Menschenrechtskontrolle“.

Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Sandra Krautwaschl von den Grünen.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (11.46 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Es war wieder ein bisschen überraschend mit diesem System für mich, dass ich gleich als Erstes drankomme. Danke und herzlich willkommen allen Zuhörerinnen und Zuhörern, auch im Livestream!

Es geht hier um einen Bericht des Volksanwaltes, der schon teilweise und gerade in einem bestimmten Bereich in der letzten Landtagssitzung Anlass für eine längere Debatte, nämlich zu unserer Dringlichen Anfrage zum Bereich Pflege war. Es ist ein sehr umfassendes Werk und enthält sehr viele Bereiche, die mir sehr wichtig sind. Ich möchte mich auch dafür

bedanken, auch im Ausschuss war es wirklich sehr erkenntnisreich, was der Herr Volksanwalt auf unsere Fragen auch antworten konnte und ich möchte jetzt zwei Bereiche noch einmal besonders herausstreichen, wo es gerade in der Steiermark einen besonderen Handlungsbedarf auch gibt aus unserer Sicht, was eh schon mehrmals in Debatten erwähnt wurde. Der erste Bereich ist eben wieder der Pflegebereich. Das war ein großes Thema in der letzten Sitzung und wir alle wissen, dass der Bereich Pflege künftig ein noch viel größeres Thema werden wird, weil eben in den nächsten 20 Jahren die Zahl der Pflegebedürftigen sich verdoppeln wird. Und die Hinweise, die aus dem Volksanwaltschaftsbericht da zu entnehmen sind, was zu tun ist, was zu verbessern ist, die kommen auch in anderen Dokumenten vor. Ich habe es auch das letzte Mal schon erwähnt, das kommt im Rechnungshofbericht vor, das kommt im Bedarfs- und Entwicklungsplan des Landes selber vor. Der Volksanwalt weist in diesem Bereich vor allem auch in der Steiermark darauf hin, dass es eben mangelnde Ressourcen im Bereich der Personalausstattung gibt, vor allem, was die Pflegeheime betrifft, also den stationären Bereich, und es natürlich auch in weiterer Folge zu Fehlplatzierungen kommt in Pflegeheimen. Fehlplatzierung ist ein Fachausdruck, den habe nicht ich mir ausgedacht, aber da geht es eben darum, dass Menschen auch teilweise in Pflegeheimen untergebracht sind, die dort eigentlich gar nicht hingehören. Das hat Gründe, auf die wir schon öfters hingewiesen haben. Einerseits geht es darum, dass wir einen Mangel an Angebot von Alternativen haben, d.h., Tagesstrukturen, mobile Betreuung, stundenweise Betreuung vor allem, all das steht nicht ausreichend zur Verfügung. Deswegen kommen Menschen oft ins Pflegeheim, die dort eigentlich noch gar nicht hinmüssten, aus Mangel an Alternativen. Andererseits geht es aber auch darum, dass die Abklärung, die Beratung und die Unterstützung in der Inanspruchnahme von Möglichkeiten der Pflege nicht ausreichend vorhanden sind. Und da möchte ich auf etwas hinweisen, worauf wir schon im September 2015 hingewiesen haben – vielleicht passen manche doch einmal auf – weil wir haben im September 2015 alle gemeinsam einen Antrag beschlossen zum Case-und-Care-Management und ich möchte kurz darauf eingehen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, bis auf einen Punkt, glaube ich, da hat die FPÖ nicht mitgestimmt, aber es geht darum, Menschen zu ermöglichen, das richtige Angebot überhaupt zu bekommen und auch einzelne Fälle so zu betreuen, dass sie jeweils das richtige Angebot zur Verfügung haben. Das verhindert nämlich unter anderem das, wie der Volksanwalt in seinem Bericht auch anmerkt und als Empfehlung abgibt, dass junge Menschen mit Behinderung in Alten- und Pflegeheimen eigentlich überhaupt nicht richtig untergebracht sind. Wir haben das in der letzten Landtagssitzung ausführlich diskutiert, ich möchte es auch

in diesem Zusammenhang noch einmal erwähnen. Zum Case-und-Care-Management hat dann kurz darauf, nämlich im Dezember 2015, die FPÖ eine Schriftliche Anfrage gemacht und da wurde dann geantwortet, dass geplant ist, dass an Werktagen in den Bezirkshauptmannschaften tatsächlich Case-und-Care-ManagerInnen täglich zur Verfügung stehen sollen und dass es im Moment im Land noch keine qualifizierten MitarbeiterInnen dafür gäbe, aber dass für Pilotprojekte und für den Ausbau Budgetierung vorhanden ist. Und da bitte ich jetzt, also soweit ich nachrecherchieren konnte, aber ich bitte gerne um Korrektur, gibt es in den BH's im Normalfall noch keine entsprechenden Angebote für Case-und-Care-Management, nämlich wirklich beide Faktoren entsprechend. Deswegen haben wir das in unserem heutigen Entschließer als Thema auch noch einmal aufgegriffen und ich möchte es wirklich noch einmal betonen: Die richtige Unterbringung zum richtigen Zeitpunkt, das richtige Angebot ist entscheidend dafür, dass es nicht zu strukturellen Mängeln in der Pflege kommt, dass also nicht Missstände, die eben teilweise immer wieder vorkommen aus Stress, weil die Personen, die pflegen, nicht genug Entlastung haben, es nicht genug Pflegende gibt, dass es da nicht zu Missständen kommt. Und eine ganz wichtige Botschaft für mich auch noch einmal und auch dafür wäre Case-und-Care-Management ganz entscheidend, zur Entlastung der größten Gruppe der Pflegenden, nämlich der pflegenden Angehörigen. Das sind, wie wir wissen, über 50 % der Menschen, die pflegen. Das war einmal in aller Kürze zu diesem ersten Punkt unseres Antrages. Der zweite Punkt, auch ein sehr bekannter, betrifft ebenfalls ein österreichweites Problem, aber ein in der Steiermark besonders evidentes Problem, nämlich die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Ich habe das jetzt gerade noch einmal dort nachgelesen in dem präventiven Menschenrechtsbericht der Volksanwaltschaft. Die Steiermark hat nämlich im bisher gültigen RSG nicht einmal auf dem Papier die Vorgaben erfüllt, was diesen Bereich anbelangt, den der Österreichische Strukturplan Gesundheit vorgibt. Ist also damit Schlusslicht, wir wissen das, es wurden auch schon Veränderungen und Verbesserungen angekündigt, es kommt jedenfalls im Moment dazu, und das höre ich einfach immer wieder, dass in den bestehenden Strukturen große Überbelastung besteht, weil eben zu wenig Betten vorhanden sind, weil zu wenig, vor allem auch mobile Betreuung für diesen Bereich vorhanden ist und es gibt keine einzige Kassenstelle, die hier wirklich niederschwellig etwas abfangen kann. Das hat natürlich gravierende Folgen, nämlich Folgen für die Betroffenen vor allem, aber auch für die Menschen, die wieder in diesem Bereich arbeiten. Sprich, eben Überlastung auf den Stationen, wo dann Kinder und Jugendliche teilweise, also ich habe gelesen, bis zu 115 % Überbelegung in kinder- und

jugendpsychiatrischen Stationen, in den zweien, die wir haben und besonders dramatisch finde ich persönlich Unterbringen im Erwachsenenbereich. Hier kommt es oft zu einer weiteren Traumatisierung. Kinder und Jugendliche, die es eh schon schwer genug haben, weil sie eben größere Probleme in dem Bereich haben, werden weiter traumatisiert und es kommt ganz oft dazu, dass dann frühzeitige Entlassungen notwendig sind, um überhaupt das irgendwie aufzufangen, was akut neu hereinkommt. Verschärft wird das Problem dadurch, dass es keine Kinder- und Jugendpsychiater gibt im niedergelassenen Bereich, in dem wirklich niederschwelligsten Zugang. Geplant ist jetzt, das weiß ich aus der Gesundheitsplattform, dass es zwar im Bereich der psychosozialen Dienste und psychosozialen Zentren Fachärzte geben soll, aber ich habe mir das jetzt gestern angeschaut, da sind zumindest 16 Stunden zwar ausgeschrieben, aber es gibt, glaube ich, auch noch keine bis jetzt. Auch da bitte ich wieder vielleicht um die aktuellen Zahlen und meiner Ansicht nach braucht es einfach mehr. Es braucht einen niederschweligen Zugang im niedergelassenen Bereich, der ja auch im Rahmen des Gesundheitsplanes 2035 gestärkt werden soll und da gibt es ein großes Ziel, das wird immer wieder, und ist auch bei der letzten Gesundheitskonferenz wieder gesagt worden, der Gesundheitsplan soll dazu beitragen, dass die Steirerinnen und Steirer gesünder und länger leben, als der Rest der Welt und wenn der Wille aller einschlägigen AkteurInnen tatsächlich da ist, inklusive der Sozialversicherungsträger, dieses Ziel zu erreichen, dann kann der Punkt 3 meines Antrages eigentlich gar kein Problem sein, den umzusetzen. Und ich komme hiermit schon zur Verlesung unseres Antrages:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Das Angebot an alternativen Wohn- und Betreuungsformen in der Altenpflege auszubauen;
2. regionale Koordinationsstellen im Sinne des Landtagsbeschluss Nr. 50 vom 20. September 2015 Case-und-Care-Management zu schaffen, die Betroffenen und ihre Angehörigen über die unterschiedlichen Angebote aufzuklären, beraten und bei der Inanspruchnahme unterstützen und
3. erneut mit den Versicherungsanstalten in Verhandlungen zu treten, um endlich ein steiermarkweites, flächendeckendes Angebot an kinder- und jugendpsychiatrischen Kassenstellen zu schaffen.

Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 11.56 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Mag. Doris Kampus.

Landesrätin Mag. Kampus (11.56 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren!

Ich wollte mich ad hoc zu Wort melden, weil die Frau Abgeordnete Krautwaschl zwei Punkte angesprochen hat, die mir auch sehr am Herzen liegen, und ich wollte mich auch bedanken bei Ihnen für das Thematisieren dieser Punkte hier in diesem Hohen Haus. Ich glaube, es ist wichtig darüber zu reden, und der eine Teil betrifft das Case-und-Care-Management, und da sind der Kollege Landesrat Drexler und ich in guten Gesprächen, und noch vor dem Sommer werden wir einen Vorschlag präsentieren können, ein Case-und-Care-Management einzuführen. Das wird einerseits die Thematik der Pflege betreffen, selbstverständlich aber andererseits, was mich jetzt betrifft, mein Ressort, das Thema Armut, Armutsbekämpfung und Altersarmut. Und wir wissen, dass es zwischen diesen zwei Themen, ohne mich jetzt inhaltlich zu tief da hineinknien zu wollen, große Schnittmengen gibt. Das ist das eine, was ich noch sagen wollte, und das zweite, was Sie angesprochen haben, zu Recht, es gibt auch eine sehr enge Schnittstelle zwischen dem Thema Pflege und Behindertenhilfe, und wir konnten ja kürzlich in der Regierung den Bedarfs- und Entwicklungsplan Behindertenhilfe beschließen (na endlich), ich bin auch sehr froh darüber, und ich freue mich schon darauf, den mit Ihnen gemeinsam, mit allen Fraktionen in diesem Haus auch hier diskutieren zu können, und auch da wird es so sein, dass ein Ausbau an Plätzen, obwohl das, ich sage das jetzt auch ganz ehrlich, immer nur die zweitbeste Lösung ist. Die beste Lösung ist, durch Unterstützung Menschen so lange wie möglich in ihrem familiären Umfeld behalten zu können. Wenn das nicht geht, aber auch da wird es zu einem Ausbau an Plätzen kommen, damit die Menschen, die eine Behinderung haben, auch tatsächlich in einem Umfeld, das passend ist, gut ihr Leben verbringen können. Das wollte ich noch sagen, zwei Themen, wo Sie mir aus der Seele sprechen, und zwei Themen, wo sehr, sehr aktiv zwischen dem Kollegen Landesrat Drexler und mir gearbeitet wird und wir in Bälde auch konkrete Maßnahmen diesem Hohen Haus vorstellen können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 11.58 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.58 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werde Kolleginnen und Kollegen, werde Zuhörende!

Ich möchte vorweg anmerken, dass es ja in der Steiermark eine langjährige und gute Tradition ist, dass die amtierenden Volksanwälte und -anwältinnen auch immer persönlich in den Ausschuss kommen und ihre Berichte darstellen, was ich selbst für sehr sinnvoll erachte und möchte an der Stelle mich auch bedanken beim Herrn Dr. Kräuter, bei der Frau Dr. Brinek und bei Dr. Fichtenbauer, die ja in den letzten Jahren hier immer anwesend waren. Zuletzt ging es eben um Altenpflege und Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Seit 2012 werden diese Institutionen jetzt durch die Volksanwaltschaft kontrolliert und dieser vorliegende Bericht, um den es hier bei dieser Tagesordnung geht, ist ja eine Zusammenfassung aus all den Empfehlungen, die es zwischen 2013 und 2016 eben gegeben hat. Für uns als Abgeordnete, ich erwähne das immer wieder gerne, sind solche Berichte insofern sehr wichtig, weil sie ja Themen an uns herantragen, für die wir auch verantwortlich sind als gewählte Mandatäre und Mandatarinnen und ich schätze es auch immer sehr, dass in diesen Berichten ja Empfehlungen abgegeben werden, wo wir einerseits schauen können, was tut denn die Landesregierung schon im Hinblick auf diese Empfehlungen, was gibt es da bereits, und wo müssen wir als Abgeordnete vielleicht auch in Form von Anträgen und Initiativen nachhaken. In diesem Bericht, und vieles hat die Kollegin Krautwaschl ja eh schon gesagt, ich werde es jetzt nicht wiederholen, ich werde versuchen, ein paar andere Schwerpunkte noch herauszuarbeiten, wir haben in dieser Legislaturperiode uns schon sehr oft und sehr intensiv mit dem Thema Kinder- und Jugendpsychiatrie auseinandergesetzt. Es sind da auch von unserer Seite immer wieder Initiativen und Anträge gekommen und wir haben immer eben diese Kassenplanstellen gefordert, die ja auch jetzt hier wieder thematisiert sind. Jetzt wissen wir auch, das hat die Sandra vorhin schon erwähnt, es gibt jetzt einen ersten Schritt, meiner Meinung nach in die richtige Richtung, es werden eben demnächst fünf Kinderpsychiater/Kinderpsychiaterinnen an die sozialpsychiatrischen Ambulatorien angedockt bzw. angehängt, die werden dort vor Ort praktizieren und ich glaube, dass das gut ist und wir haben uns da in der Gesundheitsplattform ja auch darüber unterhalten, ob das jetzt auch dieser niederschwellige Zugang ist, den wir uns, glaube ich, alle wünschen. Ich hatte vor rund einem Jahr ein Gespräch auch mit dem Herrn Landesrat Drexler, wo wir auch noch einmal das thematisiert haben und ich auch gesagt habe, ich glaube, dass das schon ein niederschwelliger Zugang ist für all jene, die ohnehin mit den sozialpsychiatrischen Ambulatorien eben schon in Kontakt sind. Was ist aber mit all jenen,

die dort keinen Kontakt haben? Wie können die vermittelt werden? Wie erfahren die, dass es dort vor Ort Möglichkeiten gibt? Und da haben Sie mir etwas versprochen und an dieses Versprechen möchte ich Sie jetzt erinnern, Herr Landesrat. Sie haben gemeint, man müsste sich das wirklich, wenn das eingespielt ist, nach einer gewissen Zeit einmal anschauen, vielleicht im Rahmen einer Landtagsexkursion, um auch zu schauen, wie das in der Praxis funktioniert. Ich glaube, dass das eine gute Möglichkeit ist, das dann auch wirklich zu erleben und auch dann die Rückmeldungen zu bekommen von den Menschen vor Ort und auch von denjenigen, die ja zusammenarbeiten. Also ich würde mitfahren, ich melde mich hier gleich an. Wie gesagt, wir haben natürlich in dem Bereich einen großen Mangel, denn fünf für die ganze Steiermark, das ist nicht viel. Wir wissen natürlich, dass leider, muss man sagen, die psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen steigen, also der Bedarf weitaus höher ist als das, was wir im Moment jetzt auch mit dem Angebot abdecken können. Aber wie gesagt, es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ich möchte jetzt auch an die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie appellieren. Das Problem, das wir ja haben, ist, dass sich die GKK da mit Händen und Füßen wehrt. Aber jetzt habe ich gehört, die Kollegin Nussbaum soll ja in den Nationalrat kommen, vielleicht kann man da ja noch vorher Gespräche führen und vielleicht sieht sie das ja dann, wenn sie in einer politischen Funktion ist, ein wenig anders. Denn wir haben ja letztens im Ausschuss auch gesagt, es ist einfach schlimm, mitzubekommen, dass es notwendig ist, und dass man aber aufgrund der Tatsache, dass die GKK sagt, zahlen wir nicht, einfach da auch bis zu einem gewissen Grad Hände und Füße gebunden sind. Erfreulich ist in dem Zusammenhang, dass es nun, das ist ja auch etwas, was in dem Bericht vorkommt und über das wir immer wieder gesprochen haben, dass es nun auch Gespräche zwischen der KAGes und der Universität gibt, das hat uns der Herr Landesrat Drexler im Ausschuss letztens auch erzählt, dass endlich auch eine Professur für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Uni in Graz angesiedelt werden soll. Ich denke, das wäre auch ganz, ganz wesentlich und ich bin sehr hoffnungsfroh, dass diese Gespräche auch positiv ausgehen, denn haben wir dort eine Professur, dann haben wir natürlich auch, sage ich gleich einmal, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, denn im Moment ist es ja von der Ausbildung her nicht so einfach und ich denke, es wäre auch schön, hier ein Zeichen zu setzen. Ich glaube, wir sind in der Steiermark überhaupt das einzige Bundesland, oder ich glaube, es gibt vielleicht noch ein zweites, wo es keine Professur für Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt. Aber Kollegin Holasek wird das vielleicht dann noch kundtun. Also das würde ich für ganz wichtig erachten, denn es gibt einfach derzeit auch zu wenig Ausgebildete und offensichtlich

brauchen wir sie. Ein Punkt in dem Zusammenhang noch, dann komme ich zu einem nächsten Thema, das wir auch bei diesem Gespräch besprochen haben vor einem Jahr, Sie erinnern sich wahrscheinlich alle noch, es gab hier einen einstimmigen Beschluss. Wir haben die Initiative gestartet und einen Antrag gemacht von der KPÖ für die Sozialtherapeutischen Wohngemeinschaften. Und da war auch klar, das ist auch wiederum ein Thema, wo eben das Sozial- und das Gesundheitsressort sehr eng zusammenarbeiten müssen und diese Arbeitsgruppe, die sich da jetzt Gedanken machen sollte, wurde mir auch vor einem Jahr gesagt, die ist jetzt installiert. Da würde ich einfach bitten, vielleicht gibt es da schon Ergebnisse, vielleicht kann man da auch schon etwas berichten. Und es wäre schön, wenn die Arbeitsgruppe nicht nur um ihrer selbst willen eingerichtet wird, sondern dass da auch wirklich Ergebnisse gebracht werden. Gut, was kritisiert die Volksanwaltschaft, oder was empfiehlt die Volksanwaltschaft? Ich denke, man sollte es ja immer positiv sehen, was empfiehlt die Volksanwaltschaft noch? Es geht vor allem in dieser Zusammenfassung auch generell um eine zu geringe Personalausstattung in den Pflegeheimen, die natürlich mit sich zieht, dass es dann oft zu Betreuungsmängeln kommt, vor allem in der Nacht. Es ist auch angeführt, dass die Volksanwaltschaft kritisiert, dass es zu einer Ökonomisierung der sozialen Arbeit gekommen ist, dass die Arbeit auch unter Sparzwängen leidet, demnach auch die Arbeitsbedingungen hier immer schwieriger werden und dass es sinnvoll ist, auch die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen. Ein weiterer Punkt, auf den wir in unserem Entschließungsantrag, den ich im Anschluss einbringen werde, auch noch eingegangen sind, ist die Forderung danach, dass die Aufsichtsbehörden bei ihren Kontrollen nicht nur auf strukturelle Gegebenheiten und Prozesse fokussiert sein sollen, sondern im Sinne einer umfassenden Qualitätskontrolle auch negative Vorfälle sowie die Zufriedenheit der Bewohner und Bewohnerinnen und der Angehörigen und des Personals erfassen sollen. Ich möchte jetzt diesen Entschließungsantrag, der sich in vier Punkte gliedert, noch einbringen und dazu sagen, dass wir dem Entschließungsantrag der Grünen unsere Zustimmung geben werden. Unser Entschließungsantrag lautet wie folgt:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die Personalausstattung in den steirischen Pflegeheimen deutlich zu verbessern.

Ich weiß, da hat es Verbesserungen gegeben, ich finde, zu marginal.

2. Regelmäßig eine transparente und valide Pflegeerlebnisqualitätsbeurteilung der Pflegeheime durchzuführen.
 3. Die Anzahl der Amtssachverständigen zu erhöhen und
-

4. auch für ältere Menschen in Pflegeeinrichtungen die freie Arztwahl und die Facharztversorgung zu gewährleisten.

Ich bitte um Annahme.

Zu guter Letzt möchte ich mich noch bedanken, und zwar bei der Frau Landesrätin Kampus. Wenn Sie sich erinnern, in einem der letzten Berichte des Volksanwaltes wurde ja festgestellt, dass die Tätigkeit der Opferschutzkommission abgeschafft wurde, oder eingestellt wurde, muss man sagen. Wir haben dann von unserer Seite einmal nachgefragt, warum, wieso, weshalb, und haben dann eine Antwort bekommen, die meiner Meinung nach nicht sehr befriedigend war und wir haben dann einen Antrag gestellt, diese Opferschutzkommission möge ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der Antrag ist im Dezember leider mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt worden, nichtsdestotrotz gibt es jetzt aber zum Glück so eine Stelle, die wurde eingeführt, und ich freue mich sehr, dass sie beim Gewaltschutzzentrum angesiedelt ist und dass es da jetzt auch wirklich Öffnungszeiten gibt von Montag bis Donnerstag von 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr und Freitag von 08.00 Uhr bis 13.00 Uhr. Also, Sie sehen schon, das ist das, was ich zu Beginn gemeint habe, die Empfehlungen sind gut und wichtig, wir Abgeordnete müssen Initiativen setzen, auch wenn unsere Anträge zuerst abgelehnt werden und dann doch etwas herauskommt, hat es geholfen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 12.09 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Peter Tschernko. Bitteschön.

LTAbg. Tschernko, MSC – SPÖ (12.09 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream!

Ja, die Kolleginnen haben im Vorfeld die präventive Menschenrechtskontrolle in diesem Punkt angesprochen, also die zwei Punkte: den Bereich der Pflege und den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und auch schon erwähnt, dass über 200 Seiten 479 Einrichtungen in Österreich geprüft worden sind. Nicht nur in Pflegeheimen, sondern auch in allen Jugendwohlfahrtseinrichtungen und Polizeieinrichtungen, in Psychiatrien, in Krankenanstalten, bis hin zu den Justizanstalten. In der Steiermark wurden 74 Kontrollen durchgeführt und davon in 22 Alten- und Pflegeheimen, in sechs Jugendwohlfahrtseinrichtungen, aber auch in vier Einrichtungen für Menschen mit

Behinderungen und Polizeiinspektionen, etc. Meine Damen und Herren, für den steirischen Bereich wurden in Summe, es wurden einmal österreichweit Defizite oder Empfehlungen, wie es die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler schon erwähnt hat, abgegeben oder Versorgungsdefizite auch angeführt, genau in diesen zwei Bereichen. Ich möchte aber noch dazu sagen, damit man auch das Ausmaß in der Steiermark noch einmal in Erinnerung ruft, dass wir in der Steiermark doch 225 Pflegeheime betreiben mit über 13.365 bewilligten Pflegebetten, dass es hier, wenn es Empfehlungen gibt, oder wenn es hier Kritik gibt, um wirklich ganz wenig einzelne Problemfälle geht. Nichts desto trotz hat auch dieser Missstand, wobei jeder einzelne Missstand einer zu viel ist und der natürlich auch zu verurteilen ist und der auch untersucht werden muss bzw. korrigiert werden muss. Aber, ich möchte auch noch festhalten, dass wir in der Steiermark schon ein sehr gut funktionierendes Pflegesystem haben und auch darüber verfügen und dass es, wie gesagt, schon da und dort Probleme gibt, dass es auch hier von mir aus, oder von uns anzustreben ist, Verbesserungen hier herbeizuführen. Geschätzte Damen und Herren, ich möchte noch ganz kurz auf die beiden Entschließungsanträge auch eingehen und zum Thema Pflege: Das wurde auch eh schon von der Kollegin Krautwaschl erwähnt in der Dringlichen Anfrage damals zum Thema Pflege, diese Fragen wurden beantwortet und auch diskutiert, die auch hier wieder in dem Bericht zu finden waren, wie z.B. die Personalausstattung, hier kann gesagt werden oder vielleicht wird es der Herr Landesrat noch sagen, dass hier schon die Personalausstattung oder die sogenannten Mängel teilweise schon behoben sind, d.h., hier wurde Personal zur Verfügung gestellt oder wird zur Verfügung gestellt und auch mit den Pflegeheimbetreiberinnen und –betreibern wird ja noch verhandelt. Der Punkt Amtssachverständige ist auch erfüllt, und wir sind der Meinung, dass es hier ausreicht für die unangemeldeten Kontrollen vor Ort, zweimal jährlich durchzuführen und ist auch auf Anforderung natürlich möglich Case-und-Care-Management will ich jetzt nicht wiederholen, hat die Frau Landesrätin auch erwähnt, dass es hier vor dem Sommer noch ein Ergebnis geben wird, auch im Hinblick mit der Diskussion von Armut und Altersarmut. Das heißt, auch dieser Punkt ist eingeleitet und wir warten jetzt auch auf die Präsentation. Ja, und dann gibt es noch immer wieder die alternativen Wohnformen oder warum die Pflegeheime jetzt überbelegt sind oder falsch belegt sind, auch hier gibt es rund um die Pflegeheime noch viele, viele Punkte, die im RSG festgeschrieben sind, die jetzt stufenweise und im Aufbau auch erledigt werden von den alternativen Wohnformen, die eben gerade entwickelt werden, bis hin zu den Tageszentren, etc., etc., aber auch schon zum Großteil erledigt in der letzten Dringlichen Anfrage und hier nachzulesen. Ja

und jetzt zum Punkt Kinder- und Jugendpsychiatrie. Ich freue mich auch immer wieder, wenn es hier MitkämpferInnen oder MitstreiterInnen gibt für die Kinder- und Jugendpsychiatrie und auch nicht nur der Volksanwalt hat hier ein unzureichendes Versorgungsangebot festgestellt in der Steiermark, wenn man jetzt die Zahlen insgesamt kennt und weiß, war schon im Jugendgesundheitsbericht veröffentlicht und auch dort festgestellt, dass gerade im stationären Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie wir davon ausgehen können, dass es rund 165.000 behandlungsbedürftige Kinder und Jugendliche in Österreich gibt, muss ich sagen, gibt es hier strukturelle Defizite im Versorgungsangebot in Österreich. Jetzt auf den RSG oder auf die Steiermark herunter gebrochen heißt das natürlich auch für uns, dass wir hier mit unserer Bettenmesszahl weit darunter liegen im Bundesland. Wird auch hier kritisiert, und es ist ja auch schon erwähnt worden, nicht nur „Gut Ding braucht Weile“, auch sickert es schön langsam durch, dass wir hier auch durch den RSG, neben den Ambulatorien und sozialpsychiatrischen Einrichtungen jetzt die Möglichkeit haben, hier auch niederschwellig die Kinder und Jugendlichen zu versorgen, zu betreuen in erster Linie und in zweiter Linie auch hier im RSG 2020 ja festgeschrieben ist, dass die Bettenkapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Graz, in der Steiermark, auch erweitert werden. Und natürlich, das jetzt, und wie schon erwähnt, tagesklinische Strukturen ausgebaut werden, oder in Vorbereitung sind, haben wir schon gehört und ist ja schon auch festgelegt und es gibt ja schon zwei Regionen und die nächsten zwei schließen an, diese Ambulatorien auch mit Ärzten und auch Fachkräften zu besetzen. Es ist natürlich ein Thema und ein Problem, das muss auch erwähnt werden und da hoffen wir alle, inklusive unserem Landesrat Christopher Drexler, dass auch die Krankenkassen hier diesen Vertragsfachärzten Kassenstellen freigeben. Das ist wirklich ein Missstand in der Steiermark und hier hoffen wir schon, dass es in Zukunft, oder in näherer Zukunft uns, besser gesagt zum Wohle der Patientinnen und Patienten gelingen muss, hier Planstellen zu schaffen für psychiatrische Vertragsfachärztinnen und –fachärzte. Das möchte ich jetzt noch einmal auch als Forderung einbringen. Meine geschätzten Damen und Herren, ich möchte jetzt noch auf die Anträge der KPÖ eingehen, den einen Punkt möchte ich noch herausgreifen, die sozialtherapeutischen WG's oder Wohngemeinschaften. Die sind ganz, ganz wichtig, aber ich nehme an, und die Frau Landesrätin Kampus ist auch dabei, in Vorbereitung, diese auch zu präsentieren. Die werden nämlich für die Steiermark auch ganz, ganz wichtig sein und würden auch zu diesen niederschwelligen Angeboten eine Entlastung darstellen. Am Schluss möchte ich nur sagen, dass ich mich schon auf diesem Wege auch beim Herrn Landesrat Drexler bedanken muss, wenn man weiß, wie schwierig es ist, hier

Verhandlungen mit so vielen Partnerinnen und Partnern zu führen. Er ist nicht mehr da, er musste kurz weg, er hat mir das auch mitgeteilt, und ich bewundere sein Durchhaltevermögen, aber auch seine Umsicht und sein Geschick, dass er hier alle Beteiligten ins Boot bekommt und dass es hier letztendlich für die Steiermark zu einer guten Versorgung im Pflegebereich, aber auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, und in Summe im Gesundheitsbereich kommen wird. Ein wenig Geduld müssen wir auch haben. Gut Ding braucht Weile, hat heute irgendjemand hier am Rednerpult gesagt. Ich danke schön und wir hoffen auf eine rasche und gute Lösung zum Wohle unserer pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen in der Steiermark. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.18 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1677/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1677/3, betreffend Umsetzung der Empfehlungen der Volksanwaltschaft ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1677/4, betreffend Konsequenzen aus dem Bericht der Volksanwaltschaft zur präventiven Menschenrechtskontrolle 2016 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1736/1, betreffend Kündigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe.

Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen somit ...

Es wird eine Wortmeldung – benötigen. (*LTabg. Amesbauer, BA: Unverständlicher Zwischenruf*) Wir sind, Herr Kollege Amesbauer, beim Tagesordnungspunkt drei. Gibt es von Ihnen eine Wortmeldung?

Gut, der Kollege Amesbauer ist zu Wort gemeldet, bitte.

LTabg. Amesbauer, BA - FPÖ (12.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Das war jetzt ein kleines Missverständnis, da ja laut Liste vier Rednerinnen und Redner vor mir waren. Aber Kollegin Riener hat gesagt, wir müssen zuerst unseren Entschließer einbringen zum Replizieren, da kann ich jetzt nicht helfen. Den Entschließer wird ein Kollege von mir einbringen, da ich nicht unterschrieben hab auf dem Entschließungsantrag (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*), aber ein paar Worte werde ich dazu verlieren, da mich dieses Thema in diesem Haus auch seit vielen Jahren schon beschäftigt. Wir sind natürlich dafür, dass diese 15a-Vereinbarung gekündigt wird und sind auch froh, dass die Steiermark zu dieser Einsicht kommt, nur kommt diese Einsicht halt leider sehr, sehr spät. Ich weiß gar nicht, wie oft wir den Ausstieg, die Kündigung der 15a-Vereinbarung hier beantragt und gefordert haben. Also wenn ich mich richtig erinnere, wir haben das schon in der letzten Legislaturperiode auch gemacht, diese 15a-Sozialhilfevereinbarung ... Um was geht es da überhaupt? Also abgesehen davon, dass diese fast 40 Jahre alt ist und u.a. auch den Kostenersatz in Angelegenheiten des Pflegesektors regelt und wie dieses Regelwerk und diese Vereinbarung geschaffen wurden, ist es sicher nicht um die Mindestsicherung gegangen, die gab es damals noch nicht, und auch nicht um die Auswirkungen der Zuwanderung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man muss auch sagen, dass diese Übereinkunft realpolitisch in den letzten Jahren für die Steiermark vor allem eines bedeutet hat, nämlich Zahlungen. Zahlungen in Millionenhöhe, beispielsweise auch für Asylanten, die von der Steiermark nach Wien übersiedelt sind und die horrenden Sozialleistungen in der Bundeshauptstadt genossen

haben, die die Steiermark für einen gewissen Zeitraum auch noch zu berappen hatte. Diesem bundesländerübergreifenden Sozialtourismus hätte man schon längst Einhalt gebieten können und müssen und einen Riegel vorschieben müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich erinnere daran, dass noch im März 2017 ein Antrag – das ist erst wenige Monate her – der FPÖ hier im Haus abgelehnt wurde. Frau Landesrätin, Sie haben damals uns auch wissen lassen, dass aus ihrer Sicht die Kündigung eine mangelnde Solidarität mit anderen Bundesländern bedeuten würde und Sie haben auch gesagt: „Da mache ich nicht mit.“ Im April dieses Jahres hat Kollege Triller hier im Haus auch etwas zu den Kosten wissen wollen, das ist damals nicht beantwortet worden und von dem Ausstieg war auch noch keine Rede.

Aber kommen wir nun zu den Kosten, die der Steiermark entstanden sind: Zwischen 2013 und 2016, in diesen drei Jahren, hat die Steiermark 2,7 Millionen Euro an andere Bundesländer überwiesen und alleine in Wien waren es im Jahr 2016 650.000 Euro, meine Damen und Herren. Interessant ist auch, das wird bei der Thematik gerne vergessen, 51 % - ja, mehr als die Hälfte der Gesamtbezieher – waren Ausländer, genau genommen Drittstaatsangehörige und Asylberechtigte. Also diese Regelung ist keine Sache, die in erster Linie zum Wohle der österreichischen Steuerzahler getroffen wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben heute auch noch einen Entschließungsantrag, auf den Barbara Riener schon sehnsüchtigst wartet. Keine Angst, der kommt bald. Es geht in diesem darum, dass wir von der Landesregierung ein klares Bekenntnis dazu wollen, dass es mit dieser Geschichte jetzt endgültig aus ist, dass wir den Deckel draufmachen, dass wir diese 15a-Vereinbarung hinter uns lassen und die in Zukunft auch nicht mehr machen werden – auch nicht mit einer neuen Vereinbarung in dieser Art und Weise. Da geht es eben darum, dass wir keine Vereinbarungen über den Kostenersatz mit anderen Bundesländern in Bezug auf die Mindestsicherung treffen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie gesagt, wir sind froh, dass dieses Unding beendet wird mit dem heutigen Tag, dass diese 15a-Vereinbarung aufgekündigt wird. Es kommt leider, leider viel zu spät, denn wir hätten dem steirischen Steuerzahler viel Geld sparen können. Wir wollen aber sichergestellt wissen, dass wir mit diesem Kapitel abschließen und in Zukunft solche für den steirischen Steuerzahler abträglichen Vereinbarungen nicht mehr treffen. *(Beifall bei der FPÖ – 12.25 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Klaus Zenz. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Zenz - SPÖ (12.25 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist mir keine Freude diesen Antrag auch mit zu unterstützen, dass wir diese 15a-Vereinbarung – und in einem Punkt gebe ich Herrn Amesbauer ja recht, die ja wirklich seit über vier Jahrzehnten besteht – heute auch aus Sicht der Steiermark auflösen müssen. Es gibt nämlich einen Grund dafür und ich weiß, dass Sie das sehr gerne politisch in Richtung Mindestsicherung bringen wollen, aber das ist eine Vereinbarung unter den Bundesländern, die die gesamte Sozialhilfe betrifft, so, wie sie im klassischen Sinne, wir reden hier von der Kinder- und Jugendhilfe, wir reden hier von Menschen mit Behinderung, wir reden über die unterschiedlichen Gesetzgebungen betreffen. Ja, es ist bedauerlich, und ich glaube, dass es auch wichtig ist, und die Frau Landesrätin wird das sicher auch noch betonen, dass es hier einen solidarischen Ausgleich zwischen den Bundesländern gegeben hat. Sie werden nicht glauben, wie viele Menschen mit Behinderung aus Kärnten in der Steiermark eine erfahren, weil es das in Kärnten nicht gegeben hat. Sie werden auch nicht glauben, wie viele Menschen mit einem Hintergrund – z.B. über die Grenze nach Burgenland oder z.B. in Oberösterreich – besser versorgt waren. Diese 15a-Vereinbarung hat das gewährleistet. Es ist bedauerlich, dass nur mehr Wien und Steiermark übriggeblieben sind und das macht natürlich überhaupt keinen Sinn. Deshalb auch dieser Antrag, den wir da heute stellen, sozusagen diesen solidarischen Ausgleich im Bereich des Sozialwesens aufzulösen.

Ich kann Ihnen nicht zustimmen, Herr Kollege Amesbauer, mit dem Motto bei solidarischen Vergleichen, wir zahlen da nur ein. Es ist auch nicht so. Es gibt auch viele Menschen aus der Steiermark, die in anderen Bundesländern versorgt worden sind und dort auch richtig und gut versorgt worden sind. Also das teile ich nicht, aber das Einzige, warum wir das heute auch sagen: Es hat keinen Sinn sozusagen nur zwischen zwei Bundesländern in Österreich einen Vergleich zu haben. Das hat keinen Sinn, ich gebe Ihnen schon recht. Wichtig wäre allerdings, darum werden wir natürlich Ihrem Entschließer nicht zustimmen können, wieder zu einer neuen Lösung zu kommen. Weil, wie soll ich das sagen, die Republik Österreich ist ja so unbeschreiblich groß, dass man von Kärnten in die Steiermark oder nach Oberösterreich oder nach Burgenland oder nach Wien andere Regeln haben muss – das halte ich nicht für zielführend. Darum auch der Grund für diese 15a-Vereinbarung. Die hat ja einen Sinn gehabt

und darum ist sie auch jahrzehntelang bestanden. Ich hoffe und ich gehe davon aus, dass es hier zu Verhandlungen kommt und die Frau Landesrätin wird auch in ihrer Funktion, die sie jetzt als Vorsitzende der Sozialreferentenkonferenz hat, sehr darauf drängen, dass wir vernünftiger Weise wieder zu einer Lösung kommen. Weil Sie wären der Erste, der, wenn jemand in der Obersteiermark – in Kindberg oder in Mürzzuschlag z.B. – eine Sozialbetreuung hätte, die ausgezeichnet in Niederösterreich oder im Burgenland wäre, der sagt, was wäre das für eine Bürokratie, dass wir das dort nicht zahlen können und es gäbe da untereinander keinen Ausgleich. Also diese 15a-Vereinbarung wäre vernünftig. Ich weiß, dass sie selbstverständlich im Zusammenhang mit der Mindestsicherung eine Vereinbarung ist, die größere Kosten gebracht hat. Ich glaube nicht, dass die Steiermark sozusagen ein Zuzahler war. Ich glaube eher, dass die Steiermark ein Nutznießer war. Aber es hat auch keinen Sinn, wenn nur mehr Wien und die Steiermark die Einzigen sind, die das aufrecht erhalten, darum auch unser Antrag diese 15a-Vereinbarung zu kündigen. Aber natürlich auch mit dem Hintergrund in Zukunft zu neuen Vereinbarungen unter den neun Bundesländern zu kommen, weil Österreich hat keine 70 Millionen Einwohner oder was auch immer – also Österreich ist nicht so groß, ich glaube schon, dass die Bundesländer untereinander in den Bereichen des Sozialrechts – sei es das Behindertenrecht, sei es die Kinder- und Jugendhilfe, sei es Mindestsicherung – zu Lösungen kommen können, wie man untereinander die Beziehungen feststellt, damit nämlich die Menschen, die das brauchen, eine bestmögliche Betreuung haben. Egal, ob die Grenze zwei Kilometer entfernt ist oder 20. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.30 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marco Triller. Bitteschön, Herr Kollege.

LTabg. Triller, BA - FPÖ (12.30 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Regierungsglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Lieber Kollege Zenz, ein bisschen sollten wir die Kirche schon im Dorf lassen, denn diese Vereinfachung – oder, du hast ja von keiner Vereinfachung da gesprochen in diesem Sinne oder von Vereinfachung gesprochen, es ist ja keine Vereinfachung in dem Sinn. Die Vereinbarung gibt es ja schon seit 40 Jahren und die Mindestsicherung gibt es seit ein paar Jahren. *(LTabg. Zenz: „Soziale Hilfe gibt es seit ein paar Jahren.“)* Ja, aber die Mindestsicherung gibt es seit ein paar Jahren, also da brauchen wir nicht von Vereinfachung

sprechen, und Fakt ist einfach, dass auf Grund dieser Mindestsicherung Tausende von Euro, Hunderttausende von Euro in andere Bundesländer geflossen sind und das steirische Steuergeld auch ist. Wir finden den Ansatz wirklich gut. Kollege Amesbauer hat das völlig richtig auf den Punkt gebracht, nur geht es uns darum, dass jetzt in weiterer Folge dann für die Mindestsicherung diesbezüglich nichts geschaffen wird, dass wir als Steirer und die steirischen Steuerzahler dann nicht wieder durch irgendeine Folgevereinbarung Gelder in andere Bundesländer fließen lassen. Ich glaube aber schon ein wenig, dass das so lange hinausgezögert worden ist, weil Frau Landesrätin Kampus natürlich den Landeshauptmann in Wien nicht irgendwie ..., oder zumindest die Stange halten muss auf Grund der Parteizusammengehörigkeit. Das ist der Grund. Aber trotzdem, gut und richtig, dass das geändert wird, aber ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass wir keine Folgevereinbarung und schon gar nicht über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Mindestsicherung brauchen. Deshalb darf ich folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit anderen Bundesländern keine neue Kostentragungsvereinbarungen über den Kostenersatz in Angelegenheiten der Mindestsicherung zu beschließen.

Ich freue mich schon sehr auf deine Wortmeldung, liebe Barbara Riener, weil du ja auf den Entschließer eingehen wolltest, und bitte natürlich um Annahme. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.33 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Peter Tschernko, bitteschön.

LTAbg. Tschernko, MSc. – SPÖ (12.33 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream!

Noch einmal, ich möchte jetzt auch unsere Gebärdendolmetscherin herzlich begrüßen. Die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler sagt immer zu Beginn worum es geht, weil die Damen und Herren via Livestream auch wissen sollten, um welchen Tagesordnungspunkt es geht. Es geht um die Kündigung der Vereinbarung gemäß des Artikels 15a B-VG über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe. Kollege Triller, du hast dich getäuscht. Kollegin Riener hat sich jetzt nicht zu Wort gemeldet, aber ich werde mich jetzt kurz zu Wort melden zu dieser Mindestsicherung. *(LTAbg. Triller, BA: „Auf ein Wort.“)* Auf ein Wort, na, vielleicht meldet sie sich noch.

Zu diesem Stück möchte ich noch ein paar Worte sagen. Es ist vom Kollegen Zenz auch im Vorfeld schon berichtet worden, es geht hier um den Kostenersatz in Angelegenheiten der Sozialhilfe und eben um die Kinder- und Jugendhilfe und die Pflege und seit deren Einführung auch um die Mindestsicherung und, wie auch schon erwähnt, bei einem Wohnsitzwechsel einer anspruchsberechtigten Person in ein anderes Bundesland die tragenden Kosten. Das heißt, das Bundesland zahlt für das nächste Bundesland. Nachdem die 15a-Vereinbarung über die bundesweit einheitliche Mindestsicherung ja mit Ende 2016 ausgelaufen ist, haben jetzt einige Bundesländer über die Regelungen und über den Vollzug, über die Höhe und Vollzug auch der Mindestsicherung ... getroffen und jetzt gibt es auch keine Vergleichbarkeit mehr in und unter den Bundesländern und auch etwaige höhere Mindestsicherungssätze müssen ja dann an andere Bundesländer bei Wohnsitzwechsel des Beziehers oder der Bezieherin bezahlt werden. Auffallend ist nur, dass viele der Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher ihren Wohnsitz nach Wien wechseln, das ist ja auch in der Regierungsvorlage auf Grund der Kosten ersichtlich und halt nach Wien ihren Wohnsitz verlegen und auch schon erwähnt, und so war es für die Steiermark bis 2012 haben wir sogar Zuzahlungen bekommen, aber danach und jetzt für das Jahr 2016 waren es eben über 852.000 Euro, die jetzt in andere Bundesländer geflossen sind. Das ist auch richtig, die FPÖ hat in der Landtagssitzung am 25.04.2017 auch den Antrag auf Kündigung der Vereinbarung gestellt. Wir haben das damals als Koalition abgelehnt, weil wir damals auch der Auffassung waren und nach wie vor der Auffassung sind, dass es schon bundesweit einheitliche Regelungen geben soll und hier auch einmal vielleicht die Solidarität unter den Bundesländern vielleicht auch zusammenfinden oder ein solidarisches Zusammenwirken der Bundesländer hier vielleicht noch kommen wird. Das hoffen wir auf jeden Fall. Auch schon erwähnt, die Sozialreferentenkonferenz am 02. Juni, die stattgefunden hat, hier gab es kein positives Ergebnis und auch kein Signal und daher sind dann mit dem Ausstieg des Burgenlands nicht mehr viele Bundesländer übrig geblieben und daher ist auch die Entscheidung richtigerweise getroffen worden, diese Vereinbarung von Seite des Landes, also von der Steiermark, zu kündigen. Aber nach wie vor sind wir der Meinung, dass der Punkt Mindestsicherung, und das ist auch in dem Antrag, wirklich bundesweit eine einheitliche, gangbare Lösung braucht und auch gefunden werden sollte, um den aktuell bestehenden sozialpolitischen Fleckerlteppich zu beheben und auch eine längerfristige Finanzierung des Systems zu gewährleisten. Ich sage immer, die Steuern in der Steiermark oder die Steuern in Tirol sind ja auch die Steuern der Österreicher und Österreicherinnen, letztendlich trifft es alle

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Daher sollte man jetzt weitere Verhandlungen führen und hoffentlich auch faire Vereinbarungen und sich nicht über faire Vereinbarungen über die Kostentragung verschließen. Aber da ist unsere Frau Landesrätin noch gefordert und ich denke, dass sie dazu noch etwas sagen wird. Daher werden wir den Entschließungsantrag mit den neuen Vereinbarungen, dass wir mit den Bundesländern jetzt über die Kostentragung der Mindestsicherung entschließen, ablehnen. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.38 Uhr)*

Präsidentin Khom: Herr Kollege Tschernko hat zu Beginn seiner Rede unsere Gebärdendolmetscherin angesprochen, darum möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich jene Gäste im Haus begrüßen, die dieses Angebot auch immer in Anspruch nehmen. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Nachdem sie noch angesprochen wurde, hat sich als nächstes zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Barbara Riener.

LTAbg. Riener – ÖVP (12.38 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem der FPÖ!

Ich wollte euch heute nicht wirklich enttäuschen, ja, jetzt habe ich mir gedacht, okay, dann melde ich mich auch noch kurz. Nein. Es ist mir ein Punkt auch sehr wichtig zu sagen zu eurem Antrag, das andere haben bereits Klaus Zenz und Peter Tschernko ausgeführt, wie der ganze Verlauf war, letztendlich wie ein Bundesland um das andere ausgestiegen ist aus dieser 15a-Vereinbarung. Mir ist Folgendes wichtig: Euer Antrag geht in eine Richtung, nämlich die Mindestsicherung nicht mehr österreichweit zu verhandeln und diesen Blankoscheck können wir, wenn wir gute Sozialpolitiker sind, nicht ausstellen. Warum? Ich möchte es ganz kurz ausführen. Das Sozialsystem ist einem permanenten Wandel unterzogen. Ich habe das hier schon öfter gesagt. Wir haben teilweise ein System, in welchem wir jetzt Zug um Zug im Umbau sind, weil wir Lösungen haben, die für die letzten 50 Jahre okay waren, aber für die nächsten 50 Jahre nicht unbedingt passend sind. An dieser Stelle hat auch schon, wenn ihr eine Gruppe immer wieder anspricht, die in der Mindestsicherung Unterstützung erfährt – nämlich diejenigen, die zu uns kommen und Hilfe bedürfen – die Frau Landesrätin hat bereits einmal etwas gesagt und ein Konzept vorgelegt mit einer Integrationshilfe, wo man das z.B. unterscheidet. Ich denke, diese Punkte auf Bundesebene zu verhandeln, wäre dringendst notwendig und wie Klaus Zenz schon gesagt hat, Österreich ist nicht groß genug, damit wir

sagen: „Okay, jeder macht sein Eigenes.“ Warum? Ihr ward mit dabei, wo ihr gesagt habt: „Puhhh! Die Steiermark sind die Einzigen, die noch den Regress haben, den Angehörigenregress“, sage ich jetzt einmal. Das heißt, ihr ward dagegen, dass wir ausscheren aus einem System, was sich in Österreich gleichmäßig entwickelt hat. Jetzt sind wir genau in der umgekehrten Situation. Jetzt genau sagt ihr, jedes Bundesland soll das extra machen. Das ist genau die umgekehrte Situation. Also insofern, und ich glaube, das ist auch noch wichtig, was ich sagen will: Es ist wichtig, dass sich manche Spezialeinrichtungen nicht jedes Bundesland alleine leisten kann und da braucht es Vereinbarungen, dass man sagt: „Okay, man zahlt auch nach als Bundesland, wenn ich eine Spezialeinrichtung, die es eben nur in Wien gibt, oder eine Spezialeinrichtung, die es nur in Oberösterreich gibt, oder für die Kärntner, die es nur in der Steiermark gibt, dass es letztendlich dann auch Vereinbarungen für die Finanzierung gibt. Deswegen. Ich glaube, da bin ich schon bei euch, dass man gut hinschauen muss bei neuen Vereinbarungen, aber dass man nicht einfach so sagt, man macht es gar nicht mehr – und vor allem so generell nicht mehr. Ich bin davon überzeugt, dass es eben in der nächsten Zeit immer wieder zu Gesprächen kommen wird müssen durch die Entwicklung der Bundesländer. Wir schauen uns das jetzt einfach einmal an, wie es in den einzelnen Bundesländern läuft und dann schaut man, was ist jetzt wirklich das Bessere? Vielleicht gibt es Teilbereiche, die man dann sehr wohl wieder regeln muss – Teilbereiche, die man österreichweit regeln muss. Da möchte ich mir dann als Sozialpolitikerin nicht vorhalten lassen von euch: „Da hom ma net mittaun“, weil wir diesem Antrag von euch zugestimmt haben. Also das heißt, wir wollen offen bleiben für vernünftige Lösungen im Sozialsystem und deswegen können wir euch diesen „Blankoscheck“ nicht ausstellen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.43 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich die zuständige Frau Landesrätin, Mag. Doris Kampus. Bitteschön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus - SPÖ (12.43 Uhr): Dankeschön, Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist eigentlich alles gesagt worden, es ist mir trotzdem ein Bedürfnis, ein paar Worte zu sagen, um auch da ganz klar meine Haltung zum Ausdruck zu bringen. Das ist heute kein Freudentag, ganz bestimmt nicht. Wir sollten uns überlegen, was es heißt, wenn wir Schritt für Schritt das mühsam erworbene, mühsam erkämpfte, mühsam aufgebaute Sozialsystem in

Österreich entsolidarisieren – und genau das tun wir jetzt im Moment. Durch diese Entsolidarisierung des Sozialsystems kommt es zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft, auch in Österreich, und das kann niemand von uns in diesem Raum wollen. Darum, das ist kein Tag, an dem wir uns gemeinsam freuen sollten. Das ist eigentlich ein Tag, der uns bedenklich stimmen sollte in Österreich, wie es so weit kommen konnte? Und dann natürlich zu Recht die Frage: Warum schlage ich es dann vor? Warum schlage ich es dem Hohen Hause vor? Das ist ausschließlich eine Frage der Vernunft und der Realitäten. Ich wollte es gesagt haben, ich halte es für wirklich bedenklich, dass zum Schluss zwei Bundesländer übrig geblieben sind, nämlich Wien und die Steiermark und mit einem Fragezeichen noch das Burgenland, die sich zu einer solidarischen Finanzierung in Österreich bekennen.

Wir diskutieren viel über die Mindestsicherung und gerne über die Mindestsicherung und ausreichend über die Mindestsicherung. Deswegen sei mir auch gestattet, ich muss auch immer wieder Zahlen nennen, das gehört dann auch dazu. Die Mindestsicherung in Österreich macht 0,8 % des Sozialbudgets aus und 0,4 % des Staatshaushaltes. Was wir dann schon nicht mehr so gerne diskutieren, sind die anderen Bereiche, die in der 15a-Vereinbarung geregelt werden: Die Pflege, der mit Abstand größte Bereich; die Kinder- und Jugendhilfe zum Beispiel – da haben wir dann schon alle Unbehagen, ob wir das wirklich wollen, wenn für ein Kind die beste Versorgung notwendig ist und wir jetzt bürokratisch neue Hürden aufbauen. Warum ich trotzdem Ja dazu sagen, wie gesagt, das ist die banale Realität, die erkennt man in dem Alter, in dem ich bin, das ist so, und es können nicht zwei Bundesländer das solidarische System in Österreich schultern. Das funktioniert nicht. Das ist nicht mehr Solidarität. Deswegen, geschätzte Damen und Herren von der FPÖ, dieses unterschwellige „Na, die hat da ihre Haltung geändert“: Ja, es ist uns nichts Anderes übriggeblieben, denn bei zwei Bundesländern von neun, da kann man nicht mehr von Solidarität reden. Das habe ich auch immer gesagt, und am 02. Juni wurde das mehr als klar, dass alle anderen Bundesländer sich aus diesem System verabschieden. Das tut mir sehr weh. Das ist keine Frage einer Partei, ich möchte das auch sehr deutlich sagen. Das sind Bundesländer, wo die ÖVP dabei, wo die FPÖ dabei ist, wo meine Partei dabei ist – die Sozialdemokraten, und wo Grüne dabei sind. Ich würde es auch wahnsinnig schade finden, dieses Thema zu einem parteipolitischen Thema zu machen, dafür ist es viel zu groß und zu wichtig.

Ich wollte noch sagen, ich finde es schade, und wir tun eines – und das finde ich furchtbar – und deswegen gestatten Sie mir, und danke an Barbara Riener, selbstverständlich müssen wir für ein Sozialsystem in Österreich kämpfen. Selbstverständlich. Das sind wir den Menschen

in diesem Land schuldig. Denn wissen Sie, was jetzt notwendig ist? In all diesen genannten Bereichen müssen wir privatrechtlich die Themen regeln. Das wird nicht einfach werden, ganz sicher nicht. Aber wir werden es schaffen, weil wir es den Menschen schuldig sind. Nur ich bitte Sie wirklich alle, und ich glaube, dass wir dazu in der Lage sind, das alle mittragen zu können. Ein Credo: Bekämpfen wir nicht die Armen in diesem Land, sondern bekämpfen wir gemeinsam die Armut. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.47 Uhr)*

Präsidentin Khom: Vielen Dank, Frau Landesrätin.

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor, wir kommen somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1736/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1736/3, betreffend „Keine neue Kostenträgungsvereinbarung über den Kostenersatz in den Angelegenheiten der Mindestsicherung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 1645/1, der Abgeordneten Karl Petinger, Johannes Schwarz und Hubert Lang betreffend Steiermärkisches Seveso Gesetz und Gesetzesänderungen durch die Seveso III Richtlinie.

Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hubert Lang. Bitteschön.

LTAbg. Hubert Lang - ÖVP (12.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landesrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Tagesordnungspunkt-Nachtrag N1, Beschlussfassung eines eigenen steiermärkischen Seveso-Gesetzes nur ganz kurz einige Dinge, die zur Erklärung notwendig sind, warum hier ein eigenes Gesetz notwendig ist.

Das Seveso-Gesetz bezieht sich ja auf einen Chemie-Unfall aus dem Jahre 1996 im italienischen Seveso. Dabei ist in Folge von chemischen Reaktionen das hochgiftige Dioxin ausgetreten und zur Vermeidung solcher Unfälle wurde seitens des Europäischen Rates eine Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei solchen schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Richtlinien zur Verhütung für schwere Betriebsunfälle mit gefährlichen Stoffen beschlossen. Auch der Umgang, wenn eine Katastrophe passiert, wie damit umzugehen ist, ist in diesen Richtlinien verankert. Dazu hat es bis jetzt drei Seveso-Richtlinien gegeben, die erste aus dem Jahr 1982, die zweite Seveso-Richtlinie aus dem Jahre 1997 und die dritte Richtlinie wurde am 04. Juli 2012 beschlossen und sie ist mit 01. Juni 2015 in Kraft getreten. Das heißt, wir haben jetzt 2017, wir haben in der Steiermark Handlungsbedarf, wenn es um die Umsetzung dieser Richtlinie geht, um ein Vertragsverletzungsverfahren abwenden zu können. Die Seveso-III-Richtlinie bezweckt – die Zielrichtung ist ja –, um die Verhütung von schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen und die Begrenzung von Unfallfolgen für Menschen und für die Umwelt zu vermeiden, um in der EU ein hohes Schutzniveau sicherzustellen. Sie gilt für alle Betriebe, in denen bestimmte gefährliche Stoffe vorhanden sind oder bei einem Unfall entstehen können. Das heißt, überhaupt wenn es um Reaktionen in chemischen Betrieben geht. Maßgebend ist das Überschreiten von Mengenschwellen, die im Anhang der Richtlinie ganz klar definiert worden sind. Für Betriebe bzw. technische Anlagen, die kompetenzrechtlich nicht dem Bundesrecht unterliegen, ist die Richtlinie anlagenrechtlich im Landesrecht umzusetzen. Derzeit gibt es in der Steiermark keine landesrechtlichen Seveso-Anlagen, die rein dem Landesrecht unterliegen würden. Es ist derzeit daher ein pro-forma Beschluss für unser Land notwendig. Für die derzeit 19 Seveso-Betriebe in der Steiermark, die im Anwendungsbereich der Seveso-II-Richtlinie gefallen sind, sind gewerbebehördliche Genehmigungspflichten notwendig. Es ändert sich daher mit diesem Beschluss für diese Betriebe nichts. Mit diesem Sammelgesetz werden zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie das Steiermärkische Seveso-Gesetz beschlossen und damit sind auch in verschiedenen Gesetzesmaterien Novellierungen im Raumordnungsgesetz, im Baugesetz, im IPPC-Anlagen- und Seveso-Betriebsgesetz, im Umweltinformationsgesetz und im Katastrophenschutzgesetz notwendig. Zu diesem Gesetzesantrag wurden die Stellungnahmen der Interessensvertretungen, insbesondere Gemeindebund, Städtebund eingeholt und hier hat es

keine Einwände seitens Gemeindebund/Städtebund gegeben. Aus der Interessensvertretung der Wirtschaft wurde der Paragraph unter Baugesetz geklärt und im Raumordnungsgesetz wurde ebenfalls geklärt, wenn es um den Sicherheitsabstand geht, den Gefährdungsbereich dementsprechend darzustellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Gesetz dient vor allem der Umsetzung der EU-Richtlinie Seveso-III, es sind aber auch die zusätzlichen vorbeugenden Maßnahmen, um Unfälle zu vermeiden. Es schafft mehr Klarheit, mehr Transparenz für mögliche Gefahren. Es ist für vorbeugende Maßnahmen in der Raumplanung ein wichtiges Gesetz, damit man in der Raumplanung definitiv Standortausweisungen auch hier berücksichtigt. Es schafft mehr Sicherheit und mehr Schutz für die Bevölkerung und ich bitte daher um die Annahme dieses Gesetzesantrages. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.54 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Kollege Karl Petinger. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Petinger - SPÖ (12.54 Uhr): Werte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und werte Kollegen!

Mir obliegt jetzt eigentlich nur als Vorsitzender des Bundesausschusses danke für die konstruktive Zusammenarbeit zu sagen. Kollege Hubert Lang hat im Wesentlichen alles erklärt, worum es in diesem Gesetz geht. Es ist ja mehr oder weniger in der Steiermark totes Recht, weil wir keinen solchen Betrieb hier haben in dieser Größenordnung und mit diesem Gefahrenpotential. Aber ich möchte mich auch bedanken, weil es hat während der Entstehung dieses Gesetzes einige Änderungsanträge gegeben, die von allen Parteien, wenn ich so sagen darf, durchaus immer auch mitgetragen wurden. Das ist ja auch nicht immer so einfach. Deswegen können wir heute dieses Gesetz beschließen. Insgesamt trägt es dazu bei, dass aus vielen Gesetzen verschiedenste Bestimmungen herausgekommen sind – Sie haben es ja gehört: Baugesetz, Raumordnung, IPPC-Gesetz und einige mehr – und durchaus eine Klarstellung in einer Gesetzesmaterie gefunden werden konnte.

Ich bedanke mich noch einmal für die gute Zusammenarbeit im Unterausschuss und gehe davon aus, dass es hier auch zu einer einstimmigen Gesetzeswerdung kommt. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.56 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1645/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Umwelt über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1675/1, betreffend Naturschutzstrategie Steiermark 2025.

Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Gabriele Kolar, bitteschön.

LTAbg. Kolar - SPÖ (12.57 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke, ihr seht, ich schaue nach hinten, wird wohl gleich Sesam-öffne-dich und der Herr Landesrat wird gleich bei der Türe hereinkommen.

Es geht hier heute um dieses Heft hier, das ihr alle heute ... Geschätzter Herr Landesrat! Es geht um diese schöne Broschüre, inhaltlich Top-Broschüre, die Sie heute alle hier auf euren Plätzen liegen hattet, und zwar geht es um die Naturschutzstrategie Steiermark 2025. „Fangen wir an“ steht hier oben. Das hier, bitte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie alle wissen, ist die Kurzfassung. Es gibt auch eine Langfassung dieser Naturschutzstrategie, diese ist 66 Seiten dick. Ich kann jedem und jeder nur empfehlen, wenn Sie sich für den Naturschutz interessieren, es stehen ganz interessante Dinge hier drinnen, wie wir unsere Natur in Zukunft, die nächsten Schritte, besser schützen und was wir alles vorhaben. Für mich beginnt diese Naturschutzstrategie mit zwei wichtigen Überlegungen, ich sage fast Thesen, unseres Landesrates Anton Lang. Und zwar sagt er am Beginn dieser Strategie: „Unsere Natur ist die wichtigste Grundlage unseres Lebens – Wasser, Boden, Pflanzen und Tiere, wir brauchen sie und wir sind dafür verantwortlich diese Lebensgrundlage auch unseren nächsten Generationen weiterzugeben. Das Zweite, das ich auch für ganz wichtig erachte, sagt unser Landesrat Anton Lang: „Gerade in solchen Zeiten ist es wichtig, einen Plan zu haben.“ Wenn unser Landesrat Anton Lang über Natur, Klima, Tierschutz, Umwelt spricht, dann leuchten seine Augen und ich spüre ganz stark eine Identifikation mit dem Thema und ein ganz besonders großes Anliegen von seiner Seite, aber auch von seinen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern, die ihn hier natürlich immer unterstützen. Danke, lieber Herr Landesrat, vorab einmal für diese Strategie, sie ist einfach richtig großartig und zukunftsweisend.

Nun liegt uns also die Naturschutzstrategie 2025 vor. Auf Grund immer enger werdender Spielräume des Budgets wird bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln natürlich immer häufiger immer mehr eine nachvollziehbare Herleitung von Zielen und Handlungsprioritäten eingefordert. Das ist auch richtig so. Durch die nun vorliegende Strategie positioniert sich der Naturschutz in der Steiermark für die nächsten Jahre. Das schafft Vertrauen, bereichert die Diskussionskultur und erleichtert in weiterer Folge Konfliktlösungen. Viele Akteure – und es werden Gott sei Dank immer mehr – sind heute um den Schutz der Natur aktiv beteiligt und natürlich auch besorgt, was unsere Natur anlangt. Vor allem Grundeigentümer und Bewirtschafter sorgen sich mit unermüdlichem persönlichem Einsatz, dass unsere Lebensräume gut erhalten und sogar verbessert werden. Ein herzliches Danke auch diesen Damen und Herren Grundeigentümern, Bewirtschaftern, die so gut auf unsere Natur auch schauen. Die NGO's plus Interessensvertretungen, Fachleute, Institute und diverse Fachabteilungen des Bundes und des Landes kümmern sich um Öffentlichkeitsarbeit, Verteilung von Förderungen, wissenschaftliche Grundlagenarbeit und auch konkrete Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen. In allen Phasen der Strategieerarbeitung wurden mit Hilfe von Interviews und Workshops nicht nur die Erfahrungen, Sichtweisen und Vorstellungen der vor Ort tätigen ExpertInnen des Naturschutzes mit einbezogen, sondern auch die Meinungen von Institutionen wie z.B. der Landwirtschaftskammer, der Land- und Forstbetriebe oder von Tourismusverbänden gehört. Diese Erfahrungen wurden analysiert und diskutiert und schließlich ausgearbeitet, welche Stärken und Schwächen des Naturschutzes von den Verantwortlichen beeinflusst werden können bzw. welche nicht. Die vorliegende Naturschutzstrategie wurde schließlich nochmals, nachdem man mit allen gesprochen hat, Workshops abgehalten hat, allen am Entstehungsprozess Beteiligten zur Stellungnahme vorgelegt und allfällige Adaptierungswünsche bearbeitet und großteils wurden diese auch berücksichtigt.

Jetzt komme ich zu den Zielsetzungen bis zum Jahr 2025. Es wurden folgende Zielsetzungen herausgearbeitet: Bewusstseinsbildung, das ist der erste große Punkt. Die Bevölkerung ist generell viel zu wenig über die wichtigen Inhalte des Naturschutzes informiert. Besonders negativ ist derzeit das Thema Natura 2000 behaftet, es überwiegt natürlich, wie Sie alle wissen, in der Öffentlichkeit der Eindruck, Natura 2000 sei eine Enteignung aus Brüssel. Das erschwert die Arbeit und das Verständnis für die grenzüberschreitend wirksamen

Schutzmechanismen. Die Grundeinstellung der Bevölkerung zur Natur im Allgemeinen ist aber sehr positiv und das Interesse am vertiefenden Wissen über Zusammenhänge in der Natur steigt ganz stark. Das merken wir vor allem bei den Kleinsten, die ja schon in der Schule mit dem Thema jetzt wieder ganz stark konfrontiert werden und hier tolle Projekte machen. Aktivitäten und Maßnahmen sind wie z.B. aktive Pressearbeit, Herausgabe einer Naturschutzzeitung, WEB-Auftritte der Behörde, verstärkter Einsatz von MultiplikatorInnen, Mitgestaltung von Events und Stärkung und Nutzung von bestehenden Bildungseinrichtungen, wie schon gerade erwähnt.

Der zweite große Punkt, womit sich die Naturschutzstrategie 2025 beschäftigt, ist die Kooperation. Die Kooperation nämlich zwischen Naturschutz und anderen Interessensgruppen sind in der Steiermark aus verschiedenen Gründen stark belastet, aber es wird immer besser, je mehr wir darüber reden – und beim Reden kommen die Leute zusammen, das wissen wir. Deshalb soll eine Dialoggruppe gegründet werden, wo über aktuelle Themen sowie über weiter geplante Schritte gesprochen wird.

Der dritte Punkt ist der Vertragsnaturschutz. Er wird weiter ausgebaut, die VertragspartnerInnen fühlen sich gut von der Naturschutzbehörde informiert und betreut.

Im vierten großen Teil der Naturschutzstrategie geht es um Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz und anderen Interessensgruppen und fachlich aufbereitet und bewusst gemachte regionale Lösungsvorschläge werden und wurden erarbeitet.

Der letzte große Punkt: Bei sämtlichen Naturschutzverfahren besteht ein hohes Ausmaß an Rechtssicherheit und das ist, glaube ich, ein ganz besonders wichtiger Punkt.

Zu den oben genannten zentralen strategischen Zielsetzungen wurden subtile und dazugehörige Maßnahmen und Aktivitäten formuliert bzw. erweitert. Diese stellen das Arbeitsprogramm des Naturschutzreferates bis zum Jahr 2025 dar und sind in der beigelegten Strategie dargestellt. Wichtig auch, die budgetäre Bedeckung für die einzelnen Vorhaben hat innerhalb des jeweilig genehmigten Detailbudgets Umwelt- und Raumordnung zu erfolgen. Für die Umsetzung der Naturschutzstrategie wird innerhalb der Abteilung 13 ein Steuerungsgremium eingerichtet, womit auch eine laufende Evaluierung der Umsetzung und Kontrolle der Zieleinreichung sichergestellt ist. An dieser Stelle darf ich mich auch recht herzlich bei der Abteilung für die großartige Ausarbeitung dieser Naturschutzstrategie bedanken.

Es gibt noch einen Entschließer heute von den Grünen. Dazu darf ich auch gleich etwas sagen, nachdem ich gesehen habe, dass es noch einen Redner gibt, aber ihr werdet den

Entschließer wahrscheinlich einbringen. (*LTabg. Schönleitner: „Du hast uns jetzt erinnert.“*) Ja, das kann passieren, natürlich. Wenn Sie die Langfassung anschauen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, haben Sie sicher hinten auf den Seiten 51 bis 56 bemerkt, dass es hier Prioritätensetzung und einen Aktionsplan gibt, d.h. all diese Forderungen in Ihrem Entschließungsantrag sehe ich hier abgedeckt in dieser Naturschutzstrategie mit diesem Aktionsplan auch. Es geht hier um fünf Maßnahmen, die Ziele sind definiert, die Dringlichkeit, die Personen, die gebraucht werden, die Finanzierung ist auch dargestellt und abgesichert und ob es auch EU-förderbare Möglichkeiten gibt. Alles in allem ich kann nur eines wieder sagen, der Herr Landesrat hat einen Plan und auch wir im Land Steiermark haben einen Plan für den Naturschutz Steiermark 2025.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.07 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitteschön, Herr Klubobmann.

LTabg. Schönleitner - Grüne (13.07 Uhr): Ja, danke dir, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landesrat, lieber Toni Lang, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Liebe Gabi Kolar, wenn ich dir zuhöre, habe ich schon das Gefühl, ich bin im Paradies, alles ist perfekt, alles top – so paradiesisch, wie du die Zustände jetzt wieder beschrieben hast. (*LTabg. Kolar: „Wenn es so ist.“*) Es stimmt eh, es ist wunderschön in der Steiermark und es ist wahnsinnig viel an Substanz, an wertvollem Naturraum da, den wir alle schätzen und wir wissen uns wahrscheinlich hier in einem Bundesland lebend, das im Vergleich zu vielen anderen Gegenden, wenn ich jetzt woanders hinschaue, wirklich ganz, ganz viele Besonderheiten und hohe Qualitäten hat. Nur, wenn man halt die paradiesischen Zustände beschreibt und so wie wir und wahrscheinlich viele von uns auch in Bürgerinitiativen tätig waren und uns Jahre lang mit Naturschutz auch beschäftigt haben, dann schaut halt auch die Realität der letzten Jahre speziell vielfach ein bisserl anders aus. Wir haben viele Auseinandersetzungen gehabt, die in ganz vielen Fällen auch gut ausgegangen sind im Interesse der Natur, wo es halt dann schon so war, dass es Bürgerinnen und Bürger waren, Initiativen waren, denen es um ihr Lebensumfeld gegangen ist, um ihren Naherholungsraum, um ihre Bereiche unmittelbar vor ihrem Wohnobjekt, die dafür eingestanden sind und es war nicht die Politik. Es war sehr oft so, dass die zuständige Regierungspolitik in der Steiermark

und speziell auch unsere Naturschutzabteilung in den vergangenen Jahren, ich könnte dir viele Fälle nennen, auf der anderen Seite gestanden sind. Viele dieser Konflikte sind gut ausgegangen, dank der Bürgerinnen und Bürger und nicht der Landesräte und nicht der Landesregierung – aber dank mündiger Bürgerinnen und Bürger, die gesagt haben: „Mir ist diese Streuobstwiese wichtig“ oder „mir ist dieser Fluss wichtig.“ Ich darf nur ein Beispiel nennen: Der jüngste österreichische Nationalpark, unsere Visitenkarte, ein wunderbares Projekt, wir haben diesbezüglich jetzt auch einen Antrag eingebracht, war zu Beginn Schauplatz einer großen Umweltauseinandersetzung. Es hat einen Betreiber gegeben, in diesem Fall war es damals das Stift Admont, das wollte dort ein Kraftwerk errichten. Es war schon Ende der 80-er Jahre und man hat eigentlich die Bürger von Seite der Regierung nicht gerade stark unterstützt und auch von Betreiberseite, aber dennoch haben sie es geschafft, den bedeutendsten und größten Felskaterakt Mitteleuropas – nämlich das Gesäuse – vor diesem Kraftwerk zu bewahren. Und das Schöne ist, wenn wir heute – das ist nur ein Beispiel, um hier auch wirklich aus der Realität zu sprechen – uns diese Gegend anschauen, dieses Naturdenkmal, das ist zuerst auch zum Naturdenkmal erklärt worden, jetzt Nationalpark, dann ist das eigentlich ein Highlight im Tourismus, dann ist das wirklich etwas Wertvolles und eigentlich zeigen uns diese Beispiele, dass es wichtig ist, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt und dass sie offenbar auch in vielen Punkten keine ausreichende Rechtssituation vorgefunden haben oder Rahmenbedingungen im Naturschutz, dass es undenkbar gewesen wäre, derartige Highlights überhaupt vor einer Zerstörung zu bewahren. Es ist dann am Ende gelungen, aber ich glaube, man muss schon aufpassen, wenn wir jetzt von einer Naturschutzstrategie sprechen, die sicher wunderbar beschrieben ist. Ein schönes Papier. Ich habe es gelesen, auch die Langfassung habe ich weitgehend gelesen, noch nicht in jedem Detail, aber es ist gelungen, nur die Realität schaut in der Steiermark auch heute noch, Landesrat Lang an deine Adresse gerichtet, vielfach doch ein wenig anders aus, ja. Schau ein bisserl weiter südlich, in der Südsteiermark, da geht es um zwei Projekte, die uns schon seit Jahren beschäftigen. Das eine aktueller, das ist das große Speicherkraftwerk Koralm, ein riesiges Projekt mit massiven Eingriffen. Da haben wir vor nicht allzu langer Zeit Schutzgebiete zurückgenommen, nämlich offenbar im vorsehenden Gehorsam, dass dieses Projekt realisiert werden muss, zumindest Genehmigungsvoraussetzungen bekommt, um hier auch Fakten zu schaffen. Das war z.B. nicht gerade im Interesse der Natur und man wird sehen, wie das am Ende aussieht. Es ist natürlich bedauerlich, dass die steirische UVP-Behörde hier vorweg offenbar der Meinung war, man würde ja gar keine UVP brauchen und dass dann der zuständige Behördenleiter es

auch noch fertiggebracht hat, wie es um die Einladung der UVP gegangen ist, gleich dreimal hintereinander, glaube ich, oder zweimal hier eine fehlerhafte Einladung zu machen. Also da sehen wir schon, wir haben noch massive Probleme in unterschiedlichen Bereichen.

Das Zweite ist die Schwarze Sulm, die uns seit Jahren beschäftigt. Eine irrsinnige Auseinandersetzung. Aus meiner Sicht auch insofern problematisch, weil die Energieausbeute aus diesem Kraftwerk eine äußerst geringe ist. Wir wissen, es kommt ganz wenig Strom am Ende raus, aber wird in einer der letzten Wildflussstrecken – das steht auch beispielhaft für viele Gegenden in der Steiermark – hier offenbar unter dem Deckmantel, dass man sagen würde, es geht um Klimaschutz und erneuerbare Energie, dabei ist die Energieausbeute sehr gering hier, wird ein Kraftwerk verwirklicht. Ich glaube, das zeigt uns schon – diese Beispiele, dass wir noch in vielen Bereichen, was den Naturschutz anlangt, etwas ändern müssen und viel zu tun haben. Es ist ganz klar, wenn ein Fluss heute stark verbaut ist, wenn er stark reguliert ist, wenn es so ist, dass man sagt „Hier ist ein Kraftwerk durchaus denkbar, weil nicht ursprüngliche Natur, keine natürliche Fließstrecke zerstört wird“, dann kann man ganz sicher über Stromgewinnung aus der Wasserkraft nach wie vor reden. Wir haben auch immer wieder Kraftwerke unterstützt – das war das in Leoben, das war Kraftwerk Lichtmeßbach, um ein kleineres zu nennen, das war die Adaptierung des Kraftwerks Hieflau; ich glaube, das ist das stärkste Kraftwerk der Steiermark überhaupt, was die Stromgewinnung anlangt. Da waren wir auch dafür, aber man muss vorsichtig sein genau dort, wo es in die Natur hineingeht. Ich glaube, bei diesen Dingen reicht uns diese Naturschutzstrategie noch nicht aus, sondern da geht es genau um das: Wie versteht grundsätzlich eine Landesregierung Naturschutz. Die Frage ist immer, ein bisschen kommt es in der Naturschutzstrategie aus meiner Sicht auch fragwürdig durch, geht es immer nur darum, um es auch den Projektwerbern recht zu machen oder geht es u.a. auch einmal darum, dass man sagt, eigentlich das öffentliche Interesse des Naturschutzes, des Bewahrens ist ein konservativer Ansatz? Natürlich wäre hier einmal der Vorrang zu geben und im öffentlichen Interesse der Naturschutz drüber zustellen. Wir wissen, dass uns diese Debatte nicht zufällig jetzt besonders beschäftigt, weil es ja auch auf Bundesebene derzeit so ist, dass Staatszielbestimmung Wirtschaft ganz grundsätzlich diskutiert wird. Ja, sollten wir nicht doch, wenn es um Arbeitsplätze, wenn es um ganz massive Dinge geht, wo wir sagen – dritte Piste, Stichwort, das müssten wir doch gesellschaftspolitisch durchsetzen. Wäre es da nicht vernünftig – und das finde ich irgendwie absurd, dass wir heute, in diesem Jahrtausend noch darüber nachdenken, weil das haben wir ja in den 70-er und 80-er Jahren eigentlich getan – so denkt die Bundesregierung oder manche

VertreterInnen Ihrer Seite, hier die anderen Interessen über den Erhalt der Natur zu stellen? Ich glaube, das ist ein Rückschritt, das muss man ernsthaft erkennen, und auch eine große Gefahr. Denn wenn man sich die Zahl der Biodiversität anschaut, wir haben ohnehin in unserem Antrag in der Begründung schon hineinformuliert, schon 1992 in Rio hat es eine Erklärung gegeben, immer wieder, die EU hat 2001 quasi schon eingefordert hier klare Maßnahmen zu setzen, um die Biodiversität zu erhalten und nicht weiter zu schwächen. Passiert ist trotz aller Beteuerungen bislang leider eben wenig. Darum sehen wir die Naturschutzstrategie natürlich mit sehr gemischten Gefühlen. Es wird notwendig sein, liebe Gabi Kolar, den Aktionsplan schon noch zu schärfen, darum haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht. Weil, zu sagen, es gibt einen Vertragsnaturschutz und wir bemühen uns mit den Kammern und den Interessensvertretungen zu reden, das ist schon richtig. Aber am Ende wird es z.B. auch darum gehen, auch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben. Wenn wir was Konkretes vorschlagen – ich glaube, acht Bundesländer oder sieben Bundesländer sind es, zwei haben es noch nicht – eine Naturnutzungsabgabe zu implementieren, wo ja die SPÖ seinerzeit sehr stark auf unserer Seite agiert hat, dann heißt es immer wieder: „Dürfen wir nicht, weil die ÖVP sagt nein, und wir trauen uns nicht von Seite der SPÖ.“ Das ist aus meiner Sicht halt etwas, wo wir schon Qualitäten schaffen müssen, und wenn es um eine Strategie geht, dann ist sie am Ende nur dann erfolgreich und wertvoll für uns, wenn es uns gelingt Finanzierungen auch sicherzustellen. Ich bin absolut davon überzeugt, dass der Vertragsnaturschutz wichtig ist, aber wir wissen, es werden keine kleinen Summen sein, wenn es um den Biotopschutz geht, wenn es um die Natura 2000-Gebiete geht, da wird man am Ende, wenn man den Landwirtinnen und Landwirten, die in der Regel jene sind, die die Grundstücke natürlich innehaben und die Zugeständnisse machen, weil sie teilweise einen Nutzungsentgang haben, dann wird es wichtig sein – und das haben wir im Rahmen der Naturschutzgesetzgebung schon eingefordert –, dass man hier finanzielle Mittel definitiv klar im Budget ausweist und sagt: Es ist ein Teil der Strategie, der Vertragsnaturschutz, und er wird in dieser oder jener Form finanziert. Es gäbe ja mehr Möglichkeiten. Wir haben auch immer wieder gesagt, wir könnten uns vorstellen, Teile des Tourismusbudgets in Richtung Naturschutz zu lenken, weil der Tourismus profitiert natürlich wahnsinnig von einer intakten Natur- und Kulturlandschaft. Genauso wie natürlich der Tourismus auch von der Landwirtschaft profitiert, wenn Landwirtinnen und Landwirte hier sorgfältig vorgehen. Also alles in allem ist es ein wunderschönes Papier, es ist, glaube ich, wichtig eine Strategie zu haben, einen Plan zu haben. Aber es wird am Ende darauf

ankommen, was machen wir wirklich? Das Problem war im Naturschutz in der Steiermark, wir haben auf Grund eines sehr schlechten Naturschutzgesetzes, jetzt vielleicht eines etwas besseren, aber noch lange keines guten Gesetzes, ein paar Dinge nicht berücksichtigt. Das ist ganz einfach definitiv klarer festzuschreiben, was grundsätzlich zu schützen ist. Da geht es darum, die Interpretationsspielräume zu verkleinern.

Das Zweite ist ohnehin schon angekündigt, der Vertragsnaturschutz, den wir natürlich hier stärken müssen, denn, wenn wir das nicht tun, dann werden wir das Einverständnis und die Zustimmung der Bevölkerung letztendlich nicht haben.

Dritter, letzter Punkt, denn meine zehn Minuten sind gleich vorbei, das ist die Bürgerbeteiligung. Wir waren ja die Ersten, die in diesem Haus mit Anträgen sie eingefordert haben – Aarhus-Konvention. Wir haben leider noch kein Ergebnis, aber es steht zumindest drinnen. Die Bürgerbeteiligung ist wichtig und das heißt für uns Grüne auch – letzter Satz –, es geht auch um die anerkannten Umweltorganisationen, nicht nur um die Landwirtschaftskammer, weil du die genannt hast, und die Interessensvertretungen. Es geht auch um die NGO's, es geht auch um jene, die für den Naturschutz eintreten, um letztendlich die Bürgerinnen und Bürger zu hören.

In diesem Sinne bringe ich meinen Entschließungsantrag jetzt nicht ein, das wird eine Kollegin von mir machen, weil er einfach zu lange ist, um ihn vorzulesen, aber danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ – 13.18 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hubert Lang. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Hubert Lang - ÖVP (13.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin Gabi Kolar hat die Naturschutzstrategie der Steiermark sehr gut erklärt und auch auf die Eckpunkte hingewiesen. Nachdem wir in der letzten Landtagssitzung das Naturschutzgesetz neu beschlossen haben, ist es heute natürlich ein ganz wichtiger Punkt, wenn es um den Schutz der Natur geht, die Umsetzung der Naturschutzstrategie Steiermark 2025 zu beschließen. Wenn Kollege Lambert Schönleitner das Paradies angesprochen hat und hier angemerkt hat, dass wir das Paradies in der Formulierung dargestellt haben: Lieber Herr Kollege, wir leben mit Sicherheit im Paradies in der Steiermark. Wir haben eine ausgezeichnete Landschaft, eine gepflegte Kulturlandschaft, und wenn du das schon

angesprochen hast, unsere Bäuerinnen und Bauern pflegen in einer außerordentlichen Weise intensivst diese Kulturlandschaft und sorgen auch dafür, was wir tagtäglich brauchen, die Lebensgrundlage – unsere Lebensmittel. Wenn es um das Naturschutzgesetz geht, sind gerade unsere Grundbesitzer, unsere Bäuerinnen und Bauern die aktivsten, um diese Lebensgrundlage auch zu schützen. Das ist vielleicht auf deine Bemerkung hin repliziert. Auf einige wichtige Punkte darf ich trotzdem kurz eingehen. Ich bin sehr dankbar, in dieser Naturschutzstrategie, sie ist ja heute komplett ausgeteilt worden, Herr Landesrat, der wichtige Punkt – und du hast das nach den Zielen als erstes definiert – die Kooperation. Dafür sind wir sehr dankbar. Es steht definitiv, der Schutz der Natur ist ohne die Einbindung der GrundeigentümerInnen, der Betriebe, BewirtschafterInnen und sonstigen Menschen, die Natur nützen, unvorstellbar. Ich sehe das als Grundsatz und die Kooperation, die Dialogbereitschaft, die ja auch mit dem Beirat der Dialoggruppe, die eingerichtet worden ist, sind Grundvoraussetzungen, um den Naturschutz langfristig sicherzustellen.

Ich darf weiter ausführen: Wir wollen die Kooperation zwischen Behörde, GrundeigentümerInnen und anderen Interessensgruppen ausbauen, um Synergien mit anderen Interessensgruppen besser zu nützen. Ein Punkt, den Frau Gabi Kolar auch angesprochen hat, sind die Nutzungskonflikte. Hier zielt genau auch diese Dialoggruppe hin, das verstärkte Bürgerservice, Miteinbeziehung der Bevölkerung, der Grundbesitzer, um regionale Lösungen zu erzielen. Also diese Vorgangsweise ist mit Sicherheit eine ausgezeichnete Vorgangsweise und diese Strategie ist auch eine Basis, um weitere Naturschutzmaßnahmen im gegenseitigen Miteinander oder im Miteinander der Grundbesitzer, der Naturschützer, der Interessensvertretungen sicherzustellen. Denn Naturschutz ist Menschenschutz und das ist unser aller Anliegen unsere Natur, unsere Lebensgrundlage zu schützen. Herzlichen Dank.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.23 Uhr)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Sandra Krautwaschl. Bitte, Sandra.

LTAbg. Krautwaschl - Grüne (13.23 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nachdem unser Klubobmann quasi wieder einem seiner Lieblingsthemen in den 20-Minutenredemodus verfallen ist, darf ich jetzt einmal als erstes den wirklich ausführlichen Entschließungsantrag vorlesen, bevor ich noch ein paar persönliche Worte zu Dingen

verlieren möchte, die mir gerade besonders am Herzen liegen bei diesem Thema. Aber ich lese jetzt einmal unseren Entschließungsantrag vor und muss schauen, dass ich mich da nicht vertue – genau. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit, dass Sie diese Punkte auch wirklich sorgfältig abwägen können.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ausreichende Mittel für den Naturschutz, insbesondere für den Vertragsnaturschutz, für den Erhalt der Artenvielfalt und vor allem für das Management und die Entwicklung von Schutzgebieten zur Verfügung zu stellen;
2. ausschließlich quantifizierbare und überprüfbare Naturschutz-Ziele festzulegen und
3. folgende Umsetzungsschwerpunkte vorzusehen:
 - Die Ergänzung des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000, um die im bisherigen Konzept fehlenden Lebensraumtypen auch um das laufende Vertragsverletzungsverfahren abschließen zu können.
 - Die Einrichtung eines Biotopverbundes, um den Austausch zwischen verschiedenen Populationen zu ermöglichen und genügend Lebensraum für Arten mit großem Flächenanspruch zu bieten, ist eine funktionierende Vernetzung von Schutzgebieten erforderlich.
 - Stärkung unserer Ökosysteme gegen die Klimaveränderungen bedeutet ausreichende Flächengröße, Strukturvielfalt, nachhaltige Nutzung, Pufferzonen, Wanderungs- bzw. Ausbreitungskorridore.
 - Verstärkte Sicherung von ökologisch bedeutsamen Freiräumen (unzerschnittene naturnahe Räume, Lebensraumkorridore, Biotopvernetzung) und Minimierung weiterer Lebensraumzerschneidungen.
 - Die Gemeinden darin unterstützen, ihre Arten-, Lebensraum- und Landschaftsvielfalt auch für künftige Generationen zu erhalten, Natur als Lebens- und Erholungsraum zu schützen und zu entwickeln.
 - Erweiterung des Nationalparks Gesäuse
 - Konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Biodiversitätsverluste durch Landwirtschaft, Energie und Verkehr

- Strategien für den Waldnaturschutz, um den Erhalt der biologischen Vielfalt im Wald auch für künftige Generationen zu sichern
- Forcierung von Renaturierungsprojekten an kleinen und mittleren Fließgewässern
- Schutz der letzten wertvollen Wildflusslandschaften, Alpenbäche und Schluchten.
- Kleinflächige intakte Moore müssen erhalten und beeinträchtigte Moorflächen renaturiert werden
- Maßnahmen, um Bestäuberinsekten zu schützen
- Die Verankerung eines gesetzlichen Schutzes der Streuobstbestände
- Die Stärkung der hauptamtlichen Schutzgebietsbetreuung und eine Förderung der ehrenamtlichen Schutzgebietsbetreuung (Freiwilligenmanagement, Qualifizierung)
- Forschung: Beauftragung einer Studie zu den volkswirtschaftlichen Leistungen von ausgewählten Ökosystemen; die Ergebnisse sollen dazu beitragen, den Wert der Natur bei Abwägungen einzubeziehen und im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit darzustellen.

Und als Letztes:

- Die Entwicklung von Natur-Patenschaften und Corporate Volunteering („Arbeitseinsatz für die Natur“) mit dem Ziel, das Bewusstsein für Biodiversität und Ökosystemleistungen zu steigern und Unternehmen zu motivieren, Projekte und Aktivitäten zum Erhalt der Biodiversität umzusetzen.

Ich danke einmal für die Aufmerksamkeit bezüglich dieses Entschließungsantrages. Man hätte da vielleicht einiges noch gleich direkt in die Strategie einbauen können, auch wenn laut Gabi Kolar einiges schon drinnen ist. Ich möchte aber trotzdem nochmals kurz um Ihre Aufmerksamkeit für ein Thema bitten, das auch Lambert Schönleitner schon angesprochen hat. Ich wollte ursprünglich meine Rede mit dem gleichen Zitat beginnen, das Gabi Kolar gebracht hat, dass unsere Natur die Grundlage unseres Lebens ist – was Landesrat Lang richtigerweise einleitend in der Strategie feststellt. Ich glaube auch, dass es gut und wichtig ist einen Plan zu haben. Für mich hat sich aber doch einiges anhand dessen gespießt, was aktuell gerade passiert. Lambert hat es schon angesprochen. Noch wichtiger als ein Plan und eine Strategie ist für mich jetzt einmal auch in Taten zu sehen, wie wird Natur aktuell geschützt oder wo wird sie eben nicht geschützt? Es wird ja in der Strategie, ich habe sie mir auch recht aufmerksam durchgelesen, auf zahlreiche bestehende Konventionen und Strategien z.B. Biodiversitätskonvention, Alpenkonvention, Bonner- und Berner-Konvention und auch die

Aarhus-Konvention, die uns immer ein besonderes Anliegen schon seit Jahrzehnten war, muss man schon sagen, verwiesen und ein Problem sehe ich eben darin, dass, wenn hier Umsetzungen seit Jahren nicht passiert sind, solche Dinge passieren können, wie sie aktuell an der Schwarzen Lafnitz und der Schwarzen Sulm passieren. Schwarze Lafnitz, ein winziges Wasserkraftwerk – wenn Sie alle und Ihre Familien in Zukunft immer die Standby-Funktionen ausschalten, sparen Sie wahrscheinlich gleich viel Energie, wie dieses Kraftwerk bringen wird. Da fahren jetzt die Bagger auf und es wird jetzt öffentliches Gut enteignet, um dieses Kraftwerk zu ermöglichen, wo man gleichzeitig aber im Regionalprogramm festgehalten hat, dass es sich um eine schützenswerte Gewässerstrecke handelt. Es wurde dann eine Ausnahmebestimmung wieder erlassen. Bei der Sulm ist es noch viel dramatischer aus dem Grund, weil hier – habe ich letztes Mal schon erwähnt – ist ein „Fluss-Heiligtum“ betroffen. Ein „Fluss-Heiligtum“ – einfach ein solches Wort zu kreieren und dann dort ein Kraftwerk bauen zu lassen, ist für mich einfach etwas Unerträgliches. Es sind nicht Naturdenkmäler betroffen, von dem, was dort geplant ist, und es wurde eben erst jetzt – und das ist schon Verantwortung der jetzigen Landesregierung – ein wasserrechtlicher Änderungsbescheid erlassen, wo keine neue naturschutzrechtliche Prüfung mehr vorgesehen wurde, obwohl da so viel verändert wurde über die Jahre und obwohl es hier wirklich um etwas geht, und das, glaube ich, werden Sie mir nicht absprechen. Wir haben gerade eine wunderschöne Wanderung dort gemacht und es sind ganz viele Menschen aus der Region dort durch diese Schlucht gewandert. Es geht hier um ein Juwel, es geht hier um einen Schatz, den man eigentlich nur bewahren kann. Wenn Sie einmal mit uns dort hingehen wollen, dann lade ich Sie sehr gerne ein. Ich glaube, niemand kann in Abrede stellen, dass das ein höchst schützenswertes Gut ist, worum es hier geht. Dass es hier auch um geringste Strommengen geht, die da erwirtschaftet werden können, und trotzdem reicht ein sehr potenter Investor, um hier alles, was Naturschutz letztlich ausmacht, nämlich etwas zu erhalten, was einzigartig ist über Bord zu werfen und da etwas zu genehmigen, was für immer verloren ist. Deshalb möchte ich auch nochmal auf einen Satz, der mir in der Strategie sehr gut gefallen hat, zurückkommen. Da steht nämlich drinnen „Erhalten steht immer vor reparieren und wiederherstellen“. Wenn man das dort sieht, dann weiß man auch, das kann man niemals wiederherstellen. Wenn das einmal zerstört ist, dann ist es zerstört. In dieser Schönheit kommt es nie wieder und wir können es unseren folgenden Generationen nie wieder so zeigen. Deshalb ist es für mich auch schwierig und kann ich dieser Strategie nicht zustimmen. Nicht, weil ich die Strategie nicht gut finde und weil ich nicht glaube, dass Menschen redlich und

ehrlich und gut daran gearbeitet haben, ja. Das mag für die Zukunft ein bisserl helfen, aber was jetzt hilft oder was schon geholfen hätte, dass so etwas an der Sulm nicht passieren kann, wäre eben die vollständige Umsetzung der Aarhus-Konvention z.B. gewesen, was mir – wie gesagt, ich will Sie auch nicht damit nerven –, aber es ist mir ein riesiges Anliegen, was wir seit Jahren und Jahrzehnten fast schon fordern. In diesem Sinn ist mir einfach wichtig für alle Zeit da festzustellen, wenn wir nicht schaffen werden einen übergeordneten Plan zu haben, wo wirklich Unantastbares ist, wo Tabuzonen in unserer Natur sind, die wir alle uns wünschen, dass sie bewahrt bleiben, wenn wir das nicht schaffen, brauchen wir nicht zusätzlich neues Papier und Strategien und da würde ich sie lieber an den Taten messen und kann Sie nur bitten dieses Paradies, was z.B. dort an der Sulm vorhanden ist, mit allen Maßnahmen, die Ihnen nur einfallen und die Sie nur treffen können, zu schützen – und zwar jetzt und sofort. Danke. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ – 13.32 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es passiert ja öfter einmal, dass jemand in den alten Modus zurückfällt und die 20 Minuten in Anspruch nehmen will. So lange man das rechtzeitig merkt, ist es eigentlich nur für alle anderen Kollegen ein erinnern, dass wir jetzt nur mehr zehn Minuten Redezeit haben. Darum sehe ich das durchaus positiv: Er hat es erkannt.

Herr Landesrat, bitte, zehn Minuten. Es muss nicht ausgenutzt werden. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Landesrat Anton Lang (13.32 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In allen Ressorts, in allen Bereichen der Landesverwaltung gibt es Spannungsfelder und natürlich gibt es auch im Naturschutz diese Spannungsfelder. Was meine ich damit? Ein Beispiel will ich hier kurz anführen. Wir haben zum einen die Verpflichtung, den EU-Vorgaben nachzukommen – Stichwort Natura 2000 – und zum anderen wird es - Großteils auch nachvollziehbar - von vielen Grundeigentümern kritisch gesehen und ich kann seit dieser Zeit, seitdem ich Landesrat bin, das immer wieder nur unterstreichen: Naturschutz kann und wird uns nur durch partnerschaftliches Vorgehen gelingen und das – unter Anführungszeichen - „Drüberfahren“ funktioniert nicht. Das wird es auch mit mir als Landesrat in dieser Form nicht geben, das möchte ich hier eingangs noch einmal erwähnen. Ich habe es schon bei mehreren Gelegenheiten gesagt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Naturschutz selbst stellen sich immer größere Herausforderungen. Es ist unbestritten und wurde heute hier

schon mehrmals angeführt, dass also die Natur unsere wichtigste Grundlage unseres Lebens ist – Wasser, Boden, Pflanzen und Tiere, wir brauchen sie und sie sind dafür verantwortlich, dass wir es als unsere größte Aufgabe sehen müssen, diese Lebensgrundlagen auch unseren nachfolgenden Generationen intakt weiterzugeben. Es freut mich, dass ich aber auch feststellen darf, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger immer mehr um die Natur und um die Umwelt kümmern und dass es ihnen immer bewusster wird, wie Sie heute schon mehrmals angeführt haben, in welchem Paradies wir vermeintlich sehr gut leben können und ich darf das anhand eines Beispiels nur anführen. Kollegin Krautwaschl wird es sicher freuen, wenn mir das auch auffällt, wenn man so durch die Straßen geht, durch die Einkaufsstraßen, dass man erfreulicherweise immer weniger Menschen sieht, die mit Plastiksackerln durch die Gegend laufen. Wenn wir jetzt ganz ehrlich sind, vor 20 Jahren war das schon nicht der Fall – also da war das eigentlich kein Thema. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch ganz andere große Herausforderungen wie z.B. den Klimawandel oder wir werden zwei Tagesordnungspunkte später auch noch einmal darüber reden, über invasive Pflanzen und Tiere. Was natürlich ein Problem ist, es ist heute hier schon angesprochen worden, das ist der Rückgang der Artenvielfalt. Und auch der Erhalt der Biodiversität ist ein großes Thema für uns. Persönlich, darf ich sagen, freue ich mich sehr, dass es erstmals eine Naturschutzstrategie in der Steiermark gibt und es wurde hier schon angeführt, dass wir fünf strategische Zielsetzungen herausgearbeitet haben. In diesen Zielsetzungen spiegelt sich wider, dass wir Zusammenhalt, Generationendenken und Verschiedenheit leben wollen. Das soll getragen sein vom Gedanken einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Denn ich bin fest davon überzeugt, dass es nur gemeinsam gelingen kann, unsere Umwelt für die kommenden Generationen so lebenswert zu erhalten, wie sie heute noch für uns ist. Wir haben diese Naturschutzstrategie recht unkonventionell in Form einer Naturschutzjause, einer Einladung, vorgestellt und ich habe mich wirklich sehr, sehr gefreut, dass alle dieser Einladung gefolgt sind und darf hier vielleicht stellvertretend mich noch dafür bedanken, dass Sie auch dort waren, nämlich Präsident Titschenbacher von der Landwirtschaftskammer, Landesjägermeister Mayr-Melnhof und auch Prof. Gepp vom Naturschutzbund – wirklich nur stellvertretend für die mehr als hundert Anwesenden. Es soll nur zeigen, dass es hier wirklich aus allen Bereichen Interessenten gegeben hat und die auch wirklich dort waren und sich mit dieser Strategie im Großen und Ganzen identifizieren. Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es natürlich um die Umsetzung. Das ist richtig. Kollege Schönleitner hat es angesprochen, er war sogar ein bisschen erstaunt, aber erfreut eigentlich oder vielleicht bilde

ich es mir auch ein, ich hätte ja fast Ansätze von Lob aus deiner Rede gehört, aber vielleicht habe ich das ohnehin nicht richtig gehört. Das werden wir dann bei der Abstimmung sehen. Aber wir sind jetzt schon dabei also hier wirklich konkrete Maßnahmen und Projekte festzulegen und ich darf berichten, unsere Dialoggruppe hat bereits ihre Arbeit aufgenommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass es gelingen wird mit dieser Naturschutzstrategie als Grundlage einen neuen Weg des Miteinander im Naturschutz einzuschlagen, von dem wir letztlich alle gemeinsam profitieren werden. Ich möchte mich zum Schluss noch einmal bei allen sehr, sehr herzlich bedanken, dass es also möglich war, diese Naturschutzstrategie zu erarbeiten und zu präsentieren. Ein großes Danke darf ich bei der Gelegenheit bei den Klubs, bei den Abgeordneten, bei allen hier im Land Steiermark, bei der Abteilung deponieren und zum Schluss sei es mir noch gestattet, bei einem persönlichen Danke so hinüberzusagen, bei dir, lieber Hubert Lang. Danke für dein Verständnis und für deine Mitarbeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.39 Uhr)*

Präsidentin Khom: Vielen Dank, Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1675/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1675/3, betreffend Umsetzung der Naturschutzstrategie ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1694/1, betreffend Energiestrategie Steiermark 2025; Energiebericht Steiermark 2016.

Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Helga Ahrer. Bitteschön, Frau Abgeordnete.

LTabg. Ahrer - SPÖ (13.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum und via Livestream!

Der erste Energiebericht des Landes Steiermark wurde 1984 erstellt und seither wird dieser Bericht jährlich erstellt. Vorweg darf gesagt werden, dass die Steiermark als europäische Vorzeigeregion gilt. Ein steigender Energieverbrauch stellt auch eine große Belastung für unser Klima und unsere Umwelt dar. Eine gute Energiezukunft und ein nachhaltiger Umgang mit Energie reduziert einerseits die Abhängigkeit von fossilen Importen und verbessert andererseits wesentlich die CO₂-Belastung in der Steiermark. Auch sei nicht unerwähnt, dass Investitionen in die breite Palette von erneuerbaren Energieformen heimische Wertschöpfung bringt und damit auch Arbeitsplätze gesichert werden. Es ist ein guter und richtiger Weg, dass eine regionale, nachhaltige Klima- und Energiepolitik für unsere Steiermark forciert wird und eingeschlagen wurde. Dieser Weg ist und wird von unserem Landesrat Anton Lang voll und ganz mitgetragen, auch wenn es Maßnahmen umzusetzen gilt, die von einzelnen Betroffenen oder Sektoren kritisch betrachtet werden und das Ergebnis oft erst nach langer Zeit ersichtlich ist. Im Bereich erneuerbarer Energie sind wir auf einem guten Weg, Aufholbedarf besteht allerdings noch bei der Energieeffizienz. Das Land Steiermark hat sich ja mit der Energiestrategie 2025 klare Ziele gesetzt und besteht aus einer Vielzahl von Aktivitäten, die fünf zentrale Maßnahmenbereiche umfassen. Die Energieeffizienz und das Energiesparen, die erneuerbare Energie, Fernwärme und Kraftwärme, Kältekopplung, Infrastruktur, Raumordnung und Mobilität sowie Forschung, Bildung und Energieberatung. Wir haben hier ja in diesem Haus bereits im Jahr 2015 festgelegt, dass der bisher parallel erstellte Klimaschutzplan der Steiermark und die Energiestrategie 2025 zu einem strategischen Papier Klima- und Energiestrategie 2030 zusammengefasst werden soll. Generell war in der Steiermark ein kontinuierlicher Anstieg des Energieverbrauchs festzustellen. In privaten Haushalten ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, dafür gab es einige Gründe, nämlich die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch z.B. die Witterungsverhältnisse im Jahr 2014, wo hier natürlich sehr wenig Energieverbrauch vonnöten war, sei hier erwähnt. Wie Sie bestimmt wissen, gibt es viele Möglichkeiten sein Heim und Haus komfortabler zu machen, den Energieverbrauch zu verringern. Mehr als 20 Jahre alte Fenster oder Heizungen entsprechen nicht mehr den heutigen Standards. Durch professionelle Energieberatung und Sanierung kann hier gutes Geld gespart werden. Bezüglich der Mobilität sei das Projektteam in Graz erwähnt, hier ist es ja bereits seit vorigem Jahr am Hasnerplatz, wo etliche Angebote zur

Verfügung stehen, z.B. wie das E-Car-Sharing, Leihwagen, E-Taxis oder E-Tankstellen auch zum Laden privater E-Autos. Erwähnt sei auch die – von unserem Bundesminister Jörg Leichtfried und Landesrat Anton Lang – Förderungen der E-Mobilität, die sehr gut angenommen werden und damit auch beitragen. Es ist wichtig für jede Steirerin und für jeden Steirer durch weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs das Erstellen regionaler, individueller Regionalverkehrspläne sowie den Mikro-ÖV für den ländlichen Raum und vieles mehr ein gutes Angebot zu einem leistbaren Preis anzubieten. Die erneuerbare Energie, auch hier ein gutes Beispiel aus meiner Heimat, die grüne Brauerei Göss. Hier hat man sich entschieden, erneuerbare Energie in allen Prozessen zu nützen. So soll die Energieversorgung nur durch Emissionen im gesamten Bauprozess entsprechend gesenkt werden. Strom aus der Wasserkraft, Biomasse, Fernwärme und Solartherme wurden verwendet. Eben als letzter Meilenstein wurde 2015 die Biogas-Anlage zur Biertreber-Vergärung eröffnet und am Anfang 2016 der erste Ökostrom daraus eingespeist. Die Brauerei in Göss ist ein Paradebeispiel für das Nachhaltigkeitsengagement der Brau-Union-Österreich und soll sogar weltweiter Vorreiter oder ist sogar weltweiter Vorreiter in diesem Bereich. Dies wurde auch mit zahlreichen Umweltpreisen honoriert. Dieses Konzept soll auf weitere Brauereistandorte in ganz Europa umgesetzt werden.

Energie aus Wasserkraft, hier sei erwähnt das Schaukraftwerk Stubenberg der Feistritzwerke, Windenergie – der Windpark Pretul der Österreichischen Bundesforste, Fotovoltaik – Sonnenpark am Einkaufszentrum ECE Kapfenberg, Solarwärme – Nahwärme Eibiswald ist ein durch Solar unterstütztes Biomasse-Nahwärmenetz. Es gäbe hier noch viele Leuchtturmprojekte, die erwähnenswert wären, doch das würde meine Redezeit hier eindeutig überschreiten. Die Steiermark ist eine Vorzeigeregion und so soll diese auch bleiben. Ich darf mich bei allen bedanken, die diesen Energiebericht erstellt haben, Danke auch an alle Partner, Unterstützerinnen und Unterstützer, die Projekte forciert haben und umgesetzt haben, sowie an unseren Herrn Landesrat Anton Lang, dem eben das Klima und die Umwelt sehr am Herzen liegen und dafürsteht, dass unser Land liebens- und lebenswert ist und bleibt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.47 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Stefan Hofer. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (13.48 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zu diesem Tagesordnungspunkt nur kurz zu Wort melden und das unterstreichen bzw. noch einmal hervorkehren, dass bereits meine Vorrednerin, Abgeordnete Helga Ahrer, gesagt hat. Ich glaube, der Klima- und Umweltschutz betrifft alle Bereiche des täglichen Lebens und gehört zu den klassischen Zukunftsthemen. Das wird sicherlich heute auch in der Dringlichen Anfrage, später dann in der Landtagssitzung, ausführlich diskutiert werden und auch in Wien findet ja heute der Klimagipfel mit Arnold Schwarzenegger statt. Für das Funktionieren unserer Wirtschaft zur Aufrechterhaltung einer zukunftssicheren und leistbaren Energieversorgung für eine gute Weiterentwicklung der Steiermark als Öko-Region, für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Schaffung einer lebenswerten Umwelt auch für unsere nächste Generation vor allem, ist gute Umwelt- und Klimapolitik unverzichtbar. Anders als US-Präsident Trump, mit dem ja manche hier im Haus sympathisieren und der ein Gesetz gegen den Klimaschutz erlassen hat, befindet sich unser Bundesland klimaschutztechnisch auf einem guten Weg. Der Klimaschutzplan 2010, der strategischen Grundlagen zur Erreichung der internationalen Klimaschutzziele dient, die Energiestrategie 2025, die das Ziel hat, den Energieeinsatz bestmöglich zu reduzieren und den Restbedarf und einen möglichst hohen Anteil an erneuerbaren Energieträger abzudecken und diverse Programme wie beispielsweise die „Ich-tu‘s-Initiative“ oder auch das e5-Programm in unseren steirischen Gemeinden sind tolle Grundpfeiler zur Erreichung unserer Ziele. Ich darf mich abschließend beim zuständigen Landesrat Anton Lang für sein Engagement herzlich bedanken, der nach einem Jahr Tätigkeit als Landesrat bewiesen hat, dass ihm Klima- und Umweltschutz sowie die erneuerbaren Energien wahrlich ein Herzensanliegen sind. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 13.50 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Fartek. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Fartek – ÖVP (13.50 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kollegen hier im Hohen Haus!

Es ist eigentlich der Bericht schon zur Gänze ausgeführt worden, aber trotzdem, ein paar Kleinigkeiten möchte ich noch dazu erwähnen. Zu den erneuerbaren Energien sollte man vielleicht noch eines erwähnen: Für die Weiterentwicklung der globalen Energieversorgung

sind die erneuerbaren Energien von zentraler Bedeutung und hier sind auch sehr positive Entwicklungen spürbar, auch wenn ein Herr, der schon öfter heute genannt wurde, das anders meint. Aber natürlich für uns sollte es noch mehr sein und kann es auch noch mehr sein, aber vielleicht noch: Laut der Energiebilanz hat sich der Anteil der erneuerbaren Energien, vielleicht noch einmal auf die Steiermark heruntergebrochen, in den letzten Jahren ausgehend von 20,2 % im Jahr 2005 auf 28,2 % im Jahr 2015 positiv entwickelt, obwohl im Vergleich zu 2014 im Jahr 2015 ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Also da hätten wir schon noch ein Potential, dass es ein bisschen mehr sein kann, aber es tut sich ja vieles und es wird sich das auch in der nächsten Zeit sehr positiv weiterentwickeln. Zur Energieverwendung vielleicht ist noch nicht viel gesagt worden, eine Aufteilung des Endenergieeinsatzes auf die drei großen Verbrauchsbereiche ist vielleicht auch ganz interessant zu wissen, das sind 19 % für den Strom, 30 % für die Treibstoffe und 51 % für die Wärme und den Endenergieverbrauch nach Wirtschaftssektoren aufgeteilt, auch interessant die Zahlen, für Industrie und Produktion sind das 37 %, für den Verkehr sind es 31 % und für die privaten Haushalte 22 %, öffentliche und private Dienstleistungen 8 % und für die Landwirtschaft, würde man nicht glauben, nur 2 %. Für die Zukunft muss die Förderung, und das ist auch schon mehrmals heute gesagt worden, der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Energien ganz, ganz oben stehen. Zum Abschluss möchte ich auch noch ergänzen und erwähnen, Frau Kollegin Ahrer hat das schon gesagt, möchte ich noch positiv hinweisen auf die tollen Beispiele, die in diesem Bericht angeführt worden sind, möchte aber auch noch hinweisen und danke sagen an die Gemeinden, die mit ihren Energiemodellregionen wirklich tolle Arbeit leisten, ob das die Vorbildwirkung ist, die Bewusstseinsbildung, die auch in der Umsetzung sehr aktiv sind. Grundsätzlich vielleicht noch einmal ist festzuhalten die verstärkte Versorgung mit sauberer und regional verfügbarer Energie. Das bildet für uns die Grundlage, so glaube ich, für eine gute Zukunft. Es braucht Vorbilder, aber es braucht auch die Eigenverantwortung der Menschen. Zum Schluss vielleicht möchte ich noch einmal den Verantwortlichen in der Regierung, den Verantwortlichen in den Fachabteilungen auch für die gute Arbeit danken und für die tollen Initiativen. Ich hoffe auf eine gute Energiezukunft und auch auf Begeisterung und Motivation in diesem Haus für dieses Thema. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.53 Uhr)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1694/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Umwelt über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1647/1, betreffend Gesetz zum Schutz von invasiven, gebietsfremden Arten (Steiermärkisches invasive Arten Gesetz – StLAG).

Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Gabriele Kolar. Bitteschön.

LTAbg. Kolar – SPÖ (13.54 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat – es fehlt mir noch der Zweite, der zuständig ist, er wird sicher kommen!

Gesetz zum Schutz von invasiven, gebietsfremden Arten, die Frau Präsidentin hat es verlesen, um dieses Gesetz geht es hier. Der Grund der Gesetzesvorlage bzw. des Gesetzesvorhabens ist folgender: Nicht nur der Naturschutzbehörde des Landes Steiermark ist die Problematik der invasiven Neophyten bewusst, die europäische Kommission hat festgestellt, dass ein Hauptfaktor des Artensterbens, nämlich des Sterbens von Pflanzen und Tieren, die Zunahme von invasiven Neobiota ist. Deshalb wurde eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates im Oktober 2014 beschlossen und ist am 01. Jänner 2015 in Kraft getreten. Die Behörden haben die Verordnung unmittelbar anzuwenden, das heißt ergänzende innerstaatliche Regelungen sind erforderlich. Sowohl Bund als auch Länder haben Durchführungsregelungen zu erlassen. Das Gesetzesvorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen: Zum Ersten die Festlegung der behördlichen Zuständigkeit. Zweitens, Schaffung von Verordnungsermächtigungen für bestimmte Maßnahmen wie z.B. Dringlichkeitsmaßnahmen, Beseitigungsmaßnahmen, Managementmaßnahmen. Dritter Punkt, Regelung wer für die Durchführung und andere Maßnahmen herangezogen werden kann. 4. Sanktionen für Verstöße gegen die Invasiven-Verordnung und gegen Bestimmungen auf der Grundlage dieses Gesetzes. Zudem hat sich in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, dass es für die Bekämpfung nicht unter die invasiven Neophyten fallender Pflanzenarten, z.B. des

Riesenbärenklaus, die Schaffung einer landesrechtlichen Möglichkeit bedarf, um gegen derartige invasive gebietsfremde Pflanzenarten auch kurzfristig vorgehen zu können.

Ich begrüße zum richtigen Zeitpunkt den auch zuständigen Landesrat Johann Seitinger, bei mir steht jetzt nämlich „Kompetenzgrundlagen“ und es sind zwei Regierer bzw. Abteilungen hier in Zusammenarbeit damit konfrontiert bzw. werden das gut abarbeiten – u. z. Fischerei, Jagd und Naturschutz und der Pflanzenschutz. Aus den Berührungspunkten bei diesen beiden genannten Materien ergibt sich auch die Zuständigkeit, wie schon gesagt, von Herrn Landesrat Anton Lang als auch von Herrn Landesrat Johann Seitinger in der Geschäftsverteilung bzw. in der Zuständigkeit der Abteilung 13 und der Abteilung 10 in der Geschäftseinteilung der Landesregierung.

Erarbeitung des Entwurfs und Begutachtung: Das Gesetz wurde unter enger Begleitung durch den Verfassungsdienst, vielen herzlichen Dank auch an den Verfassungsdienst, von der Abteilung 13 unter Einbeziehung der Abteilung 10 bereits im Vorjahr erarbeitet. Der Entwurf wurde vom 26.07.2016 bis 31.08.2016 einem Begutachtungsverfahren unterzogen. Externe Stellungnahmen langten von den Land- und Forstbetrieben Steiermark, der Steirischen Landesjägerschaft, der Landwirtschaftskammer Steiermark und der Wirtschaftskammer Steiermark ein. Der Großteil der Stellungnahmen fand auch Berücksichtigung. Eine Endabstimmung des vorliegenden Entwurfs mit dem Verfassungsdienst ist erfolgt, wurde von mir bereits auch schon erwähnt und auch der Dank an den Verfassungsdienst ausgesprochen.

Wie schaut es mit den finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt aus? Die Durchführungsbestimmungen ergänzen die Vollziehung des unmittelbar anzuwendenden Unionsrechts, wodurch abhängig von der jeweiligen Liste der invasiven, gebietsfremden Arten der Europäischen Kommission erhebliche Kosten entstehen können. Während mit dem vorliegenden Entwurf, der nur Teilaspekte dieser Verordnung betrifft und diese durchführt, kaum Kosten verbunden sind, ist eine insgesamt Kostenschätzung betreffend die Anwendung und Durchführung der Gesamtverordnung mangels Erfahrung nicht möglich. Gleiches gilt auch für die Bekämpfung der nicht unter die invasive Artenverordnung fallenden invasiven gebietsfremden Pflanzenarten.

Jetzt noch zum Schluss die Zuständigkeit der Behörden und die Evaluierung: Infolge der Großteils bezirksübergreifenden wirksamen Maßnahmen soll für eine koordinierte einheitliche Vollziehung grundsätzlich die Landesregierung zuständig sein. Ausgehend von der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Landesregierung und folglich auch der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung werden

unterschiedliche innerbehördliche Zuständigkeiten für invasive Arten gegeben sein. Die Landesregierung wird in Fällen, in denen es sich um das dem Fischereigesetz unterliegenden Wassertierarten handelt, als Fischereibehörde tätig werden; in Fällen, in denen es sich um das dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten handelt, wird die Landesregierung als Jagdbehörde tätig sein. Darüber hinaus wird die Landesregierung als Behörde zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen tätig werden und vor allem als Naturschutzbehörde für alle übrigen Tier- und Pflanzenarten zuständig sein. Vor diesem Hintergrund bedarf es innerhalb des Amtes einer ausreichenden und regelmäßigen Koordinierung. Für diese Koordinierung soll ein Koordinierungsgremium auf Ebene der Bediensteten der betroffenen Abteilung in der Abteilung 13 als solche eingerichtet werden. Neben dem Informationsaustausch und dem Ziel der einheitlichen Gestaltung und Koordinierung betreffend Managementplänen soll das Koordinierungsgremium insbesondere in jenen Fällen, in denen die innerbehördliche Zuständigkeit tatsächlich zweifelhaft ist, befasst werden. Weiters kann es erforderlich sein, im Rahmen des Koordinierungsgremiums externe Experten z.B. Umweltbundesamt oder Vollzugsorgane aus anderen Ländern mit dem Ziel einer länderübergreifenden einvernehmlichen Vorgehensweise einzubeziehen. Die Alternative zu der geschilderten Vorgehensweise wäre die Schaffung einer gesonderten, eigenständigen Zuständigkeit für invasive Arten, angesiedelt bei einem Regierungsmitglied. Da zum gegebenen Zeitpunkt aber kaum abzuschätzen ist, wie und in welchem Ausmaß personelle und finanzielle Ressourcen für invasive Arten beansprucht werden, wurde davon einmal vorläufig Abstand genommen. Aber nach einem Beobachtungszeitraum von rund drei bis fünf Jahren soll überprüft werden, ob die Notwendigkeit einer eigenständigen Lösung gegeben ist. Der Zeitpunkt für die innere Evaluierung wird mit 01. Juni 2019 festgelegt.

Ich bedanke mich nochmals recht herzlich bei allen Beteiligten, für alle, die eine Stellungnahme abgegeben haben, dass wir auch hier dieses Gesetz zum Schutz von invasiven, gebietsfremden Arten vorliegen haben. Ich bitte um Zustimmung und freue mich schon jetzt auf die Ausführungen zum Thema durch unseren Kollegen Cramer Christian, denn da werden wir wieder einiges dazulernen, denn er ist ja ein Experte auf diesem Gebiet. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.03 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr LTAbg. Christian Cramer, bitteschön.

LTabg. Cramer – FPÖ (14.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren Landesräte, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Gesetz zum Schutz vor invasiven, artfremden Pflanzen – ein sicher sehr sinnvolles Gesetz, denn jedem, der in der Natur unterwegs ist, ist es schon aufgefallen, dass es gewisse Pflanzen gibt, die sich geradezu invasiv bzw. seuchenartig vermehren und andere Pflanzen zurückdrängen. Ein Verlust an der Artenvielfalt unserer Natur ist dadurch gewiss einerseits; andererseits gibt es auch Pflanzen, die das Bewirtschaften unserer Kulturen schwieriger machen. Dazu gehört z.B. auch die Ambrosia, die gerade den Kürbisbauern große Probleme macht, weil sie sich in den Kürbisäckern breitmacht und einer speziellen Behandlung bedarf, die mit der Hand auf Grund der Allergiegefahr nicht so ganz lustig ist. Ansonsten würde nur der Weg eines wohl nicht so ganz beliebten Herbizides herangezogen werden müssen. Aber darüber möchte ich mich jetzt gar nicht weiter auslassen. Diese invasiven Pflanzen verdrängen ja nicht nur, sondern sie sind zum Teil auch gar nicht so ungefährlich. Da gibt es eine Pflanze, die hat, wie ich schon einmal in einem Ausschuss erwähnt habe, Stalin eingeführt, weil er gedacht hat, das wäre eine gute Weidepflanze. Die ist aus dem Kaukasus gekommen und hat dann von dort aus – also von Russland aus – den Weg in den Westen gesucht, wie so manch anderer auch (*Heiterkeit bei der FPÖ*) und dieser Riesenbärenklau, von dem ich spreche, hat eine sehr, sehr unangenehme Eigenschaft, dass er nämlich eine Giftigkeit besitzt, dass allein bei feuchtheißem Wetter daran vorbeigehen schon Beschwerden im Atem- und Schleimhautbereich, also zu Verätzungen führen kann, weil er praktisch nicht nur in der Berührung giftig ist, sondern schon praktisch ausgast. Jene Pflanze ist, man möchte glauben, ich habe vor kurzem noch geglaubt, naja, sehr, sehr gefährlich, aber doch nicht so invasiv, dass wir sie in Mengen antreffen. Ich habe erstaunender Weise auf Grund von Informationen erfahren ... Herr Landesrat, was schätzen Sie? Wie viele Bärenklaupflanzen stehen im Gebiet von Graz? Ja, ich sage einmal eine Zahl – 200, 500, 1.000. Was glauben Sie, eher eine höhere oder eine niedrigere Zahl? (*Landesrat Anton Lang: „Eher eine höhere.“*) Die höhere? Ich hätte es selbst nicht geglaubt, es sind 15.000 Pflanzen. 15.000 Bärenklaupflanzen, die alle, die an der Mur entlang spazieren gehen, mit Hunden spazieren gehen, Rad fahren, Kinder, die dort spielen, in Gefahr bringen. Alleine direkt vor dem Hotel Weitzer sollen hundert Pflanzen dort an der Mur entlang im Bereich des Hotels Weitzer wachsen. Also es ist unwahrscheinlich. In Frohnleiten sind es an die 4.000 Pflanzen. Jetzt ist dieses Gesetz wohl hoch an der Zeit und wichtig, nur in den Details hat es natürlich seine Tücken. Wenn man da jetzt, dankenswerter Weise hat Frau Kollegin Kolar das Gesetz schon

so schön erläutert, dass ich da jetzt gar nichts mehr erläutern brauche, weil sie es ja wirklich so schön erläutert. Da steht, dass dafür zuständig sind die Berg- und Naturwacht, Fischereiberechtigte, die Jagdaufsichtsorgane – naja, das kling mir ein bisschen kühn, wenn man weiß, dass die Pflanze alleine bei der Annäherung bei heißem Wetter schon zu Verätzungen führen kann einerseits, und andererseits sollte man auch wissen, wie entsorgt man diese Pflanze richtig? Wenn sie nämlich nur mit einer Motorsense abgemäht wird, was als solches schon sehr gefährlich ist, weil wenn es heiß ist, dann hat man schon auf jeden Fall einmal eine Verätzung durch die Ausgasung, wenn sie einem drauffällt, na gut, dann hat man einen schönen Krankenstand auch noch – nicht ideal. Man müsste sie eigentlich ausgraben. Jetzt ist es so, dass ich die Berg- und Naturwacht noch nie in Schutzanzügen mit Atemgerät und Schaufel gesehen habe. Also es wird als solches schon schwierig. Es scheint mir ein bisschen wie eine Kindsweglegung – nach dem Motto „Die werden es schon machen und wenn sie es nicht machen, wir sind dann nicht schuld, weil die haben es verbockt“. Es gibt in der Steiermark eine Firma, die nennt sich Kompetenzzentrum für invasive Neophyter. Alle jene, die an ihrem Grundstück Pflanzen fachgerecht entsorgen möchten, können sich dorthin wenden. Ich nehme an, es wird auch eine „Heimseite“ geben, wo man das findet. Ich will jetzt nicht die Berg- und Naturwacht und alle Personen, die dafür zuständig sind, schlecht machen. Ich will nur eines sagen, ich glaube, sie sind schlichtweg überfordert. Aber auch überfordert war, glaube ich, der Gesetzgeber, weil er ein Gesetz macht, wo er – man sagt nach dem Motto „Wir beschließen jetzt, wir tragen den Berg ab, aber es hat keiner eine Ahnung wie hoch er ist“ –, ich würde sagen, der Wille ist da den Berg abzutragen, aber es muss auch irgendwo einmal ein Monitoring geben, ein Erfassen, wie viele Pflanzen gibt es denn wirklich? Weil ich zu dieser Zahl, die ich jetzt verlesen habe, natürlich die Quelle sagen kann, aber nachgezählt habe ich das selber nicht, das sage ich Ihnen schon. Als solches ist die Sache natürlich dahingehend schon einmal deswegen bedenklich, weil der geschätzte Schaden, der davon ausgeht – wiederum eine nicht von mir aufgestellte, sondern bekommene Schätzung, ginge in die 100 Millionen Euro. Also es ist schon eine sehr ernste Sache und prinzipiell müssen wir froh sein, dass wir dieses Gesetz haben, aber ich glaube, es bedürfte der einen oder anderen Nachschärfung und fraglich ist auch, warum bei einem solchen Gesetz, wo wir in der Steiermark nur eine einzige professionelle Firma zur Entsorgung haben, bei dieser Gesetzesvorlage oder diesem Gesetzestext nicht zu Rate gezogen wurde, obwohl sie sich selbst in Gesprächen mit den beiden Herren Landesräten bemüht hatten. Naja, alles Fragen über Fragen, leider Gottes keine so lustige Rede, aber ernste Themen bedürfen natürlich auch

ernsten Behandlungen und man sollte sich nicht auf die Wortklauberei und Bedeutungsdeutungen beschränken, sondern schon auf den Inhalt hören. Mit diesen Pflanzen, naja, die sollte man am besten artgerecht entsorgen, um das Wort Abfall nicht zu gebrauchen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 14.12 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Lang.

LTabg. Hubert Lang – ÖVP (14.12. Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf einige Punkte darf ich unter diesem Tagesordnungspunkt noch hinweisen, obwohl die Kollegin Gabi Kolar und Herr Kollege Christian Cramer hier schon sehr gut analysiert haben, worum es bei diesem Gesetz geht. Ein Grundsatz ergibt sich aus diesen Stellungnahmen der Kollegin und des Kollegen. Natur muss gepflegt werden, die Natur braucht Pflege und braucht Pflegemaßnahmen. Das muss uns angesichts dieses Tagesordnungspunktes auch zu Bewusstsein kommen, es gibt Pflanzen, die invasiv auftreten und diese Pflanzen gehören bekämpft, eingeschränkt oder in der weiteren Ausbreitung dementsprechend behindert, dass sie sich nicht weiter vermehren können. Wir haben in der letzten Landtagssitzung unter dem Tagesordnungspunkt 10, Einl.Zahl 1427, zu den Neophyten geeignete Maßnahmen gegen Neophyten zu ergreifen ausgiebig debattiert und haben auch bei diesem Tagesordnungspunkt besprochen, wie wichtig die Bewusstseinsbildung ist, wenn es um diesen Neophyten und diese invasiven Pflanzen geht. Meine Damen und Herren, dieses Gesetz beruht ja auf Grundlagen einer EU-Verordnung und es geht darum, die Umsetzungen seitens des Landes, seitens der Länder voranzutreiben. Die Möglichkeiten, die die Landesregierung mit diesem Gesetz beschließt und erhält, sind in einigen Punkten zu erläutern. Das sind Dringlichkeitsmaßnahmen durch Verordnung, wenn es um die Bekämpfung dieser invasiven Pflanzen geht, durch Vorliegen der Voraussetzungen in dieser invasiven Alienspezies Verordnung der EU in einer frühen Phase die gebietsfremden Arten durch Verordnung Beseitigungsmaßnahmen zu veranlassen und die bereits weit verbreiteten invasiven gebietsfremden Arten durch Verordnung Managementmaßnahmen zum Zweck der Beseitigung zu erlassen, Populationskontrolle und Eindämmung einer Population zu veranlassen, zur Förderung der Erholung eines durch invasive Arten beeinträchtigten, geschädigten oder zerstörenden Öko-Systems durch Verordnung Maßnahmen zu erlassen. Ich darf trotzdem noch darauf hinweisen und es nimmt auch Bezug auf Christian Cramer, vom

Kollegen, der angeführt hat, was diese Pflanzen betrifft. Diese Bekämpfung dieser Maßnahmen oder dieser Pflanzen ist nicht ungefährlich. Wir reden hier insgesamt in Österreich von derzeit 19 Arten, die sehr stark auftreten. Einige, auch hier in der Steiermark, sehr invasiv – der Riesenbärenklau ist schon genannt worden, der Staudenknöterich, das drüsige Springkraut, die Goldrute, die Ambrosia – und wenn man sich hier die Pflanzen sehr genau anschaut, dann ist Fachwissen notwendig, wenn es um die Bekämpfung dieser Pflanzen geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn sie den Riesenbärenklau anschauen, dann sind Maßnahmen zu ergreifen Samenbildung zu verhindern. Das heißt, im Frühjahr den Blütenstand vor der Fruchtreife abschneiden, abstechen des Wurzelstockes in 15 cm Tiefe mindestens, mehrmals im Jahr Mähgut sorgfältig behandeln, denn diese Pflanze enthält fototoxische Inhaltsstoffe, die in Kombination mit Sonneneinstrahlung zu Verbrennungen der Haut führen können. Meine Damen und Herren, eine Pflanze nur abzuschneiden, ist zu wenig, hier sind Maßnahmen beim Riesenbärenklau notwendig auch die Wurzelstöcke auszugraben und dementsprechend zu vernichten. Ähnlich auch beim indischen Springkraut. Man muss sich das Leben dieser Pflanzen sehr genau anschauen, mit welchen Maßnahmen die Pflanzen einzuschränken oder deren Ausbreitung zu verhindern ist. Ich glaube – und die gesetzliche Grundlage ist ein wichtiger Schritt, aber unter dem Tagesordnungspunkt in der letzten Landtagssitzung ist Bewusstseinsbildung ein entscheidender Faktor. Diese 19 Pflanzen, diese invasiven Pflanzen zu erkennen und wie man diese Pflanzen tatsächlich bekämpfen kann, unter welchen Vorsichtsmaßnahmen, um die eigene Gesundheit nicht zu gefährden, aber auch mit welchen Methoden, die wirksam sind, um das Ausbreiten dieser Pflanzen zu verhindern, dazu ist Bewusstseinsbildung, Weiterbildung notwendig. Wir haben dies das letzte Mal in der Landtagssitzung schon ausführlich behandelt. Informationen in den Schulen, Informationen über Gemeinden, Informationen über Naturnutzer – das sind Naturschutzbeauftragte, Freizeitbenutzer, ob das jetzt Sportler, Vereine sind – über Vereine Informationen, über die Jagd. Gerade hier die Jäger, die sich sehr viel in der Natur aufhalten. Wir brauchen diese Bewusstseinsbildung, um dementsprechend auch Maßnahmen treffen zu können. Ich halte wenig davon, lieber Kollege Cramer, dass wir Hundertschaften von Geologen einsetzen, (*LTA*bg. Cramer: „Das betrifft die Botanik.“) um festzustellen, wie viele Pflanzen es genau gibt. Wesentlich wichtiger ist es, für wesentlich wichtiger erachte ich es, dass wir eine Breite zusammenbringen, dass die Bevölkerung diese Pflanzen erkennt und weiß, wie man mit diesen Pflanzen auch umgeht, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern. In diesem Sinne tragen wir alle dazu bei in dieser Angelegenheit, in dieser Bewusstseinsbildung, dass wir uns

hier weiterbilden und dementsprechend Maßnahmen mit begleiten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – 14.19 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet hat sich Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger – ÖVP (14.20 Uhr): Danke, geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Abgeordneten, lieber Kollege Toni Lang!

Inhaltlich, glaube ich, ist sehr viel Gutes gesagt worden. Danke an Gabi Kolar, Christian Cramer und Hubert Lang, die sich sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt haben. Es ist an sich ja ein Nebenschauplatz, würde man einmal glauben, sich in einer politischen Diskussion über solche Kleinigkeiten zu unterhalten. Aber aus den Reden ist schon hervorgegangen, dass es sich hier nicht um Kleinigkeiten handelt, sondern tatsächlich um Problemfelder, die Menschen bedrohen. Ich möchte es sogar so sagen, weil es hier tatsächlich zu extremen gesundheitlichen Schäden kommen kann, wenn die Ausbreitung dieser verschiedenen Pflanzen voranschreitet, die ja hin und wieder ganz schöne Namen haben, und auch die Tierwelt ist hier miteingeschlossen, von denen wir bisher sehr wenig gehört haben. Aber wenn wir letztlich dann sehen, was die eine oder andere Person hier erleidet, die vielleicht schon mit Neurodermitis oder mit anderen Hautkrankheiten zu tun hat und dann obendrein noch einmal durch solche Infektionen Erschwernisse und Schmerzen erlangt, dann bekommt das Thema doch eine gewisse Bedeutung. Ich möchte das nicht so quasi auf die leichte Schulter nehmen, ich möchte dies gleich vorausschicken, weil Gabi Kolar natürlich auch gesagt hat, es wäre vielleicht vernünftig, hier eine Alleinzuständigkeit herauszuarbeiten. Ich glaube, wir arbeiten in dieser Frage, das kann ich für mich jedenfalls behaupten, sehr, sehr gut mit meinem Kollegen Anton Lang zusammen und ich glaube, dass sowohl die Pflanzenwelt über den Naturschutz, als auch die Tierwelt über den Naturschutz mit zusammen mit meinem Ressort für Fischerei und Jagd ganz gut zusammenspielen können und wir dann letztlich auch im Kontext der Gesamtsicht hier eine gute Formel finden. Ich möchte mich auch beim Kollegen, bei seinem Team und bei meinem Team dafür bedanken. Ich habe heute auch schon mehrere Gespräche diesbezüglich mit Medien gehabt, was das jetzt wohl sei, dieses Ungetüm, das oft so lustig heißt von der Glanzkrähe bis zum Marmorkrebs und vom heiligen Ibis zur Rotwangenschmuckschildkröte. Das sind ja alles schöne Namen, man könnte sagen, was soll man diesen „Viecherln“ eigentlich entgegenhalten, auch ein Bärenklau ist kein

Ungetüm, würde man einmal sagen. Ein großer dann wahrscheinlich schon. Es gibt aber auch grausame Namen wie afrikanische Wasserpest usw., die schon zum Ausdruck bringen, dass es sich hier auch um bedrohliche Dinge handelt. Ich will nur eines abschließend dazu sagen, das ist wirklich sehr wichtig und es ist auch zum Teil schon gesagt worden. Wir brauchen hier die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Menschen in unserem Lande, die diese Umstände auch in den verschiedenen Abteilungen melden, auch einzelnen NGO's melden, die dann das hoffentlich auch zur passenden Stelle weitergeben, denn wir müssen rechtzeitig darauf schauen, dass wir das Problem gemeinsam schaffen! Wie es schon angeklungen ist und Christian Cramer hat das auch sehr deutlich gesagt: Es ist nicht so einfach, diese Problemfelder zu beseitigen, hier braucht es ordentliche Schutzmäntel und Schutzausrüstungen, gut ausgebildete Leute dazu, die dann hoffentlich nicht auch noch gesundheitliche Schäden davontragen, aber irgendjemand muss das in die Hand nehmen. Das ist ein Faktum. Denn wenn wir zuschauen, wie diese Produkte aussamen, wie sich die Tiere entsprechend vermehren, sich die Schädlinge vermehren, dann haben wir dieses Thema, das wir hier im Landtag schon sehr oft diskutiert haben, am Tisch, nämlich wie gehen wir mit Maßnahmen um, die wir alle nicht haben wollen? Nämlich mit chemischen Mitteln zur Bekämpfung all dieser Problemfelder, die dann letztlich auch andere, gute Teile unserer Natur, unserer Tierwelt und Pflanzenwelt mit hineinziehen in eine Beseitigung. Das ist all das, was wir nicht brauchen und nicht haben wollen und darum müssen wir darauf schauen, dass wir mit natürlichen Mitteln hier diese Ausweitungen den Kampf entsprechend ansagen. Ich möchte einen Satz noch sagen und das soll auch ein bisserl Es ist zwar ein leicht hinkender Vergleich, dazu stehe ich, aber es soll uns auch zeigen, dass, wenn der Mensch mit seiner Vernunft und mit seinem nachhaltigen Sinn nicht rechtzeitig eingreift, - dass sich Entwicklungen in der Natur, die aus klimatischen Bedingungen zum Teil hervorgehen -, dann erleben wir auch das, was wir letztlich nicht mehr bewältigen können, nämlich, dass die Natur plötzlich überhandnimmt in einer Form, die dem Menschen nicht zuträglich ist und auch der Tierwelt nicht zuträglich ist. Das heißt, ein vernünftiges Eingreifen in die Tierwelt über die Jagd, über eine ordnungsgemäße Fischerei, auch über die Rückführung entsprechender Bestände, die uns wichtige Arten ausrotten, über die wir in diesem Land schon sehr viel diskutiert haben, ob das die Krähen sind, die Kormorane, die Fischotter und viele andere Dinge - das sind alles Fragen, meine lieben Freunde, die man mit fachlicher Kenntnis diskutieren muss. Wo man nicht aus dem Bauch heraus einfach sagen muss: „Um Gottes Willen, des Teufels, das dürfen wir nicht angreifen, das ist ein heiliges Wappentier“ und so

weiter und so fort. Wir sehen es, dass es einen vernünftigen Zugriff, Eingriff und einen Ausgleich in der Ökologie durch den Menschen braucht. Das möchte ich auch in diesem Zusammenhang noch abschließend sagen und die Steirerinnen und Steirer und alle, die in unserem Lande Urlaub machen und leben, auch auffordern und bitten, hier wirklich aufmerksam durch die Natur zu gehen und solche Veränderungen, die einem nicht ganz koscher vorkommen, wenn ich es so sagen darf, auch entsprechend zu melden. Dann werden wir es auch schaffen, rechtzeitig hier für eine entsprechende Einschränkung der Erweiterung oder Ausweitung und Ausbreitung dieser für uns nicht liebsamen Geschöpfe auch zu sorgen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.26 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1647/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, das ist der TOP

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 1478/1, der Abgeordneten Sandra Krautwaschl, Lambert Schönleitner und Ing.in Sabine Jungwirth betreffend Reduktion von Lebensmittelabfällen.

Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Cramer.

LTAbg. Cramer - FPÖ (14.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, meine Herren Landesräte!

Ja, Maßnahmen zur Einschränkung von Lebensmittelverschwendung: Da gäbe es einmal eines, dass generell der Mensch ein gieriges Wesen ist. Man ist von vorne herein bereit, sich gerne die doppelte Menge zu kaufen, weil man dann einen Rabatt bekommt, der dann letztendlich wiederum im Nichts verläuft, weil man eben die eine Hälfte wegschmeißt, wenn man mehr kauft, als man eigentlich braucht. Das zum einen – zum anderen ist es so, dass der Lebensmitteleinzelhandel nicht von Ästheten betrieben wird, die das aus den Gesichtspunkten dessen, der sich Mühe gegeben hat, es zu produzieren mit Liebe und Achtung vor dem

Produkt, sondern die sehen nackte Zahlen. Die wissen z. B., dass ein halbgefülltes Brotregal Umsatzeinbußen bringt, Folge dessen füllt man auch um 17.45 Uhr - wenn um 18.00 Uhr geschlossen wird - das Brotregal noch voll und nimmt halt in Kauf, dass man einen Großteil wegwirft. Ganz einfach deswegen, weil es sich rechnet. Ich bin noch in einer Zeit aufgewachsen, wo Brotwegschmeißen eine Sünde war, die praktisch auch von den Eltern geahndet wurde. Es ist an und für sich auch eine gute und vernünftige Einstellung, dass man mit Lebensmittel als solches auch mit der dementsprechenden Achtung zum Produkt umgeht. Na ja, da gibt es jetzt auf der einen Seite die kühlen Rechner, die wissen, dass das Umsatzerhöhungen bringt, auch wenn man etwas wegwirft, und dann gibt es noch die kühlen Rechner, die wissen: Selbst wenn sie hergehen würden und dann den Rest, der übrig bleibt, an Bedürftige verschenken, dass das ja unter Umständen auch wiederum Umsatzeinbußen bringen könnte, weil die Bedürftigen, die nichts geschenkt kriegen, die gehen vielleicht zu einem anderen und der kauft ihnen dann das Brot. Folge dessen ist es fast klüger ... so gibt es einige Lebensmittelkonzerne, die gezwungenermaßen die Mitarbeiter dazu zwingen, bei Altbrot Bilanz zu führen und frage nicht, was dort passiert, wenn ein Laib Altbrot fehlt, der in die Verbrennungsanlage hätte kommen sollen. Es ist schon als solches ein Jammer, wenn die Stadt Wien täglich mehr Brot wegwirft, als die Stadt Graz täglich in ihre Regale anliefert. Es wird ja nicht einmal noch alles gegessen, was in Graz ist, aber in Graz wird so viel angeliefert in die Regale am Tag, wie die Stadt Wien noch vom Vortag entsorgt. Da kommt natürlich auch eines dazu, dass scheinbar auch in Brüssel nicht unbedingt nur Ästheten sitzen, weil die haben sich schon vor Jahren – das ist ein Beispiel, das ist schon so alt, das hat vielleicht einen Bart, werdet ihr mir alle sagen – den Gurkenkrümmungsradius EU-genormt. Die Bauern sitzen da und wenn die Gurke zu sehr gebogen ist, dann kann er sie halt nicht mehr als Schlangengurke verkaufen, weil die wollen halt gerade Gurken, weil sie schön in die Kiste passen, und weil die Hausfrau auch die gerade Gurke leichter schneiden kann, als die gebogene, weil es bedarf ja einer höheren mathematischen Leistung, einen parallelen Schnitt in einer Kurve anzubringen, als in einer geraden. Also das sind alles so Dinge, die da ins Gewicht fallen. Genauso wie auch Äpfel ab einer gewissen Größe nicht mehr verkaufbar sind, d.h. die ganz kleinen würden vielleicht, wenn man sie als Bioäpfel anbietet, noch gehen, aber die ganz großen kann man überhaupt nicht verkaufen, weil jene Leute im Markt festgestellt haben: Manche Leute kaufen sich so große Äpfel nicht, weil sie Angst haben, sie könnten sie nicht wegessen. Nein, sie kaufen lieber zwei Kleine, weil wenn ich dann doch noch Lust habe, beiße ich den Zweiten an und esse den dann nicht weg. Aber den einen Großen, davor

haben sie so Respekt vor dem großen Apfel, dass sie diese Äpfel gar nicht verkaufen. Jetzt gibt es aber natürlich Fälle wie z. B. im Vorjahr, wo fast keine Äpfel da sind und der Baum natürlich die Versorgung von Natur aus so bekommt, als hätte er alle Äpfel und dann werden natürlich einzelne Äpfel zum Teil sehr groß. Man möchte meinen, die Welt wird sich um den steirischen Apfel reißen, der sehr groß ist – der Lebensmittelhandel sagt: „Den nehmen wir nicht, der ist viel zu groß, das brauchen wir nicht“, und so schaut es aus. Und der eine oder andere Apfel, der trotz Frost noch gereift ist, wird auch nicht verkauft, weil er innen einen sogenannten Frostring aufweist, der eigentlich nur eine ästhetische Einschränkung ist, aber wird halt nicht so sehr gekauft. Die Rechner in den Supermärkten sagen: „Nein, so etwas wollen wir nicht und schon gar nicht verbilligt, weil das können wir uns nicht leisten. Wir verkaufen nur beste Ware, gute Qualität!“ Als solches ist es eine Frage der Ethik, eine Frage der Moral, ob wir uns, nur weil wir es uns leisten können, so viel zu kaufen, mehr als wir brauchen, das Recht haben, das wegzuerwerfen. In Frankreich hat es dahingehend schon ein Gesetz gegeben – oder es gibt es seit einem Jahr so ca., glaube ich –, dass Supermärkte verpflichtet sind, Lebensmittel die übrig bleiben, entweder an Bedürftige zu geben oder einer sinnvollen Weiterverarbeitung oder eben einer Nahrungskette wieder zuzuführen und nicht wegzuerwerfen oder zu verheizen. Ich für mich selbst habe entschlossen, den unnötigen Lebensmittelverbrauch dadurch einzuschränken, dass ich jetzt schlecht sitzende Sakkos habe. Nachdem ich heute belehrt wurde, dass es im Landtag nicht nur Reden- sondern auch Formbewertungen gibt, bitte ich, mich dahingehend zu entschuldigen, aber immerhin wirft man mir nicht vor, dass ich politische Ambitionen in höhere Formen habe mit meinem Anzug. Im Herbst wird sich das bessern, dann hoffe ich, dass ich einmal ein Maß erreicht habe, wo ich sagen kann: Na gut, da zahlt sich ein neuer Anzug aus. Ich werde jetzt zum wohlverdienten späten Mittagessen gehen, um nicht noch mehr Lebensmittel zu verschwenden und ich sage herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 14.35 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Krautwaschl.

LTAbg. Krautwaschl - Grüne (14.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Lieber Abgeordneter, Christian Cramer, wie soll man das jetzt dopen? Ich habe ja einiges vorbereitet zu diesem Thema, das mir sehr am Herzen liegt, aber ich bin auch froh, dass der Herr Abgeordnete Cramer mir schon einiges vorweggenommen hat, dadurch spare ich ein

bisschen Redezeit. Es war wirklich sehr erheitend gebracht, dennoch ist es natürlich auch ein ernstes Thema. Ich will es aber nicht kleinreden, dass man mit etwas Humor vielleicht da mehr erreicht, als mit zu viel Ernst. Ich persönlich komme auch aus einer Generation – obwohl ich ein bisschen jünger bin wahrscheinlich noch -, wo das Wegwerfen von Lebensmitteln einfach ganz etwas Übles war, wo man als Kind einfach gelernt hat: Essen wirft man nicht weg! Das hat vielleicht viele Gründe gehabt. Mir haben Oma und Opa noch von Hungerszeiten erzählt, vielen von euch und Ihnen wahrscheinlich auch. Ich habe mich als Kind schon immer gefragt: Wie kann das sein, dass wir da im Überfluss leben, teilweise Dinge wegschmeißen und anderswo Kinder verhungern? Das hat mich als Kind schon sehr beschäftigt, das war in den 70er, 80er-Jahren. Viel später dann habe ich in einer Phase, wo mir das einfach wieder ein extrem wichtiges Thema war, eine Erfahrung gemacht, die ich nicht vorenthalten will in der heutigen Debatte: Die Erfahrung des sogenannten „Dumbsterns“, Lebensmittel retten, die in großem Stil in Supermärkten weggeworfen wurden. Was ich da teilweise gesehen habe, ja, das ist so erschütternd, ich kann es nur so beschreiben, dass ich in Märkten war, wo ganze Räume voll Lebensmittel waren, die zum allergrößten Teil noch genießbar waren und die am selben Tag allerdings entsorgt wurden. Das ist etwas, was eh schon angesprochen wurde, das hat System. Das ist nicht zufällig, da sind auch nicht nur die Einzelnen verantwortlich, sondern das System wird dadurch getriggert, dass es immer noch den Supermarktketten größere Gewinne bringt, so zu agieren, Regale bis zum Schluss voll zu füllen – Brot wurde schon genannt -, bis am Schluss volles Sortiment, damit man dann im großen Stil wieder wegwerfen muss. Die Dimensionen dieses Themas sind sehr vielfältig. Es geht hier um ethische und moralische Dinge, es geht aber auch um ganz wichtige Dinge in Bezug auf ein Thema, das heute noch kommen wird in der Dringlichen Anfrage, z. B. Klimaschutz, da werde ich heute kurz noch ein paar Zahlen dazu nennen. Pestizideinsatz, Wasserverbrauch, Bodenverbrauch, all diese Dinge spielen eine riesengroße Rolle, wenn wir von Lebensmittelverschwendung reden. Und wenn man sich eine Zahl nur aus unserem Antrag wirklich einmal bewusst macht, dass nämlich ein Drittel der Lebensmittel - ein Drittel der gesamten Produktion vom Feld bis halt in unsere Supermärkte oder Einkaufsmöglichkeiten – weggeworfen wird und es entspricht 28 % der gesamten Anbaufläche auf diesem Planeten, das wiederum ist die Fläche von zweimal Australien. Das ist, glaube ich, sehr einprägsam, dieses Beispiel: Also zweimal Australien wird angebaut, um es wieder wegzuwerfen. Diesen Wahnsinn können wir uns in jeder Hinsicht einfach nicht mehr leisten, da muss dringend auf allen Ebenen entgegengewirkt werden. Ich glaube, wenn

man sich das einmal vorstellt, dann sieht man auch, dass die Dimension nicht nur eine Dimension jedes Einzelnen ist, sondern dass es dringendst politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen braucht, die hier etwas entgegensetzen. Es wird ja gerade in der Debatte immer über die Verantwortung gesprochen. Das kenne ich sehr gut aus vielen Diskussionen in meinen Vorträgen auch zum Thema Müllreduktion dieses beliebte Hin- und Herschieben der Verantwortung von Politik zur Wirtschaft und den KonsumentInnen, und irgendwie wissen wir eh alle: Es spielt halt alles zusammen, es müssen alle mitspielen, dass es so funktioniert. Aber ich möchte Ihnen ein paar Dinge jedenfalls aufzählen, die beim Nachdenken über dieses Thema ganz klargeworden sind, wo der Einzelne sich das nicht ausgesucht hat und nicht die Konsumentinnen und Konsumenten in dem Sinn Schuld sind. Und ich glaube z. B., genau dieser Preisdruck und Wettbewerb, der schon erwähnt wurde vom Kollegen Cramer, den haben sich die Konsumentinnen und Konsumenten nicht ausgesucht. Dass es dann – ich sage es jetzt einmal so scharf – idiotische Hygienebestimmungen teilweise gibt, die für ganz Große gemacht worden sind und die den kleinen und mittleren Betrieben das Leben extrem erschweren und ein wirklich sinnvolles Agieren mit Lebensmitteln und mit Verpackung extrem erschweren, das sind auch Dinge, die man sich politisch anschauen muss: Welche Vorschriften haben wir für welche Betriebsgrößen? Und wo macht was Sinn? Das sind aber alles Dinge, die da reinspielen, in diesen Verschwendungskreislauf. Riesige Verpackungsgrößen wurden schon genannt, auch das ist ein Mittel, um mehr Geld zu verdienen, und nicht etwas, was sich die Konsumentinnen zuerst ausgesucht oder gefordert haben. Ja, dass sie es dann kaufen – stimmt, aber die Idee und diese Logik des Verkaufs und diese Logik, die dann diese riesigen Lebensmittelmüllmengen erzeugt, die kommt nicht von den KonsumentInnen. Die kommt tatsächlich aus der Strategie und aus dem bewussten Immer-mehr-Gewinn-generieren-Wollen und aus einem Wettbewerb, der eigentlich für alles, was wir heute auch schon in Bezug auf Naturschutz gesprochen haben, extrem schädlich ist. Ja, was ist zu tun? Grundsätzlich ist an vielen verschiedenen Hebeln anzusetzen. Diese Misswirtschaft – ich nenne das ganz bewusst so -, diese Misswirtschaft mit Lebensmitteln muss von allen möglichen Hebeln aus beendet werden. Wir haben ja heute dann noch das Thema „Steiermark als Vorreiter der Klimapolitik“ in der Klimapolitik und dazu möchte ich Ihnen noch eine Zahl zumuten: Nämlich die, dass Lebensmittelverschwendung insgesamt für 3,3 Gigatonnen CO²-Ausstoß verantwortlich ist. Das heißt nur das, was wir verschwenden, nicht das, was wir essen erzeugt 3,3 Gigatonnen CO² weltweit und daran sieht man, was dieses Thema auch für eine Dimension hat. Wir wissen auch, dass z. B. Fleisch insgesamt im

Gesamtverbrauch für ein Viertel der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Wenn wir große Teile von diesem Fleisch dann auch noch wegschmeißen, erzeugen wir anderswo nicht nur alle Probleme die es mit Futtermittelanbau usw. gibt, sondern wir erzeugen insgesamt noch ein riesiges Problem auch in Bezug auf die Klimakrise. Ich glaube – und das lebe ich auch selber schon seit langem so, bevor ich in die Politik gegangen bin –, dass man nicht Wasser predigen und Wein trinken soll, sprich, dass man in der Politik eine besondere Verantwortung hat, wenn man etwas einfordert. Und ich glaube - und in diesem Sinn haben wir auch unseren Entschließungsantrag formuliert -, dass gerade auch der Steirische Landtag, gerade wenn wir Vorreiter im Klimaschutz auch sein wollen, eine große Verantwortung hat. Was tun wir selber bei unseren eigenen Veranstaltungen, bei unseren eigenen Buffets? Wie können wir auch Bewusstsein bilden und Vorbilder sein, in dem, wie wir hier agieren? Ich hoffe und gehe davon aus, dass unser Entschließungsantrag bei Ihnen Zustimmung findet, weil er wirklich so formuliert ist, dass es einmal ganz niederschwellig uns möglich sein könnte, hier Vorbildfunktion zu entwickeln und auch vielleicht dann stolz darauf hinzuweisen, bei verschiedenen Veranstaltungen, wo wir alle auch hier gerne Buffets genießen, dass wir ganz bewusst auf mehr Qualität setzen und aber auch auf Mengen, die wirklich dann aufgegessen werden, auf die große, aber doch nicht so große Gefahr hin, dass vielleicht irgendwann einmal irgendetwas vorzeitig ausgeht, aber ich gehe davon aus, dass wir alle trotzdem satt nach Hause gehen können. Deswegen möchte ich Ihnen jetzt einmal unseren Entschließer vorlesen und dann zum Schluss noch abschließend etwas sagen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 16. Mai 2017 zur Ressourceneffizienz konkrete Umsetzungsmaßnahmen zu erarbeiten, um die Lebensmittelverschwendung im eigenen Wirkungsbereich (Empfänge, Veranstaltungen, Kantinen etc.) und in Einrichtungen, die im Einflussbereich des Landes (KAGes, Pflughome, Berufsschulen, Internate etc.) stehen, zu verringern, und dem Landtag über die Umsetzung regelmäßig Bericht zu erstatten.

Ich möchte noch persönlich zum Abschluss sagen, dass ich unter anderem deswegen in die Politik gegangen bin, weil ich eben glaube, dass es bei vielen Themen notwendig ist, über das, was die Einzelnen tun können – in dem Fall die Konsumentinnen und Konsumenten – auch die Rahmenbedingungen zu verändern, und ich glaube, dass diese Vorbildfunktion, die wir heute hier beschließen könnten, ein ganz wichtiges Signal sein könnte auch für das, was weiterhin in der Entwicklung der politischen Debatte und Entscheidungen zu diesem Thema

passiert. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.
(Beifall bei den Grünen – 14.45 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Murgg.

LTabg. Dr. Murgg - KPÖ (14.45 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Hofrat Kindermann sehe ich, noch zwei vereinzelt andere Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich muss Ihre Hoffnung enttäuschen, Frau Kollegin Krautwaschl, und es ist eigentlich traurig, nämlich nicht, dass ich Sie jetzt enttäuschen muss, sondern für uns ist es traurig, dass Sie Ihren ursprünglichen Antrag, der sehr konkret war, leider so abgeschwächt haben, sage ich einmal, und das „Steckerl so tief gehalten“ haben, dass offenbar die SPÖ und die ÖVP - wahrscheinlich haben sie da Vorgespräche geführt – da mitkönnen. Ich sage Ihnen: Mir wäre lieber gewesen, wir machen das zu zweit, wahrscheinlich hätte der Antrag nur die Stimmen der KPÖ und der Grünen bekommen, wenigstens einmal ein Signal, als wir beschließen jetzt mit großer Mehrheit etwas, was aber wieder so unkonkret ist, dass wir es uns in Wirklichkeit sparen hätten können. Worum geht es? Erstens einmal weiß ich nicht, warum man jetzt wieder das Europäische Parlament und irgendeine Richtlinie bemühen muss, das liegt offenbar der ÖVP sehr am Herzen und vielleicht auch der Sozialdemokratie, sei es drum. Aber worum geht es uns eigentlich? Vorher ist konkret drinnen gestanden: „Bis 2025 um 30 % reduzieren“, also das, was jetzt in den landesnahen Betrieben ... „und bis 2030 um 50 %“, und das wäre einmal ein klarer Auftrag gewesen, den der Landtag – wir haben schon viel beschlossen, wäre wahrscheinlich auch nur abgespeckt gekommen, aber immerhin: Es wäre eine klare Entscheidung gewesen, wo wir uns selber ein Ziel setzen. Jetzt steht eben nur mehr drinnen: „... allgemein zu reduzieren“. Also wir werden dieser abgeschwächten Variante nicht zustimmen, nicht weil wir die Grünen jetzt irgendwie sekkieren wollen, sondern weil ich glaube, es hätte dem Landtag gut getan, eine ganz konkrete Zahl, oder sich zu einer ganz konkreten Zahl zu bekennen, und dafür vielleicht auch in den nächsten Jahrzehnten – ja muss man fast sagen, es geht eh um das nächste Jahrzehnt, bis zum Jahr 2030, da werde ich schon lange nicht mehr in diesem Landtag sein, aber sozusagen hier in diesem Sinne zu arbeiten. Also trotzdem: Im Prinzip sind wir natürlich dafür, aber wir hätten

uns gefreut, wenn der Antrag so geblieben wäre, wie Sie ihn zuerst gehabt hätten. Danke.
(Beifall bei der KPÖ – 14.48 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste sich zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Dr. Holasek. Bitte schön.

LTabg. Mag. Dr. Holasek - ÖVP (14.48 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf den Abgeordnetenbänken, geschätztes Forum dieses Hohen Landtages!

Ernährung geht uns alle an, spätestens alle drei Stunden verspüren wir Hunger. Die Vereinten Nationen berichten uns drastische Zahlen: 925 Millionen hungern weltweit, und in den Entwicklungsländern stirbt alle sechs Sekunden ein Kind unter fünf Jahren an Unterernährung - ein starkes Thema. Die Weltbevölkerung umfasst sieben Milliarden und würde man da hier jetzt eine Rechnung anstellen, inwieweit die Weltwirtschaft mit ihrer derzeitigen Produktionstechnologie und Kapazität die Versorgung gewährleisten könnte, dann würden wir zwölf Milliarden versorgen können. Im Gegenzug dazu die schrecklichen Zahlen, die wir hier aus unserem eigenen Land kennen, nämlich, dass wir 83.000 bis 166.000 Tonnen Lebensmitteln in den Abfall verschwinden lassen. Wegwerfen heißt entwerten und das gilt ganz stark im Bereich von Lebensmitteln. Wegwerfen ist eine Aktion, die einfach Güter in ihrem Wert abschwächt. Die Frage: „Was können wir tun?“, greift gerade unser Land vorbildlich in den letzten Jahren Gott sei Dank auf. Bewusstseinsbildung ist stark im Zentrum. Seit 2013 hat die Bundesregierung mit der Strategie „Lebensmittel sind kostbar“ in einer engeren Kooperation – und das ist, glaube ich, das ganz Entscheidende, dass man verschiedene Ebenen zusammenbringt, nämlich die Wirtschaft, Konsumenten, Gemeinden und soziale Einrichtungen – entlang der gesamten Wertschätzungskette von Lebensmitteln entgegensteuert. Wichtig ist, dass gerade die Steiermark ja als erstes Bundesland dieser Aktion, dieser Initiative beigetreten ist. Also, wir waren wieder einmal ganz vorne dabei. Damit haben wir aber auch eine Verantwortung übernommen, dieses Vorbild weiterhin zu leben. Was passiert? Bewusstseinsbildung, Sensibilisierung in vielen verantwortungsvollen Bereichen, sei es der Bildung oder eben auch der Versorgung mit Lebensmitteln in öffentlichen Betrieben, die Unterstützung von Projekten, die jetzt Prozesse in der Wirtschaft Richtung nachhaltige Reduktion von Abfällen unterstützt, die Unterstützung der Weitergabe von Lebensmitteln an Bedürftige und vor allem natürlich auch die Würdigung von

Produzenten und auch Unternehmen, die dieses Thema aufgreifen in Form von Auszeichnungen und Preisen. Der Bericht über die Reduktion von Abfällen läuft seit vielen Jahren in der Steiermark auf Basis von Restmüllanalysen und diese Restmüllanalysen, die sind dann auch gut einsehbar, einerseits in verschiedenen spezifischen Websites, andererseits gibt es vielzählige Vernetzungstreffen, beispielsweise der Aktionsplattform „Lebensmittel im Abfall“. Wir alle haben sicher auch vom „Restfestl, Graz isst auf“ gehört, auch dazu gibt es eine sehr imposante Homepage, wo man sich auch spezielle Rezepte hier als Anregung holen kann, wo sich auch ganz nachhaltig Personen vernetzen, die dieses Anliegen gemeinsam tragen. Sehr wichtig finde ich auch, dass wir in der Erwachsenenbildung ganz konkret das Thema aufgreifen, ein schönes Beispiel: FH Joanneum mit dem Studienlehrgang „Nachhaltiges Lebensmittelmanagement“, wo jetzt gerade auch der Master entwickelt wird, auch ein Projekt, wo alle Hochschulen zusammenhelfen und hier auch in der Ausbildung und der Formung neuer Berufe mit diesem Thema mitzusammenarbeiten. In der Erwachsenenbildung finden wir auch immer häufiger das Thema jetzt auch in speziellen Angeboten Richtung Resteverwertung von Lebensmitteln, Richtung Werte/Bildung, Richtung Lebensmittel. Ich möchte einen Aspekt hier noch einbringen, der gesundheitspolitisch ist: Wir alle wissen, dass wir uns nicht wirklich ausgewogen im Durchschnitt ernähren. Wir wissen, dass nur ein Viertel von uns die Empfehlung erreicht, nämlich fünfmal am Tag Obst und Gemüse zu verzehren. Wir wissen, dass die Österreicher viel zu wenig Getreide verzehren. Und genau das sind die Lebensmittelgruppen, nämlich Gemüse und Getreide, Brot, das vornehmlich im Abfall landet. Also da einmal nachdenken, wirklich ganz persönlich nachdenken: Könnte ich nicht auch für meine Gesundheit mehr tun und meine Einstellung Richtung Lebensmittelgruppen verändern? Daten zeigen uns nämlich, dass gerade in Österreich die Haushalte ja 44 % der Gesamtlebensmittelabfälle verursachen, d.h. es ist tatsächlich so, dass unser Ernährungsverhalten eine Änderung herbeiführen würde, die nicht nur jeden Einzelnen von uns gesundheitlich guttun würde, sondern hier eben auch diese Bilanz der Abfälle gerade im Bereich Gemüse und Brot in diesem Fall verbessern könnte. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.54 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Nächste Wortmeldung: Frau Landtagspräsidentin Manuela Khom.

Präsidentin LTAbg. Khom - ÖVP (14.55 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Die Frage ist: Wie geht es uns denn so? Angenommen, Sie sind jetzt ein bisschen hungrig und Sie gehen da in das nächste Geschäft ums Eck und da steht so ein Schüsserl mit wunderbarem Wurstsalat und dann entscheiden Sie sich: Den nehme ich jetzt. Und da sind zwei Schüsserl, auf dem einem steht das heutige Datum als Mindestablaufdatum und am zweiten Schüsserl das von übermorgen – welches nehmen Sie denn? Hm, komisch, dass immer die überbleiben, die heute ablaufen und nicht die, die übermorgen ablaufen. Wie ist es denn, wenn da steht: „Nimm drei, zahl zwei“? Verlockend – „Geiz ist geil“, eineinhalb schmeißen wir halt dann weg, weil eigentlich hätten wir es nicht gebraucht, aber weil es halt so billig war, haben wir es halt mitgenommen. Denken Sie darüber nach, wenn Sie Lebensmittel wegschmeißen, dass irgendwo auf der Welt gerade jemand verhungert? Oder ist uns das alles gar nicht bewusst? Mindestablaufdatum – nur irgendwie interpretieren da alle: „Heute läuft es ab, heute ist es verdorben, können wir nicht mehr kaufen!“ Wir haben ein Wahrnehmungsproblem, denke ich mir oft, aber vielleicht ist es auch deshalb, weil es ein viel zu viel an Angebot gibt und wir darum gar nicht mehr genau wissen, was wir eigentlich nehmen sollen, also fangen wir halt an, uns damit zu beschäftigen, welches Datum oben steht. Wir sind gefordert und alle meine Vorredner haben das gesagt, dem kann man allem nur zustimmen. Ich war nur vorher ein bisschen verwundert: Ich habe zugehört, wie der Kollege Cramer - der jetzt leider nicht da ist – gesprochen hat, und ich habe ihm ja weitgehend bei allem, was er gesagt hat, Recht gegeben. Ich war nur dann etwas erstaunt, dass der Herr Kollege Cramer aufgrund dessen, dass er diese schmalen, gerade gewachsenen Gurken nicht so gern hat, plötzlich jemand ist, der eigentlich eine Empfehlung abgegeben hat: Es müsste mehr Hausmänner geben. Hat er gemacht – nicht aufgefallen? Hausfrauen wünschen sich gerade Gurken, weil die sind leichter zum Schneiden, weil sonst müssten sie sich mathematisch damit auseinandersetzen. Das schaffen wir, glaubt mir das! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.57 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ederer.

LTAbg. Ederer - ÖVP (14.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Landesrat Hans Seitinger, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Beim Tagesordnungspunkt 7, Reduktion von Lebensmittelabfällen, sind wir uns natürlich einig, dass wir was dagegen tun müssen. Darum finde ich es auch notwendig, dass wir hier über dieses Thema z. B. auch ausführlich sprechen und diskutieren. Ja, es ist verwerflich, wie sorglos manche Menschen umgehen mit den Nahrungsmitteln. Der Kollege Cramer hat

gesagt, er ist aufgewachsen in einer Zeit, wo es noch Sünde war, Brot wegzuworfen. Ich möchte sagen: Es sollte wieder Sünde werden, wenn man solche wertvollen Lebensmittel wegschmeißt, denn es wird so viel gejammert und kritisiert, was alles schlecht ist in unserem Land, in unserer Welt und vieles wird der Politik zugeschrieben. Deshalb wäre es auch einmal erwähnenswert, in welchem Wohlstand wir leben und dass wir dankbar sein können und sollten, dass wir in so einem Überfluss leben dürfen. Ich und wir von der Volkspartei sehen es wirklich als moralisches Problem vieler, denn Schlagzeilen wie „Eine Million Tonnen Lebensmittel werden in Österreich jedes Jahr weggeworfen“, oder „30 % der weltweiten Nahrungsmittelproduktion werden nicht gegessen“, sind einfach schrecklich. Es gilt hier, ein Zeichen zu setzen und ganz massiv aufzutreten, dass sich hier etwas ändert, mit Worten, mit Hinweisen, oder ganz konkret z. B. schon mit diesem angesprochenen Projekt des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, die Initiative „Lebensmittel sind kostbar“, wo die Steiermark – die Frau Kollegin Holasek hat es gesagt – als erstes Bundesland beigetreten ist. Es geht hier um sehr viel Sensibilisierung, es geht um sehr viel Bewusstseinsbildung, um Unterstützung von Projekten und manche sagen natürlich: „Ja, das ist vielleicht zu wenig, die Bewusstseinsbildung“, aber ich möchte das ganz konkret herausstreichen: Ja, wir müssen hier ansetzen. Denn gewisse Dinge kann man auch mit einem Gesetz einfach nicht umsetzen. Hier müssen sich die Menschen an der Nase nehmen, hier müssen sich die Menschen ändern. 42 % aller weggeworfenen Lebensmittel gehen auf das Konto der privaten Haushalte, 39 % landen bei den Herstellern im Müll, 14 % in der Gastronomie und 5 % bei den Einzelhändlern. Darum denke ich, muss man hier auf die Bewusstseinsbildung ansetzen, um – so denke ich auch – Gerechtigkeit zu schaffen, nämlich für jene die hungern, aber auch für die Produzenten. Weil ich erinnere an unsere Milchbauern, die so wenig Geld bekommen, oder aus meiner Region die Ausfälle beim Obst, bei den Äpfeln, zweimal hintereinander durch den Frost. Ja, wie wird sich denn dieser Klimawandel in den nächsten Jahren auf die Lebensmittelproduktion auswirken? Wie viel wird hier weniger sein? Wie wachsen unsere Kinder auf? Und ich erinnere auch, dass bei der Ausbildung für KinderbetreuerInnen, Tagesmütter, Tagesväter, die Stunden für die Ernährungsbildung in den letzten Jahren erweitert wurden, weil es einfach notwendig ist, dass unsere Kinder, die immer länger auch in Ganztagesbetreuungseinrichtungen sind, beginnend mit Kindergarten, und auch in der Schule, diese Tischkultur, diese Esskultur kennenlernen oder nicht verlernen, dass das gelebt wird. In meiner Gemeinde habe ich auch eine Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft, Naas-St. Martin, die als Lebens- und Praxisschule geführt wird und das

ist einfach neu leben mit Kompetenz, Zuverlässigkeit, naturnah, ein Ausbildungsmodell für die Zukunft, was unbedingt ausgebaut gehört, nämlich Wert legen auf ökologisches Bewusstsein, auf regional, auf saisonal, und dieser Umgang und die Wertschätzung mit Lebensmitteln, Rezepte der Saison entwickeln. Es gibt in der Steiermark auch die Auszeichnung „Grüne Küche“ für Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe, die wird verliehen von Styria Vitalis, Naturküche, Gerichte mit Pfiff. Da hat das Land Steiermark auch im Netz, im Internet, dass ja heute das Kommunikationsmittel Nummer eins ist, eine Website, wo man über die Vermeidung von Lebensmittelabfällen auch informiert wird bzw. was man tun kann und hier tun wir was. Es kann nie genug sein. Natürlich ist es wichtig, dass in den eigenen Einrichtungen, so wie sich auch in den Anträgen angeführt wurden - Berufsschulen, Pflegeheime, Kinderbetreuungseinrichtungen möchte ich noch ergänzen -, darauf geachtet wird. Es gibt grundsätzlich überall einen Manager, der darauf schaut, weil es natürlich auch eine Kostenfrage ist. Und da sind wir wieder bei dem: Wenn es was kostet, dann wird vielleicht auch mehr darauf geachtet. Was natürlich bleibt, ist die Verteilung der Überproduktion teilweise, sie wird in die Sozialmärkte vor Ort abgegeben. Aber wie wird das über die Grenzen verteilt? Oder wie könnte das verteilt werden? Hier ist natürlich die Europäische Union gefragt und das ist, glaube ich, auch von unserer Fraktion gemeint, dass wir hier dementsprechend nur in der Europäischen Union auch lösen können, wenn wir Lebensmittel dann vielleicht auch woanders hin transportieren können. Vor Ort bei jeder Gelegenheit: Es nützt Bewusstsein zu schaffen, das selber vorzuleben, das ist einmal generell notwendig, aber dass wir uns auch aussprechen - Minister Rupprechter tut es ja auch -, dass es teilweise unnötige Auswüchse gibt, wie die Allergenverordnung für die Gastronomie, bzw. auch für Schulen und Kindergärten. Wenn man dann selbst etwas bäckt und die Bürokratie einem daran hindert, weil man dann alles Mögliche mitliefern muss, dass man hier Freude und Kreativität einschränkt, das ist sicher nicht förderlich. Weil was passiert denn dann? Die Eltern bringen das Verpackte vom Supermarkt wieder mit und das wollen wir ja nicht. Da müssen wir sicher auch gewisse Nachjustierungen schaffen, dass wir das wegbringen. Wir haben letzte Woche in der schönen Oststeiermark den Kneippkongress gehabt und Sebastian Kneipp ist zwar schon seit 120 Jahren tot, aber sein ganzheitliches Gesundheitsbewusstsein ist nach wie vor faszinierend. Er sagte natürlich damals schon: „Es kommt immer auf das richtige Maß an.“ Das ist es letztendlich: Das richtige Maß. Und wenn wir heute schon auch in unseren Klubs diskutiert haben über den Gesundheitsplan 2035: Wie können wir das überhaupt finanzieren? Welche Versorgungszentren, Gesundheitszentren sind notwendig?

Dann müssen wir auch hier ansetzen: Bewusst und gesund leben und das fängt bei der Nahrung an. Da denke ich wieder an saisonal und regional zurück. Und wenn ich gestern in ein gutes Lokal in Graz-St. Peter gegangen bin und als Naaser Bürgermeister die Speisekarte aufschlage und auf Seite eins steht: „Naaser Schafskäse“, da kommt Freude auf, da ist man stolz auf die einheimischen Bauern, die das produzieren, das soll was wert sein. Und die eingeleiteten Maßnahmen müssen greifen, da müssen wir uns dahinterklemmen, weil Wünsche gilt es hier nicht zu setzen, sondern die Maßnahmen müssen greifen, weil diese Vermeidung von Wegwerfen von Lebensmittel muss unterbunden werden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.07 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Krautwaschl. Bitte schön.

LTAbg. Krautwaschl - Grüne (15.07 Uhr): Danke Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich möchte noch ganz kurz auf die Wortmeldung vom Herrn Abgeordneten Murgg replizieren und vielleicht ein bisschen zur Aufklärung auch beitragen, was die EU in unserem Antrag soll. Wenn Sie nämlich oben den Begründungstext gelesen haben, hat die EU, also das EU-Parlament, eine Entschließung eingebracht im März, wo genau diese Zahlen, die wir – wie Sie richtig festgestellt haben – ursprünglich in unserem Antrag hatten, nämlich 30 % Reduzierung der Abfälle bis 2025 und 50 % bis 2030, steht drinnen, daher habe ich die Zahlen. Deswegen haben wir das EU-Parlament auch erwähnt und das zeigt auch wieder einmal, warum es aus unserer Sicht auch so wichtig ist, dass wir die EU als eine Leitlinie in vielen Angelegenheiten haben, Naturschutz ist ja auch so ein Thema. Hier geht es jetzt darum: Es ist nicht rechtlich verbindlich, was das EU-Parlament hier vorschlägt, aber es ist eine Leitlinie. Und jetzt zu dem Vorwurf, den Sie uns gemacht haben und der mich natürlich ein bisschen trifft, weil wir haben heute – gebe ich auch zu – schon heftig diskutiert: Wie gehen wir damit um, dass diese konkreten Zahlen so nicht drinnen stehen sollen? Was ist eine Leitlinie? Wo wollen wir hin? Und dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Ich bin jemand, auch wenn ich vielleicht hier noch nicht so bekannt dafür bin, dass ich in meinen Gedanken und Vorstellungen, wie sich die Welt verändern soll, damit es für alle gut wird, für möglichst viele gut wird, oft sehr radikal bin. Also in den Gedanken bin ich oft sehr radikal. Meine Lebenserfahrung und viele Erfahrungen, die ich auch hier schon machen durfte, führen mich aber auch immer wieder

dazu, dass ich dann oft denke: Für die Umsetzung, dass es in die richtige Richtung geht, ist es oft sinnvoller, Kompromisse einzugehen und zumindest kleine Schritte, oder Schritte, die mir richtig erscheinen, anzunehmen und zu sagen: „OK, wir machen zumindest diese kleineren Schritte“. Es stimmt, es ist dann nicht so eine konkrete Zahl drinnen, es steht nur: „... unter Berücksichtigung der Entschließung des Europäischen Parlaments“, also die Leitlinie ist gegeben, aber die konkreten Zahlen sind auch dort nicht bindend. Das heißt, mir war es in dem Fall einfach wichtiger, dass wir einmal anfangen, dass wir etwas tun, und dass wir letztlich dann – und das ist ja mit dem Punkt zwei unseres Antrages gewährleistet zumindest – regelmäßig Berichterstattung bekommen, wie weit wir in diesen Bemühungen sind. Da ist mir einfach – auch eine Erfahrung, die ich aus meinem Beruf habe, nämlich aus der Arbeit mit Menschen mit Behinderung – extrem wichtig gewesen, ein Grundsatz: Menschen immer dort abzuholen, wo sie sind. Uns selbst als Landtag, die Gesellschaft, was auch immer, werde ich nicht verändern können mit allen meinen radikalen Ideen, wenn ich sie nur so reinwerfe, wie ich sie mir immer denke, sondern wenn ich versuche dort einzuhaken, wo ein Kompromiss möglich ist. Deswegen bin ich auf diesen Kompromiss eingegangen. Ich finde ihn trotzdem gut. Vielleicht könnt ihr noch einmal überleben, ob ihr nicht dennoch zustimmen wollt, weil wie gesagt, am Schluss steht jedenfalls für mich: Es gibt eine regelmäßige Berichterstattung, und wir werden ganz bestimmt – und darauf können Sie sich bei mir ganz sicher verlassen – hier auch nachhaken, nachfragen und nach einer gewissen Zeit auch einmal die Zahlen einfordern, wie sie aktuell sind. Dann werde ich auch wieder sicher Vorschläge machen, um hier noch einmal nachzubessern und noch konkreter zu werden. Aber deswegen vielleicht noch einmal meine Bitte an Sie: Vielleicht mögen Sie doch zustimmen angesichts dieser Erklärung, die ich Ihnen dazu gegeben habe. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 15.11 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Die nächste Wortmeldung ist von der Frau Abgeordneten Mag. Kerschler. Bitte schön.

LTabg. Mag. Kerschler - SPÖ (15.11 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte jetzt nicht allzu viel wiederholen, was schon gesagt worden ist, sondern mich auf das für mich Wesentliche fokussieren. Der Weg ist das Ziel, wie es schon gesagt wurde, Hauptsache wir beginnen einmal und schauen, dass wir gut starten können. Ganz viele Sachen sind gesagt worden, eines möchte ich einmal herausnehmen: Wegwerfen heißt, der Wert geht

verloren, d.h. das hat eine ganz wichtige, ökonomische Seite. Wenn wir Essen wegwerfen, geht der Wert der Ware Essen verloren. Lebensmittel, wer wirft Lebensmittel weg? Menschen werfen Lebensmittel weg, wenn sie nicht wertvoll sind für sie. Eine Alleinerzieherin, die jeden Euro und jeden Cent umdrehen muss, ich gehe davon aus, dass diese Person, dieser Mensch nicht unbedingt zu den größten Lebensmittelwegwerferinnen unserer Gesellschaft gehört, weil das Essen, die Lebensmittel für sie noch einen anderen Wert haben, als jemand, der vielleicht mehr Geld, mehr Budget zum Einkauf für Lebensmittel zur Verfügung hat. Das heißt, was ist passiert im Unterschied zu der Zeit, die heute schon öfter genannt worden ist, wo viele von uns Kinder waren, oder wo unsere Eltern, Großeltern noch jünger waren? Der Wert ist ein anderer geworden, der Geldwert der Lebensmittel ist ein anderer geworden. Das heißt, Lebensmittel müssen in einem anderen Sinn für uns wieder eine andere Wertigkeit bekommen und ich glaube, das ist für viele Gesellschaftsteile schon passiert. Ich bin mir auch sicher, weil die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen hier angesprochen worden sind, dass hier schon ein ganz wesentlicher Schritt getan wurde. Ich weiß es von meinen eigenen Kindern, die schon sehr lange in ganztägige Formen gehen bzw. gegangen sind, dass hier sehr, sehr gute Arbeit geleistet wird. Hier lernen die Kinder von Anfang an, dass die Lebensmittel einen sehr hohen Wert haben. Wann geht das verloren, frage ich mich jetzt? Weil diese Kinder sind dann ja nicht nur Konsumentinnen und Konsumenten, sie sind ja in späterer Folge auch Mitglieder, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vielleicht in Lebensmittelmärkten arbeiten, oder Unternehmerinnen und Unternehmer, alle Punkte, die heute hier angesprochen worden – wann und wodurch geht das verloren? Das müssen wir uns überlegen. Geht es durch die Werbung verloren? Sie können ja auch Politikerinnen und Politiker werden, diese Kinder. Das heißt, wenn sie von klein auf schon ein gutes Verständnis haben, wovon ich jetzt ausgehe und was meine persönliche Erfahrung ist, irgendwann geht das dann verloren. Und wir müssen uns überlegen, wann und wodurch das verloren geht. Wir haben jetzt in den vielen Reden lauter Aspekte gehört, warum es wichtig ist, Lebensmittel als gutes und wichtiges Gut zu schätzen, ökonomische, ökologische, gesundheitspolitische, ganz viele Aspekte mehr, also den Wert der Lebensmittel wieder zu erkennen und unsere Aufgabe ist es zu erkennen, wann der Wert verloren geht. Hier ist noch ganz viel zu tun, aber wie gesagt: Der Weg ist das Ziel und es werden sich uns neue Herausforderungen in den Weg stellen und wir müssen sie erkennen und daran arbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.15 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Schweiner.

LTAbg. Schweiner - SPÖ (15.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ich versuche, diese Thematik noch einmal von einer anderen Seite zu beleuchten. Ich war vor Jahren – da war ich so 22 – auf Entwicklungshilfe und bin in den Müllbergen Nairobis gestanden. Diese Müllberge bestanden damals schon mehr aus Lebensmittel als aus sonst irgendwas. Dieses Wahrnehmen dessen, dass das Problem der Verschwendung auf der einen Seite und der Armut auf der anderen Seite ganz nah beieinanderliegen, wird in Dritte-Welt-Ländern sichtbarer und spürbarer als sonst wo auf der Welt, wenn diese Verschwendung auf die pure Armut, auf das nackte Überleben von Menschen trifft und Menschen auf Müllbergen nach Lebensmittel nach dem Überleben suchen. Mit der Entwicklung dieser Staaten – und ich habe das ganz spezifisch in Peru und auf den Philippinen erlebt -, d.h. je industrialisierter, je globalisierter diese Welt geworden ist, umso näher sind diese Probleme auch, oder umso sichtbarer, aneinandergerückt. Auf der einen Seite Menschen, die viel zu viel haben, die in einem Überfluss leben, auf der anderen Seite diese drastischen Entwicklungen, dass immer mehr Menschen auf dieser Welt nach wie vor an Hunger, an Unterernährung, an zu wenig Lebensmittel sterben. Wie schon angesprochen dieser Umgang mit Konsum, aber ich mach dafür ganz klar die Globalisierung verantwortlich, nämlich: Wenn Lebensmittel, wenn die Ware im Mittelpunkt steht, wenn das Lebensmittel wertlos wird, weil es an Wert verliert, weil es eigentlich nur mehr um Gewinnmaximierung geht, wenn es darum geht, woher wir den billigsten Weizen auf dieser Welt bekommen, und wenn es nicht darum geht, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und dass die Ernährung der Menschen auf dieser Welt im Mittelpunkt steht. Diese Ungleichheit der Verteilung führt dazu, dass wir – und genauso, wie es die Frau Kollegin Khom angesprochen hat – mit all dem hier konfrontiert sind: Nehme ich drei, weil drei billiger sind als zwei, und, und, und, auf der anderen Seite verhungern Menschen. Es zeigt, welche Schere in der Gesellschaft weltweit aufgeht und aufgegangen ist durch die Gewinnmaximierung von Konzernen, durch die Überproduktion, die gezielt von der Börse gesteuert wird in den unterschiedlichsten Bereichen – bleiben wir beim Weizen - und es nicht darum geht, die Menschen von dem, was hier wächst und was hier auch einen Wert hat, zu ernähren. All das ist in den Hintergrund gerückt und so ist für mich diese Lebensmittelverschwendung eigentlich ein klares Zeichen und ein Ausfluss dessen, was wir an Globalisierung und an absolut Negativem in der neoliberalen Wirtschaft hier in der

Gesellschaft miterleben. Da kann ich von Werten und von dem, was uns immer geprägt hat, sprechen, da kann ich mich nicht mit meiner Großmutter vergleichen, weil wir in einer völlig anderen Zeit mit einer völlig anderen Umgebung und auch mit einer völlig anderen Wirtschaft heute konfrontiert sind. Und auf das Problem auf den Einzelnen oder die Einzelne herunter zu verlegen ist meiner Ansicht nach zu billig. Es ist zu einfach, wenn Politik davon ausgeht, dass nur die Menschen, der Konsument, die Konsumentin sensibilisiert werden muss. Nein, auch, aber nicht nur, es ist ein Fehler im System. Nämlich wenn dieses System für eine Ernährung und Versorgung der Menschen auf der Welt hier wäre und wenn die Wirtschaft dazu da wäre, die Menschen mit ausreichend guten, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen, dann hätte ein Lebensmittel ganz einen anderen Wert. Wir versuchen in der Regionalentwicklung – und da stehe ich nicht hinten an, Josef Ober zu nennen – im steirischen Vulkanland viel für diese Inwertsetzung zu tun, dass Menschen das Gefühl haben: Ich muss nicht alles beim Diskonter kaufen, es gibt hier viele Dinge, die einen Wert haben, aber es liegt auch an der Politik, das vorzuleben, wie schon angesprochen, und den Dingen, den Produkten und den Menschen, die sie produzieren, ihren Wert zurückzugeben. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.20 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Seitinger. Bitte schön.

Landesrat Seitinger - ÖVP (15.20 Uhr): Danke geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich danke für diese Diskussion. „Zuerst das Fressen, dann die Moral“, stammt nicht von mir, sondern von Berchtold Brecht aus der Dreigroschenoper. Ein bisschen was ist da dran und wir haben alle dieses Thema, glaube ich, sehr, sehr gut aufgearbeitet. Und meine Damen und Herren, eine Dramatik gleich vorweg: Wir diskutieren jetzt gut eine Stunde über dieses wichtige, heiße Thema, und wenn man sich bewusst ist, dass innerhalb dieser Stunde auf dieser Welt 100.000 Menschen an Hunger gestorben sind – 100.000 Menschen -, dann sollten wir uns einmal bewusstmachen, was diese Diskussion heute auch hier heißt. Es sind nämlich ungefähr eine Milliarde Menschen - die UNO hat hier immer zwei Zahlen: 800 Millionen bis eine Milliarde -, die pro Jahr an Hunger leiden. Unvorstellbar! Es ist im übrigen fast die gleiche Zahl an Menschen, die an Übergewicht leiden, es ist eine interessante statistische Gegenüberstellung. Daher bin ich Ihnen sehr dankbar, dass wir dieses Thema heute ein

bisschen heftiger diskutiert haben, auch kontroversiell diskutiert haben. Allen Diskutanten, Abgeordneten Damen und Herren, herzlichen Dank auch dafür.

Vielleicht ein paar Dinge hintereinander. Man könnte hier fast als Überschrift zeichnen: „Wertschätzung trifft Wertschöpfung“ in der übelsten Ausformung und Bernhard Ederer hat das so treffend auch gesagt: „Das richtige Maß finden“. Und Herr Kollege Murgg, ob wir jetzt 30, 32, 34, 25, 27 % als Zielwert für ein bestimmtes Jahr hineinschreiben, ich glaube, das ist nicht der entscheidende Punkt, weil wir es ohnehin nicht im Detail messen können und so klar messen können und auch letztlich es sehr, sehr schwierig ist, die Persönlichkeiten, die mit dem Sektor befasst sind - vom Unternehmer der veredelt, bis hin zum Konsumenten der verbraucht – alles zu erfassen und jedem so quasi ins Gewissen zu reden: „Du verpack nicht so viel, damit nicht so viel gekauft werden kann“, und: „Du, schmeiß nicht so viel weg, oder kauf nicht so viel, wenn du es nicht verbrauchen kannst.“ Das ist immerhin ein gewisses Mittelmaß und es gehört hier – und das werden wir auch noch hören – ein gewisses Maß an Eigenverantwortung dazu, um diesen Weg in eine richtige Richtung zu bringen. Daher ist auch dieser Satz: „Der Weg ist das Ziel“, der ja sonst nicht wirklich viel aussagt - kommt aus einer französischen Autowerbung, ich glaube, Citroen hat das das erste Mal verwendet –, an sich der richtige Satz. Es ist der Weg das Ziel, nämlich die Sache hier entsprechend zum Positiven zu verändern. Wir leben in einem Land, das Gott sei Dank keinen – für viele Menschen gilt das, nicht für alle – keinen Hunger zu erleiden hat, dementsprechend verhalten wir uns natürlich auch. Und trotzdem - und als Abfallwirtschafts-Landesrat kenne ich die Zahlen sehr genau – ist es jedes Jahr für mich ein Schock, wenn ich erfahre - und es ändert sich kaum, ein bisschen verändert es sich schon, aber kaum -, dass 150 Millionen Euro an Lebensmittelwert im Müll landen. Im übrigen ist das mehr als das Zweifache meines Agrarbudgets, das ich für alle Bäuerinnen und Bauern im benachteiligten Gebiet hier zur Verfügung habe, um ihnen zu helfen, um in diesem Land gegen die globalisierte große Landwirtschaft im Wettbewerb bestehen zu können. Das muss man sich einmal vorstellen: Der Wert der Lebensmittel im Müll in der Steiermark ist doppelt so hoch, wie das, was wir an Unterstützung unseren Bäuerinnen und Bauern im Jahr geben – das zum Ersten.

Zum Zweiten: Es ist natürlich das Problem der Kennzeichnung, und das hat auch Manuela Khom sehr deutlich auch angesprochen, dass niemand so recht etwas anfangen kann mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum, mit irgendwelchem Ablaufdatum, mit den Kennzeichnungsdaten. Ich glaube, dass auch hier ein Weg notwendig ist, um einerseits mehr Bewusstseinsbildung hineinzutragen in diese verschiedenen Angaben und auf der anderen Seite auch die Angaben

einer bewussteren Befragung sozusagen auch irgendwann einmal zugeordnet werden müssen. Was heißt das, wenn ein Produkt heute abläuft? Ist es morgen giftig, oder ist es morgen durchaus bestmöglich genießbar? Das ist natürlich im Empfinden der Menschen genau das Erste leider. Er greift das sicherheitshalber nicht an, weil morgen verbraucht er es nicht und übermorgen ist es möglicherweise aus seinem Gedankengut her schon giftig. Daher glaube ich, braucht es hier unwahrscheinlich viel Aufklärung. Das geht nicht nur in die Pädagogik hinein, sondern auch in die Erwachsenenbildung, damit man weiß: Was heißt eine Angabe zu einem Lebensmittel letztlich für das Produkt selbst?

Das Dritte, was ich sagen möchte, und ich war jetzt gerade vor eineinhalb Wochen in Chicago und habe mir dort Supermärkte angeschaut – das ist immer mein erster Weg, wenn ich so in andere Länder komme – und die sind ja unverdächtig sozusagen, dieses Maß der Dinge jeden Tag zu überschreiten, und das ist genau der Weg, der in eine fürchterliche Richtung geht. Da gibt es zwei Arten von Supermärkten: Die Biosupermärkte, die eine sehr gezielte, qualitätsorientierte Formation haben und die sogenannten „Fressmärkte“, wo man die Chips, die Popcorns, die Cola-Flaschen nur in zweieinhalb Liter und in Zehn-Liter-Fassungen bekommt, und dementsprechend schauen halt dann letztlich auch die einen oder anderen Persönlichkeiten aus und leiden aus diesen Stoffwechselerkrankungen dann fürchterlich ihre gesundheitlichen Schäden ab. Da haben wir eh Gott sei Dank noch einen Weg innerhalb unserer Märkte, der den Vernunftweg aufzeigt, kleinere Portionen anzubieten, ein bisschen einzugehen auf die gesellschaftlichen Entwicklungen, mehr Single-Haushalte usw., usf. Aber dennoch – und das ist heute schon richtig gesagt worden – müsste man noch mehr da hier mit dem Finger auf die Wunde drücken, dass hier auf die Bedürfnisfähigkeit sozusagen, auf die Bedürfnislandschaft noch mehr Augenmerk gelegt wird.

Ein Viertes, und das möchte ich auch sehr klar sagen, und ich würde mich ja freuen, meine Damen und Herren, wenn alle, die hier heute zu Wort gekommen sind, dann letztlich auch, wenn es um die Qualitätsorientierung, um die ehrlichen und aufrechten Preise für ein wertvolles Produkt, auch hier die Hand heben würden. Wir haben vor 40 Jahren etwa 35 % bis 40 % unserer Haushaltseinkommen für Lebensmittel ausgegeben, ob das jetzt zu viel oder zu wenig war, darüber lässt sich streiten, es war so. Heute geben wir knapp 10 % unseres Haushaltseinkommens für Lebensmittel aus und dementsprechend wertvoll ist dann letztlich auch das Lebensmittel. Es kostet leider nichts mehr zum Teil, und für viele ist es trotzdem unerschwinglich. Das ist schon auch da und dort so, ja. Aber es kostet unterm Strich, wenn man den Wert eines solchen Produktes hinterfragt, tatsächlich zu wenig. Wert und Preis und

Werthaltigkeit haben natürlich einen sehr, sehr engen Zusammenhang, daher müssten wir auch einmal über das diskutieren, ob das noch in einem vernünftigen Verhältnis ist, was hier an Lebensmittelwert und an Lebensmittelkosten hier so zutage gebracht wird. Man kann es sich natürlich schon selbst auch ein bisschen richten: Hungrig sollte man nicht einkaufen gehen, einen Zettel sollte man vielleicht beim Einkaufen mitnehmen. Es gibt schon ein paar so Tipps, die für jeden Konsumenten auch ganz zielführend sind, aber wir wissen natürlich alle: Die Supermärkte bauen ja auch ihre Regale so auf, dass die Verlockung natürlich sehr groß ist, wenn man da einkaufen geht, und wenn man mit einem Hunger einkaufen geht, ist das Wagerl halt einmal voll, ansonsten ist es vielleicht vernünftig voll. Aber das ist nun einmal so, das ist sehr, sehr schwer letztlich auch zu händeln.

Abschließend möchte ich vielleicht zwei Dinge noch sagen. Zum Ersten: Wir haben versucht, hier in unseren Kreisen der Steiermark allerhand Vernünftiges anzusteuern, z. B., dass wir die öffentlichen Einrichtungen - von Krankenhäusern, Pflegeheime, Kasernen und verschiedene Versorgungseinrichtungen bis hin natürlich auch zu Schulen, Kindergärten usw. - aufgerufen haben, gerechte Portionen vorzubereiten. Das ist heute in einer Zeit der Digitalisierung und der Möglichkeiten, die wir haben, personengerecht sozusagen Portionen auch zusammenzustellen, und auch die Technik in der Küche lässt das zu, da kann man schon sehr, sehr viel tun. Viele Patienten, die in einem Krankenhaus liegen und am Vormittag schon wissen, dass sie zu Mittag nicht wirklich einen Appetit haben, aber dann den Teller mit dem Deckel hergestellt bekommen, den dann aufmachen und zumachen und sagen: „Ich mag eigentlich nicht“, das müsste nicht sein, oder: „Ich mag nur die Hälfte oder nur ein Viertel davon“. Da müsste man sich schon noch ein bisschen weiterentwickeln auch zumindest in den öffentlichen Einrichtungen. Wir haben auch in der Gastronomie einen großen Aufruf gemacht, das ist der zweite große „Außerhaus-Verbraucher“ sozusagen. Auch hier hat die Gastronomie Gott sei Dank schon sehr stark darauf reagiert, auch im Buffetbereich, kleinere Teller z. B. zu verwenden, dass man nicht gleich auffasst und dann die Hälfte stehen lässt, sondern vielleicht zweimal geht, oder auch kleinere Portionen anbietet. Das Lady-Steak ist heute keine Ausnahme mehr in einer Gastronomie und genau in diese Richtung müsste das ganze Dilemma sozusagen auch zum Guten geführt werden. Abschließend, meine Damen und Herren, und damit möchte ich schließen: Die Verantwortung beginnt in der Familie, bei der Erziehung der Kinder, unumstritten, da können wir nicht immer nur mit dem Stäbchen auf die Pädagogenfinger klopfen, das ist nicht korrekt. Aber es hat natürlich auch der Lehrer, die Lehrerin, es haben die Pädagogen hier eine große Verantwortung, das ist unumstritten, immer

wieder darauf aufmerksam zu machen, wie wertvoll Lebensmittel sind, wie sie hergestellt werden und wie sie auch behandelt werden sollen. Wir brauchen aber auch einen neuen Trend in den Unternehmungen, in den Lebensmittelveredelungsbetrieben, eben dieser neuen gesellschaftlichen Veränderung entsprechend Rechnung zu tragen, und es braucht auch die Politik dazu, die tagtäglich diese Bewusstseinsbildungsarbeit betreibt und auch einleiten muss, auch da und dort finanzieren muss. Ich glaube, das ist schon wichtig, dass man im Einklang all diese Verantwortlichen hier zusammenruft, um letztlich doch einmal wegzukommen von diesem wahnsinnigen Maß des Wegwerfens dieser Lebensmittel.

In Summe aber sind wir auf einem richtigen Weg, das möchte ich hier sagen, und ich glaube, das ist auch richtig, wenn alle Parteien sich heute hier auch zu Wort gemeldet haben, und sich sehr intensiv mit dem Thema auch auseinandergesetzt haben. Im Grunde sind wir auf einem gemeinsamen Weg. Ich bitte Sie nur, alle hier auch zu überzeugen, dass es einen Sinn macht, regional einzukaufen, auf Qualität zu schauen, auf Frische zu schauen und letztlich doch das Bedürfnis von: „Was kann ich essen? Was kann ich verbrauchen?“ und von dem, was angeboten wird, immer wieder auch zu hinterfragen. Aber der Weg ist das Ziel, hat die Frau Kollegin gesagt und das ist völlig richtig. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.32 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1478/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1478/6, betreffend Lebensmittelverschwendung stoppen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KPÖ von allen anderen Fraktionen angenommen.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu

N2. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1695/1, betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen geändert wird.

Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Dipl.-Ing. Deutschmann. Bitte schön.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann - FPÖ (15.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Diese 15a-Vereinbarung, über die wir heute sprechen, oder die wahrscheinlich durchgewunken wird, scheint auf den ersten Blick eine ganz normale, völlig so wie alle anderen Normen etc. oder Gesetze, auch so einfach darzustellen zu sein. Bei näherer Betrachtung allerdings, wenn man aus der Sicht der Experten und der Anwender gewisse Dinge hinterfragt, stellt man fest, ... Ich darf ein paar Dinge da erwähnen, die vielleicht ein bisschen jetzt trocken sein werden, weil die Materie ist trocken, es hilft nichts, die Wichtigkeit des letzten Tagesordnungspunktes, die Ernährung, trifft jetzt vielleicht für manche die unwichtige normative Kraft des Faktischen, die hier schon beschrieben ist, aber trotz allem ist es für uns wichtig, weil vor allem ich als Anwender und auch andere Kolleginnen und Kollegen, die mit mir in diesem Chambre arbeiten, sehen das ähnlich. In Wahrheit ist dieses Papier – und ich habe es im Unterausschuss schon erwähnt, auch wenn manche gemeint haben: „Ja, im alten Text ist das ja schon so drinnen gestanden, das sind ja nur Erneuerungen“, so wird der alte Text nicht besser, wenn er genauso falsch ist, oder unrichtig, wie die Erneuerungen sind, geschätzte Damen und Herren. In Wahrheit haben wir hier keinen Inhalt, es ist ein inhaltsloses Schreiben, ich werde zu Beispielen kommen, es ist in aneinandergereihten Schlüsselwörtern besetzt mit Koffertext und Worthülsen, wo man aus bauphysikalischer Sicht, geschätzte Damen und Herren, keinen Sinn erkennen kann, der teilweise unsinnig dargestellt ist. Ich sage das deshalb, weil diese Dinge uns in der Praxis begleiten werden. Diese 15a-Vereinbarung wird natürlich greifen und uns in Wahrheit dann das Leben erschweren, uns allen nämlich, weil ich rede ja dann nicht nur von der Arbeit selbst, sondern auch von der Haftung und von der Gewährleistung in weitergehender Diskussion. Es ist auch kein Ziel erkennbar, für den Anwender weitestgehend unbrauchbar. Warum ist das so, geschätzte Damen und Herren? Ich glaube, wir haben hinsichtlich der

Harmonisierung der Baugesetzgebung über die Europäische Union, über diese OIB-Richtlinien, die Sie alle kennen, in diesen sechs Abschnitten die Länder aufgerufen, hier über diese Baugesetzgebung eine Harmonisierung über den Bund zu legen - der übrigens in diesen OIB-Geschichten gar nicht beinhaltet ist, sondern es sind immer nur die Länder als solche, die es annehmen oder nicht. Hier werden wahrscheinlich zu wenig die Praktiker gefragt, die hier anwenden, sondern vielmehr jene, die Gesetze schreiben müssen und die hier versuchen, mit Richtlinien ein Gesetz zu überstülpen, was in der Praxis leider Gottes da und dort zu Unterverständnis führt. Ich glaube, dass das, was die EU wollte, nämlich die Harmonisierung über diese OIB-Richtlinien genau in diesem Punkt, nämlich in der Bauphysik – ich darf dann ein Beispiel nennen – in die „Hose gegangen“ ist. Das hat sich nicht als gut herausgestellt. Ein Beispiel wäre z. B. die wichtige, in der Bauphysik genormte ÖNORM 8115, die Früherzeiten eine sechsstufige Texterklärung hatte. Ich darf erinnern, dass wir heute in diesem bauphysikalischen *Chambre* 62.000 Seiten haben, die sind nicht mehr lesbar, wir reden wieder einmal von Querverweisen, hier haben wir keine wirklich erkennbare Strategie, die uns natürlich das Arbeiten weitestgehend erschwert, unverständlich mit Querverweisen ohne Kenntnis der Materie. (*Beifall bei der FPÖ*) Wenn wir hier in diesem Konvolut Berechnungsformeln finden, so kann ich mit Fug und Recht hier behaupten – und ich habe, glauben Sie mir, lange Zeit auf der Technischen Universität verbracht und mein Wissen auch in die Praxis umgesetzt –, kein Bauingenieur und kein Mathematiker kann diese Formeln lesen. Ich komme da zu einem Beispiel: „841, speicherwirksame Massen der Bauteile“, eine Formel, die kann man in Wahrheit hinschreiben und weil sie niemand versteht und weil es wahrscheinlich dem Hinschreiber ganz schwindlig geworden ist aufgrund dieser Formel, hat man den Abänderungsfaktor 0,7 eingesetzt. Weil ganz so sicher war man sich nicht, ob das, was man da für eine Annahme getroffen hat, schlussendlich wirklich für den Anwender gut ist. Das ist eine Vorgangsweise, die aus meiner Sicht her sehr bedenklich scheint, weil – und da sind wir schon am springenden Punkt -, heute werden Dinge festgesetzt aus irgendwelchen Überlegungen heraus, die sich mir aus diesem Text hier nicht erschließen. Aber, um zu einer Norm zu kommen, geschätzte Damen und Herren, wäre es vernünftiger, wie früher auch, Ergebniswolken zu erzielen und daraus mit der gaußschen Glockenkurve das Wesentliche herauszuarbeiten und das Unwesentliche unten zu lassen. Gaußsche Glockenkurve kennen wir, Näherungsformel schaut so aus. Heute ist das umgekehrt, heute schaut die Kurve so aus: Das Wesentliche ist so klein und das Unwesentliche ist nach oben gehoben worden, was natürlich in der Praxis dann, in der Ausführung, mit Metaphern besetzt, relativ sinnlos ist.

Beispiel: „Der Terminus Technicus hocheffiziente alternative Energiesysteme“, was ist das? Es ist nicht erklärt. Oder: „In Bezug auf weitere bautechnisch relevante Begriffe gelten die Begriffsbestimmungen und Berechnungsmethoden der Richtlinie sechs des Österreichischen Institutes für Bautechnik.“ Begriffe, ja, beziehen sich auf die Begriffe, aber wo ist die Anwendung? Welche Anwendungen gibt es ist? Gibt es nicht. Die Werte, die hier angenommen werden, wie z. B. in Artikel 4 Abs. 1 heißt es: „Wird nach der Wortfolge“, zitiere, „unbeschadeter Mindestanforderungen nach Artikel 3 das Wort ‚werden‘ durch das Wort ‚sollen‘ ersetzt“. Jetzt bin ich kein Jurist, ich bin ein schnöder Techniker, aber ich muss mich mit der Juristerei auseinandersetzen, weil wir natürlich in unserer Praxis auch mit Baugesetzen, Raumordnung etc., - Sie wissen das alle – konfrontiert sind. Mit der Ansage wird man nicht weit kommen. *(Beifall bei der FPÖ)* Eines der schönsten Worte, die hier herausgearbeitet werden, ist das Passivhaus, das ist uns dann irgendwie doch zu viel geworden, glaube ich, das hat man dann so weggelassen, weil was ist ein Passivhaus? Da hat man dann zu viel Anforderungen und in Wahrheit, diese Passivhaus-Strategie 2025, die ist ja schon ... ich glaube, die haben wir vergessen, die gibt es nicht mehr. Aber interessanterweise auf mein Nachfragen: Niedrigstenergiehaus ist jetzt die hohe Bedeutung – was ist Niedrigstenergiehaus? Da wurde mir als Antwort gegeben: „Steht im Baugesetz!“ Stimmt, das Wort „Niedrigstenergiehaus“ steht im Baugesetz, völlig korrekt. Nur, es steht nicht im Baugesetz, auch nicht in dieser 15a-Vereinbarung: Was ist das Niedrigstenergiehaus? Wissen Sie, was das ist? Wenn ich für irgendjemand hier ein Haus baue, werde ich Sie fragen: „Was haben Sie für einen Niedrigstenergiehaus-Anforderungsstandard?“ Den mache ich Ihnen, weil der Salzburger sieht es anders, der Oberösterreicher, wir offensichtlich gar nicht. Also so können wir mit Energie gut umgehen und da tun wir die Treibhausentwicklung senken, weil das Niedrigstenergiehaus ist im Baugesetz festgeschrieben. Geschätzte Damen und Herren, das ist eine klassische Niederlage. Das, was da steht, ist das Papier nicht wert, glauben Sie mir das. *(Beifall bei der FPÖ)*

Lassen Sie mich, weil ich noch ein bisschen Zeit habe, zu einer Blüte kommen: Artikel 6, „Förderung umfassender energetischer Wohnhaussanierungen“, durchaus wichtige Geschichte, wissen wir, Landesrat Seitinger, es wird ja viel gemacht im Wohnbau und die Kollegin Pichler-Jessenko wird dann die Wichtigkeit, die im Wohnbau notwendig ist, anführen, was auch richtig ist, was wir auch brauchen. Gott sei Dank steht das da auch drinnen, das erspare ich mir jetzt, weil das sagst dann eh du. Aber interessant ist z. B., nachdem man es ja rechnen muss, diese HWB-Werte - ich belaste Sie jetzt nicht mit so

Details -, diese Gegenüberstellung ist jetzt so ausgelegt, dass ja zwei Formel stehen. Einmal 21 Mal diesen ganzen „Taudalon“, einmal 25 Mal, und in Wahrheit kommt dann 1,05 heraus, das ist halt dann ... steht da, gut. (*Beifall bei der FPÖ*) Gegen die Zahl 1,05 kann man per se ja nichts sagen, weil 1,05 ist 1,05. Interessant ist nur – und das ist vielleicht auch für dich, lieber Herr Landesrat, interessant, dass wir mit der Formel und mit der Berechnung in Hinkunft 5 % unter dem Neubau 2007 dann sein werden. Da bin ich dann gespannt, wie wir dann in der Althaussanierung unter 2007, Wert Neubau, mit dieser Formel dann das Auslangen finden werden, oder was wir dann bauen werden. Vielleicht kommen wir dann wieder dahin zurück, dass wir sinnlose Bauteile entwickeln, wo wir solche Mauern haben und dann so viel Vollwärmeschutz raufhauen, wo wir nicht wissen, was das in 20 Jahre bedeutet. Ich sage es Ihnen: Sondermüll, den wir dann irgendwann entsorgen müssen.

Das Nächste ist, auch interessant, es wird, weil es ein Gesetzestext ist – da fragt man sich wirklich ... – da steht: „Für historische oder denkmalgeschützte Gebäude können Ausnahmen vorgesehen werden“. Bitte um alles in der Welt! Denkmalgeschützt ist eindeutig, das ist das Gebäude, das dieses blaue Briefertl draußen hat, das ist denkmalgeschützt. Aber niemand hat mir erklären können: Was heißt historisches Gebäude? Was ist ein historisches Gebäude? Außerdem hat man vergessen, dass im § 97 und 98 des steirischen Baugesetzes die Erleichterungen im Altbau angeführt werden, wo diese Erleichterungen angenommen werden müssen. Das heißt, da konterkariert sich da dieser denkmalgeschützte Gebäudekomplex mit dem, was im Baugesetz steht. Also es passt hinten und vorne nicht zusammen, geschätzte Damen und Herren.

Und zum Schluss, weil es blinkt da schon kräftig, ist noch eines zu erwähnen – und das gefällt mir so, weil es da im Artikel 16 steht, unter der Berichtslegung: „Eine standardisierte Vorgangsweise bei der Ermittlung der Wirkung wird angestrebt.“ Glück auf! (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ - Beifall bei der FPÖ – 15.44 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Die Nächste ist die Frau Abgeordnete Mag. Pichler-Jessenko. Bitte schön.

LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko - ÖVP (15.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Du machst es mir jetzt nicht leicht, Gerald, hier herauszugehen. Du hast mich vorher gefragt, ob ich aus dem eine Jubelmeldung machen werde. Sicher nicht, weil – und da knüpfe ich jetzt

an, und das wissen alle da herinnen, dass ich da sehr offen bin – weil bei vielen Gesetzen dieses Thema Verständlichkeit, Querverweise, Formulierungen, die du als Normalsterblicher, so wie ich in diesem Fachbereich, ja überhaupt nicht lesen kannst, einfach teilweise unmöglich sind und schnellstmöglich zu ändern sind. Daran arbeiten wir, wie du weißt, und gewisse Dinge im Kleinen aus dem Wohnbau, glaube ich - da wirst du mir das auch zugestehen, das war im Wohnbaubeirat noch, wie du dabei warst - sind uns ja geglückt. Also keine Jubelmeldung dazu. Die Sandra Krautwaschl hat heute so schön gesagt: „Wir müssen anfangen“, und das habe ich hier auch gelernt, das war eigentlich zu Beginn nicht mein Zugang, „kleine Schritte zu machen, zumindest gewisse Dinge umzusetzen und auch Kompromisse einzugehen, um zumindest Kleinigkeiten zu verbessern.“ Was ist jetzt diese §15a-Vereinbarung? Es ist eine Vereinbarung zwischen Bund und Länder und es geht um Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen. Diese Anpassung, die jetzt erfolgt ist, ist eine Konsequenz des Klimaschutzabkommens von Paris. Und um jetzt nicht nur das Negative - wo ich bitte auch nicht der Experte bin, ich bin froh, dass es so jemanden wie den Gerald gibt, wir hatten, glaube ich, insgesamt eine sehr gute Diskussion in diesem Unterausschuss, wir hatten zehn Punkte zum Wohnbau, ich halte solche Experten für ganz wichtig. Ich würde mir wünschen, vielleicht können wir da noch etwas anregen: Die OIB-Richtlinien, wir haben uns früher vorher darüber unterhalten, das sind ja meines Wissens nach Experten eingebunden, allerdings primär aus der Beamtenschaft und aus den Genossenschaften, vielleicht gelingt es auch dort, dass wir mehr Menschen aus der freien Praxis - Architekten, Bauherrn und wen auch immer – noch dazu ziehen. Ich glaube, dort ist ja auch noch einiges krank. Es wird viel versucht, aber letztendlich sind diese Lösungen, wie du es gesagt hast, in der Praxis dann nicht umsetzbar. Ich muss mich auch bei solchen Terminen auf Aussagen von Beamten verlassen. Es war der Herr Jansche dabei, das ist der technische Leiter der Abteilung 15, wir können gerne mit ihm noch einmal das Gespräch führen, es lässt sich natürlich in einer Stunde Unterausschuss mit 10 Punkten dieser eine Punkt nicht klären. Aber aus meiner Sicht: Was ist jetzt trotzdem positiv an dieser Vereinbarung? Es kommt zu einer Gleichstellung von Baugesetz und den Anforderungen der Wohnbauförderung, sprich, es gibt zumindest in diesem Bereich Erleichterungen, was die Gesetze bzw. unterschiedlichen Richtlinien anbelangt. Und das Zweite, was ich für sehr positiv halte - ist eh schon überfällig - , ist der Verbot von Ölkesseln. Also wenn ich mir jetzt einen neuen Ölkessel anschaffen würde, so wird der jetzt nicht mehr gefördert und beim Austausch eines Kessels mit fossilen

Brennstoffen muss ich jetzt zumindest nachweisen, dass ich zusätzlich eine Solaranlage oder Ähnliches im alternativen Bereich betreibe. Gut, soweit zu dieser 15a-Vereinbarung.

Ich möchte jetzt nur zum Ressort Landesrat Seitinger noch positiv vielleicht anführen: Insgesamt ist es gelungen, von 1990 bis 2014 den CO²-Ausstoß der privaten Haushalte um 62 % zu vermindern. Ich meine, das kann man durchaus positiv anführen. Das ist schon etwas, wo ich sage, dass die Steiermark da auch weit vorne ist.

Was sind weitere Schwerpunkte? Auch das haben wir diskutiert, die sind ja da und die müssen wir nicht erst sozusagen einführen, es gibt dazu noch andere Anträge, diesen Schwerpunkt, den Geschoßbau zu fördern, der ist da seit Jahren, ebenso die Sanierung. Es gibt neue Förderungen im Bereich der Ortskernsanierung, wo für die Gemeinden und nahe Gesellschaften der Gemeinden, die zu 49 % beteiligt sind, der Grundstückankauf sozusagen gefördert wird. Wir haben die Bonuspunkte, wenn ich wo baue, wo öffentlicher Verkehr ist, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist, gibt es Bonuspunkte. Es gibt die Ökopunkte für gewisse Baustoffe, ob das jetzt Holz ist oder Ähnliches. Und – und ich glaube, auch das sollte hier kurz erwähnt werden, es war zwar auch in den Medien – es ist gelungen, diese Förderung des Bundes, 180 Millionen, die zuerst ja nur Wien zugestanden wäre, weil es geheißen hat: Nur Bundesländer, die in den letzten Jahren einen Zuwachs im Geschoßbau hatten, bekommen die Förderung, hier ist es gelungen, in dieser Wohnbaureferentenkonferenz das auch für die Steiermark abzuholen. Das sind diese 24 Millionen, die jetzt in Startwohnungen für junge Menschen bis 35 investiert werden und für 10 Jahre kann man dann in diesen Wohnungen zu einem sehr geringen Mietpreis – ich glaube es sind 4,63 Euro pro Quadratmeter – wohnen.

Das waren jetzt sozusagen die positiven Dinge in der Vereinbarung selbst: Die Gleichstellung Baugesetz und Wohnbauförderrichtlinien, plus dieses Thema Ölkessel. Bei vielen anderen Dingen gebe ich dir Recht. Wir können uns auch gerne einmal in einem – wie nennen wir es - Privatissimum, nein, ich bin nicht der Fachexperte, wir müssten hier Experten hinzuziehen aus der Abteilung, vielleicht auch den Herrn Jansche, und dass wir uns gemeinsam zu diesen Punkten noch einmal zusammensetzen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.50 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Letzter zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet ist der Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger - ÖVP (15.51 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, lieber Herr Landesrat!

Lieber Gerald Deutschmann, Herr Abgeordneter, du könntest tatsächlich sozusagen den ersten Akt für den Villacher Fasching schreiben, das war gut aufgelegt heute. Aber leider muss ich dir ja Recht geben, das ist ja in einigen Punkten tatsächlich so, dass man das eine oder andere tatsächlich hinterfragen muss und auch schwer deuten kann. Da hast du leider Recht, so ehrlich bin ich jetzt auch. Das ist ein bisschen unser Problem auch, dass wir alle miteinander haben, die Baugesetze schreiben, die diese Normenrichtlinien umsetzen müssen oder Gesetzestexte formen müssen. Wir haben schon einen großen Schritt gewagt, dass Wohnbaulandesräte österreichweit und das einstimmig - das soll über mehrere Parteilinien drüber gehen, den Wohnbau betreffend jetzt politisch gesehen, die Sozialdemokratie, die Volkspartei, die Freiheitliche Partei, ich glaube sogar die Grünen haben einen Wohnbaulandesrat in Österreich -, Faktum ist, wir sind uns hier einig, dass wir im Bereich der Normen, auch in den Normenausschuss hinein regieren müssen, weil hier zu viele Lobbyisten hineinregieren und hier verschiedene Normen immer wieder aufs Neue so ausweiten, dass sie letztlich zu unserem wundensten Punkt hinkommen: Die Baukosten entsprechend verteuern. Das muss jetzt einmal klar gesagt werden. Und das Zweite ist – und das hast du auch völlig richtig, leider ist es richtig, angesprochen – das Thema Baurestmassen, irgendwann einmal das Thema Restmüll, Müll, Sondermüll, wenn man die Baustoffe auseinanderlegt und ein Haus abreißen muss oder entfernen muss oder teilentfernen muss. Diese Themen beschäftigen uns derzeit auf Bundesebene intensiv. Wir haben hier auch eine Expertengruppe beauftragt, die unverdächtig ist, hier abseits der Normenausschüsse entsprechend das Gesamtthema zu filetieren, um dort, wo man auch den Mut haben kann, die Dinge so zu verändern, dass sie im Bereich der Sicherheit, auch im Bereich der Qualität der Baustoffe sozusagen keinen Rückschritt erlangen, aber dort, wo viel Unsinniges leider passiert ist und auch im Wording keine Klarheiten da sind, hier Klarheiten zu formulieren. Das ist sicherlich nicht die Ausgeburt der Hochintelligenz, da brauchen wir nicht darüber diskutieren, aber wir sind, wie gesagt, einen Schritt schon weitergekommen und die letzte Landesrätekonferenz hat hier einen großen Schritt gewagt, nämlich hier mutig die Dinge entsprechend zu reformieren.

Das Zweite ist - und das möchte ich schon auch sehr deutlich hier sagen, weil das Thema natürlich unmittelbar mit dem Klimaschutz in Verbindung steht -, dass der Wohnbau neben der Industrie und auch der Mobilität als Großemittent eine ganz entscheidende Rolle spielt, steht außer Streit. Wir haben hier viel zu tun, aber es haben sich die Zeiten geändert. Wo man

früher versucht hat, Wandsysteme so zu konstruieren, dass halt die Wärmebedarfsrechnungen richtig waren, so sind es heute Gesamtenergiebilanzen, die wir zu erstellen haben. Wie erzeuge ich die Energie, oder wie forme ich sie um? So heißt es richtig in der Technik. Und wie bringe ich sie ein? Wie konstruiere ich dann das Gesamtwerk? Denn es macht ja langfristig auch keinen Sinn – und du hast es ja auch klar angesprochen - hier 40 cm Wände zu bauen und dann vielleicht noch 30 cm Porozell dazu zu picken, wenn ich letztlich Energiesysteme habe, die wir aus der Sonne hier nehmen können, die in einer hohen Effizienz heute schon arbeiten können und dann letztlich aber da hier einen großen Baurestmassenproblembereich erzeuge, den ich eigentlich gar nicht brauche. Das heißt, wir müssen zunehmend mehr in der gesamten Wirtschaftsweise auf die Gesamtenergiebilanz der Häuser trachten und das muss auch in der technologischen Weiterentwicklung des Wohnbaues und des Baues insgesamt die wesentliche Aussage sein.

Ich kann da hier auch mit einer sehr lustigen Geschichte aufwarten und mit der möchte ich auch abschließen. Ich habe – ich glaube, ich habe sie sogar schon einmal erzählt hier im Landtag vor längere Zeit – ich habe einmal ein großes Passivhausprojekt hier in Graz eröffnen dürfen, das von einer Wohnbaugenossenschaft umgesetzt worden ist. Da war damals dort bei der Eröffnung - es waren viele Leute - auch die Mutter unseres ehemaligen Landeshauptmannes Franz Voves war zugegen - und die hat sehr aufmerksam diesem Techniker, der dort vorher vorgetragen hat, zugehört, wie die Persönlichkeiten jetzt in dem neuen Passivhaus, vormals alter 50-er-Bau, jetzt sich verhalten müssen. Nämlich, dass sie Fenster geschlossen halten müssen, dass sie bei den Drehelementen, also bei der Technik so und so agieren müssen und dass also ja nichts Unförmiges hier passiert, damit hinten das Wohnklima passt, damit keine Schimmelbildung kommt etc., etc. Und wie dann dieser Mann den Vortrag beendet hat, habe ich mich zufällig auf den Tisch hingesezt und dann hat die Frau Voves und auch andere völlig richtig dort gesagt: „Was dieser Kasperl da jetzt gesagt hat, das werden wir in tausend Jahren nicht umsetzen. Ich hab meinen Tuchent immer um halb sechs Uhr in der Früh hinausgehängt und um 11 Uhr wieder hereingezogen, und das werde ich auch morgen so machen. Und wenn der hundert Mal sagt, dass ich die Fenster nicht öffnen darf, wo denkt denn der Narr überhaupt hin?“, fast wortgleich. Recht haben sie gehabt. Man muss die Technologie den Menschen zuformen und anpassen und nicht umgekehrt. Wenn der Mensch nicht mit der Technologie mithalten kann, dann muss man die Intelligenz der Technologie oder auch das Leben insgesamt auch im Wohnbau auf den Menschen programmieren und nicht auf hochtechnologische Systeme, die niemand anwenden kann. Das

beste Beispiel ist ja der Kontrapunkt unserer bestausgezeichneten Studentenwohnung, die wir in Graz haben, wo wir einen Wettbewerb gewonnen haben im Passivhaussystem mit weit unter zehn Kilowatt. Aber wenn man dann die Studierenden da drinnen wohnen sieht und wenn man dann die Messwerte am Ende des Jahres sieht im Verhältnis zu dem, was da im Papier, im Bescheid gestanden ist, dann weicht das eins zu fünf ab. Weil halt auch der Studierende, wenn er heimkommt um zwölf Uhr am Abend das Fenster aufmacht und vielleicht noch ein Zigarettlerl raucht und das Fenster vergisst zuzumachen usw. und überhaupt. Das sind die Dinge, die man auch ansprechen muss in der Gesamtsicht und in der Betrachtung solcher Fragen des Klimaschutzes und neuer Technologien im Wohnbau. Ich möchte damit abschließend nur sagen: Es ist nicht immer so leicht, all das, was technisch als Wunderwerk gilt und auch formuliert wird, in die Praxis umzusetzen, aber wir sind auf einem guten Weg dorthin. Und ich möchte dir durchaus auch Recht geben: Vieles von dem, was heute in 15a-Bestimmungen, in OIB-Bestimmungen steht oder in Baugesetzen oder in anderen Rechtsnormen und Begleitnormen, die wir haben, gehört reformiert. Toni Lang und ich und die beiden Klubs arbeiten zur Stunde ja hochintensiv daran, einiges aus diesem Materialwerk zu entschlacken und auf eine Zukunftsform hinzubringen. Ich hoffe, dass wir Ihnen dann auch im Landtag ein gutes Produkt auch vorstellen können. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.59 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1695/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ.

Wir kommen nunmehr zur Bearbeitung der Dringlichen Anfrage. Am Mittwoch den 31. Mai wurde um 14.44 Uhr von Angeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 1726/1 an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer betreffend Finanzierung des ÖV-Ausbaues in Graz eingebracht.

Ich erteile Klubobmann LTAbg. Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise auf die Redezeitbegrenzung für die Begründung von 20 Minuten.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (16.00 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dringliche Anfragen sind ja dazu da, wir erinnern uns ja immer wieder selber daran, um Themen zu behandeln, die wirklich dringlich sind. Und ich glaube, es wird niemand in Abrede stellen, dass dieses Thema für die Steiermark - es geht nämlich auch um die Steiermark, um den steirischen Zentralraum, aber speziell um die Landeshauptstadt Graz -, dass dieses Thema nicht wichtig wäre. Ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter, du wirst mir diesbezüglich Recht geben: Es muss uns angesichts der Fakten, die am Tisch liegen – da geht es um die Luftsituation in Graz, da geht es auch um die Fahrgastzahlen und die Dichte an Fahrgästen zu manchen Tageszeiten, aber auch im europäischen Vergleich, wenn man Städte vergleicht, dann sehen wir, dass in Graz etwas geschehen muss. Wir müssen etwas tun. Und der Grund, warum wir hier die Dringlichkeit für dieses Thema gesehen haben und warum uns das so wichtig ist, ist, weil in Graz die neue schwarz-blaue Stadtregierung vor nicht allzu langer Zeit ihre Budgetpläne, heute dann konkreter, aber bereits vorgestellt hat, wo der Herr Riegler als Finanzstadtrat in Graz diesbezüglich bereits einen Einblick gegeben hat und der ganz klar gesagt hat - und das ist der Grund für diese Dringliche -, dass Graz den Straßenbahnausbau sinngemäß auf Eis legen wird und nichts tun wird von sich aus, investitionsseitig, obwohl wir wissen, dass natürlich in den letzten Jahren der Grazer Bevölkerung, den Grazerinnen und Grazern mehrfach versprochen wurde, dass hier etwas geschehen wird beim Tramausbau, dass nichts geschehen wird, so der ÖVP-Stadtrat Riegler der Stadt Graz, wenn nicht endlich eine Mitfinanzierung durch das Land Steiermark einerseits, aber auch durch den Bund in die Wege geleitet wird und wenn nicht eine derartige Kofinanzierung hergestellt wird. Das ist aus unserer Sicht für eine Stadt wie Graz, es ist die zweitgrößte Stadt Österreichs, natürlich ein großes Problem. Das wissen wir: Graz ist der am schnellsten wachsende Ballungsraum Österreichs, das können wir immer wieder an den statistischen Daten sehen. Im steirischen Zentralraum rund um Graz wird in den nächsten zehn Jahren – man muss sich das einmal vor Augen führen – der Größenordnung nach ungefähr zweimal Leoben dazukommen. Also das ist ein enormes Wachstum, was wir in

diesem Bereich haben. Und Graz ist aber, was den Ausbau der Tram, der Bim - das wichtigste Verkehrsmittel schlechthin in Städten dieser Größenordnung - angeht, eigentlich Schlusslicht. Auch wenn man österreichweit schaut: Die Initiative „Pro Bim“ hat das wunderbar in den letzten Tagen auch aufbereitet, so ist das, was in Graz passiert, im Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Wir sind eben hier auch nicht – die Steiermärkische Landesregierung sagt ja immer, es wäre der Weg in Richtung der Spitze der Bundesländer oder der Landeshauptstädte, sondern wir sind hier am Weg, ins Hinterfeld zu geraten. Es ist so, dass Linz 10 km – ich möchte nur ein paar Vergleiche bringen – 10 km Straßenbahnausbau in den letzten fünf Jahren hergestellt hat, dort geht die Straßenbahn mittlerweile sogar bis in die Stadt Traun, das Netz ist mittlerweile fast gleich groß, wie das Netz ... Selbst Innsbruck, eine kleinere Stadt, auch Universitätsstadt, erweitert sein Schienennetz aktuell, Herr Landeshauptmannstellvertreter, um 15 km und es werden jährlich neue Strecken gebaut. In Graz hat man, ich glaube, einen halben Kilometer seit 2007 gebaut, das ist die Realität. Und ich glaube, dass sollte uns schon Anlass sein, um hier konstruktiv gemeinsam zu schauen: Was können wir diesbezüglich in Graz tun? Es sind ja wichtige Projekte, die hier auf Eis gelegt wurden, da geht es um die Verlängerung 3er und 6er, das ist in Richtung Reininghaus – mittlerweile ein Projekt, das eher am Scheitern ist, als am Entstehen, wenn man es so sieht -, da geht es um die Verlängerung Richtung List-Halle, Smart-City, da geht es aber natürlich um die wesentliche Süd-West-Linie in Graz, also Don Bosco und vielleicht noch darüber hinaus, wo wir genau wissen: Wenn wir das nicht bewerkstelligen, dann wird es in Graz tatsächlich ein Problem werden. Langfristig geht es noch um mehr, aber schon alleine das wäre in etwa – man kann, es gibt unterschiedliche Schätzungen, aber von sicher 300, 350 Millionen Euro sprechen, was das kosten würde, dieser Tramausbau. Wenn man dann noch das weitere Wesentliche, die Nord-West-Linie hernimmt, Richtung Gösting hinaus, die ja auch schon eigentlich einmal am Tisch gelegen ist – zwar noch nicht ganz planungsreif, aber immerhin angedacht wurde mit Nahverkehrsknotenpunkt Gösting, damit eben der Hauptbahnhof in Graz entlastet wird -, dann ist das natürlich eine Summe, das muss man auch ganz offen sagen, die geht, wenn man von einer langfristigen Investition redet, in Richtung einer Größenordnung von in etwa 500 Millionen Euro rein. Das muss man ganz ehrlich sagen. Irgendwie muss uns langsam gelingen – und das ist uns Grünen sehr, sehr wichtig – nach den Aussagen, die wir jetzt aus Graz gehört haben, die Qualität des öffentlichen Verkehrs in Graz in eine Qualität zu bringen. Der Vergleich mit Innsbruck und mit Linz ist mir deswegen so wichtig, weil es nämlich dort

genauso war in den anderen Bundesländern, dass es nämlich vorerst eine Mitfinanzierung der Länder gegeben hat, dann ist es gelungen, den Bund in die Finanzierung hineinzubringen, aber was bei uns das Problem über Jahre ist – und das können wir nicht mehr leugnen, so lange ich da im Landtag bin, haben wir immer wieder derartigen Debatten -, ist es auch das Hin und Her zwischen der Stadt Graz und dem Land. Weil die Stadt Graz schickt uns da immer wieder Petitionen an den Landtag, Resolutionen, wir behandeln sie z. B. für eine Nahverkehrsabgabe, einstimmig im Grazer Gemeinderat, in der Stadt Graz beschlossen. Das Land sagt: „Wir wollen keine Nahverkehrsabgabe schaffen“, die SPÖ sagt: „Wir können nicht, weil die ÖVP will das nicht, das steht nicht im Arbeitsübereinkommen.“ (*LTA* *Abg. Schwarz*: „*Was redest du da zusammen?*“) Ja, lieber Hannes Schwarz, du kannst dann eh rauskommen, aber es ist ein Faktum, dass ihr bisher – und da wirst du mir ja nicht widersprechen, aber du kannst es dann ja gerne machen natürlich heraußen am Rednerpult – der Schaffung einer Nahverkehrsabgabe stets und permanent eine Absage erteilt hat. Und ich glaube, es wäre total wichtig, wenn man auch sagt: „Keine Nahverkehrsabgabe“, was wir ja vorschlagen, wir machen immer gerne konkrete Vorschläge, da muss man dann schon irgendwann auf den Tisch legen, was das Land Steiermark macht, dass wir ähnlich wie in Linz diese gemeinsame Vorgangsweise, Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Michael Schickhofer, zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark schaffen, dass wir vielleicht vorerst einmal auf 50/50-Prozent-Finanzierung andenken und dann geschlossen gemeinsam Richtung Wien gehen können und die Finanzierung vom Bund auch noch sicherstellen. Das Problem wie es bisher ist – und das ist ein Faktum, das kann niemand abstreiten, sonst hätten wir ja die Debatte in den letzten Wochen nicht geführt -, in der Steiermark, in der Stadt Graz, derzeit nicht der Fall. Das ist der Grund unserer Dringlichen, weil ich glaube – ich habe ja gehört, es soll mittlerweile Gespräche gegeben haben, aber das haben wir schon oft gehört aus der Opposition, dass man irgendwann zu dem Punkt kommen muss, wo wir diese Investitionen für Graz am Ende natürlich sicherstellen. Warum ist das so wichtig? Warum ist es so zentral wichtig für diese Stadt? Wir wissen, was die Luftsituation in Graz anlangt - und ich möchte gar nicht immer das Wort „Feinstaub“ bemühen, weil manche machen dann die Ohren schon zu und meinen, es wird eine Feinstaub-Debatte -, es geht letztendlich um die Gesundheit. Es geht um die Gesundheit der Menschen in Graz, es geht darum, dass Graz ein starkes Wachstum hat und wir offenbar nicht in der Lage sind, nämlich das Service für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu verbessern. Da würde mich heute wirklich einmal interessieren von der SPÖ, wie ihre Haltung auf Landesebene – du bist ja Finanzreferent – in

dieser Sache aussieht, ob es uns gelingen wird, dass wir das schaffen, was Linz seinerzeit geschafft hat. Du wirst wahrscheinlich wissen, oder hast dich damit befasst: Linz hat - ich glaube, es war in den 90er-Jahren, wenn ich mich recht erinnere - die NAVEG gegründet, eine Nahverkehrs-Errichtungsgesellschaft, und hat gesagt, da ist es um die Anbindung der Bim an den Bahnhof in Linz auch gegangen: „Wir müssen endlich was bewerkstelligen, auch wenn der Bund jetzt noch nicht will, stellen wir sicher als Land Oberösterreich in der Stadt Linz, dass wir eine 50/50-Prozent-Finanzierung machen und den Verkehr in eine Qualität bringen.“ Und da würde mich interessieren, ob aus Sicht von dir als Finanzreferent des Landes hier eine Initiative gesetzt wird, um auf den Stadtrat Riegler in Graz zuzugehen, sich vielleicht zusammzusetzen und eine diesbezügliche Einigung herbeizuführen. Es hat ja vor nicht allzu langer Zeit einen weiteren Vorschlag gegeben von Grüner Seite der Finanzierung für den öffentlichen Verkehr, das war die LKW-Maut, das ist für uns eher enttäuschend, dass die Steiermark da mittlerweile bremsend ist und nicht den Weg nach vorne betritt und den zuständigen Minister Leichtfried, der ja auch, was Graz anlangt, etwas sehr Richtiges gesagt hat, er hat gesagt: „Es muss irgendwann soweit sein, dass die Mitfinanzierung nicht immer nur Wien und andere Städte betrifft, sondern auch die Steiermark“, da hat er ja völlig Recht gehabt. Aber die steirische Landesregierung, lieber Michael Schickhofer, die muss man schon auch fragen – und das tue ich hiermit: Warum ist es uns in den letzten Jahren nicht gelungen – ihr habt selbst in letzter Zeit stark verhandelt, was den Finanzausgleich anlangt, habt selbst auch gestaltende Rolle gehabt -, warum ist es uns nicht gelungen im Vergleich zu Wien, dieses Geld in die Steiermark zu holen? Und ich glaube, ein Grund - und das möchte ich noch einmal festhalten - war ganz sicher, dass wir hier nicht einig waren zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark. Ich glaube, das müssen wir durchbrechen, diese gegenseitige Blockade, dieses Hin- und Herschieben der Verantwortung und darum ist uns wichtig, dass wir die Straßenbahnausbauprojekte in Graz, die ich schon genannt habe, jetzt sicherstellen. Und ich glaube, das muss relativ rasch sein, Zeiten vor Wahlen sind immer gute Zeiten. Leichtfried hat gesagt, es wäre vernünftig, diesbezüglich etwas zu tun, darum ist für mich interessant und ist für uns von Grüner Seite interessant, was du konkret hier als zuständiger Finanzlandesrat in Richtung Graz an Signalen senden wirst. Es ist ja so, dass immer wieder gesagt wird: „Ja, wir könnten ja auch mit den Bussen fahren. Busse wären eine Alternative, die billig wäre.“ Wir wissen natürlich ganz genau, und das sind nicht Grüne Daten, sondern das sagen uns alle Expertinnen und Experten, dass natürlich, wenn eine derartige Fahrgastzahl wie in Graz ist, die Tram das Verkehrsmittel ist, was europaweit eine Erfolgsgeschichte ist.

Also es ist so, dass nicht umsonst andere Städte genau in die Straßenbahn gehen, weil sie im Gegensatz zum U-Bahn-Ausbau günstiger ist, aber im Vergleich zum Bus natürlich von der Lebensdauer wesentlich besser ist, von der Kapazität besser ist und das Wesentliche für die Fahrgäste ganz einfach der Komfort ist. Man spricht vom Schienenbonus, man weiß, Menschen gehen viel leichter - das sagen uns alle Studien, die wir hier kennen - in ein Schienenfahrzeug, nutzen es viel eher als den Bus und die Lebensdauer, wie gesagt, ist auch ein Argument. Und wenn man sich anschaut, auf welchem Level Graz in der Entwicklung ist, personenmäßig in der Entwicklung, in der Verdichtung, wir müssen die Stadt ja verdichten, dann wird es unerlässlich sein, diese Projekte, die ich schon genannt habe und eines, was ich noch sagen möchte, nämlich die Innenstadtentflechtung, endlich anzugehen. Wenn über den Hauptplatz und die Herrengasse, ich glaube 1.600 sind es mittlerweile, Tramgarnituren fahren, dann ist etwas zu tun, das wissen wir. Das sind nicht unsere Zahlen, sondern das sagen uns Experten, ansonsten wird es in dieser Stadt in Graz natürlich über kurz oder lang zum Verkehrskollaps kommen. Ich glaube, dass wir hier schauen müssten, dass wir die Gewohnheiten der letzten Jahre, wo man sich gegenseitig ausrichtet: „Ja, da ist das Land zuständig, solange sie nicht mitzahlen, tun wir nichts“, Graz – umgekehrte Reihenfolge, ja, wenn Graz nicht klar sagt: Wir investieren, dann tut das Land nichts. Dann gehen wieder beide her und schieben das Ganze auf den Bund, dass wir das natürlich unterbrechen müssen. Ich darf ein Zitat bringen, vor der letzten Landtagswahl: „Ja, es geht nicht, dass der Bund für die U-Bahn in Wien 50 % zahlt, für die Straßenbahn in Graz nichts. Wir brauchen 20 km Straßenbahn in den nächsten Jahren, das kostet 300 Millionen.“ Dieses Zitat stammt vom Landeshauptmann Schützenhöfer, das hat er vor der Landtagswahl in der Steiermark gesagt und es ist auch unwidersprochen geblieben von deiner Seite, dass das erforderlich ist, und dass wir das endlich tun und machen sollten. Die Finanzierung ist, wenn man langfristig denkt, aus meiner Sicht herstellbar. Nahverkehrsabgabe angesprochen, LKW-Maut angesprochen, und selbst wenn wir nicht alles, was ja realistisch ist, aus diesen Teilen der Einnahme diese Investition abdecken können, so ist es, glaube ich, doch irgendwann an der Zeit, dass es ein Bekenntnis gibt, die Projekte, die am Tisch liegen, die geplant wurden – die ersten wurden ja noch in der Zeit von schwarz-grün in Graz geplant, selbst damals hat es schon Planungsbudgets gegeben, die dafür letztendlich reserviert waren, und Projekte wurden den Grazerinnen und Grazer in den letzten Jahren auch diesbezüglich so auf den Tisch gelegt, als wären sie eigentlich umsetzungsreif. Dass es jetzt einen Stopp geben soll, ich glaube, das wollen wir alle nicht und darum ist die Aussage deiner Person als zuständiger Finanzreferent

und der Landesregierung wichtig, um vielleicht hier eine gemeinsame Vorgangsweise herzustellen.

Ich darf daher zum Vortragen der Fragen an dich in Bezug auf den Tramausbau in Graz kommen.

1. Werden Sie den Ausbau des Straßenbahnnetzes Graz mitfinanzieren, wenn die Stadt Graz ebenfalls Mittel vorsieht - also die Kofinanzierung?
2. Werden Sie zusammen mit der Stadt Graz einen Plan zur gemeinsamen Finanzierung des Ausbaus des Straßenbahnnetzes erarbeiten, wenn die Stadt Graz dazu bereit sein sollte?
3. Werden Sie zur Finanzierung des ÖV-Ausbaus in Graz und in der Steiermark eine Regierungsvorlage betreffend eine Nahverkehrsabgabe im Landtag einbringen?
4. Werden Sie versuchen, auch die Bundesregierung zur Mitfinanzierung zu bewegen, die auch in anderen Städten den ÖV-Ausbau mitfinanziert hat?
5. Könnte der Grund für die fehlende Mitfinanzierung des Bundes darin liegen, dass SPÖ und ÖVP in Stadt und Land immer den jeweils anderen für zuständig erklären und daher nicht in der Lage sind, eine einheitliche und für den Bund nachvollziehbare Strategie zur Finanzierung des ÖV-Ausbaus zu verfolgen?

Ich glaube, es kann die Stadt nur entlastet werden, es kann die Luftqualität nur verbessert werden, wenn wir der Bevölkerung ein Angebot machen, wenn wir das Service verbessern, wenn wir das tun, was andere Städte längst gemacht haben, und aus diesem Grund würde ich mir wünschen, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass die Aussagen, die du jetzt machst und deine Antworten so konkret sind, dass wir vielleicht noch diesen Tag im Landtag gemeinsam sagen können: „Das Signal des Landes ist klar, ja wir wollen 50/50-Prozent, und den Bund werden wir versuchen, ins Boot zu bringen.“ Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 16.17 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bitte dich um deine Beantwortung.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (16.17 Uhr): Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

In Graz „staut’s“, und das nicht selten, Graz ist beim Ranking von Greenpeace am schlechtesten Platz aller Landeshauptstädte und daher ist für mich klar, dass akuter Handlungsbedarf in Graz besteht. Die Lebenssituation der Grazerinnen und Grazer muss sich verbessern und wir brauchen aus meiner Sicht eine klare Strategie zur Bekämpfung von Stau und Feinstaub zur erfolgreichen Entwicklung unserer Landeshauptstadt. Daher will ich, dass ein klarer Masterplan öffentlicher Verkehr für den gesamten Zentralraum Graz erstellt wird. Sowohl das Verkehrs- als auch das Regionalressort stehen hier selbstverständlich als Partner in der Entwicklung, in der Erstellung eines klaren Zukunftskonzeptes bereit. Wir haben in den letzten Jahren als Land Steiermark über 100 Millionen Euro in der Stadt Graz in Verkehrsprojekte investiert, d.h. selbstverständlich war uns die Lebenssituation der Grazerinnen und Grazer auch bisher ein zentrales Anliegen. Und erst im letzten Monat haben wir das Großprojekt Südgürtel gemeinsam eröffnet, das natürlich einen wichtigen Schub vorwärts gegeben hat. Ich möchte an dieser Stelle natürlich auch die Nahverkehrsdrehscheibe um den Hauptbahnhof Graz erwähnen. Wir haben hier 20 Millionen Euro investiert und natürlich ist diese Nahverkehrsdrehscheibe gerade für die Verkehrsflüsse aus den Regionen in die Stadt und wieder zurück ganz, ganz zentral. Daher kann ich im Namen der gesamten steirischen Landesregierung klar festhalten: Wir haben in Graz und im Zentralraum investiert und wir werden selbstverständlich auch in Zukunft in die Stadt Graz, in diesen wichtigen Lebensraum ganz vieler Steirerinnen und Steirer investieren. Ich möchte aber an dieser Stelle auch ganz klar festhalten, dass weder ich, noch der Verkehrslandesrat Verhandlungen über die Medien führen. Wir wollen Verhandlungen führen auf Basis eines klaren Masterplans, auf Basis einer klaren Zukunftskonzeption, es gehören jetzt alle Karten auf den Tisch gelegt. Es muss insbesondere auch seitens der Stadt Graz vorgelegt werden, wie der Finanzierungszeitraum ausschauen soll, welche Gestaltungsmöglichkeiten es gibt. Sie kennen in diesem Zusammenhang ja alle auch die Maastricht-Problematik. Und natürlich ist es unsere Verantwortung auch gegenüber künftigen Generationen einen stabilen Haushalt im Land, und das erwarte ich mir auch von der Stadt Graz, einen stabilen Haushalt zu gewährleisten, weil ich muss das, was ich umsetze, auch entsprechend finanzieren können. Daher ist für mich eines ganz zentral und wichtig, und ich bin froh, dass wir auch dazu eine gemeinsame Klarstellung in der Landesregierung haben: Das, was im Finanzausgleich paktiert wurde, muss auch nach den Nationalratswahlen halten und es ist jedenfalls nicht akzeptabel, dass durch etwaige Maßnahmen die Einnahmensituation des Landes Steiermark verschlechtert

wird. Wir brauchen nämlich diese Gelder eben dringendst, um in die Steiermark und in Graz zu investieren, das werden wir machen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich komme daher zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Zur Frage 1.):

Ich will einen Masterplan für den öffentlichen Verkehr für Graz und Graz-Umgebung und natürlich in alle Achsen der Steiermark. Alle Karten und Informationen müssen jetzt auf den Tisch und insbesondere auch dem Verkehrsressort, dem Finanzressort seitens der Stadt Graz übermittelt werden. Auf Basis einer soliden und realistischen Planung für die nächsten 15 Jahre ist eine finanzielle Beteiligung des Landes Steiermark – immer im Rahmen natürlich auch unserer mittelfristigen Finanzplanung – möglich, und wir wollen und werden hier ganz intensiv im Sinne der Grazerinnen und Grazer auch mit der Stadtregierung zusammenarbeiten. Mir geht es aber ganz zentral darum, dass wir nicht über Einzelprojekte und Einzelinitiativen reden, sondern dass wir über ein Gesamtkonzept reden und einen gesamten Masterplan für diesen steirischen Zentralraum gestalten, weil das Thema des öffentlichen Verkehrs – das wissen Sie ja bestens – ist ein vielschichtiges, das steht in Verbindung mit der Wohn- und Siedlungspolitik, das steht natürlich insgesamt in Verbindung mit allen verkehrspolitischen Maßnahmen. Und Sie wissen, der Toni Lang ist einer, der anpackt, der umsetzt und der mit mir selbstverständlich bereit ist, auch aus dem Regionalressort heraus diese Entwicklung zu machen. Ich halte aber auch fest: Mir ist es wichtig, dass man Graz mit dem Umland von Graz ganz stark gemeinsam denkt, weil nur gemeinsam werden wir diese Lösungen auch herbeiführen können.

Zur Frage 2.)

Wie schon erwähnt, ich will einen Masterplan für den öffentlichen Verkehr, auch das geplante Regionalentwicklungsgesetz wird hier einen Schub vorwärts leisten. Die Stadt Graz trägt aber natürlich die unmittelbare Verantwortung für den innerstädtischen Verkehr. Das ergibt sich aus der Verfassung, aus den Finanzausgleichsbestimmungen, dafür gibt es natürlich auch diesen Zuschlag bei den Ertragsanteilen, aber wir sind natürlich bereit, hier gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Ich betone aber natürlich: Die zentrale Verantwortung auch für die Prioritäten innerhalb der Stadtpolitik liegen bei der Stadt Graz selbst. Das, was ich mir jetzt erwarte ist, dass als erster Schritt, wie bei allen anderen Projekten von steirischen Gemeinden, alle Unterlagen, alle Kalkulationen, alle Varianten entsprechend vorgelegt werden und wir werden das dann durchs zuständige Verkehrsressort prüfen und in etwaige Verhandlungen natürlich umgehend einsteigen.

Zur Frage 3.)

Die Frage der Nahverkehrsabgabe sehe ich persönlich als Standortpolitiker skeptisch, insbesondere, wenn man ein Modell wählt, das die Lohnnebenkosten weiter belastet. Die Bundesregierung hat jetzt gerade für den Standort Steiermark, für die vielen Arbeitsplätze in der steirischen Industrie einen ganz wichtigen Akzent gesetzt, indem sie gemeinsam beschlossen hat, geplant hat, dass die Lohnnebenkosten für neu eingestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halbiert werden sollen. Wenn jetzt Modelle gewählt werden, die die Lohnnebenkosten erhöhen und steigern, wird diese standortpolitische Maßnahme konterkariert. Und jedenfalls ich für meinen Teil kann sagen, dass ich eine weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote für nicht zielführend halte. Jetzt geht es vor allem darum, dass wir den Aufschwung am Arbeitsmarkt nutzen für Betriebsansiedlungen, dass wir jetzt vor allem auch keine Verunsicherung schüren, sondern sagen: „Investiert in der Steiermark“, und wir werden dann in Graz investieren. Ich warte aber auch diesbezüglich auf konkrete, detaillierte Vorschläge der Stadt Graz, der Stadtregierung. Ich verschließe mich nie konstruktiven Gesprächen. Aber auch wenn man sich die deutschen Modelle anschaut: Auch in Baden-Württemberg in der Koalition mit den Grünen ist die Nahverkehrsabgabe noch nicht eingeführt worden aus ähnlich standortpolitischen Überlegungen. Wie gesagt, ich bin skeptisch - wenn Vorschläge am Tisch liegen, bin ich gesprächsbereit.

Zur Frage 4.):

Verkehrslandesrat Toni Lang und ich haben diesbezüglich bereits Gespräche mit unserem Steiermark-Minister, mit Verkehrsminister Mag. Jörg Leichtfried geführt. Er hat ja mehrmals festgehalten, dass jetzt der Süden dran ist, was die Investitionen betrifft. Und Verkehrsminister Leichtfried hat klargestellt, dass Maßnahmen im Bereich der innerstädtischen ÖV-Infrastruktur zukünftig auch durch den Bund mitfinanziert werden sollen. Die finanziellen Rahmenbedingungen hierfür müssen in den Budgetverhandlungen der nächsten Bundesregierung geschaffen werden. Die nächste Finanzministerin, der nächste Finanzminister muss dafür natürlich auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Ich kann nur sagen: Der Verkehrsminister, der Verkehrslandesrat, ich als zuständiger Landesrat für Finanzen und Regionalentwicklung und die gesamte Landesregierung hat ein klares Bewusstsein dafür, dass massiver Handlungsbedarf ist. Wir wollen diesen gemeinsamen Masterplan öffentlicher Verkehr. Ich gehe davon aus, dass auch mit der Stadtregierung in Graz jetzt die Gespräche intensiviert, vertieft werden im Sinne einer Verbesserung der

Lebenssituation der Grazerinnen und Grazer und ich beantworte deshalb die Frage fünf mit Nein. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 16.28 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder und auch Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet ist der LTAbg. Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (16.29 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Den Grünen ist auch zu danken, es ist eine interessante Anfrage, die eigentlich nicht nur tagesaktuell ist, sie ist eigentlich, wenn man unsere eben erst oder vor einiger Zeit begonnene Gesetzgebungsperiode anschaut, eigentlich die ganze Gesetzgebungsperiode, höchst aktuell, wie es mit dem öffentlichen Personenverkehr in Graz weitergeht. Ich möchte vielleicht mit einer persönlichen – aus meinem Lebensumfeld – mit persönlichen Eindrücken beginnen. Ich wohne in Leoben in der Donawitzer Straße, aber auch in der Pestalozzistraße, aber auch in Graz in meinem Zweitwohnsitz in der Liebenauer Hauptstraße, und zwar bei dem Stück zwischen der Puntigamer Straße und dem Teil, wo jetzt der Südgürtel sozusagen die Liebenauer Hauptstraße quert. Bis zur Eröffnung des Südgürtels war es so, dass von den acht, neun Tagesstunden, sage ich einmal, unter der Woche, ungefähr vier bis fünf Stunden ein absoluter Verkehrsstau, seit gut fünf, sechs, sieben Jahren in diesem Stück der Liebenauer Hauptstraße war. Das ist jetzt weg, seitdem der Südgürtel eröffnet wurde. Jetzt ist es ungefähr so in dieser Zeit, wie Samstag, an den Tagen, also vor dem Südgürtel, es war, was mich persönlich freut, aber wenn man beispielsweise sich die Situation an verkehrstarken Tagen anschaut, und das Stück dann betrachtet von der Puntigamer Straße, wo aus der Innenstadt der Verkehr herausströmt und dann, wenn er nach Süden fährt, die Puntigamer Straße rechts abzweigt, Richtung Autobahn Webling etc., dann wird man beobachten, dass jetzt an diesen verkehrstarken Tagen, dort wo die Puntigamer Straße mit der Einmündung des Südgürtels zusammenkommt, also das ist der Kreuzungsbereich Puchstraße – Puntigamer Straße, ein Stau entsteht, der bis auf die Puntigamer Straße, Ecke Liebenauer Hauptstraße, und in der Liebenauer Hauptstraße weiter über die Bahnübersetzung zurückreicht. Was will ich damit sagen? Es ist erfreulich und ich bin wirklich einer gewesen, also der auch in der KPÖ selber

kritische Stimmen überzeugt hat, dass der Südgürtel was vernünftiges ist, weil man die Leute in der Hauptstraße einfach auf Dauer nicht am Verkehr ersticken lassen kann, aber wir müssen irgendwie sehen, dass der Individualverkehr und da meine ich nicht nur den Personenverkehr, ich meine da auch die kleinen Gütertransporte und alles was da dazu gehört, in Graz zur Grenze der Kapazität gekommen ist und dort eigentlich angelangt ist. Und wenn ich jetzt höre, dass Graz in zehn, zwanzig Jahren, heute hat es irgendjemand gesagt, zweimal Leoben, Einwohner haben soll, dann kann ich nur sagen, das wird vielleicht aus dem Grund nicht eintreten, weil gewisse Leute oder viele Leute nicht mehr nach Graz ziehen werden, weil die werden sich sagen, ich werde dort im Verkehr ersticken und ich bleibe vielleicht doch lieber in Leoben leben oder im Bezirk Leibnitz oder was weiß ich wo. Also das wollte ich irgendwie so einmal zur Einstimmung sagen und deswegen ist es wichtig, dass wir heute über den Punkt reden. Und da gehört natürlich zu einem attraktiven öffentlichen Verkehr die Straßenbahn dazu. Das ist alles richtig, was der Lambert Schönleitner gesagt hat und das brauchen wir nicht wiederholen. Es ist das vernünftigste Massenverkehrsmittel in einer Großstadt und es kann nicht angehen, auch das ist gesagt worden, aber man muss es wirklich wiederholen, dass Innsbruck oder Linz mit zehn, fünfzehn Kilometer die Straßenbahnen ausgebaut haben und das Land Oberösterreich, Tirol und auch der Bund mitgezahlt haben und dass da in der Steiermark eigentlich nichts weitergeht. Und ich habe mit Verwunderung festgestellt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie bezüglich Nahverkehrsabgabe in der Zwischenzeit die FPÖ-Linie eigentlich übernommen haben, das sage ich einmal so salopp, also, dass wir den Standort umbringen etc. Also in Wien muss ich sagen, da ist eigentlich kein Standort umgebracht worden, da gibt es die sogenannte U-Bahn Steuer schon weiß Gott wie lange, und hat der U-Bahn Ausbau eigentlich nur mit dieser U-Bahn Steuer finanziert werden können, wie er eben finanziert wurde. Also wir werden natürlich auch die Anträge der Grünen, die sie eingebracht haben, wir haben ja selber ähnliche Anträge – Nahverkehrsabgabe – schon gestellt, unterstützen. Also da brauchen wir dazu nichts mehr zu sagen. Lambert Schönleitner hat eigentlich das Wesentliche gesagt, aber es geht nicht nur um einen funktionierenden öffentlichen Verkehr und die Leute vom Autofahren wegzubringen, und ich glaube, es geht nicht nur, um die sozusagen sanfte Variante, sondern man wird auch Lenkungsmaßnahmen ergreifen müssen, aber die sind dann oder meiner Meinung nach nur dann gerecht, wenn man gleichzeitig Alternativen anbietet. Auch gehört die gut funktionierende Straßenbahn dazu, die zügig fährt und nicht in der Herrengasse, also, wenn man jetzt den Takt verdichten würde, wissen wir alle, dann gibt es in der Herrengasse einen

Straßenbahnstau, also auch diese Ausweichroute Neutorgasse oder wo auch immer, wird man brauchen. Aber wir brauchen nicht nur einen funktionierenden öffentlichen Verkehr, wir brauchen auch attraktive Preise. Und wir haben da also auch einen Entschließungsantrag eingebracht und ich möchte dazu also ein paar Worte verlieren. Es kann nicht angehen, dass die die Verkehrsunternehmen mit 1,75 Mal die Inflationsrate jedes Jahr die Preise erhöhen. Und ich habe mir das jetzt wirklich einmal angeschaut und ich finde das schon sehr sonderbar, dass in diesem Tarifausschuss, der nämlich das entscheidet, die 60 Verkehrsunternehmen, ungefähr 60, die in der Steiermark drinnen sind, entscheiden, und der Lenkungsausschuss, das sind nämlich die Zahler, das dann nur zur Kenntnis nehmen müssen, also die die kassieren, die bestimmen und die die zahlen, die dürfen das dann sozusagen absegnen, was die sich ausgeschnapst haben, die vom 1,75fachen des Inflationspreises sich dann an den Kartenpreisen, ich will nicht sagen, gütlich tun, aber die dann dort die Einnahmen haben. Also da wird umgedacht werden müssen. Da werden wir uns was einfallen lassen, dass diejenigen, die letztlich die Zahler sind, Graz aber auch das Land, letztlich dort auch einmal mitbestimmen müssen, wie die Preisentwicklung im Verkehrsverbund aussieht. Dann möchte ich auch was sagen zur Zone 101. Das ist die wichtigste Zone, vorneweg, über die Zonen werden wir überhaupt einmal, glaube ich, drüber schauen müssen. Das sagen viele, die sich im Verkehr besser auskennen als ich, aber heute reden wir von Graz, aber ich sage es nur, weil es ungerecht ist. Wenn ich mir zum Beispiel einen anschau, der wohnt meinetwegen, ich weiß nicht, in Veitsch oder irgendwo, und der hat eine riesige Zone und hat eine Linie, wo er gleich viel zahlt für die Zone, wo der Grazer oder Leobner sogar 15 Linien hat, dann ist da eine gewisse Ungerechtigkeit, und ich glaube, das gehört auch einmal angeschaut, aber besonders angeschaut gehört die Zone 101. Es ist höchst an der Zeit, dass alle Stadt-Rand-Gemeinden von Graz in diese Zone hineinkommen. Damit auch die Leute, die dort wohnen, wenn sie sich die Zonenkarte kaufen, nicht mit dem Auto in die Stadt hineinfahren, sondern möglichst mit dem öffentlichen Verkehr. Und als Drittes was ich noch sagen will, und das ist auch schon ein altes Thema, das ist diese Seniorenermäßigung. Ihr wisst ja alle, also auch im Verbund bekommt man ab 62 eine 38 % – ich habe es mir jetzt noch einmal angeschaut – Ermäßigung, aber man muss diesen ÖBB Seniorenausweis kaufen und der kostet 29 Euro und in anderen Bundesländern ist das nicht so. Also da müsste der Verkehrsverbund endlich einmal dafür Sorge tragen, dass man mit einem normalen Lichtbildausweis, wo daraus hervorgeht, dass ich Senior, dass ich Seniorin bin, wenn ich das besitze, das ich diese Seniorenermäßigung bekomme, ohne dass ich einen eigenen ÖBB

Senioren ausweis mir kaufen muss. Was wo anders geht, nämlich woanders, in anderen Bundesländern, müsste eigentlich auch in der Steiermark gehen. Das sind auch Vorschläge, glaube ich, und da würden mir noch ein paar einfallen, aber ich habe nur die genannt, die wir heute als Antrag einbringen werden. Das sind Vorschläge zusammen mit einer Attraktivierung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs in Graz, die uns dazu ermächtigen würden, wenn wir das umsetzen, dass man auch beim Individualverkehr Lenkungsmaßnahmen setzen könnte. Und ich habe das da schon öfters gesagt, bin dagegen, dass man sagt, der hat jetzt ein altes Auto, der darf nicht fahren, oder eine City-Maut oder was, und der, der die dicke Brieftasche hat, fährt dann und der die weniger dicke hat, der muss zu Fuß gehen, das kann nicht sein. Es muss für alle gelten, aber man muss den Menschen Alternativen anbieten und dann bin ich auch dafür, temporäre und auch lokale, dass man weitere Fußgängerzonen macht, etc., Fahrverbote anzudenken. In diesem Sinne möchte ich auch einen Entschließer – es blinkt schon – auf die Sekunde habe ich das wieder hingebraucht, einen Entschließungsantrag einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. der Grund- und Finanzierungsvertrag des Steirischen Verkehrsverbundes so geändert wird, dass der jährliche Automatismus einer Erhöhung um das 1,75fache des Verbraucherpreisindex entfällt und die Tarifhoheit wieder im Lenkungsausschuss angesiedelt wird,
2. eine Ausweitung der Zone 101 auf die Umgebungsgemeinden von Graz erfolgt und
3. der Tarifausschuss bzw. das Lenkungsgremium beauftragt wird, eine Entkoppelung der SeniorInnen-Ermäßigungen für die Stunden- und 24 Stunden-Karte an die ÖBB-Vorteilskarte in die Wege zu leiten.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 16.40 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Klubobmann Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (16.40 Uhr): Ja danke Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Also einmal Danke für die Beantwortung der Fragen. Ein gewisses Problembewusstsein war erkennbar, aber natürlich, das sage ich auch ganz offen, ist es mir weit zu wenig. Wenn du jetzt sagst, wir machen einen Masterplan für die gesamte Steiermark und im Rahmen dieses

Masterplanes werden wir auch die Situation in Graz mitbehandeln. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Habe ich nicht gesagt.“*) Naja, sinngemäß war es doch so (*unverständlicher Zwischenruf von Herrn Landesrat Anton Lang.*) Naja, ich bin eh froh, wenn es anders ist, wenn es anders ist, du wirst dich ja vielleicht noch einmal melden, dann ist es gut. Wichtig wird es sein, du hast gesagt, du siehst den Grazer Zentralraum als wesentlich und wichtig – das habe ich auch vernommen – du siehst die Problematik, aber es war nicht so, dass du gesagt hast, und ich glaube, da wirst du mir Recht geben, es ist natürlich selbstverständlich klar, jene Projekte, die schon am Tisch liegen, eigentlich fast umsetzungsreif am Tisch liegen, da geht es um den Dreier, um den Sechser, um die Südwestlinie, die wir brauchen würden, das wäre ja ein erster wichtiger Schritt und die Entflechtung, sei es über die Neutorgasse oder wo anders, da kann man ja diskutieren, da gibt es ja auch von der SPÖ in Graz Vorschläge, dass das anders ausschauen soll, aber das hast du nicht gesagt, dass du gesagt hättest, ja, wir werden uns bemühen, die auf dem Tisch liegenden Projekte, weil die Situation hat nicht zwei, drei, vier Jahre Zeit, sondern wir haben jetzt eigentlich eine schlechte Situation für die Fahrgäste, eine schlechte Situation was die Gesundheit anlangt wegen der Luftsituation in Graz, dass du hier den Schritt setzen würdest und sagen würdest, ich gehe sofort in Verhandlungen und es ist uns als Land Steiermark – das hätte ich mir erwartet – ist uns als Land Steiermark natürlich klar, dass wir hier eine Mitverantwortung haben, und dass wir hier mit Graz gemeinsam eine rasche Lösung finden, um diesen ersten Teil der Tram-Projekte umzusetzen. Das habe ich nicht gehört. Ich glaube nicht, dass ich mich getäuscht habe. Wir können gerne im Protokoll nachschauen, du hast vom Masterplan gesprochen und du wärst nicht bereit, hast du sinngemäß gesagt, Graz alleine zu behandeln, sondern die ganze Steiermark, was ja eh sinnvoll ist, die ganze Steiermark verkehrspolitisch auch zu sehen, aber du hast nicht gesagt, ein Schritt wird in Graz jetzt rasch, verbindlich und nachvollziehbar mit der Stadt umgesetzt. Das ist schade, aber vielleicht wird es ja noch, ihr habt ja auch von Gesprächen diesbezüglich gesprochen. Was natürlich schon – und das hat eh der Dr. Murgg auch schon gesagt – für mich jetzt wirklich erstaunlich war, du bist wirklich der erste Finanzlandesrat oder SPÖ Vertreter, der sich so dezidiert und unmissverständlich hierherstellt und sagt: Ich habe die Politik der ÖVP 1:1 übernommen. Wir sagen nämlich keine einnahmenseitige Geschichte in der Verkehrspolitik, wenn ich dich richtig verstanden habe, du hast gesagt, Nahverkehrsabgabe ist für dich ganz sicher kein Thema, wir haben es ja in Wien, der Dr. Murgg hat es gesagt, das ist aus meiner Sicht schon erstaunlich. Ich habe jetzt gerade unlängst gesagt, gefühlt ist das in der Steiermark – jetzt

fühle ich mich bestätigt – in den letzten Jahren, nachdem Sie ja den Landeshauptmann der ÖVP überlassen haben oder geschenkt, wie man das immer bezeichnen möchte, gefühlt ist es eine ÖVP Alleinregierung. Das war jetzt für mich der Beweis, wenn es um eine einnahmenseitige Maßnahme geht, die der Bürgermeister Häupl in Wien seit Jahren praktiziert, als Sozialdemokrat, und du sagst, das wirst du nicht tun – Standortqualität. Ja, ich (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Du willst eine Erhöhung der Lohnnebenkosten? Ich nehme es zur Kenntnis.“*) ja, aber so einfach funktioniert Steuerpolitik doch nicht. Wenn du davon redest, die Arbeit zu entlasten und Energie stärker zu belasten, dann ist es etwas Anderes. Aber wenn du, ja, genau, aber wenn du eine Maßnahme setzt, wie immer die auch aussieht, nämlich im Bewusstsein, dass die Steiermark budgetär schlechter dasteht, wie fast alle anderen Bundesländer, weil das ist ja leider auch eine Realität, dass Salzburg, Tirol und alle anderen eigentlich budgetär viel Spielräume haben, Tirol hat vor kurzem ein günstiges Jahresticket gemacht, hat uns auch vorgezeigt, wie das geht. Diese Spielräume hat die Steiermark nicht, ja da würde ich mir von einem Sozialdemokraten erwarten, dass er sagt, ja, aber es ist wichtig für die Bevölkerung, für die Gesundheit und wir schauen, was können wir tun. Wie immer, da bin ich bereit darüber zu diskutieren, wie eine Nahverkehrsabgabe aussieht, ob das jetzt ein Dienstgeberbeitrag sein soll oder ob das eine Verkehrserregerabgabe ist, was auch immer, ob die LKW-Maut vielleicht da im Zusammenspiel der Bundesländer etwas hineinspielt, da bin ich ja beweglich, aber zu sagen, (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Mach einen Vorschlag.“*) das kommt für uns überhaupt nicht in Frage, wir denken über eine Nahverkehrsabgabe nicht nach, das hat mich in einer gewissen Weise schon erstaunt. Und dann bist du noch hergegangen, hast selbst den Südgürtel genannt und die Straßenprojekte. Das ist ja genau das, was manche Menschen verärgert oder was die Fehlsteuerung auslöst. Wir Grüne haben im Landtag hier, manche werden das nicht für möglich halten, aber es war so, weil wir lange diskutiert haben, der Südgürtelfinanzierung ursprünglich auch zugestimmt an diesem Projekt. Weil wir gesagt haben, man muss hier eine Entlastung machen, ja. Aber das Interessante ist halt seit Jahren, wo auch immer in der Verkehrspolitik, im Straßenbau geht es immer leicht, ja, die Unterführung Josef-Huber-Gasse, um was Konkretes in Graz zu sagen, ja die wird wieder finanziert werden. Da wird keiner sagen, da müssen wir warten und brauchen einen Masterplan, sondern es wird eigentlich in jene Infrastrukturprojekte investiert, die uns gerade in einem Ballungsraum wie in Graz, weil da ist es anders wie am Land, natürlich in die falsche Richtung lenken. Das ist die Problematik. Und selbst wenn man sagt, das eine machen

wir so, muss man jedenfalls das andere sagen, nämlich der Bevölkerung und den Menschen, ein qualitatives öffentliches Verkehrssystem zur Verfügung zu stellen, denn nur dann, wenn die Qualität stimmt, wenn es einen Sinn macht, dass ich in den ÖV einsteige, wenn ich nicht quasi dicht gedrängt stehe, ich sehe das ja selber immer, wenn ich Richtung Gösting unterwegs bin, wie der 67er vollgefüllt ist. Die Straßenbahnen heute in der Früh zum Beispiel hier her, ich war um acht Uhr im Ausschuss, von der Roseggergasse bis Hauptplatz, gesteckt voll, da sind die Leute wirklich aneinandergespreßt, das ist nicht mehr zeitgemäß. Das muss man ganz einfach sehen und diesbezüglich wäre halt einmal vernünftig, wenn wir sagen würden, ja wenn es um eine Straße geht sagen wir immer gleich ja, das können wir gleich einmal bauen, da sind die Gelder auch gleich aufgestellt, aber wenn es um den öffentlichen Verkehr geht, um den Tramausbau geht, haben wir nichts. Wie du weißt, haben wir dem Südgürtel ja zugestimmt. (*Landesrat Anton Lang: „Ja.“*) Aber Kollege Lang, manchmal bist du auch schlecht informiert. Unlängst hast du da behauptet, ich sage jetzt nur zwei Beispiele, jetzt sagst du gerade, wir hätten alles blockiert, Südgürtel nicht blockiert. Unlängst hast du behauptet, wir wären gegen das Kraftwerk Leoben gewesen. Ich bin natürlich ein sorgfältiger Mandatar und habe nachgeschaut, ob das jemals so gewesen ist, habe bei unseren Leuten in Leoben nachgefragt, es hat nicht gestimmt. Also ich würde dich schon ersuchen, das ist die Grundlage des Parlamentarismus, dass man fair ist und wenn etwas anders gewesen ist, dass man nicht etwas anders - (*Landesrat Anton Lang: „Ich bring dir die Unterlagen. Die Frau Hinger war dafür.“*) letztendlich behauptet. Ja, du wirst sehen, (*LTAbg. Schwarz: „Ach die Leobnerin.“*) wir waren für dieses Projekt, wie du weißt. Das ist jetzt nicht unmittelbar die Geschichte der Auseinandersetzung, sondern mir wäre noch was wichtig in Richtung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters zu sagen. Was ich mir wünschen würde, was ich mir wirklich wünschen würde, dass du deinen Masterplan meinetwegen ruhig machst, ja, der soll ruhig entstehen, wenn ich dich richtig verstanden habe, einen Verkehrsmasterplan für die gesamte Steiermark, (*LTAbg. Schwarz: „Für die Region.“*) du hast ja auch jetzt wieder (*LTAbg. Schwarz: „Für die Region.“*) - für die Region Graz einen Masterplan (*LTAbg. Schwarz: „Zentralraum.“*) Zentralraum Graz ein Masterplan, dass du uns vielleicht jetzt noch sagst und auf das will ich hinaus, und ich glaube, dass wollen die Menschen, das wollen die Grazerinnen und Grazer wissen (*LTAbg. Schwarz: „Bist du neuerdings in der Grazer Stadtregierung?“*) bis wann, (*LTAbg. Schwarz: „Ist das ein Bewerbungskriterium? Bist du ein Mediator?“*) bis wann Kollege Hannes Schwarz, (*LTAbg. Schwarz: „Was tut sich in der Grazer Stadtregierung Neues?“*) - nein, in der Grazer Stadtregierung bin ich nicht, aber ihr

auch nicht mehr, wie du wahrscheinlich wahrgenommen hast. (LTabg. Schwarz: „Aber du auch nicht, aber du auch nicht.“) Das darfst du nicht verdrängen, wenn du es auch gern verdrängen würdest, aber du musst immer aufpassen was du fragst, weil am Ende bist du derjenige, der einfach eine Frage zurückbekommt. (LTabg. Schwarz: „Wer bist du?“) Wir sind noch in der Grazer Stadtregierung, das weißt du, ihr seid nicht mehr in der Grazer Stadtregierung. Das ist der Unterschied. Wenn das die Frage war, das kann ich natürlich direkt beantworten. (LTabg. Schwarz: „Nein, überhaupt nicht.“) Wichtig ist der Bevölkerung, Kollege Schwarz, ich weiß nicht, jetzt hast du, glaube ich, zehn Zwischenrufe bei meinen letzten Reden gemacht und mit jedem Zwischenruf stürzt du ab. (LTabg. Schwarz: „Du stürzt ab, bei deinen Umfragewerten.“) Du musst dich einfach besser vorbereiten, das ist ganz, ganz wichtig. (LTabg. Schwarz: „Du bist in luftigen Höhen.“) Sonst ist es einfach am Ende nicht gut für die eigene Reputation. Aber Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich würde mich noch einmal sachlich gern an Sie wenden und diese destruktiven Zwischentöne gerne nicht weiterspielen. Wichtig ist, glaube ich, für die Menschen, und damit ist für mich dann auch schon alles gesagt, wenn du sagst Masterplan, Region steirischer Zentralraum Graz, bis wann wirst du einen derartigen vorlegen und wie wirst du konkret, das ist einmal meine Frage, mit den jetzt schon am Tisch liegenden Tramausbauprojekten in Graz umgehen? Das interessiert die Bevölkerung. (Landesrat Anton Lang: „Die Stadt Graz muss Prioritäten setzen.“) Darum hat es unsere Dringliche gegeben und ich glaube, da sollten wir diesbezüglich nicht mehr ausflüchten. Ich darf unseren Entschließungsantrag somit auch einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. mit der Stadt Graz einen Plan zur gemeinsamen Finanzierung des Ausbaus des Straßenbahnnetzes zu erarbeiten,
2. zur Finanzierung des ÖV-Ausbaus in Graz und in der Steiermark eine
3. Regierungsvorlage betreffend eine Nahverkehrsabgabe im Landtag
4. einzubringen, und
5. gemeinsam mit der Stadt Graz an die Bundesregierung heranzutreten, um diese wie in anderen Städten zur Mitfinanzierung des ÖV-Ausbaus in Graz zubewegen.

Ich glaube, es ist wichtig, wir können es gemeinsam zusammenbringen und ich erwarte eine klare Aussage von dir. Danke. (Beifall bei den Grünen – 16.50 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Mag. Alexandra Pichler-Jessenko von der ÖVP.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (16.50 Uhr): So, jetzt sind da so viele Zwischenrufe, Einwürfe, teilweise für mich auch Dinge, die nicht unbedingt ganz so stimmen, gesagt worden. Also Lambert, ich glaube, auch ihr wart in der Stadtregierung, ihr habt die Vizebürgermeisterin gestellt, grundsätzliche eine gute Kombination Schwarz-Grün und ich glaube, auch hier konnten die Weichen im wahrsten Sinne des Wortes bereits gestellt werden. Also und jetzt zu sagen, wer ist wo und wer kann wo mitreden, halte ich jetzt nicht für zielführend. Dann der Schwenk, glaube ich, ist gefallen, beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, ich kann mich erinnern, dass wir 2014 dieses Thema oder schon mehrmals dieses Thema hatten und da gibt es zwei Anfragebeantwortungen, wir waren damals noch in der Reformpartnerschaft, die eine ist vom Herrn Buchmann, die zweite ist von der Frau Vollath, wo es darum gegangen ist, dass wir gesagt haben und dazu stehen wir auch heute noch, in der Zukunftspartnerschaft, wir wollen keine neuen Belastungen, weder auf Arbeitgeberseite noch auf Arbeitnehmerseite. Ich glaube, das ist eine Grundsatzentscheidung, die wir so gefällt haben, die aber auch nicht neu ist bzw. einen Schwenk kann ich hier in keinsten Weise sehen. Für mich hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter sehr gut zu Beginn gesagt, ich glaube, es geht um eine generelle gemeinsame Entwicklung, wo sowohl der urbane Raum Graz als auch die Umlandgemeinden oder Speckgürtel aber auch die gesamte Steiermark eingebunden ist. Und da sollte es diesen Masterplan geben. Zur Nahverkehrsabgabe auch noch einmal aus meiner Sicht, einerseits keine neuen Belastungen und jetzt haben wir gerade ein Wirtschaftswachstum. Wir haben dieses zarte Pflänzchen, der Herr Murgg wird jetzt vielleicht einwerfen, es ist eh schon wieder zu viel, wir müssen wieder schauen, dass wir den Unternehmern etwas wegnehmen, ich glaube, wir haben diesen Hoffnungsschimmer, oder es läuft gut. Und woher kommen die Einnahmen und was kann ich mit Einnahmen, wie Kommunalsteuer, machen? Wieso sollten wir nicht auf dieses Pferd setzen, diesen wirtschaftsfreundlichen Standort so zu belassen und über Kommunalsteuereinnahmen in Zukunft ein Mehr an öffentlichen Verkehr und an anderen Projekten sicher zu stellen, weil, und noch einmal, ich habe es da schon einmal erwähnt, ich bin auch oft bei Unternehmen, sie natürlich auch alle, da wird mir eben berichtet, was in Slowenien zum Beispiel jetzt abgeht. Warum entscheiden sich Unternehmen für einen Standort? Das Erste ist die Steuerlast. In

Slowenien, das werden wir da nie haben, haben wir 17 % Körperschaftssteuer. Das ist ein Riesenvorteil – asset – für dieses Land. Was braucht ein Unternehmer noch? Er braucht die Fachkräfte und er möchte eben auch eine Sicherheit in seiner Planung haben, und wenn wir immer reden über Nahverkehrsabgabe und sonstige Steuern, dann wird es natürlich schwierig werden. Und jetzt würde ich gerne zur Stadt Graz kommen. Weil ich ja Grazer Abgeordnete bin und den Herrn Stadtrat Riegler sehr gut kenne, der das jetzt neu übernommen hat und den ich als einen umsichtigen Menschen schätze, der nicht in dieses typische – sage ich jetzt bewusst – Politikerklischee – passt und der sich sehr wohl überlegt hat, wie kann ein Budget für diese Stadt ausschauen, das in Zukunft Investitionen möglich macht? Und da hat er meiner Meinung nach sehr klar und sehr realistisch gesagt, das und das ist möglich und dann gibt es diese Black-Box. Dieser Name wurde dann wieder revidiert, ich glaube, jetzt heißt es Investitionsfonds, wo gewisse Mittel zwischengeparkt sind, meines Wissens Dreihundertmillionen Euro, die dann für Projekte, die sozusagen reif sind, in die Umsetzung zu gehen, verwendet werden. Und ich habe nichts von einer Absage für Reininghaus und Smart-City – List Halle gehört. Hier geht es zum Beispiel rein um eine Verschiebung der Realisierung um ein Jahr. Also diese Projekte sind nicht abgesagt. Es mag jetzt dieses Südwest – (*Unverständener Zwischenruf*) ja, aber du sagst auch nicht, eindeutig abgesagt sind sie nicht. Das stimmt so nicht. Hier ist es zu einer Verschiebung gekommen. Es gibt gewisse Projekte, die eher unsicher sind, das ist diese Südwestgeschichte. Aber noch einmal, wenn dieser Investitionsfond in den nächsten Jahren gefüllt wird, zum Beispiel mit Kommunalsteuer, dann kann ja vielleicht noch viel mehr realisiert werden und dann können alle Wünsche wahr werden. Und das Thema Straßenbahn, natürlich, ist auch noch zu überlegen, inwieweit Busverbindungen, irgendwer, aber du hast es gesagt Lambert, da wird nicht so gern eingestiegen und, und, und. Das mag alles stimmen, aber zum Beispiel in Hamburg, ich war bei einer AVL Tagung zum Thema „Wettbewerb der Antriebssysteme“. Hamburg hat mittlerweile sechs Brennstoffzellenbusse, die mit Wasserstoff betrieben werden. Mir ist natürlich bewusst, das kostet ein Schweinegeld, ist unheimlich teuer, aber die setzen darauf, weil sie sagen, es wird sich gegenüber dem Diesel so entwickeln, dass diese Differenz beim Treibstoff geringer wird. Jetzt haben wir die AVL in Graz, jetzt hätten wir Potential mit der TU, vielleicht kann man auch so einmal denken, oder wird das auch schon gedacht. Also ich glaube, jetzt nur die Schiene, als das einzige Heilmittel zu sehen, sehe ich persönlich nicht so. Dann irgendwer hat die Greenpeace Studie erwähnt. Ich habe mich selber gewundert, wieso Graz so weit hinten liegt. Es gibt viele andere Studien, wo Graz was Lebensqualität,

Verkehrsanbindung, Öffis und so weiter, Fahrradwegenetz anbelangt, ja sehr gut abschneidet. Wissen Sie, was der Hauptgrund ist neben der Luftqualität, da gebe ich allen Recht, bei der Luftqualität hat Graz, glaube ich, null Punkte von zehn. Das ist natürlich das eine Manko, die zweite geringe Bewertung, ich habe es mir jetzt nämlich rausgesucht, ist das Thema Radverkehr; 1,5 von zehn Punkten. Aber nicht aufgrund des Radwegenetzes, das ist nämlich sensationell gut ausgebaut. Da hätten sie auch viele Punkte bekommen, sondern, was glauben Sie? – weil dieses Bike-Sharing-Modell in Graz fehlt. Das ist dieses Ausleihen der Fahrräder. Ich meine, man muss sich bei Studien schon auch anschauen, was ist jetzt in dieser Größe drinnen. Ob ich jetzt ein Bike-Sharing für Graz brauche, ich wäre ein Befürworter dieses Systems, die Experten sagen mir, Herr Murgg schaut auch skeptisch, Graz braucht das nicht. Das ist eine Investition, die in Kopenhagen oder wo auch immer, Barcelona funktioniert. Angeblich gibt es Studien, die belegen, Graz braucht das nicht, aber das ist mit ein Grund, warum Graz so schlecht abschneidet. Ich könnte jetzt fünf andere Studien zitieren, wo man bei Lebensqualität und all diesen Dingen auch ganz weit vorne liegen. Ja, jetzt habe ich dann, glaube ich, alle Einwände und für mich jetzt Halbwahrheiten versucht, zumindest in einem anderen Licht darzustellen. Noch einmal für mich persönlich, ich glaube, dass in Graz sehr viel sehr gut funktioniert, aber wichtig wäre dieser Masterplan, den man gemeinsam jetzt über Stadt und Land darüberstülpt, auch natürlich mit dem Verbund und dann eine Gesamtverkehrslösung schafft. Aber dass da jetzt alles so schlecht ist, ich meine, Herr Murgg beschreibt seinen Weg zur Arbeit, meiner war heute super, ich bin am Geidorfgürtel eingestiegen und ich war in zehn Minuten bei der Stempfergasse dort, zum Beispiel. Ich kann jetzt in der Früh ein Pech haben oder ein Glück haben. Ich meine, dass man den Takt bereits verkürzt hat, dass mehr Busse fahren, das ist wirklich die Aufgabe bei der Holding und die wird meines Wissens sehr gut erfüllt. Aber es gibt noch immer die gefühlte Wahrnehmung und die ist halt manchmal auch ein bisserl anders. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.58 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Klubobmann Johann Schwarz von der SPÖ.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (16.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesrätin, werter Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einleitend, Lambert, auf deine Höhenflüge, die du erlebst, kann ich gerne verzichten, das nur zu deinen Bemerkungen betreffend die Zwischenrufe, weil so hoch wie du fliegst, fliegt die Sozialdemokratie alleweil noch. (*unverständlicher Zwischenruf vom LTAbg. Schönleitner*) Aber ich möchte mich jetzt inhaltlich mit dir auseinandersetzen, nämlich, ich verstehe deine Rolle hier im Landtag heute nicht, weil zum einen frage ich mich, bist du jetzt der neue Mediator der schwarz-blauen Regierung in Graz oder war das ein Bewerbungsrede dafür? Weil ich nicht ganz verstehe, die Grünen, die Frau Kollegin hat es ja bereits angesprochen, die Grünen waren jahrelang in Graz verantwortlich in der Regierung. Gemeinsam mit der ÖVP wart ihr die Führung in der Stadtregierung. Ich glaube, die Lisa Rücker war sogar zuständig als Stadträtin für Verkehr. Dann zeige mir die Projekte, die Konzepte, die die Lisa Rücker in ihrer Zeit als Verkehrsstadträtin weitergebracht hat. Das Problem deiner Wortmeldung hier heute ist, du willst vertuschen oder verdecken, dass die Lisa Rücker, dass die Grünen in ihrer Zeit in der Stadtregierung, wie sie für Verkehr verantwortlich waren, nichts weitergebracht haben. Und das ist die Wahrheit lieber Kollege Schönleitner. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und dann stellst du dich hier heraus zu verlangen, von der Landesregierung, von allen anderen, sie sollen Projekte und Konzepte, sie sollen einen Masterplan vorlegen, und du selber hast gar nichts. (*LTAbg. Schönleitner: „Was?“*) Weil es ist ja ein starkes Stück, du kommst da von Liezen runter und willst da jetzt auf einmal der Lisa Rücker erklären, wie sie Verkehrspolitik hätte betreiben sollen. Weil das ist deine Rede heute hier gewesen, was die Grünen in der Stadt Graz, in der Verkehrspolitik in den letzten Jahren versäumt haben. Aber das musst du in deiner eigenen Partei austragen und das musst du uns nicht da im Landtag Steiermark erklären. Das muss ich dir schon sagen, weil das haben wir da herinnen nicht verdient, dass wir grüne innerparteiliche Debatten hier nachvollziehen müssen. Insofern möchte ich dir sagen, der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat das ja ganz klar gesagt, es geht darum, dass wir das Problem im Land erkennen, dass es von Seiten des Landes das klare Bekenntnis dazu gibt, gemeinsam was zu erarbeiten, gemeinsam auch in Umsetzung zu kommen. Aber der Punkt ist ja ganz klar, wir Grazer Abgeordnete, wir Abgeordneten aus Graz-Umgebung aber auch aus Voitsberg sitzen zusammen in einem Regionalvorstand, in einer Regionalversammlung. In vielen Regionen der Steiermark hat es Regionalverkehrskonzepte gegeben und ich würde mir wünschen, dass wir für den Großraum Graz, Graz-Umgebung gemeinsam in dieser Regionalversammlung, in diesem Regionalvorstand so ein gemeinsames Mobilitätskonzept einmal erstellen, weil das Problem des Grazer Verkehrs endet ja nicht an den Grazer

Stadtgrenzen, sondern ist ja ein Problem durchaus des größeren Umlandes, des sogenannten Zentralraumes. Und ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Regionalvorstand, in dieser Regionalversammlung, jetzt waren wir ja gemeinsam auch in Baden Württemberg, um uns solche Verkehrskonzepte und solche Verkehrsfragen anzuschauen, dass wir gemeinsam jetzt in diesem neuen Vorstand auch mit den neuen Verantwortlichen in der Grazer Stadtregierung gemeinsam daran arbeiten, so ein regionales Verkehrskonzept auf die Beine zu stellen, und damit dann zum Land gehen, und damit dann gemeinsam auch zum Bund gehen, um hier die entsprechenden finanziellen Unterstützungen zu bekommen. Das ist meines Erachtens der richtige Weg, den wir gemeinsam gehen sollten, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und zum Abschluss noch zur Nahverkehrsabgabe. Wenn wir die Nahverkehrsabgabe in der Steiermark einführen, dann ist alles paletti. Die Grünen, das ist so die Wunderwaffe, wenn es irgendwo zu wenig Geld gibt, dann führen wir die Nahverkehrsabgabe ein und dann ist alles in Ordnung, ja. Aus meiner Sicht geht es einmal darum zu sagen, was bedeutet die Nahverkehrsabgabe und wie soll sie finanziert werden? Weil da gibt es ja verschiedene Modelle und verschiedene Varianten, wie so eine Nahverkehrsabgabe finanziert werden soll. Da müssen die Grünen einmal ein Konzept vorlegen, wie ihr euch das vorstellen könnt. *(LTabg. Schönleitner: „Ja.“)* Und das Zweite ist, meines Erachtens wäre es doch sinnvoller und viel wichtiger unser ganzes Steuersystem dahingehend zu überarbeiten, im Hinblick von Ökologisierung, im Hinblick auf Veränderung in diesem Bereich, dass wir uns auch leichter den Nahverkehr leisten können. In der Bundesebene hat es da schon Schritte in diese Richtung gegeben, meines Erachtens kann man das Steuersystem ja nicht einzeln in Nahverkehrsabgaben sehen, sondern da muss man ein gesamtes, gerechtes auch ökologisch besseres Steuersystem entwickeln. Und nicht immer herauskommen – Nahverkehrsabgabe, das ist immer die große Black-Box, wie wir das so schön nennen dürfen, weil davon schon die Rede war und dann ist alles in Ordnung. Also insgesamt Lambert, lade ich dich ein, in deiner Funktion, also du bist nicht im Zentralraum, aber ich lade dich dazu ein, deine Kolleginnen und Kollegen in Graz und im Zentralraum dazu zu ermutigen, gemeinsam mit uns an so einem Konzept zu arbeiten. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.03 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner – Grüne (17.03 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Kollege Hannes Schwarz, ich gehe jetzt nicht auf die Höhenflugdebatte ein, weil es stimmt, wertmäßig haben wir ungefähr bei der Landtagswahl gleich abgeschnitten, nur ihr habt ungefähr das Vierfache an Prozenten runtergeschrieben, was wir raufgeschrieben haben. (LTabg Schwarz: „Ihr habt drei Abgeordnete und wie viele haben wir?“) Es war zwar nur 1 % bei uns, wir sind ja bescheiden, aber grundsätzlich war es ein Minus, das solltest du nur nicht ausblenden und in Graz, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, habt ihr auch kein Plus gehabt. Wir auch nicht, das wissen wir. Aber zur Nahverkehrsabgabe, das war eine Finanzierungsmaßnahme, jetzt zum Sachlichen zurück. Die Grünen haben immer mehrere Vorschläge gemacht, eine weitere war natürlich die LKW-Maut, ja. Das wissen wir. Wenn die Bundesländer das gemeinsam umsetzen, dann könnten wir einen gewissen Teil des quasi Projektes, das von den VerkehrsreferentInnen aller Länder ausgearbeitet war, wurde ja sogar festgehalten, dass die Länder selbst entscheiden können, wie viel geht in die Straßensanierung – da werden wir auch was brauchen, falls die LKW-Maut kommt – und wie viel geht in den ÖV. Das Problem ist nur, die Steiermark war da auch nicht bei den Vorreitern dabei, den Minister Leichtfried möchte ich ausnehmen, weil der hat diesbezüglich wirklich sehr klar davon gesprochen. Ich war unlängst bei einer Tagung in der Arbeiterkammer, Präsident Pessler und andere, Professor Baum, von der Uni, haben belegt, wie sinnvoll es wäre, die LKW-Maut zu machen, quasi, dass es nicht zum großen Aufschlag auf die Produkte kommt und die KonsumentInnen betroffen sind, sondern das man letztendlich jenen, die verursachen, und das hätte auch zusätzlich noch einen regionalwirtschaftlich positiven Effekt, hier mit einer Lenkungsmaßnahme einerseits aber auch mit einer Einnahmequelle andererseits für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das man da durchaus was weiterbringen könnte. Kollege Hannes Schwarz, Zentralraum Graz, ja, das ist eine, wir wissen, das ist eine Raumordnungsregion, aber du wirst doch nicht in Abrede stellen, in aller Konstruktivität, dass dort in den letzten Jahren, das wissen wir, es hat ja sogar ein Verkehrskonzept gegeben, auf das kann ich mich diesbezüglich noch gut erinnern, aber das Problem war immer, wenn es um die Finanzierung des ÖV gegangen ist, dann hat es keine Verträge gegeben, keine langfristigen Vereinbarungen, die Gemeinden außen haben gesagt, ja, da ist die Stadt Graz so maßgeblich. Dort gibt es jetzt, wir wissen, in Graz auch ein günstiges Jahresticket, sehr gut, dass es das gibt. Das Problem ist, das günstige Jahresticket gibt es in Graz-Umgebung schon nicht, und das ist zum Beispiel falsch. Weil nicht einmal Menschen, die in Graz herinnen arbeiten und von auswärts kommen, und hier keinen Hauptwohnsitz haben, können dieses

Ticket nutzen. Was ich dir aber damit sagen will ist, damit ist halt die Glaubwürdigkeit, dass jetzt der große Aufbruch entsteht und ein Masterplan entsteht und alles gut wird, durch die Erfahrungen der vergangenen Jahre und Monate, weil die Vorschläge sind ja nicht neu, nicht wirklich sehr glaubwürdig, (*LTabg. Schwarz: „Ich vertrau da Schwarz/Blau in Graz.“*) wenn du das hier so sagst. Und zur Schwarz-Grünen Stadtregierung von seinerzeit, selbst Bürgermeister Nagl hat es ja erst vor einigen Monaten einmal bestätigt. Das war halt eine Zeit, da ist schon einiges weitergegangen. Und du weißt natürlich, weil du hast dich sicher gut auf die heutige Sitzung vorbereitet, ich glaube, es war nach 2000 einmal, ich weiß das Jahr jetzt nimmer genau, hat es ja genau diese Reservierung dieser Planungsmittel gegeben, um den Straßenbahnausbau, und es hat eine Grundsatzentscheidung in diese Richtung gegeben, eben in eine Umsetzung zu bringen. Das Problem war nur, dass selbst die Planungsgelder umgeschichtet wurden später, nachdem die Schwarz-Grüne Regierung weg war, und irgendwas Anderes damit gemacht wurde. Was aber die letzten Jahre war, nach grüner Regierungsbeteiligung, das war, dass eigentlich den Grazerinnen und Grazern gesagt wurde, jetzt machen wir es dann, jetzt setzen wir es dann um. Wir fangen dort an und das werden wir umsetzen und sogar die Initiativen wie „Pro Bim“ sagen ja ganz klar, du kannst auf die Homepage dieser Initiative schauen, sie verstehen eh, dass nicht alles auf einmal geht, es gibt ganz klare Umsetzungsabschnitte, nur das Problem und das ist wirklich ein großes Problem, dass eben leider nichts Konkretes in sachlicher Hinsicht, in konstruktiver Hinsicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, passiert, und ich führe liebend gern die Debatten mit dem Chef des steirischen Verkehrsverbundes, Hensle, und mit anderen VertreterInnen des Landes Steiermark, die uns Grünen immer sagen, sobald wir sagen, es wäre wichtig, ein günstiges Ticket zu haben, in der gesamten Steiermark, mit 365 Euro. Erster Schritt, habe ich immer gesagt, es könnte auch nur in Graz und Graz-Umgebung sein, weil da haben wir die größten Probleme. Die Sandra Krautwaschl hat einmal einen Vorschlag gemacht, zumindest in Feinstaubzeiten ein Winterticket zu machen, das günstiger ist. All diese Vorschläge wurden nicht umgesetzt. Weil was passiert? Die Vertreter des Landes, Kollege Hensle und andere kommen her und sagen, ja lieber Lambert Schönleitner, das ist ja ganz anders, da geht es ja nicht um die günstigen Tarife und um die Qualitäten bei den Tickets, die wir haben müssen, sondern viel wichtiger ist, sagen dann die Verkehrsexperten, immer wieder, ich kenne das seit zehn Jahren im Landtag, dass wir vorher die Infrastruktur quasi nach vorne bringen, dass wir die Schienen ausbauen, dass wir die Takte verdichten, dass wir die Fahrzeuge verlängern. Ja, aber Entschuldigung, was ist dann, wenn Projekte am Tisch liegen, die umsetzungsfähig

wären, dann kommen die gleichen Leute, die sagen: Na, jetzt müssen wir zuerst schon einmal schauen, Masterplan Verkehr. Und somit wird verzögert, gegeneinander ausgespielt. Es gibt leider die gemeinsame Verantwortung nicht und wir wollten mit dieser Dringlichen genau das heute sicherstellen. Darum Herr Landeshauptmannstellvertreter, du wirst an dem gemessen werden, was du in den nächsten Monaten umsetzt, was du vielleicht auch gemeinsam mit deinem Minister, (*LTAbg. Schwarz: „Das ist eine Grazer Verantwortung.“*) mit deinem Minister auf Bundesebene umsetzt, auch eine Grazer Verantwortung, Kollege Schwarz, selbstverständlich auch eine Grazer Verantwortung. Wir haben ja die Grazer Aussagen des Finanzstadtrates Riegler aufgegriffen, (*LTAbg. Schwarz: „Über die Medien.“*) über die Medien? Also ich glaube, er hat sehr klar gesagt, in Richtung des Landes und des Bundes, er wird nichts tun. Das ist mir nicht recht gewesen und das war zu wenig, aber die Frage ist, wenn jeder immer sagt, wir machen nichts, wir entziehen uns auch der Verantwortung, und die anderen sind verantwortlich, dann geht nichts weiter. Und das ist ja nicht ein Problem für einzelne Parteien oder politische Gruppierungen, das ist ein Problem für die Grazer Bevölkerung, das ist ein Problem für jene, die gesundheitlich über Jahre schon belastet sind und ich glaube, das hat unsere Landeshauptstadt in dieser Form besser verdient, als wir es in den letzten Jahren hatten. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 17.10 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich Karl Petinger von der SPÖ.

LTAbg. Petinger – SPÖ (17.10 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, sehr verehrte Dame und sehr verehrter Herr der Regierung, werte Kollegen und werte Kolleginnen, lieber Lambert!

Du hast wirklich einen eklatanten Informationsrückstand. Das ist unbeschreiblich. Das ist wirklich unbeschreiblich. Du stehst da und sprichst über den Zentralraum Steiermark, ohne wirklich zu wissen, was dort passiert, obwohl die Grünen dort einen Sitz haben. Nur ich habe noch nie jemanden gesehen von euch, bei keiner Sitzung. (*LTAbg. Schönleitner: „Das ist völlig unmöglich.“*) Nein, ich habe noch nie jemanden gesehen. Am 29. Mai hat eine Sitzung des Zentralraumes stattgefunden, wo genau diese Themen diskutiert wurden. Es wurde genau die Verkehrsproblematik des Zentralraumes in Verbindung mit Graz diskutiert und die weiteren Vorgangsmaßnahmen dort auch festgelegt. Außerdem, wenn ich mich so richtig erinnere, vor zwei oder drei Sitzungen haben wir da den Mobilitätsplan Voitsberg beschlossen, der ein Bestandteil des gesamten Mobilitätsplanes des Zentralraumes dann sein

soll. Da im Landtag beschlossen und diskutiert, mit der klaren Aussage, dass das ein Bestandteil des Gesamtkonzeptes im Zentralraum Steiermark sein muss. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass es sinnvoll ist und gescheit ist, nur für Graz ein Verkehrskonzept zu entwickeln, ohne alle umliegenden Gebiete, ohne umliegenden Regionen miteinzubinden, weil der Verkehr und das müsstest du wissen und weißt du ganz sicher, hört nicht bei einer Stadtgrenze auf, sondern fängt meistens dort an. Und die Probleme in Graz bestehen auch dadurch, dass andere Regionen Gott sei Dank jetzt wieder im öffentlichen Verkehr durch das S-Bahn-System hereinkommen und in hohen Prozentsätzen auf diesen öffentlichen Verkehr auf allen Linien umgestiegen sind. Und das war eine gute Entwicklung. Also bedarf es jetzt einer Gesamtplanung, wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat. Und ohne diese Gesamtplanung bleibt alles ein Stückwert. Und selbst jede Linie in Graz und jede Entwicklung in Graz ist ein Stückwert, dass nur so viel wert sein kann, wie das Gesamtkonzept hergibt. Aber genau über diese Dinge reden wir dort, aber hinkommen tut keiner von euch. (*LTabg. Schönleitner: „Das ist eine Falschbehauptung.“*) Aber dann da herstellen und Anträge zu stellen und Forderungen anzubringen, ohne zu wissen, was wirklich passiert, das ist ein eklatanter Informationsnotstand. Tut mir leid, ich habe mich dazu jetzt melden müssen, weil wir sitzen dort und diskutieren mit den Fachleuten des Landes, über diese Entwicklung und mit allen Experten, wie das in dem Sinn auch weitergehen soll. (*LTabg. Schönleitner: „Ich hätte eine Zwischenfrage.“*) Bitte. (*LTabg. Schwarz: „Du kannst dich ja melden.“* - *LTabg. Schönleitner: „Du weißt, wie es um Seiersberg gegangen ist, waren die Grünen genauso da.“*) Meinst du das Verkehrskonzept Seiersberg, oder wovon redest du jetzt? Bleib bei einem Thema und hüpf nicht immer umher, so wie es gerade passt. Über das andere können wir gern diskutieren. Ich sage dir nur noch einmal, es war nicht die erste Sitzung, das war schon die zweite Sitzung über die Verkehrskonzepte und über andere Entwicklungen im Zentralraum Steiermark, hat es genauso Besprechungen und Einladungen des Regionalmanagements gegeben, aber ich sehe nie jemanden von den Grünen dort, wo wir diskutieren können. Ja, bei Seiersberg seid ihr gekommen und habt dann abgestimmt, aber wenn es um Strukturen geht, wenn es um Diskussionen geht und um Entwicklungen geht, ist niemand da. Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.14 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 1726/2 betreffend „Gemeinsame Finanzierung und Strategie für den Straßenbahnausbau in Graz“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist mit den Stimmen von Grünen und KPÖ in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 1726/3 betreffend „Notwendige Einflussnahme des Landes zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Graz“ ihre Zustimmungen geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag ist mit den Stimmen von Grünen und KPÖ in der Minderheit geblieben.

Wir kommen zur zweiten Dringlichen Anfrage. Sie wurde am Dienstag, dem 06. Juni von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 1734/1 an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend die Steiermark als Vorreiter im Klimaschutz eingebracht und ich erteile nun der Abgeordneten Gabriele Kolar das Wort zur Begründung dieser Anfrage.

LTabg. Kolar – SPÖ (17.15 Uhr): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Abgeordnete und Klubobmann Lambert Schönleitner hat in seiner Einleitung zur vorhergehenden Dringlichen gesagt, es ist wichtig, wenn es um eine Dringliche geht, das Thema ist natürlich wichtig, ansonsten wäre es ja keine Dringliche Anfrage und auch bei der zweiten Dringlichen Anfrage ist das Thema, es geht um den Klimaschutz, enorm wichtig. Ich bin ja, wenn man jetzt so die Zeitungen liest und die Nachrichten liest und die Aussagen des Präsidenten der USA hört, muss man ihm ja fast dankbar sein, für das, was er jetzt von sich gibt und behauptet, es findet kein Klimawandel statt und Amerika wird aus dem Klimaabkommen, aus dem weltweiten Klimaabkommen aussteigen, dankbar in dem Sinne, natürlich kann man nicht dankbar sein, denn es ist eine Katastrophe, wenn Amerika aussteigen würde, das wahr macht auch, aber dankbar im Sinne dessen, dass viele Menschen auf einmal darüber sprechen, das heißt, das Thema Klimawandel, das Thema Abkommen Paris, ist auf einmal in den Köpfen und auch auf Stammtischen ein Thema. Warum? Weil der Herr Trump mit seinen Aussagen doch immer wieder für Aufregung sorgt im nicht unbedingt

positiven Sinne, würde ich jetzt einmal sagen. Also in dieser Dringlichen Anfrage geht es um den Klimaschutz. Auch wir im Land Steiermark haben in letzter Zeit vermehrt Anträge hier gehabt, wo es um Umwelt, wo es um Klimaschutz geht, wo es um Naturschutz geht. Es bewegt sich sehr, sehr viel in der Steiermark. Nichts desto trotz möchte ich heute eine Dringliche Anfrage an unseren Landeshauptmann, Landeshauptmann ja, weil wir die ganze Zeit über dich vorhin gesprochen haben, an unseren Landesrat Anton Lang, den zuständigen Landesrat stellen. Der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel ist wissenschaftlich mittlerweile eindeutig belegt. Also das Abstreiten, es gibt keinen Klimawandel, das ist einfach nicht mehr möglich. Denn wenn ich denke und ich schaue jetzt in Richtung ÖVP und leider ist der Landesrat Seitinger nicht mehr da, wie oft wir Feuerwehr spielen müssen aufgrund, Herr Landesrat, schön, wie oft du auch Feuerwehr spielen musst, wenn es wieder, egal ob Hitzeperiode, ob Hagel, ob Unwetterkatastrophen, diese Wetterkapriolen, die sehr oft gerade unsere Bauern betreffen, aber auch unsere Menschen, die oft von Haus und Hof gehen müssen oder flüchten müssen, das ist alles Zeichen auch von Klimawandel und deswegen ist es ganz wichtig, dass wir hier massiv etwas für den und dagegen für den Klimawandel und für das Klima tun. Ich darf, geschätzter Herr Landesrat, einige Fragen hier dir stellen. Es wird daher folgende Dringliche Anfrage gestellt:

1. Welche Konsequenzen erwarten sie nach dem Ausstieg der USA aus dem Weltklimavertrag für die Klimapolitik des Landes Steiermark?
2. Ist bis 2020 das für Österreich vorgegebene EU-Ziel, nämlich die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Nichtemissionshandelsbereich um 16 %, erreichbar?
3. Reichen die bestehenden Klimaschutzmaßnahmen des Landes aus, um die Klimaschutzziele des Parisabkommens und der Europäischen Union zu erfüllen?
4. Welche Strategien gibt es seitens des Landes Steiermark für die Zielerreichung bis zum Jahr 2030?
5. Hat die Steiermark bereits Strategien für die Anpassung an den zu erwartenden Klimawandel entwickelt?
6. Welche konkreten Maßnahmen werden für eine kontinuierliche Reduktion von Treibhausgasen in den hauptverantwortlichen Sektoren bereits umgesetzt bzw. sind für die Zukunft geplant?
7. Welche Maßnahmen zur Information und Bewusstseinsbildung betreffend die Auswirkungen des Klimawandels, Maßnahmen zum Klimaschutz und Strategien zur Klimawandelanpassung werden in der Steiermark gesetzt?

Ich bitte um Beantwortung der Anfrage. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Geschätzter Herr Landesrat ich erteile dir das Wort zur Beantwortung.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (17.21Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich vor der Beantwortung der konkreten Fragen kurz einige grundsätzliche Ausführungen treffen. Der 22. April 2016 war ein mehr als denkwürdiger Tag. Denn an diesem Freitag im Frühling des Jahres 2016 wurde im Rahmen einer feierlichen Zeremonie bei der UNO in New York vor einer Rekordzahl von 175 Staaten das sogenannte Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet. Dieses Pariser Klimaschutzabkommen sieht vor, die Erderwärmung auf ein beherrschbares Maß von deutlich unter zwei Grad und möglichst unter 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Ferner soll in der zweiten Jahrhunderthälfte eine „Treibhausgasneutralität“ erreicht werden. Einfach gesagt bedeutet das nichts anderes, als dass der Ausstieg aus fossilen Energieträgern eingeläutet und die unterschiedliche Behandlung von Industrie- und Entwicklungsländern durch das Kyoto-Protokoll weitgehend aufgehoben wird. Die 175 teilnehmenden Staaten haben sich ganz klar und eindeutig zum Klimaschutz bekannt. Wir haben also erstmals ein globales, ambitioniertes und vor allem auch rechtsverbindliches Vertragswerk, um dem Klimawandel endlich Einhalt zu gebieten! Das, meine Damen und Herren, sind wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig! Hier ist schlichtweg Historisches gelungen! Am 01. Juni dieses Jahres, also vor ungefähr drei Wochen, hat der amerikanische Präsident Donald Trump angekündigt, dass die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen wollen. Weil dieses angeblich wirtschaftsschädigend wäre und weil der Klimawandel angeblich ohnehin nicht menschengemacht ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht nur inhaltlich nicht wahr, ich möchte hier keine anderen Worte verwenden, sondern schlichtweg unverantwortlich und kurzsichtig! Auch wenn Präsident Trump, da bin ich mir sicher, uns heute wohl eher hier nicht zuhören wird, möchte ich ihm schon eines mitgeben: Der Klimawandel ist kein „fake News“, der Klimawandel ist Fakt. Und nur, weil man beide Dinge recht ähnlich schreibt, sollte man sie nicht miteinander verwechseln! Von wegen wirtschaftsschädigend, aus meiner Sicht ist genau das Gegenteil der Fall! Der Klimaschutz und die sich daraus ergebenden Maßnahmen darf und kann nicht nur als Risiko oder gar

Bürde für die Wirtschaft angesehen werden. Er ist vielmehr eine Chance für neue Technologien, Märkte und Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Segmenten, wie das zum Beispiel auch bei uns in der Steiermark eindrucksvoll bewiesen wird. So setzen an die 200 Unternehmen im steirischen Green Tech Cluster jährlich gemeinsam rund 10 Milliarden Euro um, davon alleine rund 4 Milliarden Euro im Bereich der Umwelt- und Energietechnik! 10 Milliarden Euro alleine in der Steiermark, legen Sie das auf Europa oder gar global um – eine gewaltige Zahl! Eines möchte ich hervorheben, weil es mich besonders stolz macht. Mit der hohen Unternehmensdichte, der wirtschaftlichen Stärke sowie den Topleistungen unserer Unternehmen wurde unser steirischer Cluster bei beiden bisherigen Rankings zum besten Umwelttechnikcluster der Welt gekürt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber man muss nicht nur unbedingt auf die im Verhältnis doch sehr kleine Steiermark schauen. Auch in den USA selbst gibt es hervorragende Beispiele. Nehmen Sie etwa Kalifornien her. Mit 37 Millionen Einwohnern hat amerikaweit die strengsten Umwelt- und Klimaschutzgesetze und gleichzeitig boomt die kalifornische Wirtschaft mit Wachstumsraten von jährlich über 5 %! Fast die gesamte amerikanische grüne Industrie ist dort angesiedelt. Sie sehen also – Wirtschaftswachstum und Umwelt- und Klimaschutz schließen sich nirgendwo aus! Wenn also die USA tatsächlich aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen und falls das überhaupt so einfach möglich ist, ist das ohne Frage ein harter Schlag. Ein harter Schlag aber vor allem auch für Amerika selbst. Schauen Sie sich nur die Reaktionen der amerikanischen Wirtschaftskapitäne, selbst aus dem Erdölsektor an. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Klimaschutz fordert uns alle, er gibt uns aber auch neue Zukunftsperspektiven! Klimaschutz ist nicht nur eine globale, sondern eine regionale, kommunale und letztlich eine Aufgabe von jedem Einzelnen von uns. Der Klimawandel erfordert ein Umdenken und Veränderungen in vielen Lebensbereichen. Denn, wenn wir nichts tun, dann haben wir bis zur Jahrhundertwende hier in der Steiermark ein Klima vergleichbar mit Florenz. Dann wird es auf dem Präbichl, wo viele Steirer, Steirerinnen Schifahren gelernt haben, keinen Schnee mehr geben, da wird es auch nicht mehr möglich sein, mit Schneekanonen Schnee zu erzeugen.

Das Land Steiermark ist sich seiner Verantwortung bewusst und mit der Umsetzung des 2013 beschlossenen Klimaschutzplans Steiermark und der Energiestrategie 2025 laut dem aktuellen Klimaschutzbericht des Bundes auf bestem Weg, das EU-Klimaziel für das Jahr 2020 – nämlich die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 16 % – zu erreichen. Das ist aber noch nicht genug. Wir müssen uns noch viel mehr anstrengen, um die Ziele, wie sie in

der Weltklimaschutzkonferenz in Paris festgelegt wurden, zu schaffen! Diese Latte liegt hoch und wir können sie nur gemeinsam mit vielen großen und kleinen Maßnahmen überspringen. Aber vor allem brauchen wir Partner, Partner in der Industrie, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, Partner auch dort, wo sich das eigentliche Leben abspielt, nämlich in den steirischen Regionen und Gemeinden. Wir brauchen aber vor allem die Bevölkerung, jede Steirerin und jeden Steirer, als Partner. Jeder von uns kann durch oft einfache und kleine Maßnahmen seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Alleine und da bin ich mir sicher, wird der Staat hier nichts bewirken können. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Einleitung zum Schluss kommen. Der Ausstieg der USA aus dem Weltklimaabkommen hat auf unsere Anstrengungen zum Klimaschutz keinerlei Auswirkungen. Wir lassen uns davon nicht entmutigen, wir lassen uns davon nicht aufhalten. Wir sind auf dem richtigen Weg. Einiges ist bereits getan, vieles gilt es noch zu tun. Ich stehe in diesem Sinne voll und ganz hinter einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik in unserem Land und damit für eine klimafreundliche, steirische Energiezukunft! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich komme nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1.:

Auch wenn die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen, sind die Vorgaben für das weitere Bestehen des Vertrags erfüllt. Die größten Emittenten neben der USA sind China aber auch die EU, welche beide das Abkommen unterschrieben und ratifiziert haben. Die EU hat bekräftigt, dass die in Paris beschlossenen Klimaziele weiter aktiv verfolgt werden. Daher ist es für die Klimapolitik der Steiermark wichtig, hier geeignete Strategien zu entwickeln und Maßnahmenpläne zu erstellen, um die im Artikel 2 des Abkommens genannten Ziele bis zum Ende des Jahrhunderts auch auf regionaler Ebene erreichen zu können.

Zu Frage 2.:

Das Land Steiermark ist auf gutem Wege, das EU-Klimaziel für das Jahr 2020, nämlich die Senkung der Treibhausgasemissionen um 16 % im Nicht-Emissionshandelsbereich, zu erreichen. Laut aktuellem Klimaschutzbericht 2015 liegen die steirischen Gesamtemissionen bei 12,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Das bedeutet ein Minus von 17,8 % gegenüber dem Basisjahr 2005.

Zu Frage 3.:

Trotz der positiven Entwicklung bis 2020 darf nicht auf die neuen, schärferen Zielvorgaben der EU gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen bis 2030 vergessen werden. Das bedeutet für Österreich eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 im Nicht-Emissionshandelsbereich um 36 %. Aktuelle Szenarien des Umweltbundesamtes belegen, dass mit den bestehenden Klima- und Energiemaßnahmen dieses Emissionsreduktionsziel nicht erreichbar sein wird. So ehrlich müssen wir zu uns selbst auch sein. Ich sehe es daher als Auftrag und unbedingte Notwendigkeit unsere bisherigen Anstrengungen durch zusätzliche, ambitionierte und zielgerichtete Maßnahmenpakete zu verstärken bzw. zu ergänzen.

Zu Frage 4.:

Mit Beschluss der Landesregierung vom September 2014 wurde festgelegt, dass der Klimaschutzplan Steiermark und die Energiestrategie 2025 zu einer gemeinsamen Klima- und Energiestrategie 2030 zusammengefasst und die Ziele und Maßnahmen entsprechend an den neuen internationalen Vorgaben ausgerichtet werden. Seit Mai dieses Jahres liegt ein entsprechender Entwurf vor und befindet sich in Begutachtung und Abstimmung. Nach Einarbeitung der Stellungnahmen wird die Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Erstellung der Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 erfolgt in einem breit angelegten Stakeholderprozess, um alle betroffenen Abteilungen des Landes Steiermark sowie die Sozialpartner, Forschungseinrichtungen und externe Fachexperten einzubinden. Basierend auf der Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 soll in regelmäßigen Perioden ein eigenständiger Klima- und Energieaktionsplan unter Einbeziehung aller betroffenen Abteilungen, Sozialpartner, wie ich vorher angeführt habe, und Fachexperten erstellt werden. Die Klima- und Energiestrategie 2030 steht in engem Zusammenhang mit der Landesstrategie Elektromobilität Steiermark 2030, der Landesstrategie für Mikro-ÖV sowie der Radverkehrsstrategie Steiermark, die ganz wesentlich zur Zielerreichung im Mobilitätssektor beitragen.

Zu Frage 5.:

Im Herbst 2015 wurde die Klimawandelanpassungsstrategie Steiermark 2050 von der Landesregierung und dem Landtag einstimmig beschlossen. Die Steiermark ist damit eines der ersten Bundesländer mit einer eigenen Anpassungsstrategie. Klimawandelanpassungsmaßnahmen in fünf unterschiedlichen Themenclustern sind darin erfasst, Indikatoren zur Bewusstseinsbildung festgelegt und Verantwortlichkeiten benannt, um auf die zukünftigen Klimaänderungen reagieren zu können. Derzeit unterstützt das Land Steiermark fünf

Pilotgemeinden bei der Entwicklung von regionalen, auf die Gemeinde zugeschnittene, Klimawandel-Anpassungsplänen. Dies wird durch das EU-Förderprogramm LIFE ermöglicht.
Zu Frage 6.:

Die Steiermark war und ist mit ihrem Klimaschutzplan bereits seit Jahren Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Der Stand der Umsetzung bzw. die Wirksamkeit der Maßnahmen wird mittels eines jährlichen Monitorings dargestellt und der Landesregierung wie auch dem Landtag zur Kenntnis gebracht. Laut aktuellem Klimaschutzbericht sind von den 109 im Jahr 2013 beschlossenen Einzelmaßnahmen mit Ende 2015 bereits 11 Maßnahmen abgeschlossen, 82 Maßnahmen in Umsetzung gebracht und 16 in Vorbereitung. Sektorale gesehen sind die meisten Maßnahmen in der Umsetzungsphase II dem Bereich der Mobilität mit 24 Einzelmaßnahmen zuzuordnen, der Bereich Gebäude folgt mit 22 Maßnahmen und 20 Maßnahmen umfasst der Bereich Klimastil, 19 Maßnahmen betreffen den Bereich Produktion, 15 Maßnahmen finden sich im Bereich der Energiebereitstellung, und 9 Maßnahmen werden dem Bereich der Land-, Forst- und Abfallwirtschaft zugeordnet. War heute schon Thema, als besonders positiv, das möchte ich hier nochmals betonen, ist dabei die Entwicklung im Gebäudesektor hervorzuheben. Ein wesentlicher Faktor dabei war, das Anheben der Sanierungsrate auf durchschnittlich 1 % und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger für die Raumwärme. So konnte beispielsweise die Anzahl der Biomasse Heizwerke durch gezielte Förderungsmaßnahmen seit 2005 auf rund 600 Anlagen erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von rund 56 %. Der Ausbau von Fernwärmenetzen auf Basis alternativer bzw. nachhaltiger erneuerbarer Energieträger stellt in der Klima- und Energiestrategie des Landes seit jeher einen Schwerpunkt dar. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die wirtschaftliche und nachhaltige Nutzung von industrieller Abwärme gelegt und ein entsprechender Abwärmekataster erstellt. Mit der Realisierung des Fernwärmeprojektes Sappi-Graz haben wir es geschafft, dass praktisch sämtliche wirtschaftlich verfügbare Abwärme aus der steirischen Metall-, Papier- und Zellstoffindustrie für die Fernwärmeversorgung von steirischen Haushalten genutzt wird, auch wenn bei den einzelnen Standorten noch Ausbaupotenziale vorhanden sind. Im Bereich Solarwärme und Biomasse-Einzelfeuerungen konnten durch Förderungsprogramme und Bewusstseinsbildung ebenfalls enorme Steigerungsraten erzielt werden. Pro Jahr wurden in den letzten Jahren bis zu 4.000 thermische Solaranlagen und 1.500 Biomasseheizungen gefördert. Bei der Nutzung unserer erneuerbaren Ressourcen setzen wir weiterhin auf den Ausbau der Wind- und Wasserkraft aber auch der Biomasse. Mit dem Sachprogramm Windenergie haben wir hier einen

richtungsweisenden Weg eingeschlagen. Die Beratungsaktion zur Revitalisierung und ökologischen Verbesserung von bestehenden Kleinwasserkraftwerken ist ebenfalls beispielgebend. Ich möchte hier auch ein ganz klares politisches Statement und Bekenntnis abgeben: Jedes einzelne Projekt zum Ausbau der erneuerbaren Energie in der Steiermark, das den strengen Anforderungen an den Naturschutz entspricht und im Falle von Großprojekten alle Kriterien und Auflagen einer Umweltverträglichkeitsprüfung erfüllt, ist ein Gewinn für unsere Klimabilanz!

Mobilität, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist insbesondere in ländlichen Gebieten eine Grundvoraussetzung, um am Erwerbsleben sowie an sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilhaben zu können. Innerhalb einer Gemeinde stößt der öffentliche Verkehr oft an seine Grenzen und muss daher auch über alternative Bedienungsformen sichergestellt werden. Und wegen der Notwendigkeit an bedarfsorientierten Verkehrslösungen als Ergänzung zum traditionellen Linienverkehr und um einem weiteren Anstieg des Individualverkehrs entgegen zu wirken, wurden deshalb in meinem Auftrag die Einsatzmöglichkeiten verschiedener Mikro-ÖV-Lösungen im Hinblick auf gemeindespezifische Situationen umfassend geprüft und eine landesweite Strategie, sowie ein eigenes Förderprogramm für die Etablierung von Mikro-ÖV erarbeitet. Das Ergebnis wurde im Jänner heurigen Jahres präsentiert. Wir können auch hier aufgrund des enormen Interesses aus den Gemeinden und Regionen von einem echten Erfolgsmodell sprechen, mit dem die Steiermark wiederum eine Vorreiterrolle einnimmt! Es gäbe noch sehr viele Beispiele hier anzuführen, darf nur aufzählen, mit dem Beschluss eines umfassenden Förderpaketes Elektromobilität wurde der operative Meilenstein für die Umsetzung der Landesstrategie gesetzt. Mit den Förderungen für die Anschaffung von E-Fahrzeugen und Ladestellen für Privatpersonen, für E-Taxis und für E-Fahrzeuge in Fahrschulen werden nunmehr alle Zielgruppen angesprochen.

Zu Frage 7.:

In allen Bereichen des Klimaschutzes spielen Information, Beratung und Bewusstseinsbildung eine zentrale Rolle. So konnten in den letzten Jahren über ein breitangelegtes Klimabildungsprogramm tausende steirische Schülerinnen und Schüler über die Auswirkungen des Klimawandels, wie auch zu Klimaschutzmaßnahmen informiert werden. Die 2012 gestartete Klima- und Energieinitiative des Landes Steiermark „Ich tu's - für unsere Zukunft“, erreicht mit gezielten Angeboten die steirische Bevölkerung und aktiviert diese auf unterschiedlichste Art und Weise zum Mittun. Besonders hervorzuheben sind dabei die

Energie-Beratungsangebote des Landes Steiermark. Ganz wesentlich sind aber vor allem auch die laufenden Klimaprojekte für unsere Jugend. So erreichen wir mit unserem „Ich Tu’s-Kindergartenprogramm“ jährlich rund 30 Kindergärten und mehr als 1.000 Kindergartenkinder pro Jahr. Die Klimaausstellung „Felix und Maria“ ist als Wanderausstellung an 15 Schulstandorten präsent und wird mit Begeisterung angenommen. Mit unserem „Ich Tu’s-Schulprogramm“ erreichen wir an Projekttagen pro Schuljahr rund 5.000 Schülerinnen und Schüler. Dazu gibt es auch Seminare für Pädagoginnen und Pädagogen. Die Ausstellung KLIMAVERSUM im Grazer Kindermuseum erfreute sich einem besonders regen Zulauf und wurde in einem Jahr von rund 90.000 Kindern besucht. Information und Bewusstseinsbildung sind bei der Erreichung unserer Klimaziele ein Schlüsselfaktor und es ist nie zu früh, damit zu beginnen. Mit unseren Programmen schaffen wir dieses Bewusstsein schon bei den Kindern und bei den Jugendlichen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Lassen Sie uns gemeinsam alles unternehmen, um den erfolgreichen steirischen Klimaschutzweg fortzuführen und noch auszubauen! Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.42 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich Gabriele Kolar von der SPÖ.

LTAbg. Kolar – SPÖ *(17.42 Uhr)*: Geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Herr Landesrat!

Danke, für die Beantwortung, für die ausführliche Beantwortung der sieben gestellten Fragen der Dringlichen Anfrage. Wir haben gehört Energie-, Klimastrategie wird zusammengeführt 2030, nicht im Jahr 2030, sondern das heißt Klimastrategie, Energiestrategie 2030. Wir haben gehört, wir haben einstimmig beschlossen eine Klimawandelanpassungsstrategie 2050. Wir haben heute die Naturschutzstrategie beschlossen. Wir haben sehr, sehr viel beschlossen. Wenn man diesen Rückblick da heute gesehen hat und auch den Ausblick, was die Steiermark für das Klima, für die Umwelt vorhat, schon abgearbeitet hat, dann kann man nur sagen, ja, wir müssen hier weitermachen, ja, wir haben sehr viel ausgearbeitet, ja, wir haben sehr viel an Menschen miteinbezogen, seien es jetzt NGO’s, seien es Bewirtschafter, seien es Bauern, seien es Jäger, seien es Steirerinnen und Steirer, seien es die vielen Beamten, aber sei es auch die Politik. Alle haben sich hier sehr, sehr viel Mühe gegeben. Danke, geschätzter Herr Landesrat, aber trotzdem möchte ich noch einen Entschließungsantrag einbringen und noch

ein paar Worte zum Klimawandel sagen. Ich möchte keine Katastrophen und Untergangsszenarien vermitteln, nein, im Gegenteil, die Steiermark ist bestens vorbereitet. Ob Hitzesommer wie im Jahr 2003 zur Regel werden, das liegt ganz allein in unseren Händen. Wir müssen dazu aber eher weltweit an einem Strang ziehen, denn mein Appell an Sie alle hier herinnen, wir sind nicht die letzte Generation, die den Klimawandel erleben wird, aber wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann. Jetzt darf ich noch den Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, den gemeinsamen Antrag hier einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, die Umsetzung der bestehenden Klima- und Energiestrategien konsequent fortzuführen sowie eine integrierte Klima- und Energiestrategie 2030 zu erarbeiten und dem Land Steiermark zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.44 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Klubobmann Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (17.45 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Ich werde es ganz kurz machen. Kollege Lang hat ja sehr viel vorgetragen, was den Klimaschutz anlangt. Ich habe mich schon ein bisserl gewundert, warum ihr euch selbst befragt, wie es im Klimaschutz aussieht, aber offenbar war die Absicht die amerikanische Geschichte in die Steiermark zu tragen und klar Position zu beziehen. Das ist eh okay und eh recht und schön, aber irgendwie, ja. *(LTAbg. Kolar: „Hättet eh ihr auch machen können.“)* Ist gewesen, wie es gewesen ist, ich glaube halt, man muss auch bei solchen Dringlichen dann schon ganz ehrlich und objektiv auf die Steiermark schauen, wie es bei uns so aussieht. Wir haben gerade zuerst über den ÖV geredet. Wir wissen, wie hoch der, Kollege Lang, bei den Emissionen, also welcher Anteil das ist, das haben wir heute ja auch beim Energiebericht gesehen, wie stark der Verkehr verantwortlich ist, wo wir was tun sollten. Wir haben in der Steiermark auch manche Projekte, die wichtig wären, beim Klimaschutz unter eurer jetzigen Verantwortung in der Landesregierung eigentlich auch abgedreht. Was schade ist. Ich nenne nur ein Beispiel, das ist der S-Bahn-Ast Trofaiach, wo wir uns eigentlich gewünscht hätten - und der Kollege Leichtfried, Minister Leichtfried, war ja da schon sehr weit, dass das Ganze kommt. Wir haben natürlich auch immer wieder gehofft, dass es irgendwann sowas gibt, wie

ja jetzt in Salzburg möglich ist, in einer Zusammenarbeit, nämlich eine Novelle in der Raumordnung. Wir wissen, die Raumordnung ist ganz, ganz stark ausschlaggebend, wenn es um Klimaeffekte geht. Das Einkaufszentrenverbot, um noch ein Beispiel zu nennen in der Steiermark, wird bislang in keiner Weise verfolgt oder umgesetzt. Das ist aus unserer Sicht sehr, sehr schade. Was die Windenergie anlangt, haben wir ja seinerzeit einen Antrag eingebracht, auf eine Vorrangzonenplanung, die gibt es ja mittlerweile auch mit diesem Sachprogramm. Ich glaube nur, man müsste wieder einmal darüber planen und schauen, was geht da noch? Ich glaube, da würde noch einiges gehen im Bereich der Windenergie. Das Gleiche, die Fotovoltaikoffensive, also auch wenn man die Bundesländer vergleicht, da ist die Steiermark derzeit nicht sehr gut unterwegs im Vergleich und letzter Punkt wäre auch noch, ich mache es ganz kurz, ein Ölheizungsverbot. Also da würden wir uns auch Klartext in der Steiermark wünschen. Andere Bundesländer haben das schon. Ich möchte nur die steirischen Realitäten auch hier noch einmal ganz kurz nennen, denn das war doch ein bisschen vorsichtig formuliert, eine emissionsgeballte, wenn wir schon beim Klimaschutz sind, eine Selbstbeweihräucherung, der Landesregierung, die hier stattgefunden hat. Aber ich glaube, man kann für die Zukunft einiges weiterbringen und tun und das Wichtigste, und darum haben wir diesen Punkt in unserem Entschließungsantrag gepackt, ist die Raumordnung. Man kann das Salzburger Modell nahezu für die Steiermark kopieren. Die waren sehr mutig. Auch der dortige Landeshauptmann Haslauer und die Grüne Landeshauptfraustellvertreterin Rössler haben ein beispielgebendes, sogar über österreichische Grenzen hinaus, Raumordnungsgesetz auf den Weg geschickt. Es ist noch nicht beschlossen, aber es wird demnächst beschlossen werden und ich glaube, da könnte sich die Steiermark einiges anschauen. Ich darf daher den Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Beschlüsse des Weltklimagipfels von Paris im Dezember 2015 sowie einer wirksamen Klimaschutzpolitik dem Landtag eine Regierungsvorlage nach Salzburger Vorbild betreffend eine Raumordnungsnovelle vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 17.48 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau der KPÖ Claudia Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (17.49 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Der Lambert Schönleitner hat gesagt, er macht es ganz kurz, dann mache ich es ganz lang, nein. Ich begrüße jetzt alle, den Herrn Landesrat, die Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, liebe Gabi Kolar!

Selbstverständlich ist das Thema Klimaschutz wichtig – ohne Zweifel und ich teile natürlich auch die Einschätzung der Vorredner und Vorrednerinnen, dass es sehr wohl ein Faktum ist, dass wir einen Klimawandel haben, auch wenn das einige nicht wahr haben wollen und daraus resultierend ist natürlich Klimaschutz zwingend notwendig, keine Frage. Aber jetzt muss man schon auch ganz ehrlich sagen, dass SPÖ und ÖVP das hier mit einer Dringlichen Anfrage zum Thema machen, da kann man jetzt darüber debattieren, ob die Dringliche Anfrage im ursprünglichen Sinn das Instrument ist, um sozusagen uns mitteilen zu lassen vom Herrn Landesrat Lang, was jetzt alles an Maßnahmen in der Steiermark schon gemacht wird. Was wir nicht eh schon wissen. Also ich muss jetzt ganz ehrlich sagen, ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört, aber mir ist jetzt nichts Neues bei der Beantwortung der Fragen untergekommen. Spätestens seitdem ich mich auf diese Dringliche Anfrage vorbereitet habe, weiß ich vielleicht auch Dinge, die ich vorher nicht wusste. Wurscht, es ist wichtig, das Thema ist wichtig, wir werden uns dieser Debatte nicht verschließen. Es gibt eben die Möglichkeit jetzt darüber zu reden. Lieber Herr Landesrat Lang, ich gebe dir Recht in dem, dass ich auch davon überzeugt bin, dass der Herr Trump da nicht zuhören wird, da bin ich mir sogar ziemlich sicher, das heißt, wir werden ihm ausrichten können, was wir wollen, das wird ihn wahrscheinlich eher nicht so interessieren. Du hast in deiner Einleitung sehr flammende Worte gesprochen über die Tatsache, was du grundsätzlich vom Klimawandel hältst und von den Maßnahmen und wie wichtig sie sind. Da stimme ich dir 100 % zu. Wie gesagt, der Lambert Schönleitner hat es bezeichnet als Selbstbeweihräucherung, soweit würde ich jetzt nicht gehen, aber wie gesagt, die Beantwortung der Fragen ist jetzt nicht wirklich etwas, wo man sagt Boah. Und wie gesagt, ich kannte alles schon. Eines muss man schon auch festhalten. Im Grunde weiß ja de facto heutzutage jedes Kind was zu tun ist, damit man dem Klimawandel entgegensteht, auch dank der Landesregierung, muss ich sagen. Du hast ja zum Schluss diese Projekte, die vom Land Steiermark unterstützt und gefördert werden, die in Kindergärten und in Schulen stattfinden und PädagogInnen ausbilden, das trägt sicher dazu bei und das halte ich auch für ganz, ganz wichtig. Auch wenn sich jetzt die Experten und Expertinnen in Detailfragen vielleicht uneinig sind, was man tun muss, was mehr bringt, was weniger bringt, in den großen Punkten sind sie sich selbstverständlich einig, dass man sagt,

man muss die fossilen Brennstoffe reduzieren, dass man sagt, es muss saubere Energie bezogen werden, dass man sagt, es braucht einen Abholzungsstopp, und jetzt sage ich dazu, nicht nur der Urwälder, sondern der Wälder generell und dass auch die Arktis generell zum Schutzgebiet erklärt werden muss. Das sind, glaube ich, die vier Punkte, wo sich alle einig sind. Und ich freue mich über jede Maßnahme, die in der Steiermark auch gesetzt wird, auch wenn ich nicht jede Maßnahme zu 100 % teile. Ich habe zum Beispiel ein bisschen ein Problem damit, dass man so tut, als wären Elektroautos generell die Lösung für die Zukunft, ohne auch nur dazu zu sagen und zu erwähnen, dass man eigentlich noch überhaupt keinen Tau hat, wie man diese Elektromotoren ordnungsgemäß entsorgt, sage ich einmal. Über das Thema spricht niemand. Aber, wie gesagt, es ist natürlich gut, dass sich das Land was überlegt. Wir wissen selbstverständlich auch, dass wir Klimaschutzziele haben. Ich lese die jetzt nicht vor, denn die sollten die Kolleginnen und Kollegen auch wissen und was natürlich schon spannend ist, ob wir das letztendlich erreicht haben, das werden wir erst in Zukunft sehen, ob die Maßnahmen greifen und ob es auch die richtigen sind, ja. Nur Strategien allein zu beschließen, da habe ich immer ein bisschen Bauchweh, weil wir beschließen in diesem Haus unzählige Strategien, ja. Es gilt halt dann letztendlich auch diese umzusetzen. Wir haben ja heute unter anderem zum Beispiel auch schon die Naturschutzstrategie und die Energiestrategie beschlossen, ja. Das ist ja insofern sehr spannend, dass diese Dringliche Anfrage just an diesem Tag kommt, weil ja diese beiden Themenfelder nicht nur sehr eng mit dem Klimaschutz in Verbindung stehen, sondern auch untereinander sehr eng verwoben sind, ja. Selbstverständlich findet man das Thema Klimaschutz auch in der Naturschutzstrategie, wenn man da nachschaut. Ich habe jetzt auch noch einmal nachgelesen, da steht dezidiert drinnen und das darf ich jetzt zitieren: Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel sagt unter anderem, sie umfasst notwendige Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung und der Umwelt für dreizehn Bereiche, wie zum Beispiel Raumplanung und urbane Räume, Verkehrsinfrastruktur, Wasserhaushalt und Wirtschaft, Energieversorgung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Biodiversität, Wirtschaft und Tourismus. Das ist genau der Grund, warum wir dem Entschließungsantrag der Grünen auch zustimmen werden, weil der ja genau auch darauf abzielt, dass es da um eine Umsetzung gehen muss. So, was auch drinnen steht in dieser Naturschutzstrategie, und das finde ich auch spannend und vor allem auch bedeutend, da steht nämlich auch, Klimaschutz bedeutet Naturschutz und Naturschutz bedeutet in erster Linie, dass der heutige Zustand der verschiedenen Lebensräume erhalten wird. Die Reparatur oder Wiederherstellung von Lebensräumen ist meistens mit einem deutlich höheren

Kostenaufwand verbunden als deren Erhaltung im Vorfeld. Zudem lassen sich manche Lebensräume nach deren Zerstörung kaum oder gar nicht mehr wiederherstellen. So, und jetzt mache ich einen großen Bogen und komme noch mal zurück zu einem Thema, das wir hier im Landtag Steiermark vor einiger Zeit diskutiert haben. Da gab es nämlich eine aktuelle Stunde zum Thema Murkraftwerk. Und was ich jetzt spannend finde, ist ja, ich habe es schon vorhin gesagt, es gibt immer diese Strategien, diese Papiere, wo schöne, gute und wichtige Dinge drinnen stehen, die dann hier meist auch beschlossen werden, mit großer Mehrheit, und dann gibt es die politische Realität. Und jetzt frage ich dich, lieber Herr Landesrat, Kollege Schönleitner hat es vor mir erwähnt: Es werden hier, ich möchte fast sagen, salbungsvolle Worte gesprochen zum Thema Klimaschutz, gleichzeitig aber hören wir vorher, naja, jetzt ist die SPÖ eigentlich auch gegen eine Nahverkehrsabgabe. Wir haben im Verkehrsbereich ziemliche Probleme, da wird nicht darauf eingegangen. Jetzt steht da drinnen: Natur erhalten, keine Bäume umschneiden und so weiter und so fort, und wir haben aber mitten in Graz ein Speicherkraftwerk, das gebaut werden soll, da sind sich SPÖ, ÖVP und FPÖ ja einig, in Stadt und Land, da geht es um den Lebensraum tausender Menschen. Viele, die bis jetzt täglich dort ihre Freizeit genossen haben, ich wohne dort, ich weiß wovon ich spreche, haben jetzt mit einer Megabaustelle zu tun, Staub, Lärm, Feinstaubbelastung hoch ich weiß nicht was, ja. Über 16.000 Bäume sollen gerodet werden, ein großer Teil ist ja schon gefallen, ich weiß nicht, warst du eigentlich schon einmal unten und hast du dir das vor Ort angeschaut? *(Landesrat Anton Lang: „Ja. Ich war auch in Gössendorf und in Kalsdorf.“)* Ja, da komme ich gleich dazu, lieber Toni, da komme ich gleich dazu. Das heißt, wir haben jetzt da diese Rodung, da wächst jetzt nichts mehr, da wird ja jetzt noch weiter hinein in die Stadt, bis nach Andritz rauf, wird gerodet werden, weil jetzt brauchen wir diesen Speicherkanal. 86 Millionen Euro kostet dieser Speicherkanal, für den Kanal im wahrsten Sinne des Wortes. Und jetzt will ich über die demokratiepolitischen Versäumnisse, nämlich, dass wir keine Volksbefragung zugelassen haben und über die Steuergeldverschwendung gar nicht reden. Was mich interessiert und was du auch das letzte Mal bei der Aktuellen Stunde schon gesagt hast und das wirklich nicht stimmt, es wird so getan, als würde dieses Kraftwerk in dieser Dimension Ökostrom liefern. Das stimmt einfach nicht. Erstens und als zuständiger Landesrat wirst du das wissen, Ökostrom ist kein geschützter Begriff. Das muss nicht ich sagen, das wirst du wissen. Und im Ökostromgesetz, das du sicher auch sehr gut kennen wirst, vermutlich besser als ich, ist auch sehr genau definiert, was man dann sozusagen als Ökostrom bezeichnen darf. Da steht drinnen, Fotovoltaik, Windkraft und Kleinwasser-

kraftwerke und da ist auch genau definiert, was ein Kleinwasserkraftwerk ist, und da gehört das Murkraftwerk, so wie es jetzt geplant ist, nicht dazu. Totschlagargument, Schaffung von Arbeitsplätzen möchte ich abschließend noch erwähnen, jetzt ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter, glaube ich, leider nicht mehr da, aber er hat doch hier mehrmals hinausposaunt und auch in einer Pressemeldung vom 15. September 2016 wurde uns abermals mitgeteilt, das Megaprojekt Murkraftwerk ist der Anstoß für rund 1.800 neue Arbeitsplätze. Da ist man dann immer recht schnell still, weil wer will schon sagen, wir brauchen keine Arbeitsplätze. Aber jetzt haben wir nachgefragt, und auf eine schriftliche Anfrage antwortet der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer am 10. April wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden, kann nicht beantwortet werden, da die ESTAG über keine gesicherte Datenbasis verfügt. So, das heißt, es wird zwar gesagt, es werden 1.800 Arbeitsplätze geschaffen, aber genau wissen wir es nicht. Abschließend möchte ich noch sagen, wir können alle was beitragen, das wissen Sie selber auch, das geht vom Elektrogerät, das nicht im Standby Modus zu lassen, bis hin zu mit Deckel kochen, gell, sollten wir uns auch alle in Erinnerung rufen, dass wir nicht, das was wir unseren Kindern in den Kindergärten und in den Schulen lernen, dann selber nicht mehr tun. Ganz im Sinne von Rosa Luxemburg, die einmal gesagt hat „Mir imponieren nur Ratschläge, die der Ratgebende auch selbst beherzigt“. Und die beiden Entschließungsanträge, also zu dem von den Grünen, habe ich eh schon Stellung genommen. Selbstverständlich werden wir dem von SPÖ und ÖVP auch zustimmen, weil es so eine „no na“ (*Präsidentin Khom: „Frau Klubobfrau bitte zum Schlusssatz.“*) - ich komme zum Schluss - das heißt, ich würde mir wünschen, wenn wir hier Strategien in diesem Haus beschließen, dann sollten die auch wirklich in der Umsetzung so sein, dass man in der realpolitischen Aktivität, in der Tagespolitik, dann nicht ganz andere Sachen tut; Stichwort: Nahverkehrsabgabe, Stichwort: Probleme beim Verkehr, Stichwort: Murkraftwerk. Dankeschön. (*Beifall bei der KPÖ – 18.00 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hubert Lang. Bitteschön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Hubert Lang (18.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Klimt-Weithaler hat in ihrer Stellungnahme gesagt, sie kennt das alles schon – Klimaschutzmaßnahmen und so weiter. Ich glaube, nur zur Einleitung,

Klimaschutzmaßnahmen und die Entwicklung des Klimaschutzes sind Themen, da kann man nie genug Informationen austauschen, da kann man nie genug über weitere Entwicklungen debattieren und es ist nie schade darum, wenn es um Entwicklungen geht, die generationsübergreifende Auswirkungen haben, dass man des Öfteren in diesem Haus über Entwicklungen debattiert darum bin ich sehr froh, dass wir heute diese Dringliche Anfrage haben und aktuell zum Klimaschutz, Auswirkungen der Klimaerwärmung, hier eine Debatte führen können. Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, dass die Steiermark ein Vorreiter im Klimaschutz ist, dann hat der Herr Landesrat schon ausgeführt, wir sind mit Sicherheit ein Vorbild. Denn Klimaschutz ist natürlich weltweit zu sehen und weltweit ist das Thema zu behandeln. Was die Frau Kollegin Klimt-Weithaler auch angesprochen hat, wir müssen auch auf uns schauen, was können wir konkret als Land Steiermark tun und was können wir als einzelner für den Klimaschutz und die möglichen Auswirkungen beitragen? Hier ist die Steiermark mit Sicherheit Vorreiter und Vorbild in vielen Maßnahmen. Ich glaube, wir müssen uns das in zwei Bereichen anschauen. Zum einen die Klimaschutzmaßnahmen im Klimaschutzplan, in der Strategie klar definiert, aber zum anderen natürlich auch bei der Klimawandelanpassungsstrategie, wenn es darum geht, die Erwärmung, die Auswirkungen, die ja auf uns zukommen, die können wir nicht leugnen, dass es die Klimaerwärmung gibt und dass das Auswirkungen hat, dass wir uns diese Auswirkungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte genau vor Augen führen und die Strategie geht ja bis 2050, und die Wege, die darin zu bestreiten sind, sind natürlich mit zu begleiten. Meine Damen und Herren, der Herr Landesrat hat ausgeführt, die sechs Handlungsbereiche, wie Gebäudemobilität, Land-, Forstwirtschaft, Energiebereitstellung und auch den Klimastil, wo es um Bewusstseinsbildung geht. Ich darf vielleicht auf zwei Dinge oder auf drei Dinge etwas näher eingehen. Die Mobilität hat schon eine wichtige Stellung, auch zielt ja auch der Entschließungsantrag des Lambert Schönleitner, der Grünen, in diese Richtung, was die Raumplanung betrifft. Das Land Steiermark hat im letzten Jahr über die Regionen die Repros neu beschlossen; Regionalprogramme neu beschlossen, wo es darum geht, Standortentwicklung Vorrangflächen auszuweisen. Das geht genau in diese Richtung. Vorrangflächen auszuweisen, nicht nur, wo sollen Gewerbegebiete entstehen oder weiter ausgebaut werden? Wo sollen Siedlungsräume, Wohnräume geschaffen werden oder ausgebaut werden? Sondern auch, wo sollen Vorrangflächen bleiben? Ob das jetzt die Landwirtschaftsflächen sind, ob das Erholungsflächen sind, hier zielt die Regionalplanung, die Raumplanung auch genau in diese Richtung, wenn es die Erfüllung der

Klimaschutzmaßnahme betrifft. Der weitere Ausbau der Mobilität öffentlicher Verkehr hat ebenfalls mit der Standortentwicklung zu tun, dass wir entlang der Verkehrsachsen in Zukunft unsere Standorte weiter ausbauen, ist nicht nur nachvollziehbar, sondern hat auch mit einer gewissen Logik zu tun. Meine Damen und Herren, der weitere Ausbau natürlich auch was angesprochen worden ist, ist im Bereich der Landwirtschaft, Ausbau Biomasse als Energielieferant. Biogas – momentan die Debatte, was die Einspeisetarife im Bund betrifft, hat ebenfalls Auswirkungen, ist ebenfalls ein großes Thema, die weitere Nutzung oder der Ausbau alternativer Energiequellen. Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, Energiestrategie 2025, eine Strategie, die hier im Landtag beschlossen worden ist, wenn ich es im Kopf richtig habe, war das einstimmig, Ausbau von Wasserkraft, Ausbau von Windkraft, klare Bekenntnisse hier im Landtag zum weiteren Ausbau natürlich auch unter Berücksichtigung des Schutzes der Natur. Ausbau von Biomasse als Wärme- und Stromerzeugung, aber auch Nutzung der Geothermie. Ein Punkt in der Energiestrategie. Zum Bereich Klimastil Bewusstseinsbildung, das trifft uns jetzt persönlich. Nicht nur das Land, sondern die Bevölkerung. Klimaorientiertes Einkaufen, regionales Einkaufen, das trifft jeden. Diese Entscheidung treffen wir persönlich, wo wir einkaufen. Regionales Einkaufen hat mit Klimaschutz zu tun und hat ebenfalls eine positive Auswirkung, Stärkung der einheimischen Landwirtschaft, der regionalen Wirtschaft. Klimaorientiertes Einkaufen, klimafreundliche Freizeitgestaltung. Wo verbringe ich meine Freizeit? Wo verbringe ich meinen Urlaub? Das hat Auswirkungen, wie oft man mit dem Flugzeug fliegt, mit dem Kreuzschiff fährt oder ob man in der Region den Urlaub verbringt. Das sind im Bereich der Bewusstseinsbildung schon Themen, die wir nicht außer acht lassen sollen. Bewusstseinsbildung, vom kleinen Kind in den Schulen, in den Vereinen über die Gemeinden und auch hier im Hause, wichtig ist zu debattieren. Wenn es darum geht, die Auswirkungen der Klimaerwärmung uns näher anzuschauen, dann ist es eine Tatsache, dass sich das Klima ändert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Niederschlagsmengen ist es nachweisbar und nachzumessen mit Daten, Zahlen und Fakten. In den Wintermonaten haben wir ein Plus an Niederschlägen, in den Sommermonaten ein Minus an Niederschlägen. Das geht in den Bereich von 10 % bis 20 %. Die Wintermonate sind wärmer und die Sommermonate werden heißer. Es gibt wesentlich mehr Tropentage, in Zukunft nachweislich Steigerungsraten, die man jetzt schon voraussagen kann. Was mit Sicherheit auch nachweisbar ist, sind die örtlichen Starkregen, die sehr stark zunehmen. Wir erleben es ja immer wieder, auch wenn es um Auswirkungen von Katastrophenfällen geht, ob das jetzt Hochwasser ist oder ob das Dürre ist, wir müssen

vorbereitet sein, dass es diese Auswirkungen gibt und die Versorgungssicherheit ist sicher zu stellen, ob das die Wasserversorgung ist – Stichwort Wassernetzwerk Steiermark, ob das der Bereich ist mit Beregnungsanlagen. Wir haben das Thema Auswirkungen der Dürre, Versorgungssicherheit für unsere Bevölkerung sicher zu stellen. Da geht es um die Landwirtschaft, um Beregnungsanlagen, besonders Obstbau, Weinkulturen und so weiter, hier dementsprechend auch mit zu unterstützen, wenn es um Bewässerungsanlagen geht. Meine Damen und Herren, den Katastrophenschutz in Zukunft zu verstärken, wird notwendig sein und das Ehrenamt, gerade was die Einsätze betrifft, ob dass die Freiwillige Feuerwehr ist oder sehr viele, die sich ehrenamtlich engagieren, wenn es um Aufräumarbeiten geht, wenn es darum geht, den Menschen Hilfestellung zu geben, dass wir das Ehrenamt maßgeblich auch in Zukunft nicht nur wertschätzen, sondern dementsprechend unterstützen. Meine Damen und Herren, im Bereich der Landwirtschaft sind natürlich die Auswirkungen doch am nachvollziehbarsten. Ob das Hochwasser, Dürre, Stürme oder Hagel sind, es werden neue Schädlinge kommen. Nachdem es wärmer wird, treten Schädlinge auf, mit denen wir bis jetzt noch nichts zu tun gehabt haben. Bereich Forst: Borkenkäfer und so weiter. Diese Auswirkungen werden wir zu spüren bekommen. Wir müssen und darauf einstellen, wie wir darauf reagieren können. Meine Damen und Herren, der Klimaschutz ist eine Generationsaufgabe. Wir wissen heute, dass sich das Klima ändert, wir wissen, dass es Auswirkungen gibt. Die Auswirkungen spüren wir, unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Darum ist Klimaschutz und Maßnahmen wert, des Öfteren hier zu debattieren und uns auszutauschen, wie weit Klimaschutz gelebt wird und welche Maßnahmen zu evaluieren sind. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Debatte. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.10 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Dipl.-Ing. Lara Köck. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und ich denke in unser aller Namen der Lara ganz herzlich gratulieren. Sie hat vorige Woche den Bund der Ehe geschlossen. Wir wünschen dir und deinem Mann alles erdenklich Gute auf dem gemeinsamen Weg, liebe Lara, Gratulation. *(Allgemeiner Beifall)*

LTabg Dipl.-Ing. Köck – Grüne (18.11 Uhr):

Doch untypisch. Vielen Dank. Geschätzte Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Die Steiermark als Vorreiter im Klimaschutz. Wenn man Vorreiter im Duden nachschaut, dann steht da per Definitionen: Jemand der etwas praktiziert, bevor andere in ähnlicher Lage daran denken. Ich glaube nicht, was heißt, ich glaube, ich weiß, wir sind nicht die Ersten und wir sind nicht die Besten. Wir sind nicht energieunabhängig. Wir haben unsere CO₂-Emissionen nicht komplett auf null reduziert. Wir sind nicht Spitzenreiter bei der Energieeffizienz oder bei der Gebäudesanierung. Wir sind nicht die Ersten und nicht die Einzigen, denn wie wir alle wissen, es ist ja schon öfter gefallen heute, wir haben einen Weltklimavertrag. Das heißt, die ganze Welt weiß, dass die Klimakrise real ist. Die ganze Welt weiß, dass es eine reale Bedrohung für uns alle ist. Auch wir sollten das komplette Ausmaß der Klimakrise erkennen. Menschen werden durch diese Klimakrise sterben. Landschaften von ganzen Kontinenten werden verschwinden oder sich ganz massiv verändern und Menschen werden flüchten. Sie werden flüchten, weil sie ihre Heimat verlieren, weil sie keine Nahrungsmittel mehr haben und weil das Leben von ihrer Familie gefährdet ist. Und auch wir haben da eine Verantwortung, deswegen reden wir ja auch heute darüber. Denn durch unseren Fortschritt, durch unsere Standards, die so hoch sind, durch unsere Industrialisierung stehen wir jetzt da, wo wir sind. Ich würde total gerne sagen können, wirklich gern, auch ohne grüne Regierungsbeteiligung, ich würde es Rot-Schwarz auch sehr gönnen, ich würde es total gern sagen können, dass die Steiermark Vorreiter ist, dass wir Vorreiter sind, jeder einzelne. Aber dafür muss der Klimaschutz noch stärker priorisiert werden. Er muss an aller-, aller-, allererster Stelle stehen und dafür muss noch mehr Geld lockergemacht werden. Es gibt auch noch etwas, weil wir heute schon öfter darüber geredet haben, was jeder einzelne tun kann, abgesehen davon von Deckel zumachen beim Kochen und die Standby Geräte abschalten, es sitzen da herinnen im Landtag auch viele Bürgermeister, zwei, drei Vizebürgermeisterinnen, ein Vizebürgermeister, die extrem viel Macht haben und die auch extrem viel bewegen können, wie wir alle wissen. Wir haben es heute schon beim Energiebericht gehört, es wurde auch schon lobend erwähnt vom Kollegen Hofer, dass es ein e5-Programm gibt, für klimaeffiziente Gemeinden. Dieses e5-Programm ermöglicht es, dass aktive Klimapolitik auf Gemeindeebene betrieben wird. Das wäre auch so ein kleiner Hebel, den Sie alle hier ansetzen können. Ich würde mir wünschen, dass wir bei der nächsten Präsentation des Energieberichtes, oder wenn wir das nächste Mal über die

Klima- und Energiestrategie debattieren, also wahrscheinlich in einem Jahr, fünf e5-Gemeinden mehr haben. Denn liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die Macht aktiv in Ihrem Wirkungsbereich ein Zeichen gegen die Klimakrise zu setzen und ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar dafür. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen – 18.15 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Gerald Deutschmann. Bitteschön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (18.15 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Ganz kurz zu den Wortmeldungen, damit wir auch begründen, warum wir das eine oder andere hier nicht mittragen werden. Die Frage Dringlichkeitsantrag warum? Ja, ich sage warum nicht? Wir haben hier schon oft über gewisse Dinge gesprochen, die hier angesprochen wurden, auch von den anderen Fraktionen. Wenn es gerade passt, dann ist die Dringliche gut, wenn sie jetzt gerade nicht reinpasst, weil wir über den Klimaschutz reden, dann ist es nicht gut. Ich sage, ja, warum nicht. Es war die Antwort vom Herrn Landesrat, er hat gewisse Dinge, die das Land macht oder nicht macht, was und berührt, ja durchwegs beantwortet und ich finde das auch gut so, im Sinne des Dialoges. Zum Thema Grüner Antrag, Grüner Entschließungsantrag: Jetzt in diesem Sinne aufgrund der Klimaschutzdebatte wieder so kleine Veränderungen in der Raumordnung zu machen, halte ich für nicht zielführend. Das nahezu schon apodiktische Forderung EKZ Verbot ist hinlänglich bekannt, bringt uns klimatechnisch genau nichts. Das Sachprogramm Wind, das angesprochen wurde, das wurde in der letzten Periode sehr genau unter die Lupe genommen und es war eine klare und eindeutige Ansage seinerzeit – Steiermark ist kein Windkraftland, geschätzte Damen und Herren. Das wurde nicht leichtfertig gefällt, das wurde, glaube ich, ganz gut ausgearbeitet und dazu hat es auch, wer sich an die letzte Periode erinnert, genug Diskussionen gegeben und auch die Erklärungen dazu, und ich glaube, es ist richtig. Zur Raumordnung das Salzburger Modell hier anzusprechen, das hier wahrscheinlich nicht jeder im Detail kennen kann, weil es das ja noch gar nicht gibt, wie du richtigerweise gesagt hast. Es ist gerade in Ausarbeitung oder noch nicht beschlossen, habe ich das richtig mitbekommen? *(LTAbg. Schönleitner: „Meines Wissens schon eingebracht, fertig.“)* Okay, gut. Dann würde ich sagen, dass gerade Raumordnung, und da bin ich ein Verfechter des Föderalismus, gerade in der Raumordnung kann man nicht über den Kamm scheren und die neun Bundesländer in einem betrachten, weil

jedes für sich seine Eigenheiten beinhaltet. Ich denke, wir brauchen kein Salzburger Modell, wir brauchen eine geschickte Raumordnung – ein Steiermarkmodell, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP)* Und das wird schon seit langem diskutiert und ich bin noch immer guter Hoffnung, dass wir das noch irgendwann einmal in den nächsten drei Jahren auf die Reihe bekommen, weil ja, und wir haben die Antworten vom Herrn Landesrat Lang gehört, auch hinsichtlich des Klimaschutzes gewisse Dinge auch notwendig sind. Zur KPÖ, grundsätzlich das Thema Baustelle in Graz, über die immer gesprochen wird, mir persönlich ist es keine Neuheit, wir stehen zu dieser Baustelle und zu diesem Bau. Aus mehreren Gründen: Erstens bringt es Strom, kommt nämlich nicht aus der Steckdose, den muss ja einmal wer erzeugen und zweitens macht Baustelle klar Lärm und Staub. Das hat eine Baustelle so an sich. Höchstens es ist eine Baustelle indoor, dann ist der Staub nur drinnen, dann geht er halt nicht nach außen, aber eine Baustelle dieser Prägung bringt Staub und Lärm. Aber ich denke, man muss ja das Ergebnis sehen. Wenn es fertig ist, dann ist es ein gutes Werk und es bringt auch wieder für die Wirtschaft Arbeitskräfte auf der einen Seite im Bau und danach und außerdem Strom und drittens gibt es eine Rekultivierung. Solche Beispiele kann man sich anschauen und man muss nicht immer alles madig reden. Die Hauptregelung, über die Sie immer sprechen, alles über Abgaben plus und Mehrabgaben irgendwo herauszuziehen, schauen, dass ich irgendwo Abgaben bekomme um Löcher zu stopfen und dort noch Abgaben, das wird in Zukunft nicht mehr funktionieren, denn Sie werden die Menschen nicht mehr haben, die diese Abgaben zahlen können. Der Mittelstand bricht langsam weg. Das sind nämlich die, die die Abgaben leisten. Das vergesst ihr immer. Bei euch sind immer Abgaben - ist ja klar, da nehmen wir dort noch einen Euro ein und da noch einen Euro ein und dort gibt es auch noch welche, die man angreifen kann, diese Politik werden wir nie mittragen, nie und nimmer und wenn wir das zu sagen haben, kann ich Ihnen garantieren: neue Abgaben und zusätzliche Steuern wird es mit uns sicher nicht geben. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich finde, man muss in der Diskussion auch redlich bleiben zu sagen, was ist auch leistbar? Wenn ich hier sage, wir haben das Problem, dass wir das Projekt a) haben, das Projekt b) haben, Klimaschutz etc., ja, ist alles recht und gut. Vielleicht stehen wir erst in einem Jahr wieder da und reden über Klimaschutz, mag sein, vielleicht auch nicht. Aber ich merke hier an, dass es einmal ein Weg ist, der von vielen gewollt oder von den meisten gewollt ist und der Weg auch stimmt. Das muss man auch einmal neidlos anerkennen. Eines ist auch klar, wenn wir nicht redlich diskutieren, was wir uns leisten können und immer nur überlegen, wie können wir die Umverteilung machen und dann wieder

ein bisserl mehr in den Klimaschutz, dann brauchen wir für das wieder mehr Geld und ich habe aber nur ein gewisses Etat zur Verfügung, dann geht die Diskussion ins Leere und wir können wieder bei der nächsten Dringlichen, unabhängig welcher Prägung wir uns unterhalten werden, wieder mit Einnahmen kommen und mit neuen Ideen, wo wir das Geld lukrieren können, es wird wieder nicht funktionieren. Geschätzte Damen und Herren, trennen Sie sich von dem Gedanken, zusätzlich irgendwo Geld zu lukrieren, um den Klimaschutz zu bezahlen. Das wird nicht funktionieren. So gesehen, werden wir den Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP unterstützen und den der Grünen ablehnen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 18.21 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 1734/3, betreffend konsequente Weiterführung und Umsetzung der bestehenden Klima- und Energiestrategie ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 1734/2, betreffend Raumordnungsgesetz endlich an Erfordernisse des Klimaschutzes anpassen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfragen beendet. Ich fahre nunmehr mit der Beratung zu TOP 8 fort.

Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1692/1, betreffend Gesetz über die Durchführung des Informationsverfahrens auf dem Gebiet der technischen Vorschriften (Steiermärkisches Notifikationsgesetz 2017 – StNotifG 2017).

Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1692/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 1697/1, der Abgeordneten Erwin Dirnberger und Karl Petinger betreffend Novelle des Stmk. Parkgebührengesetzes.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Präsident Erwin Dirnberger. Bitteschön.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (18.23 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich kurz zu Wort melden. Unser Parkgebührengesetz wurde 2006 beschlossen und beinhaltet in § 8 auch ganz dezidiert, wie so ein Dienstabzeichen und Dienstaussweis auszusehen hat, und hier hat es dann in der praktischen Umsetzung Probleme gegeben, weil im Absatz drei im zweiten Satz wie folgt ein Satz enthalten ist: Das Dienstabzeichen hat jedenfalls den Schriftzug Straßenaufsicht zu enthalten. Das war sehr auf Graz zugeschnitten, hat dann bei der praktischen Umsetzung in unseren anderen Städten, wo das vorwiegend angewendet wird, zu Problemen geführt. Aus diesem Grund ist bei dieser Novelle dieser Satz zu streichen und wird gestrichen, damit kann dann das auch praxisnah umgesetzt werden und wenn es Änderungen gibt, soll es in Zukunft wie auch im § 8 Absatz 3 vorgesehen, durch eine Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung geregelt werden. Des Weiteren ist auch jede gesetzliche Änderung, weil es ja gemäß dem Finanzverfassungsgesetz aus 1948 vorgesehen ist, dass jedes Gemeindeabgabengesetz auch durch die Bundesregierung zu bestätigen ist, ist jede gesetzliche Änderung natürlich kompliziert, deswegen am Verordnungswege. Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.25 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1697/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, mit der Einl.Zahl 1699/1, betreffend Förderungsbericht des Landes Steiermark 2016.

Als ich vorhin der Kollegin Köck zur Ehe gratuliert habe, ist mir aufgefallen, dass unser Herr Landtagsdirektor in der letzten Landtagssitzung nicht da war und wir eigentlich ihm auch offiziell noch nicht gratuliert haben. Er hat nämlich Zuhause eine kleine Glückseligkeit, sie heißt Felicitas. Wir gratulieren ihm auch ganz herzlich zur Geburt seiner Tochter.
(Allgemeiner Beifall)

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Herbert Kober. Bitteschön.

LTAbg. Kober – FPÖ (18.26 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kollegen und Kolleginnen hier im Auditorium!

Nur ganz kurz ein Bericht zum Förderbericht des Landes Steiermark für das Jahr 2016. Wir haben im Jahr 2016 bzw. die Landesregierung hat rund 923 Millionen Euro an Förderungen ausgegeben, das ist zum Vergleich zum Jahre 2015 ein Plus von 15 Millionen Euro. In diesem Sinne, ich habe das letzte Jahr eh mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter das auch schon besprochen, davor haben wir 100 Millionen ungefähr eingespart, jetzt geht die Richtung wieder in die andere Richtung. Das heißt, wir geben mehr an Förderungen aus. Das ist natürlich zum Ablehnen. Wir haben in diesem Sinne 261 Förderprogramme damit gefördert und rund 195.000 Förderfälle damit abgewickelt. Da möchte ich als aller erstes einmal die Abteilung loben, die diesen 636 Seiten umfassenden Förderbericht für das Jahr 2016 detailliert erstellt hat. Ist ja nicht so wenig auf 636 Seiten das alles darzulegen. Was noch zum erwähnen ist, wir haben auch im Bereich der Bildung ein Anwachsen an Förderung, zum Beispiel bei Personalaufwand bei Kinderbetreuungseinrichtungen und natürlich auch beim Ausbau für Kinderbetreuungsangebote für die Jahre 2014 bis 2017, muss man positiv erwähnen. Was man aber entschieden ablehnen muss ist die Tatsache, dass immer wieder – so wie auch im letzten Jahr – verschiedene Vereine, wie ISOP, Mafalda, Afro-Asiatisches Institut, IKEMBA und ZEBRA, wieder jede Menge Fördergelder erhalten. In diesem Sinne könnte man im Bereich für das Land Steiermark, für die Steirerinnen und Steirer, einiges einsparen. *(Beifall bei der FPÖ)* Daher fordere ich auch die Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen für die Steirerinnen und Steirer so zu gestalten, dass sie auf eine

Förderung bzw. auf ein Fördergeld gar nicht angewiesen sind. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 18.29 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Bernadette Kerschler. Bitteschön Frau Abgeordnete.

LTabg. Mag. Kerschler – SPÖ (18.29 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, die Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Der Förderbericht des Landes Steiermark gibt einen umfassenden Überblick. Wir haben schon gehört, dass er sehr dick ist, sehr viele Seiten umfasst und er gibt nicht nur einen umfassenden Überblick über die Förderungen des Landes Steiermark, sondern zugleich auch über die Tätigkeiten, die viele Menschen und Institutionen in diesem Land ausführen. Ein Förderbericht ist immer ein Abwägen auf der einen Seite über die größtmögliche Transparenz und Sichtbarmachung, wie sorgsam wir alle mit den öffentlichen Mitteln umgehen, die uns anvertraut wurden, und auf der anderen Seite, wie wir die Daten der Menschen in diesem Land öffentlich machen. Deshalb werden sie auch nicht Daten von Menschen, die in einer Notlage sind, in diesem Förderbericht finden. Der Förderbericht in der vorliegenden Form zeigt ein Gesamtbild und deshalb unterstützen wir auch die Darstellung in diesem Förderbericht. Die Darstellung über ein Gesamtjahr, die so hier in diesem Bericht ein umfassendes Bild zeigt. Zusätzlich gibt es ja durch das Transparenzdatenbankgesetz 2012 auch die Möglichkeit, in die Transparenzdatenbank Einsicht zu nehmen, wobei man sagen muss, dass unser Förderbericht hier noch eine viel genauere Aufschlüsselung gibt. Persönlich erlauben Sie mir die Anmerkung, dass es immer mehrere Möglichkeiten gibt, wie man einen Förderbericht anschaut, mit welchem Blick man auf einen Förderbericht schaut. Wenn ich den Förderbericht des Landes Steiermark anschau, mit einem kritischen offenen, aber auch dankbaren Blick, sehe ich ganz, ganz viele Menschen und Institutionen in unserem Land, die ganz viel geleistet haben im abgelaufenem Jahr und ich bin froh, dass sie für ihre Leistungen, für ihre innovativen Ideen, für die Arbeit in diesem Land auch Unterstützung und Förderungen bezogen haben. Den Rahmen stecken wir hier alle gemeinsam ab. Danke für die Arbeit den Förderbericht zu erstellen, aber auch Danke an die Menschen, dass sie die Arbeit geleistet haben. Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.32 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitteschön Herr Klubobmann.

LTabg. Schönleitner – Grüne (18.32 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Uns ist besonders wichtig, schon seit Jahren, Transparenz im Förderbereich. Es ist auch positiv, dass es mittlerweile einen derartigen Bericht gibt, das war nicht immer so. Wir haben allerdings, wie schon sehr oft, auch heute einen Antrag vorbereitet, der sicherstellen soll, dass Förderungen zeitnah im Internet veröffentlicht werden, das ist auch das, was die europäischen Transparenzregeln immer ganz stark einfordern. Und ich darf daher den Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Förderungen des Landes zeitnah im Internet zu veröffentlichen.

So ähnlich ist es im Wirtschaftsressort der Steiermark ja üblich und wir wollen das in allen Bereichen in dieser Form haben. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 18.33 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hofer. Bitteschön Herr Kollege.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (18.33 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich nur kurz auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden. Es hat einmal einen gescheiterten französischen Philosophen gegeben, der gesagt hat: „Man soll der Opposition stets einen Knochen zum Nagen lassen“ und in diesem Sinne verstehe ich auch die Debatte zum Förderungsbericht, denn die jährlich wiederkehrende Diskussion zum Förderungsbericht des Landes Steiermark wird oftmals leider dazu genützt, oberflächlich die Sinnhaftigkeit von diversen Förderungen oder auch das Bestehen einzelner Vereine und Organisationen in Frage zu stellen. Und Herr Abgeordneter Kober, es geht bei den Förderungen nicht nur um ein bloßes Zahlenwerk, sondern es stecken auch schon, wie es meine Vorrednerin Bernadette Kerschler gesagt hat, immer Menschen dahinter. Ich bin seit dem Jahr 2015 im Landtag Steiermark als Abgeordneter tätig und habe seitdem unzählige Vereine und Organisationen, insbesondere auch im Sozialbereich, besucht. Und das

Engagement, das ich dort erlebt habe, hat mich immer wieder begeistert und deshalb möchte ich auch hier und heute die Gelegenheit einmal nutzen, mich für dieses Engagement herzlich zu bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Denn diese Initiativen leisten Tag für Tag wahrlich einen essentiellen Beitrag zum Funktionieren einer sozialen Steiermark und jene, die die Förderungen für diese Vereine anzweifeln, diese lade ich ein, es mir gleich zu tun, und sich selbst über die hervorragende Arbeit in diesen Vereinen und Organisationen ein Bild zu machen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.35 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hermann Hartleb. Bitteschön.

LTAbg. Hartleb – ÖVP (18.36 Uhr): Ja, meine geschätzte Frau Präsidentin, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag!

Ja, der Förderbericht 2016 seitens der Landesregierung liegt vor und listet jene als geldleistungsgewerteten Förderungen des Landes Steiermark auf, die den Rahmenrichtlinien über die Gewährung von Förderungen entsprechen. Im Förderbericht sind die von den Dienststellen gemeldeten, im Berichtsjahr 2016 tatsächlich ausbezahlten Förderungsbeträge aufgelistet. Die Bedarfszuweisungen werden im gegenständlichen Förderbericht gesondert in einer Beilage veröffentlicht, da es sich dabei um keine Förderungsmittel des Landes handelt, denn Bedarfszuweisungen sind Transferzuweisungen im Sinne des Finanzausgleichsgesetzes und somit keine Landesmittel, sondern Gemeindeertragsanteile, die vom Land verwaltet und aufgeteilt werden. Wir haben ja jetzt schon etliche Wortmeldungen gehört. Wie gesagt, die Bedarfszuweisungen, ich kann nur sagen, weil ich selbst schon 17 Jahre lang Bürgermeister bin, werden vom Land sehr gut verwaltet und aufgeteilt, und wenn man sich das auch im Förderungsbericht anschaut, dann sind über 100 Gemeinden dabei, die 2016 einen Härteausgleich bekommen haben. Bei über 30 Gemeinden gab es einen Haushaltsausgleich, und bei fast allen 287 Gemeinden gab es Projektförderungen, wo auch Bedarfszuweisungsmittel praktisch zugewiesen wurden. Ich kann daher dem Entschließungsantrag von den Grünen weniger abgewinnen. Wie gesagt, dass diese gleich immer bei der Zusage in das Internet gestellt werden, ich glaube, bei der Einreichung, bei der Zusage bis zum Projekt und dann das gleich in das Internet stellen, bis zur Umsetzung, vergeht da schon eine Zeit und die Realität schaut anders aus. Ich glaube, ich bin selbst Bürgermeister und ich bin stolz, Herr Kollege Kober, dass im heurigen 2016er Jahr um

15 Millionen mehr ausbezahlt wurden, weil da stehen überall innovative Projekte dahinter. Wir wissen alle, dass es keine hundertprozentige Förderung gibt, muss ich ganz ehrlich sagen, und dann, wenn es Mittel gibt, seitens des Landes, da wird immer das Zwei- bis Dreifache, wenn nicht mehr, gehebelt und meistens bleibt die Wertschöpfung in den Gemeinden und vor allem in der Region. Ich finde es daher sehr positiv, wenn ein halbes Jahr später, so wie jetzt im Juni 2017, der Förderbericht vorliegt, wovon 15 Abteilungen, wie gesagt, Fördermittel ausbezahlt haben, das haben wir heute schon gehört, aber wie gesagt, das kann man sich auf der Zunge zergehen lassen, 261 Förderprogramme wurden in Anspruch genommen, über 194.000 Förderfälle wurden bearbeitet und aufgerundet 923 Millionen an Fördersummen wurden ausbezahlt, dann noch plus die BZ-Mittel an den steirischen Gemeinden, muss ich sagen, von unseren Gemeindereferenten Landeshauptmann Schützenhöfer und Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer. Ich glaube, in der steirischen Bevölkerung ist es wichtig, dass Projekte umgesetzt werden, dass Projekte nach der Fertigstellung korrekt abgerechnet werden, wo öffentliche Mittel verwendet wurden und dann so wie heute ein umfassender und sehr übersichtlicher Förderbericht vorliegt, der auch sehr transparent ist, das muss ich sagen, und ich bitte auch um Kenntnisnahme und Zustimmung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.39 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1699/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und der ÖVP angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, mit der Einl.Zahl 1699/3, betreffend Transparente Standards bei Förderungen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 04. Juli 2017 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem, das heißt elektronischem Weg eingeladen. Versuchen Sie zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen, bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist beendet.

(Ende der Sitzung: 18.41 Uhr)